

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Bedeutung des Indo-Pazifiks in der globalen Politik
Eine Analyse geopolitischer Strategien und Entwicklungs- und
Infrastrukturprojekte der Europäischen Union und der
Volksrepublik China im Indo-Pazifik

verfasst von | submitted by
Maraïke Dühr

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Alfred Gerstl Privatdoz. MIR

Zusammenfassung

Diese Studie liefert einen Beitrag zu der Forschung über die Entwicklungsstrategien der Volksrepublik China und der Europäischen Union für die politisch relevante Region des Indo-Pazifiks. Unter Nutzung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring mit induktiver Kategorienbildung wurden die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der beiden Akteure herausgefiltert und anschließend gegenübergestellt. Es besteht dabei die Annahme laut des neoliberalen Institutionalismus, dass die Akteure trotz der ausgerufenen strategischen und politischen Rivalität aufgrund ähnlicher Interessen kooperieren und ihre Projekte im Indo-Pazifik koordinieren, wodurch die Partnerschaft im wirtschaftlichen Bereich in den Vordergrund tritt. Es wurde dabei festgestellt, dass die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der Akteure beinahe deckungsgleich sind. Jedoch sind die Interessen dabei jeweils gegen den anderen Akteur gerichtet und konkurrieren. Anhand von vier Länderbeispielen wurde das Argument der Koordinierung der Projekte widerlegt. Zudem werden vereinzelte selbstdeklarierte Interessen nicht aktiv verfolgt oder gänzlich missachtet. Somit findet im Indo-Pazifik weder eine Koordinierung noch eine Kooperation im wirtschaftlichen Bereich zwischen der EU und der VRC statt.

Abstract

This study contributes to research on the development strategies of the People's Republic of China and the European Union for the politically relevant region of the Indo-Pacific. Using Mayring's qualitative content analysis with inductive category formation, the self-declared economic interests of the two actors were filtered out and then compared. According to neoliberal institutionalism, it is assumed that, despite their declared strategic and political rivalry, the actors cooperate and coordinate their projects in the Indo-Pacific due to similar interests, bringing economic partnership to the fore. It was found that the self-declared economic interests of the actors are almost congruent. However, these interests are directed against the other actor and compete with each other. Four country examples were used to refute the argument of project coordination. In addition, some self-declared interests are not actively pursued or are completely disregarded. Thus, there is neither coordination nor cooperation in the economic sphere between the EU and the PRC in the Indo-Pacific.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	ii
Abstract	iii
Abkürzungsverzeichnis	vi
Abbildungsverzeichnis	vii
Tabellenverzeichnis	vii
1 Einleitung	1
2 Konzepte & Definitionen	7
2.1 Indo-Pazifik	7
2.2 Geopolitik & Geoökonomie	10
2.3 Entwicklung	14
3 Entwicklung & EZA der Volksrepublik China & der Europäischen Union	21
3.1 Chinas wirtschaftliche Entwicklung & EZA im Indo-Pazifik	21
3.2 Wirtschaftliche Verflechtungen & EZA der Europäischen Union im Indo-Pazifik	29
4 Theorie: Der Neoliberale Institutionalismus	38
4.1 Kritik am & Weiterentwicklung des Neoliberalen Institutionalismus	45
4.2 Interesse & nationales Interesse	48
4.3 Operationalisierung des Neoliberalen Institutionalismus	50
5 Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse	54
6 Ergebnisse	60
6.1 Ergebnisse der Analyse der Volksrepublik China	60
6.2 Ergebnisse der Analyse der Europäischen Union	69
7 Diskussion	77
7.1 Einordnung der Interessen der Volksrepublik China	77
7.2 Einordnung der Interessen der Europäischen Union	90
7.3 Gegenüberstellung der Interessen	97
8 Fallbeispiele im Indo-Pazifik	104
8.1 Energieinfrastruktur und Energieressourcen in der Mongolei	105

8.2	Transportinfrastruktur in Laos.....	110
8.3	Transportkorridore in Kenia.....	116
8.4	Wasserkraftwerke und Straßeninfrastruktur in Fidschi.....	120
9	Conclusio: Fehlende Kooperation & Koordinierung im Indo-Pazifik.....	125
9.1	Konkurrierende selbstdeklarierte Interessen im Indo-Pazifik.....	127
9.2	Weder Koordinierung noch Kooperation in der Praxis.....	132
9.3	Beschränkungen der Forschung & Forschungsempfehlungen.....	134
	Bibliografie.....	137
	Anhang A: Übersicht der Quellen der Inhaltsanalyse.....	160
	Anhang B: Kodierleitfaden – VRC.....	165
	Anhang C: Kodierleitfaden – EU.....	169

Abkürzungsverzeichnis

AIIB	<i>Asiatische Infrastrukturinvestmentbank</i>
AKP-Staaten	<i>Afrikanische, karibische und pazifische Staaten</i>
APEC	<i>Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft)</i>
ASEAN	<i>Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)</i>
BNE	<i>Bruttonationaleinkommen</i>
BRI	<i>Belt and Road Initiative</i>
DAC	<i>Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungshilfe)</i>
EBRD	<i>European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)</i>
EIB	<i>Europäische Investitionsbank</i>
EU	<i>Europäische Union</i>
EUIPS	<i>EU-Indo-Pazifik-Strategie</i>
EWG	<i>Europäische Wirtschaftsgemeinschaft</i>
EZA	<i>Entwicklungszusammenarbeit</i>
G7	<i>Gruppe der Sieben</i>
GCI	<i>Global Civilization Initiative</i>
GDI	<i>Global Development Initiative (Globale Entwicklungsinitiative)</i>
GGI	<i>Global Gateway Initiative</i>
GSI	<i>Global Security Initiative (Globale Sicherheitsinitiative)</i>
IWF	<i>Internationaler Währungsfonds</i>
ODA	<i>Öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance)</i>
SDGs	<i>Sustainable Development Goals (Ziele für Nachhaltige Entwicklung)</i>
UdSSR	<i>Sowjetunion (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)</i>
UN	<i>United Nations (Vereinte Nationen)</i>
USA	<i>Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)</i>
VRC	<i>Volksrepublik China</i>
WTO	<i>Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)</i>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Karte der indopazifischen Staaten (eigene Darstellung).....	9
Abbildung 2: Das Hexagon der Entwicklung (Stockmann, Menzel und Nuscheler 2016, 16)	17
Abbildung 3: Ablaufmodell der induktiven Kategorienbildung (eigene Darstellung nach Mayring, 2022, 69, 85).....	55
Abbildung 4: Übersicht der Freihandelsabkommen der EU (Europäische Kommission 2025, 22).....	91
Abbildung 5: Übersicht der Energie- und Infrastrukturprojekte im China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridor (Zoï Environment Network 2020, 16)	107
Abbildung 6: Laos Nationalstraße 2 im Netz regionaler Transportkorridore (Herning 2024)	113

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kriterien zur Messung von Kooperation.....	52
Tabelle 2: Übersicht der Codes der Analyse der Dokumente der VRC (n=994).....	61
Tabelle 3: Übersicht der Codes der Analyse der Dokumente der EU (n=718).....	70
Tabelle 4: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Mongolei.....	110
Tabelle 5: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Laos	115
Tabelle 6: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Kenia.....	119
Tabelle 7: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Fidschi	123
Tabelle 8: Ausprägung der Kriterien der Kooperation in den Fallbeispielen	134

1 Einleitung

Der Indo-Pazifik ist eine Region, welche sowohl den Indischen als auch den Pazifischen Ozean und die dort befindlichen Staaten umfasst. Diese Region hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, sodass sowohl Staaten innerhalb als auch Staaten außerhalb des Indo-Pazifiks ihre Außenpolitik auf die Region fokussieren und versuchen, geopolitisch und geoökonomisch Einfluss zu nehmen (Mohan 2018). Zum einen hat dies mit der großen Bedeutung der Region für den Welthandel zu tun. Die Volksrepublik China (VRC) importiert 80% ihres Öls über den Indischen Ozean (Lim 2022, 474), während 40% des europäischen Handels durch das Südchinesische Meer laufen (Benaglia und Macchiarini Crosson 2022, 2). Somit haben die Seewege des Indo-Pazifiks essenzielle Auswirkungen auf die wirtschaftliche Prosperität der Volksrepublik China und der Europäischen Union (EU) mit ihren 27 Mitgliedstaaten.

China ist Teil der indopazifischen Region und hat bereits Jahrtausend-alte wirtschaftliche, kulturelle und diplomatische Verbindungen mit den anderen Staaten dort (Lim 2022, 473). Die Stabilität der Region bedeutet Sicherheit für China selbst und unterstützt den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Doch auch die Länder der EU haben historische Verbindungen zu der Region, welche auf der Kolonialisierung der indopazifischen Gebiete durch europäische Staaten beruhen. Zudem befinden sich große Demokratien in der Region, darunter Indien und Indonesien, welche einen wichtigen Stellenwert für die EU mit ihrer auf demokratischen Werten basierende Politik haben (Helwig 2023, 346). Darüber hinaus ist China der zweitgrößte Handelspartner der EU. Die Covid-19-Pandemie offenbarte der EU jedoch ihre starke Abhängigkeit von China und die Einseitigkeit der Interdependenz (Pietzko 2023, 38).

Die starken Handelsverbindungen zwischen China und der EU zeigen die strategische Partnerschaft auf, welche die beiden Akteure verbindet. So bezeichnet die EU China als Kooperations- und Verhandlungspartner – in bestimmten Bereichen – und strebt eine vertiefte Zusammenarbeit mit China an (HR/VP 2019, 1). Bereiche der Kooperation seien die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sowie die Verfolgung der Sustainable Development Goals (SDGs) (ebd., 2–3). Doch die Beziehung zwischen der EU und China hat sich in den vergangenen Jahren vermehrt in eine der systemischen Rivalität und des Wettbewerbs gewandelt (Christiansen 2023, 301). Beispielsweise wird in der EU kritisiert, dass China geistige Eigentumsrechte wiederholt verletzt und politischen Einfluss auf die EU-Mitgliedstaaten ausübe (ebd., 299).

Darüber hinaus hat sich die Sicherheitslage der EU stark verändert. Russland hat 2022 einen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet (Pietzko 2023, 40). China positioniert sich dabei weiterhin auf der Seite von Russland. Während sich die Mitgliedstaaten der EU in den Vereinten Nationen (UN) gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine aussprachen und eine Resolution dazu einbrachten, enthielt sich China der Zustimmung einer derartigen Verurteilung (Helwig 2023, 351). Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine befürchtet die EU vermehrt einen Angriff Chinas auf Taiwan, da China die pro-demokratischen Demonstrationen in Hongkong bereits erfolgreich unterdrückte (Hieber 2023, 67). Diese Unterdrückung wurde von der EU stark kritisiert, da die Demokratisierung der indopazifischen Region einen weiteren Rückschlag erlitt (ebd.). Generell ist im Indo-Pazifik ein Rückgang demokratischer Politiksysteme zu vermerken, mit welcher eine Militarisierung der Region und der Regierungen einhergeht (ebd.). China baut zudem Militärbasen im Indo-Pazifik auf, denn viele der durch die Belt & Road Initiative (BRI) initiierten Häfen besitzen die duale Funktion für wirtschaftliche und militärische Nutzung (Mohan 2018). Dies erhöht die Militarisierung der Region.

Seit 2013 investiert China im Rahmen seiner BRI im Indo-Pazifik, wodurch China über Zentralasien und den Indischen Ozean mit Afrika und Europa infrastrukturell verbunden werden soll (Shang 2019, 1–2). Die BRI ist eine Initiative mit großer Reichweite – sie umfasst derzeit etwa 180 Länder und Institutionen – und setzt sich aus einer Vielzahl an Projekten zusammen, wodurch die VRC Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Transformation der Partnerländer ausüben kann (Nath und Klingebiel 2023, 3). Laut Nath und Klingebiel sei die BRI aus der Skepsis und der Bedrohungswahrnehmung gewachsen, mit welcher China das Konstrukt Indo-Pazifik sieht (ebd.). Die BRI hat in der EU negative Reaktionen hervorgerufen. Hinzu kommt die fehlende Präsenz der EU in der indopazifischen Region, da sie geografisch außerhalb dieser liegt. Lediglich Frankreich hat Territorialgebiete in der Region. Im September 2021 hat die EU dann die EU-Indo-Pazifik-Strategie (EUIPS) vorgestellt und diese mit der Global Gateway Initiative (GGI) im Dezember 2021 verfeinert (Håkansson 2022, 6). Durch diese Strategien sollen auch von der EU die infrastrukturellen Verbindungen zu der Region aufgebaut und die Wirtschaften miteinander verbunden werden (ebd., 5). Diese Strategien der EU verdeutlichen die benannte Rivalität mit China.

Doch auch die Volksrepublik China hat auf die neuen Strategien der EU sowie anderer Akteure wie den USA und Japan reagiert, indem sie 2021 die Globale Entwicklungsinitiative (Global Development Initiative, GDI), 2022 die chinesische Globale Sicherheitsinitiative (GSI) und 2023 die Global Civilization Initiative (GCI) vorstellte (Nath und Klingebiel 2023, 4). Mit diesen Strategien eröffnet China ein alternatives System der Entwicklungszusammenarbeit und

globalen Sicherheit. Es verdeutlicht zudem, dass EZA und dessen Strategien immer stärker als geopolitisches Instrument genutzt werden, um sich im Wettbewerb gegen andere Staaten durchzusetzen (ebd., 2). Dies scheint nun durch die EU als auch durch China im Indo-Pazifik offensichtlich.

Bereits in den 1970er Jahren hat der Politikwissenschaftler Robert O. Keohane festgestellt, dass sich die Konfliktmöglichkeiten zwischen Staaten in der Weltwirtschaft vergrößert haben (Keohane 1984, 5). Diese Konflikte bieten eine große Gefahr für Weltfrieden und bedrohen den reibungslosen Lauf der Weltwirtschaft (ebd.). In dem Vorgehen der EU und der VRC im Indo-Pazifik kann dies gesehen werden. Doch hat ebenfalls die internationale Kooperation, vor allem zwischen demokratisch regierten Staaten, zugenommen (ebd.). So können durch Interdependenzbeziehungen negative Aspekte wie Inflation exportiert werden, allerdings kann ebenfalls Wohlstand und Wirtschaftswachstum in andere Staaten gebracht werden (ebd.). Daher sind demokratische Regierungen bemüht, durch staatliche Eingriffe ihre Bürger:innen vor derartigen negativen Aspekten zu schützen (ebd., 5–6). Dieses Argument wird durch die Reaktion der EU, eine eigene Strategie für den Indo-Pazifik zu veröffentlichen, bestärkt.

Als theoretische Grundlage dieser Studie gilt daher der neoliberale Institutionalismus in den Ausführungen von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye. Die grundlegende Annahme der Theorie ist die Existenz gleicher Interessen, trotz derer Staaten oftmals nicht kooperieren (Keohane 1984, 6). Es ist festzuhalten, dass die Theoretiker dabei Staaten des Globalen Nordens mit demokratischen Regierungen analysieren und beschreiben, sodass die Theorie auf Nord-Süd-Beziehungen oder Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen nur begrenzt zutrifft (ebd., 7). Laut Keohane muss eine Analyse im neoliberalen Institutionalismus zwei Teile aufweisen (Huang 2012, 29). Erstens, eine Analyse der innerstaatlichen Interessen und Wertevorstellungen und zweitens, eine Analyse des Systems und der Verhandlungen mittels internationaler Regime (ebd., 29–30). Die selbstdeklarierten Interessen der Akteure sind bei der Betrachtung der Durchsetzungskraft ihrer Strategien sowie für die Entstehung einer internationalen Kooperation von Bedeutung. Da trotz gleicher Interessen Kooperation zwischen Akteuren fehlschlagen kann (vgl. Keohane 1984, 66), muss ebenfalls ein Blick auf die Praxis geworfen werden. Anhand von Fallbeispiele kann veranschaulicht werden, inwiefern die angestrebten Interessen implementiert werden.

So kann festgehalten werden, dass die geopolitische und ökonomische Bedeutung des Indo-Pazifiks in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat, welches die Region zu einem zentralen Schauplatz für Entwicklungsprojekte und Kooperationen macht. In diesem

Zusammenhang gewinnen die wirtschaftlichen Interessen der EU und der VRC eine besondere Bedeutung. So verfolgen beide Akteure im Indo-Pazifik mit ihren Strategien ambitionierte Ziele, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geopolitische und geoökonomische Auswirkungen haben. Während die EU und China in bestimmten Bereichen gemeinsame Interessen zu teilen scheinen, wie bei der Verfolgung der SDGs, sieht die EU China gleichzeitig als Rivalen, beispielsweise bei der Verbreitung demokratischer Werte (Pietzko 2023, 52). Diese Dualität von Kooperation und Wettbewerb ist ein zentrales Merkmal der Interaktionen beider Akteure.

Alfred Gerstl und Nick Nieschalke argumentieren diesbezüglich: „Brussels needs to seek (...) at least some form of coordination with China to carry out projects in the Indo-Pacific and Southeast Asia” (Gerstl und Nieschalke 2024). Somit wird deutlich, dass der Kooperationsaspekt im Vordergrund stehen sollte. Weiter sagen die Autoren: „The EU, though, must find a pragmatic but credible balance between values and interests” (Gerstl und Nieschalke 2024). Der neoliberale Institutionalismus bietet einen geeigneten Rahmen für die Analyse, wie internationale Akteure in einer globalisierten Welt kooperieren, selbst wenn Konkurrenz und Konfliktpotenzial bestehen. Dabei wird ein Fokus auf die Frage gelegt, inwieweit wirtschaftliche Interessen zu einer pragmatischen Zusammenarbeit führen, obwohl Rivalitäten zwischen der EU und China bestehen. Diese Studie argumentiert, dass trotz der Systemrivalität durch geteilte Interessen die Kooperation und Partnerschaft bestehen bleibt. Bei unterschiedlichen Interessen rückt die Rivalität in den Vordergrund und verhindert Kooperation. Daher werden die Interessen der beiden Akteure untersucht, um herauszufinden, ob die Partnerschaft oder der Wettbewerb im Vordergrund steht. Es wird argumentiert, dass die wirtschaftlichen Interessen überlappen, wodurch Kooperation im wirtschaftlichen Bereich vorherrschen sollte, während die politischen und strategischen Bereiche kollidieren, wodurch der Rivalitätsgedanke steigt.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich die folgende zentrale forschungsleitende Fragestellung:

Welche selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen verfolgen die EU und China durch ihre geopolitischen und geoökonomischen Strategien und Entwicklungsprojekte im Indo-Pazifik?

Wie stehen diese Interessen im Verhältnis zueinander?

Daran anschließend ergeben sich mehrere Forschungsfragen, die der zentralen Fragestellung untergeordnet sind. Sie spalten die zentrale Forschungsfrage in kleinere Teilgebiete auf, welche die Beantwortung der zentralen Frage unterstützen. Die Fragen fokussieren bestimmte Aspekte der forschungsleitenden Frage. Die untergeordneten Forschungsfragen lauten:

- Welche wirtschaftlichen Interessen formulieren die VRC und die EU mit ihren geopolitischen und geoökonomischen (Entwicklungs-)Strategien für die Region des Indo-Pazifiks?
- Wie verhalten sich die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der VRC und der EU zueinander?
- Wie manifestieren sich diese Interessen in den konkreten Entwicklungsprojekten der Initiativen im Indo-Pazifik?

Ziel dieser Masterarbeit ist es, die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen beider Akteure im Indo-Pazifik zu vergleichen und zu bewerten, wie sie zu einer Kooperation beitragen können. So sollen die Interessen aus den Publikationen herausgefunden und einander gegenübergestellt werden. Dies soll unter Berücksichtigung des neoliberalen Institutionalismus getan werden, sodass diese Analyse dazu beiträgt, ein besseres Verständnis für die Balance zwischen Kooperation und Konkurrenz in den Wirtschaftsbeziehungen der EU und der VRC im Indo-Pazifik zu gewinnen. Zudem soll anhand von ausgewählten Projekten die Verfolgung der Interessen in der Praxis beleuchtet werden. Dadurch können die Interdependenz und gegenseitige Beeinflussung von EU und China mit Blick auf ihre Strategien für den Indo-Pazifik untersucht werden. Als Fallbeispiele werden die Energieinfrastruktur in der Mongolei, die Transportinfrastruktur in Laos, die Transportnetze in Kenia und die Wasserkraftwerke und Straßeninfrastruktur auf Fidschi betrachtet. In der Mongolei baut die EU eine Übertragungsleitung aus und bindet somit nachhaltige Energiequellen an das Netz an, während die VRC im Rahmen des China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridors die Kapazitäten von Kraftwerken ausbaut, Gas- und Ölpipelines sowie neue Schienenstrecken und Stromtrassen baut. In Laos hat China die Laos-China-Eisenbahn gebaut, während die EU den Ausbau der Nationalstraße 2 vorantreibt. In Kenia baut die EU im Rahmen des Projekts des Nördlichen Korridors in Ostafrika das Straßennetzwerk aus. China hat eine neue Eisenbahnstrecke von der Küste zur Hauptstadt Kenias gebaut und eine Weiterführung der Strecke bis an die Grenze zu Uganda ist in Planung. Auf Fidschi ist China ebenfalls in der Transportinfrastruktur aktiv. So wird das Straßennetz durch China ausgebaut und gefestigt. Die EU hingegen ist bei dem Bau mehrerer Wasserkraftwerke zur besseren Energieversorgung Fidschis aktiv. Die genauen Analysen dieser Projekte folgen in Kapitel 8.

Der Fokus dieser Arbeit wurde aufgrund der hohen ökonomischen Relevanz der Region Indo-Pazifik und der bestehenden Abhängigkeiten auf wirtschaftliche Interessen gelegt. Diese Studie liefert einen Beitrag zu der Vielzahl der Forschung über die BRI, verbindet diese jedoch mit

der GGI und richtet ebenfalls einen Fokus auf die EU. Dieser Aspekt ist in der Forschung bislang unterbeleuchtet geblieben, sodass diese Studie einen Beitrag dazu leistet, das Vorhaben Chinas und das Vorhaben der EU gegenüberzustellen. Oftmals wurden beide Akteure lediglich in ihrem Konkurrenzverhalten betrachtet, sodass die Forschung zu möglichen Kooperationen Leerstellen aufweist. Diese Studie mit Blick auf mögliche Kooperationen soll einen Beitrag dazu leisten, diese Leerstelle zu füllen. Anschließend an diese Studie können Fallstudien basierend auf den herausgefundenen selbstdeklarierten Interessen durchgeführt werden. Somit bietet diese Studie einen Startpunkt für weiterführende Studien. Zudem wird die Region des Indo-Pazifiks betrachtet, welche von politischer und wirtschaftlicher Relevanz ist. Die Forschung ist somit für politische Akteure sowie internationale Institutionen und Wirtschaftsorganisationen relevant. Der anschließende Blick auf die genannten Projekte verbindet dabei die Theorie mit der Praxis.

Diese Arbeit beginnt mit einer Einführung in das Thema und der Definition wichtiger Begrifflichkeiten wie Indo-Pazifik und Entwicklung. Zudem wird der historische Kontext der EU und der VRC vorgestellt. Dies bietet einen Einblick in die politischen Systeme und Verbundenheit zur EZA und zum Indo-Pazifik. Daraufhin wird im Theorieteil der neoliberale Institutionalismus vorgestellt, welcher die theoretische Basis dieser Studie liefert. Anschließend wird die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, genauer die zusammenfassende Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung, erläutert. Im darauffolgenden Teil werden zuerst die Analyse der chinesischen Interessen und anschließend die Interessen der EU anhand der Ergebnisse der Analyse dargelegt. Nach einer Gegenüberstellung dieser Interessen werden abschließend die genannten Fallbeispiele betrachtet, um die Manifestierung der Interessen in ausgewählten Projekten der Strategien und mögliche Kooperation der beiden Akteure zu untersuchen. Die Arbeit schließt mit Schlussfolgerungen und Möglichkeiten nachfolgender Forschungen.

2 Konzepte & Definitionen

Anschließend an die Einführung in das Thema müssen zunächst weitere Konzepte und Begriffe definiert werden. Besonders die Region Indo-Pazifik ist kein eindeutig definierter Begriff, sodass die geografische Region und die damit einhergehenden Annahmen festgelegt werden müssen. Zudem handelt es sich bei den Texten, welche in dieser Arbeit betrachtet werden, um geopolitische und geoökonomische Strategien und Reden. Daher wird eine Erläuterung dieser beiden Begriffe vorgenommen. Schließlich wird der Begriff Entwicklung aufgeschlüsselt. Entwicklung hat ebenfalls keine eindeutige Definition.

2.1 Indo-Pazifik

Bei dem Begriff Indo-Pazifik handelt es sich um ein geopolitisches Konstrukt (Nath & Klingebiel, 2023, 2). Er beruht auf den Interessen der Staaten und Akteure, welche ihn benutzen, sowie auf den Umständen zu der Zeit des Gebrauchs, weshalb der Begriff umstritten und nicht eindeutig definiert ist (ebd.). Generell beschreibt dieses neuartige Konzept eine geografische Region vom östlichen Afrika bis zur Westküste der USA, von Australien bis zu den Grenzen Chinas (Kassab 2023, 1). Die Raumvorstellung drückt dabei die Machtverschiebungen und die Ordnungsvorstellungen in der geografischen Region aus (Heiduk und Wacker 2020, 5).

Zuvor wurde diese Region als Asien-Pazifik bezeichnet. Auch der Asien-Pazifik ist ein Konstrukt (Heiduk und Wacker 2020, 6). Mit dem Asien-Pazifik wurde in den 1990er-Jahren der Aufstieg Chinas und weiterer ostasiatischer Staaten ausgedrückt, der wirtschaftliche Aufschwung einer gesamten Region sollte titulierte werden (Poon u. a. 2024, 1). Der Term Asien-Pazifik, welcher weiterhin von China genutzt wird, kam dabei im Rahmen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) auf (Kolmaš, Qiao-Franco, und Karmazin 2024, 11). So sollte während der Nachklänge des Kalten Kriegs mit dem Asien-Pazifik der Unterschied zwischen dem sowjetischen Lager und den neuen aufsteigenden asiatischen Staaten ausgedrückt werden, wodurch letztere in die Sphäre der USA gezählt wurden (Poon u. a. 2024, 2). Mit dem Asien-Pazifik ist der Fokus auf wirtschaftliche Verknüpfungen gelegt und durch den wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Stabilität der Region unterstützt (Poon u. a. 2024, 1; Kolmaš u. a. 2024, 12). Der Begriff wurde somit unter der APEC institutionalisiert.

Der Begriff Indo-Pazifik hingegen wurde bereits im 20. Jahrhundert von dem deutsch-nationalsozialistischen Geografen Karl Haushofer für die Beschreibung des Indischen Ozeans und des Pazifiks in Relation zu der (kolonialen) Trennung zwischen den Einflussphären der

europäisch-amerikanischen und deutsch-japanischen Mächte genutzt (Kassab 2023, 13). Dabei zählte das nationalsozialistische Deutschland aufgrund der Allianzbildung während des Weltkrieges zu der japanisch-deutschen Einflussosphäre. Die moralische Fragwürdigkeit des ideologischen Begriffs ist daher mit seiner Entstehungsgeschichte gegeben, und der Begriff wurde wenig verwendet. Der ehemalige Premierminister Japans, Shinzo Abe, hat den Begriff im Jahr 2007 für den geopolitischen Diskurs um die Region wiederaufgenommen und neu geprägt (ebd., 12; Nath und Klingebiel 2023, 2). Er wollte mit dem Wort Indo-Pazifik die gemeinsamen demokratischen Werte Indiens und Japans sowie die große Bedeutung der offenen, freien Handelswege im Indischen Ozean aufzeigen (Kassab 2023, 12; Kolmaš u. a. 2024, 2). Dadurch wird die Bedeutung Indiens in der Region aufgewertet und eine Anspielung auf die ehemalige Stärke Japans in der Region gemacht (Nath & Klingebiel, 2023, 2). So hat Abe den Begriff 2007 wiederaufgenommen, um die Gefahr zu beschreiben, welche Japan vom aufsteigenden China ausgehen sieht (Kassab 2023, 13).

Der Begriff wird seither mit der Versicherheitlichung der Region gegenüber China und der Bildung einer gemeinsamen Identität verbunden, sowie mit dem Erhalt des Status quo (Kassab 2023, 1–2). Es ist ein politischer Begriff, der die von den Staaten der Region wahrgenommene Gefahr durch China ausdrückt und ruft so zum Auf- und Ausbau von Allianzen auf (ebd., 17; Kolmaš, Qiao-Franco, und Karmazin 2024, 2). Zudem basiert das Konzept Indo-Pazifik auf dem Verlangen der Staaten, ihre Interessen zu vertreten und zu schützen (Kassab 2023, 3). So haben die USA und später auch die EU den Begriff aufgegriffen, um gegen Chinas Einflussgewinnung anzugehen und den Status quo zu ihren Gunsten zu sichern (ebd., 13).

Das Konzept Indo-Pazifik ist zudem mit dem Wandel des internationalen Systems von einem unipolaren zu einem multipolaren System verbunden (Kassab 2023, 3). Laut Kassab (2023) versuchen die Staaten und Akteure, ihren Einfluss und ihre Macht durch die Verwendung dieses Konzepts zu schützen und so die Auswirkungen des Systemwandels zu verringern. Dabei werde der Begriff genutzt, um den Fokus der Geopolitik in eine Richtung zu weisen, welche China als Gefahr hervorhebt (ebd., 9). Jedoch wird China häufig nicht direkt genannt. Hingegen wird der geopolitische Term genutzt, um eine Idee oder ein Ziel zu benennen, welches sich aus einer neuen Region zusammenstellt, die sicher vor Chinas (wirtschaftlichen) Einflüssen sei und mit welcher gegen China gewirkt werden könne (ebd., 11). Aus diesem Grund lehnt die VRC dieses Konzept gänzlich ab, denn sie empfindet es als Strategie, um gegen sie als Staat vorzugehen und ihren Einfluss zu begrenzen (Nath und Klingebiel 2023, 2).

Die EU hingegen hat den Begriff aufgenommen und die Region vom östlichen Afrika zu den Inseln des Pazifiks als strategisch relevant eingeordnet (Europäische Kommission 2021b, 1). So betont die EU die Interdependenz bei globalen Themen wie dem Klimawandel und die wirtschaftlichen Verbindungen mit den indopazifischen Staaten, inklusive China (ebd.). Die EU nutzt den Begriff Indo-Pazifik damit ebenfalls als Allianzen-stärkende und wertebasierte Bezeichnung einer geografischen Region. China hingegen nutzt weiterhin den Ausdruck Asien-Pazifik (Heiduk und Wacker 2020, 35). So betont China, dass Asien-Pazifik den Fokus auf (wirtschaftliche) Entwicklung in der Region setzte, Indo-Pazifik jedoch auf Sicherheitsaspekte fokussiere und somit unterschiedliche Ziele verfolge (ebd., 33). Dies ist eine logische Reaktion der VRC, da der Ausdruck Indo-Pazifik als Gegenpol zu China genutzt wird.



Abbildung 1: Karte der indopazifischen Staaten (eigene Darstellung)

Der Wechsel von Asien-Pazifik zu Indo-Pazifik hat somit geopolitische und wissenschaftliche Auswirkungen (Kolmaš, Qiao-Franco, und Karmazin 2024, 16). Die Region wurde geografisch vergrößert, weitere Staaten sind nun einbezogen und der Blick auf die Region hat sich gewandelt. Eine Verbindung der Staaten im Indo-Pazifik unter einer Institution ist aufgrund der unterschiedlichen politischen Systeme, wirtschaftlichen Interessen, Kulturen und der geografischen Distanz laut Kolmaš, Qiao-Franco und Karmazin (2024) unwahrscheinlich (ebd., 17). Vielmehr handele es sich bei dem Begriff Indo-Pazifik um ein rein geopolitisches

Instrument (ebd., 18). Demnach befürworten die ASEAN-Mitgliedstaaten (Association of Southeast Asian Nations, Verband Südostasiatischer Nationen) den Gebrauch von Indo-Pazifik, jedoch nur solange der Fokus auf Infrastruktur und Kooperation liege (ebd., 14). Doch durch die Ausweitung der geografischen Region sei die Verbindung der Staaten unter einer wirtschaftlichen Institution nicht mehr möglich. Die Volkswirtschaften der indopazifischen Staaten sind sehr unterschiedlich ausgeprägt (ebd., 16). So befinden sich hoch entwickelte Industrienationen wie Südkorea und Japan, rasant aufsteigende Industrien wie China und Indien, und wenig industrialisierte Industrien im Indo-Pazifik (ebd., 15). Ebenso unterscheiden sich die politischen Systeme von Demokratien zu Autokratien (ebd.). Demnach ist eine Institutionalisierung des Indo-Pazifiks, wie es mit dem Asien-Pazifik unter der APEC geschah, unwahrscheinlich.

Es ist festzuhalten, dass der Begriff Indo-Pazifik keine einheitliche Definition besitzt, sondern die Staaten und Akteure, welche den Begriff verwenden, verschiedene Schwerpunkte festlegen und Regionen mit verschiedenen Staaten damit benennen. Durch den Begriff Indo-Pazifik wird vermehrt der Fokus auf Indien und den Indischen Ozean gelegt, welcher mit dem Pazifik als eine große Region zusammengefasst wird (Heiduk und Wacker 2020, 7). In dieser Arbeit soll der geografisch weitreichende Raum laut der Definition der EU genutzt werden, wie es in Abbildung 1 dargestellt ist, wobei die Staaten des Indo-Pazifiks dunkel markiert sind. Daher umfasst der Indo-Pazifik die gesamte Ostküste des afrikanischen Kontinents bis zu den pazifischen Inseln einschließlich Australien, Neuseeland, Japan und Südafrika (Europäische Kommission 2021b). Zudem ist China Teil des Indo-Pazifiks. Ebenso sind zentralasiatische Staaten wie Turkmenistan, Pakistan und Afghanistan Teil des Indo-Pazifiks. Die USA ist nicht in der Region angesiedelt, sondern lediglich ein externer Partner in der Region, wie es die EU selbst ist.

2.2 Geopolitik & Geoökonomie

Geopolitik ist ein Konzept, mit welchem der schwedische Politikwissenschaftler Rudolf Kjellen erstmals Ende des 19. Jahrhunderts die Verbindung zwischen Geografie und Politik benannte (Ó Tuathail 1998, 1). Anfangs wurde mit Geopolitik die Überlegenheit des eigenen Staates durch die geopolitischen Theoretiker:innen hervorgehoben, „to explain and justify imperial expansionism by their own national state“ (Ó Tuathail 1998, 4). Beispielsweise argumentierte Friedrich Ratzel durch seine geopolitischen Schriften die ‚Rechtfertigung‘ für die Ausweitung des deutschen ‚Lebensraums‘, da Deutschland für Ratzel als überlegen galt und somit Anspruch auf eine geografische Ausweitung des eigenen Territoriums hatte (ebd.). In den 1970er Jahren,

während des Kalten Kriegs, hat der damalige US-Außenminister Henry Kissinger das Konzept auf den weltpolitischen und ideologischen Machtkampf der Supermächte USA und UdSSR bezogen und somit die Geopolitik als das Feld der globalen Machtpolitik geprägt (ebd., 1). Vorerst wurde Geopolitik demnach als Mittel zur Beschreibung der Welt genutzt (ebd., 5). So wurden Regionen zusammengefasst und damit deren Identität festgeschrieben (ebd.). Oftmals waren diese Bezeichnungen ideologisch und sollten das ‚Andere‘ von dem ‚Unseren‘ unterscheiden (ebd., 5–6; Werber 2022, 11). Dies brachte ebenso die Bezeichnung ‚Westen‘ für bestimmte Staaten einher, wobei nicht nur die geografische Position gemeint war, sondern die hohen Entwicklungsstandards der Staaten, um sie gegen die ideologisch feindlichen und die ‚unterentwickelten‘ Staaten abzugrenzen (Ó Tuathail 1998, 6). So wird beispielsweise Japan trotz dessen geografischer Lage zum ‚Westen‘ gezählt (ebd.). Geopolitik versucht, die Komplexität der Weltpolitik anhand der Ressourcenverteilung, Demografie und geografischen Lage herunterzubrechen, anschaulich zu machen und dadurch zu vereinfachen (Werber 2022, 12). Sie befasst sich somit mit der weltpolitischen Arena und versucht, die globalen politischen Veränderungen und Vorgänge zu analysieren und zu erklären (Ó Tuathail 1998, 1). Dabei wurde die Geopolitik laut Nickel entwickelt „to theorize the geographic drivers and effects of great power competition, especially on and over the Eurasian landmass, in moments of shifting balances in the international system“ (Nickel 2024, 222).

Seit den 1990er Jahren werden geopolitische Einheiten wie der Indo-Pazifik als sozial konstruiert angesehen und als Konzepte verstanden (Werber 2022, 145). Dies basiert auf den Verbindungen der Gesellschaften über staatliche Grenzen hinweg, da nun der Kommunikationsfluss und ebenfalls der Waren- und Reisefluss aufgrund der gestiegenen infrastrukturellen Verbindungen die Staaten derart miteinander verbindet, dass die einstige Aufteilung der Welt in geopolitische Räume wie ‚Westen‘ und ‚Osten‘ keine Bedeutung mehr haben (ebd.). Doch hat sich ebenfalls gezeigt, dass diese Verbindungen die Geopolitik nicht obsolet machen, sondern ihre Bedeutung ändert (ebd., 153). So haben sich Konflikte zu globalen Konflikten entwickelt, welche die staatlichen Grenzen und somit Räume übergreifend stattfinden (ebd.). Ebenfalls hat die Bedeutung von konstruierten geopolitischen Räumen zugenommen und die Bedeutung von Räumen, welche durch geografische Merkmale begrenzt sind, abgenommen (ebd., 154).

Heutzutage ist Geopolitik ein politisches Schlagwort, welches eine Rückführung auf die Bedeutung der geografischen Eigenschaften eines Staates inklusive der ungleichen Ressourcenverteilung als auch die ungleiche Verteilung der vorhandenen Infrastruktur darstellt (Werber 2022, 184–85). So wird die Machtausübung der Akteure im internationalen System

betrachtet, wobei einige mächtige Staaten und internationale Organisationen wie die UN ihre Einflussnahme und ihren Einflussbereich auszubreiten oder zu schützen versuchen, und dies Auswirkungen auf Allianzen sowie die restlichen Staaten im Staatensystem hat (ebd., 186). Die Aufteilung der Welt in Freunde und Feinde, in gegeneinandergestellte Parteien, gewinnt wieder an Bedeutung und die Entwicklungen der Geopolitik aus den 1990er Jahren werden rückgängig gemacht (ebd.). Erneut schauen die Staaten mit ihrer Geopolitik auf Sicherheitsaspekte, um ihre sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Bestrebungen durchsetzen und schützen zu können (ebd., 216).

Beispielsweise ist aufgrund des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, welchen Putin seit 2014 mit der Besetzung der Krim führt, der Fokus der EU erneut auf dem Wettbewerb der Großmächte in Eurasien (vgl. Nickel 2024, 223). Der Versuch Putins der Ausweitung des russischen Gebiets (besonders der Eroberung neuer Häfen) wie auch der Aufstieg Chinas im Weltsystem führen zu der erneuten Betrachtung der Welt durch eine geopolitische Sichtweise (ebd.). So beschreibt Nickel, Chinas wirtschaftlicher Aufstieg und seine neuen infrastrukturellen Seeverbindungen setzten den Fokus der Großmächte USA und EU auf den Indopazifik und die potentielle Gefahr durch die neue Großmacht China (ebd., 229–30). Die EU und die USA fokussieren daher ihre Politik erneut auf geografische Territorien in Eurasien und versuchen, durch Machtausübung ihre Interessen zu erreichen. Seit der zweiten Amtszeit von Trump und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Trump den Fokus auf sicherheitspolitische Aspekte gelegt, wobei Trump die europäischen Länder auffordert, mehr für die eigene Sicherheit zu investieren (Ulatowski 2025, 13). Trump zielt darauf ab, dass die USA nicht weiterhin als Sicherheitsgarant der EU agiert, sondern auf die eigene Sicherheit fokussieren kann (ebd.). Vielmehr setzt Trump den Fokus auf die Rivalität und damit eingehenden Eindämmung Chinas, da China die globale Machtposition der USA gefährdet und die USA ihre Machtposition beibehalten möchte (ebd., 15). Diese Entwicklungen des 21. Jahrhunderts zeigen, dass die Geopolitik erneut an Bedeutung gewinnt und die Großmächte vermehrt geopolitisch agieren.

Somit bedeutet Geopolitik in dieser Arbeit die globale Machtausübung und Einflussnahme mächtiger Staaten und Akteure anhand ihrer geografischen Lage, Demografie, infrastrukturellen Verbindungen, sowie ihrer Ressourcenverteilung mit dem Ziel der Wahrung der eigenen Sicherheit und Stabilität. In diesem Zusammenhang sind der Aufbau neuer Infrastruktur und die Aneignung neuer Ressourcen geopolitische Mittel der Machtausübung. Durch das geopolitische Vorgehen streben die Staaten und Akteure an, ihre Interessen durchzusetzen.

Neben der Geopolitik ist auch die Geoökonomie ein Konzept, welches in dieser Studie Anwendung findet. Der Begriff Geoökonomie hat mehrere Definitionen, welche auf verschiedenen Ansichten, theoretischen Grundlagen und Zeitspannen beruhen (Pfeiffer 2023, 2). 1922 prägte Wilhelm Röpke, ein deutscher liberaler Theoretiker, den Begriff Geoökonomie als Verbindung von wirtschaftlichen Formen und Vorgängen mit geografischen Konditionen (ebd., 15). So theorisierte er, „political alignment is driven by economic integration, which in turn is caused by geographic conditions“ (Pfeiffer 2023, 16). Anders gesagt, wirtschaftliche Interdependenz, welche geografisch beeinflusst wird, führe zu einer engeren politischen Koordinierung zwischen Staaten. So definiert Röpke die Geoökonomie als „the study of geographic factors that help to explain economic phenomena“ (Pfeiffer 2023, 19). Der Begriff Geoökonomie verlor danach jedoch an Durchsetzungskraft (ebd., 32).

1990 versuchte Edward Luttwak, den Begriff Geoökonomie wieder in Umlauf zu bringen, da er nach Ende des Kalten Kriegs einen Rückgang an militärischer Macht und dem Erstarken der wirtschaftlichen Macht beobachtete (Scholvin und Wigell 2018, 3). Luttwak argumentiert, da Staaten an eine geografische Lage gebunden sind, würden sie auf die wirtschaftlichen Erfolge dieser Region fokussieren und nicht auf die Verbesserung der Weltwirtschaft allgemein (ebd., 9). Daher würden geografische Räume, also die Nationalstaaten, wirtschaftlich konkurrieren (ebd.). Laut Scholvin und Wigell (2018) ist der geografische Aspekt der Geoökonomie dagegen die geografische Lage von Ressourcen oder Handelsrouten, sodass geoökonomische Strategien auf einen geografischen Raum konzentriert sein müssen (ebd.). Anhand wirtschaftlicher Instrumente müssen Staaten Macht ausüben, um ihre Sicherheit und die Stabilität der wirtschaftlichen Verbindungen zu schützen, und somit ihren Wohlstand zu sichern (ebd., 10).

Geoökonomie hat nun erneut den Einzug in die Debatten der Internationalen Beziehungen gefunden, da derzeit wirtschaftlicher Wettbewerb das wichtigste Instrument zur Erfüllung der eigenen Interessen ist (Wigell 2016, 136). Dies schließt an die derzeit prominente Schule der Internationalen Beziehungen, den neoliberalen Institutionalismus, an. Laut Wigell verbindet Geoökonomie somit die Geopolitik mit der Ökonomie und kann als „the geostrategic use of economic power“ (Wigell 2016, 137) definiert werden. Im liberalen Sinn sollen somit durch die Geoökonomie günstige Rahmenbedingungen für die eigene Wirtschaft geschaffen werden, während im realistischen Sinn durch die Geoökonomie lediglich das Machtinstrument Militär durch Wirtschaft ersetzt wird (ebd., 138). Laut Blackwill und Harris ist Geoökonomie „the use of economic instruments to promote and defend national interests, and to produce beneficial geopolitical results; and the effects of other nations’ economic actions on a country’s geopolitical goals“ (Blackwell und Harris 2016 zitiert nach Pfeiffer 2023, 34). So benenne die

Geoökonomie lediglich die Durchsetzung geopolitischer Strategien anhand wirtschaftlicher Mittel, welche Sanktionen, Investitionen oder Wirtschaftshilfe beinhalten können (Pfeiffer 2023, 34).

Im neoliberalen Institutionalismus sind die Taktiken der Geoökonomie Multilateralismus und wirtschaftliche Integration (Wigell 2016, 146). Unter den Instrumenten für geoökonomische Einflussnahme befinden sich neben Sanktionen auch die wirtschaftliche Öffnung oder Einschränkung von Marktzugang, wodurch der freie Handel eingeschränkt oder gelenkt werden kann (Görg und Kamin 2021, 854). Der Handelskrieg zwischen den USA und China, welcher seit 2018 andauert, ist ein Beispiel dieses Vorgehens (ebd.). Ebenso konnten geoökonomische Vorgänge während der Covid-19-Pandemie beobachtet werden, als viele Staaten Exportbeschränkungen auf medizinische Güter wie Masken oder auch Impfstoffe verhängten (ebd., 855). So ist ebenfalls in der EU ein geoökonomisches Vorgehen sichtbar, welches mit dem Nearshoring und der damit einhergehenden Verkürzung von Lieferketten einhergeht (ebd.). Zugleich kann die EU wirtschaftliche Normen und Standards international durchsetzen und durch Handelsabkommen Einfluss ausüben, da sie ein wichtiger Markt für andere Staaten ist (ebd., 856). Auch dies ist ein geoökonomisches Instrument.

Somit bedeutet Geoökonomie die internationale Machtausübung durch wirtschaftliche Instrumente, um positive Bedingungen für die eigene Wirtschaft zu erzielen und die nationalen Interessen durchzusetzen. Der Fokus liegt dabei auf einer bestimmten geografischen Region, in welcher diese Machtausübung vorgenommen wird. Der agierende Staat muss sich dabei nicht in der Region befinden.

2.3 Entwicklung

Der Begriff ‚Entwicklung‘ stammt vom lateinischen Wort ‚volvere‘, was auf Deutsch ‚wickeln‘ beziehungsweise ‚auswickeln‘ bedeutet, und weist auf „die Entfaltung und Hervorbringung von etwas [hin], was bereits vorhanden und einer Sache inhärent ist, aber noch ent- bzw. ausgewickelt werden muss“ (Stockmann u. a. 2016, 1). Der Begriff in seiner derzeitigen Bedeutung ist eurozentrisch geprägt. Seit dem 18. Jahrhundert wird Entwicklung als Fortschritt ausgelegt, womit einher geht, dass sie aktiv vorangetrieben werden muss (ebd.). Seit dem 19. Jahrhundert wird mit Entwicklung die Abgrenzung von Gesellschaften und Gebieten zu Europa angestrebt, wobei Europa als entwickelt gilt, wodurch für die außereuropäischen Gebiete und Gesellschaften diese Entwicklung aufzuholen sei (ebd.). Es wurde von einem linearen Entwicklungsweg ausgegangen. Entwicklung benenne dabei die Strategie „des planmäßigen Einsatzes wirtschaftlicher und politischer Mittel zur Beseitigung von Armut und ungleicher

Verteilung der nationalen und globalen Reichtümer“ (Schicho und Nöst 2006, 43). Somit sei Entwicklung eine gerichtete und gesteuerte fortschrittliche Veränderung, welche von Akteuren durch politische, wirtschaftliche und technologische Machtausübung vorgenommen werde (ebd., 46). Dazu wurde in der Entwicklungsforschung der Begriff Entwicklung mit verschiedensten Inhalten ausgefüllt, beispielsweise mit wirtschaftlichem Wachstum oder mit der Erfüllung der Grundbedürfnisse (vgl. Stockmann u. a. 2016, 2). Dadurch wurde seither die Ausbreitung westlicher Normen, politischer Ansichten und Wirtschaftsmodelle mit dem Ziel der Angleichung an den Entwicklungsstandard der Staaten des Globalen Nordens legitimiert (ebd., 1). So ist der Begriff Entwicklung nicht universal definierbar, denn er ist ideologisch untermauert und abhängig von den Welt- und Werteanschauungen derjenigen, welche ihn benutzen (ebd., 3; McGillivray 2012, 21). Zudem kann mit Entwicklung ein Prozess oder aber das Ziel gemeint sein, welches eine einheitliche Definition zusätzlich erschwert (Kingsbury 2013, 3).

Entwicklung heißt laut McGillivray zum einen „the use of natural resources to supply infrastructure, build roads and dams and provide electricity and other forms of energy, to productively utilize or exploit previously unused areas of land or to devise new forms of technology for productive use“ (McGillivray 2012, 22). Diese Definition wird häufig im Alltag verwendet, eignet sich jedoch nicht für die Entwicklungsforschung. Zum anderen kann Entwicklung ebenfalls als linearer Vorwärtsprozess angesehen werden, welcher durch Menschen geleitet und hervorgebracht wird (ebd., 23). Dadurch solle eine Modernisierung erfolgen, welche auf technologische Innovationen und Industrialisierung beruht, und die Qualität der Bildung, des Gesundheitswesens und der Wirtschaft steigert (ebd.). Durch geplantes wirtschaftliches und soziales Wachstum soll somit für arme Gesellschaften ein erfülltes und gesundes Leben erzielt werden (Kingsbury 2013, 1). Diese Definition wird mit dem europäischen Entwicklungsweg, welcher nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Marshallplan der USA vorangetrieben wurde, gleichgesetzt (ebd.; McGillivray 2012, 22). Die Verfolgung von dieser Art der Entwicklung steht jedoch seit den 1960er Jahren unter Kritik, da diese Strategie die Ungleichheit innerhalb von Staaten sowie zwischen Staaten gesteigert hat (McGillivray 2012, 27–28). Eine Kritik an dieser Definition des Entwicklungsbegriffs sieht zudem vor, dass Entwicklung nicht existiert (Ziai 2007, 67). Vielmehr sei es ein Weg für den Globalen Norden Einfluss in den Staaten des Globalen Südens auszuüben und so ihre Vorstellungen des ökonomischen, politischen und sozialen Systems durchzusetzen (ebd., 68). Aufgrund dessen kann diese Definition von Entwicklung in dieser Arbeit nicht verwendet

werden, da China als Teil des Globalen Südens und die EU als Teil des Globalen Nordens angesehen werden und durch diese Definition gegeneinandergestellt würden.

Entwicklung kann ebenfalls als Akkumulation und als Treiber wirtschaftlichen Wachstums, welches von Industrialisierung gestützt wird, benannt werden (Bernstein 2006, 47). Somit ist Entwicklung ein auf Wirtschaftswachstum fokussierter Prozess. Laut Bernstein hat China diesen Weg während ihres wirtschaftlichen Aufstiegs verfolgt (ebd., 48). China fokussiere weiterhin auf diesen Entwicklungsbegriff, der wirtschaftliches Wachstum propagiert und die Industrialisierung sowie Modernisierung der Wirtschaft vorantreibt (Fuchs und Wenten 2020, 6). Entwicklung für China ist dabei verbunden mit materieller Modernisierung wie Infrastruktur, wirtschaftlicher Produktion und technologischen Innovationen (Schwarz und Rudyak 2023, 14). Diese Modernisierung ist die Grundlage für Entwicklung in den sozialen und ökologisch-nachhaltigen Bereichen (ebd.). Eine weitere Definition von Entwicklung ist der Prozess, durch welchen die soziale Bedürftigkeit und Armut, welche von kapitalistischem Wachstum hervorgerufen wird, behoben wird (Bernstein 2006, 47). Das Ziel bei beiden dieser Bedeutungen ist eine Gesellschaft ähnlich den europäischen Staaten, da diese als fortschrittlich angesehen wurden (ebd., 47–48). Dudley Seers hat Entwicklung Anfang der 1970er Jahre vom wirtschaftlichen Fokus auf einen menschlichen Fokus gerichtet, indem er es als „realization of the potential of human personality“ (Seers, 1972, zitiert in McGillivray 2012, 30) definiert. Dies könne nur durch ausreichend Nahrung geschehen, weshalb Armut reduziert werden müsse, damit der Mensch sich genügend Nahrungsmittel leisten könne (McGillivray 2012, 31). Zudem müsse ein Mensch gewisse Freiheiten sowie eine gute Bildung besitzen (ebd.). Ähnlich hat die Internationale Arbeitsorganisation in den 1970er Jahren Entwicklung definiert. Sie benannte Entwicklung als die Erfüllung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, welche neben Nahrung, Kleidung und Behausung ebenfalls den Zugang zu Bildung, einem Gesundheitssystem und einem Arbeitsplatz sowie die Partizipation in Entscheidungsprozessen beinhalten (ebd., 32).

Aufgrund der unterschiedlichen Verständnisse wird Entwicklung in dieser Arbeit mit Hilfe des Hexagons der Entwicklung definiert, welches basierend auf den Arbeiten von Dieter Senghaas und Franz Nuscheler von Ulrich Menzel in den Kontext gesetzt wird (zum Folgenden vgl. Stockmann u. a. 2016, 15–16). Wie bei den letzteren genannten Definitionen stehen dabei die Bedürfnisse des Menschen im Mittelpunkt der Entwicklung, wobei Bedürfnisse sowohl materielle als auch ideelle und somit individuelle Bedürfnisse eines Menschen einschließen. Die Bedürfnisse können sich gemäß des Kontextes und Umfelds ändern. Das Hexagon der Entwicklung bietet den Kontext bestehend aus den gleichwertigen Punkten Wirtschaft, Politik,

Soziales, Gesellschaft, Kultur und Nachhaltigkeit. Diese Punkte stehen ebenfalls im Verhältnis zur globalen Ebene.

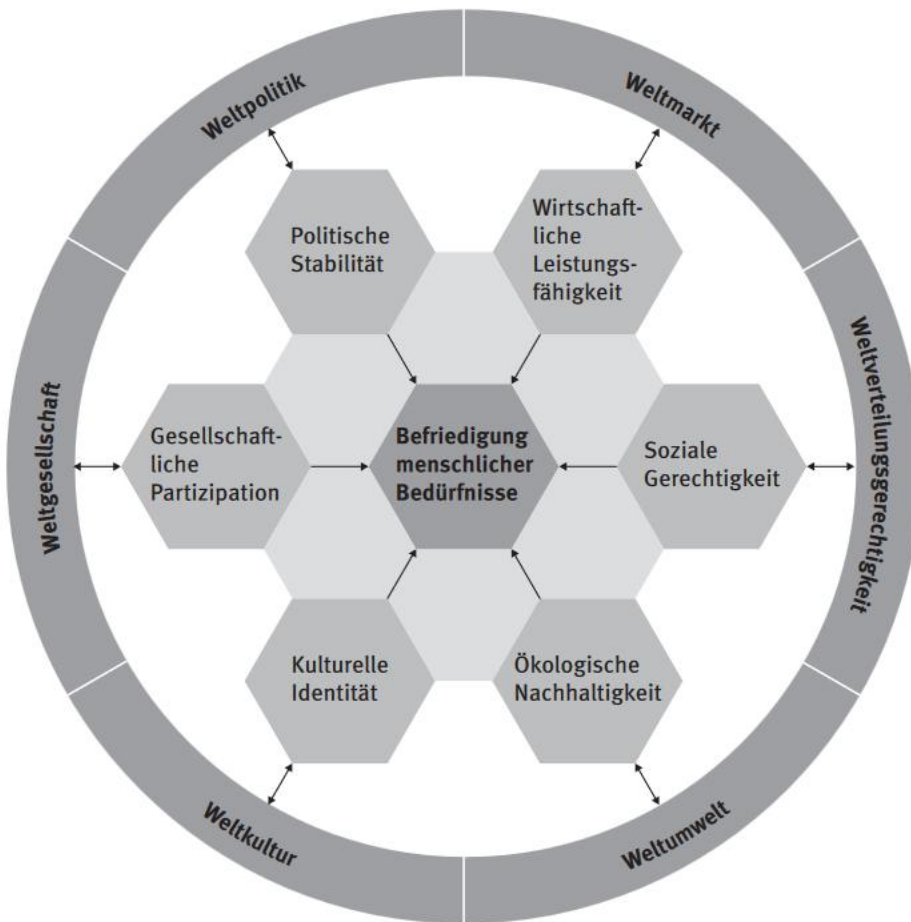


Abbildung 2: Das Hexagon der Entwicklung (Stockmann, Menzel und Nuscheler 2016, 16)

Politische Stabilität bietet die Basis erfolgreicher Entwicklung (zum Folgenden vgl. Stockmann, Menzel, und Nuscheler 2016, 16–17). Die Komponente enthält Frieden, funktionierende staatliche Institutionen und Rechtssicherheit. Ohne politische Stabilität kann keine leistungsfähige und wachsende Wirtschaft entstehen, welche jedoch für die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse notwendig ist. Die Partizipation aller Menschen einer Gesellschaft ist ein weiterer wichtiger Aspekt, denn sie garantiert die Stabilität des politischen Systems sowie das Wirtschaftswachstum, und ermöglicht eine gerechte Verteilung der Ressourcen. Dies geht einher mit Ressourcenverbrauch, daher muss nachhaltig gewirtschaftet werden, damit ein endgültiger Verbrauch überlebensnotwendiger Ressourcen wie Wasser verhindert wird. Für diesen Aspekt sind neue Technologien und Wissenschaft von Bedeutung, ebenso unterstützen sie das wirtschaftliche Wachstum. Sowohl die politische Stabilität als auch das Streben nach nachhaltigem Wirtschaftswachstum werden von der kulturellen Identität untermauert. Laut Menzel seien demokratische und menschen- und freiheitsrechtliche Politiksysteme vorteilhaft für Entwicklung. Somit kann das Hexagon der Entwicklung auch auf Nationalstaaten

übertragen werden, denn zur Erfüllung individueller menschlicher Bedürfnisse benötigt es in unserem heutigen System den Nationalstaat. Das Hexagon der Entwicklung beruht laut den Ausführungen auf einer kapitalistisch-demokratischen Basis beruht, nimmt auch das Hexagon der Entwicklung eine einseitige Sichtweise ein. Wie sich aus der Entwicklungsgeschichte Chinas zeigt (siehe Kapitel 3.1), ist diese Basis jedoch nicht notwendig für die Entwicklung eines Landes. Daher zeigt China, dass auch nicht-demokratische und nicht-menschen- und freiheitsrechtliche Politiksysteme zu Entwicklung laut des Hexagons der Entwicklung führen können.

Die politischen Strategien, welche für Entwicklung sorgen sollen, waren bisher vielfältig und unzureichend, um eine Gleichstellung durch Entwicklung für alle Staaten zu erzielen (vgl. Stockmann u. a. 2016, 436–37). Seit diesem Jahrhundert ist der Fokus auf der Umsetzung der von der UN formulierten globalen Zielsetzungen wie den SDGs, welche größtenteils das Hexagon der Entwicklung abdecken (ebd., 452). Zudem werden eine Koordinierung und Abstimmung der nationalen Entwicklungsstrategien angestrebt, um die globalen Ziele zu erreichen (ebd., 465). Die Entwicklungszusammenarbeit, welche zuständig ist für die Umsetzung der Entwicklungsstrategien, ist ein heterogener und komplexer Teilbereich der Entwicklungspolitik, welcher Institutionen, Organisationen und Staaten umfasst (Gomes 2006, 11). Durch die Bereitstellung von EZA-Leistungen wahren die Staaten oder Institutionen eine Präsenz in den Empfängerländern und üben somit Einfluss auf die Entwicklung dieser Länder aus, woraus asymmetrische Interdependenzen entstehen (ebd., 12). Somit ist die EZA ein Beispiel einer Situation der komplexen Interdependenz.

Das Feld der EZA entstand in seiner modernen Form nach dem Zweiten Weltkrieg (Insebayeva 2023, 37). Oftmals wird dabei das Jahr 1948 als Start gezählt, denn der Marshallplan der USA, mit welchem Europas Wiederaufbau unterstützt wurde, gilt als erstes Projekt in diesem Feld (ebd.). Dabei verfolgte die USA eigene Interessen, denn sie wollten den Kommunismus von Europa fernhalten und die europäische Wirtschaft wiederaufbauen, um eigene wirtschaftliche Vorteile durch einen florierenden, kapitalistischen Partner erzielen zu können (ebd.). Damit wurde die Demokratie in Europa bestärkt, und die USA und die westeuropäischen Staaten wurden zu starken Verbündeten (ebd., 38). Nachdem viele Staaten in Asien und Afrika sich ebenfalls in dieser Zeit von der europäischen Kolonialherrschaft befreiten, wurde die EZA von den USA und den heutigen EU-Mitgliedstaaten als Instrument zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen eingesetzt (ebd.). So konnten sie ihre Verbindungen zu den freien Staaten wahren und weiterhin Macht ausüben. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gilt somit die USA als richtungsweisend, da die USA die Gründung viele der EZA-Institutionen

wie der Weltbank stark beeinflussten (Gomes 2006, 13–14). Dabei war eine Voraussetzung für das Empfangen von EZA die Akzeptanz und Internalisierung ‚westlicher‘ Werte (ebd., 14). Während des Kalten Krieges wurde diese Unterstützung zur Verbreitung von demokratischen Werten und dem kapitalistischen System genutzt und die Staaten in die Einflussosphäre des ‚Westens‘ gezogen (Insebayeva 2023, 38; Gomes 2006, 14–15). So wollte die USA beispielsweise keine Staaten bei ihrer Entwicklung unterstützen, wenn diese sich auf lange Sicht gegen sie wenden und somit die langfristigen Interessen der USA untermauern könnten (Gomes 2006, 14). Dabei führten sowohl die USA als auch die europäischen Staaten ihre Beziehungen mit den ehemaligen Kolonien in einer Art weiter, dass weiterhin die Vormachtstellung der europäischen Staaten und der USA hervortrat und Abhängigkeiten erzeugt wurden (ebd., 15). So wurden die kolonialen Verhältnisse in die EZA übernommen und die EZA als Machtinstrument und zum Machterhalt genutzt.

Während des Kalten Kriegs hat ebenfalls die Sowjetunion EZA betrieben. Wie die USA hat auch die Sowjetunion ihre EZA für ihre eigenen Interessen eingesetzt. So sollten die Empfängerstaaten durch die EZA-Leistungen ihr System dem Sozialismus nach Vorbild der Sowjetunion angleichen (Gu 1983, 71). Die Überlegung war, dass die Wirtschaft derart mit der sowjetischen Wirtschaft verbunden wird, sodass die Staaten keine andere Wahl hatten, als ebenfalls sozialistisch zu werden (ebd.). Die Empfängerstaaten wurden daher nach ihrem sozialistischen Potenzial ausgesucht (ebd., 72). Aus diesem Grund bezogen sich die EZA-Leistungen hauptsächlich auf industrielle Projekte und die Bereitstellung von industriellem Equipment (ebd., 72–73). Durch die Verträge, welche in diesem Rahmen geschlossen wurden, konnte die Sowjetunion die natürlichen Ressourcen aus den Empfängerländer nutzen, um ihre eigene Wirtschaft zu unterstützen (ebd., 76). So kann festgehalten werden, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion ihre EZA in den Jahren des Kalten Kriegs als ideologisches Instrument einsetzten und ihre eigenen Interessen verfolgten. Die Verbindung von EZA mit den staatlichen Interessen war damit von Anfang an gegeben und zeigt die Bildung asymmetrischer Interdependenzen auf. So ist die EZA mit den außenpolitischen Strategien der Geberländer verbunden (Gomes 2006, 14). Die EZA ist dabei ein Teilbereich der Außenpolitik.

Die DAC-Staaten (Development Assistance Committee, Ausschuss für Entwicklungshilfe) haben sich dem Ziel verpflichtet, pro Jahr 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) aufzuwenden (Insebayeva 2023, 39). Dieses Ziel wurde 2023 von lediglich fünf Ländern erreicht, an erster Stelle Norwegen, gefolgt von den vier EU-Mitgliedstaaten Luxemburg, Schweden, Deutschland und Dänemark (Organisation for Economic Co-operation and Development

(OECD), o. J.). Österreich hat im selben Jahr lediglich 0,38 % des BNE für ODA aufgebracht (ebd.). Die EU gilt 2023 als größte ODA-Geberin laut der OECD mit 42 % aller gemessenen ODA (Europäischer Rat 2024, 2). Auch die EU verfolgt das 0,7 % Ziel der OECD (ebd.). 2023 hat die EU 0,57 % des BNE für die ODA aufgebracht (ebd., 7). Für China können keine derartig spezifischen Zahlen genannt werden, da China weder Teil der DAC-Staaten ist, noch ODA leistet (vgl. Schwarz und Rudyak 2023, 13). Die VRC stellt sich gegen die DAC-Staaten, da diese ihre ODA an zu viele Vorschriften binden würden und somit manchen Staaten – die sich nicht an diese Vorschriften halten – Entwicklung verweigern würden (ebd., 16). Es gibt mehrere Studien, welche die chinesische ODA-Leistungen anhand internationaler Quellen schätzen. Für 2019 wurden die Zahlen auf 8,5 Milliarden US-Dollar, auf 2,9 Milliarden US-Dollar und auf 2,94 Milliarden US-Dollar geschätzt (Schwarz und Rudyak 2023, 46–47). Die Schätzungen der 2,9 Milliarden US-Dollar sind laut Schwarz und Rudyak glaubhafter. Bei einem BNE von 14,5 Billionen US-Dollar entspricht dies 0,85 % beziehungsweise 0,29 % des BNE (vgl. World Bank Group, o. J.). Damit gibt China am wenigsten finanzielle Mittel für die ODA aus.

Eine vergleichbare Situation wie zwischen den USA und der UdSSR im Kalten Krieg kann zwischen der EU und China gesehen werden. Da die EU sich auf demokratische Werte bei ihrer EZA beruft und die VRC keine Demokratie ist, unterscheiden sich die Ausgangspunkte der beiden Akteure. So bilden die EZA der EU und der USA ein internationales Regime. Sie verfolgen dieselben Normen und Standards, benutzen dieselben Institutionen und Organisationen. China hingegen baut durch die BRI ein eigenes internationales Regime auf, indem neue Normen und Standards gesetzt und neue Institutionen aufgebaut werden. Zugleich versucht China, das internationale Regime der EU und USA zu wandeln, indem es die Institutionen dieses internationalen Regimes für ihr neues Regime benutzt und abwandelt. Daher kann noch nicht gesagt werden, ob die VRC ein neues Regime aufbaut oder das vorhandene abändert.

3 Entwicklung & EZA der Volksrepublik China & der Europäischen Union

In diesem Kapitel wird die (wirtschaftliche) Entwicklung der EU und der VRC genauer betrachtet. Dabei wird ein Fokus auf ihren Entwicklungsweg und ihr Vorgehen in der EZA gelegt. Daraufhin wird auf ihre EZA-Strategien eingegangen. Der historische Kontext ist zum einen für das Verständnis der Kooperation und Rivalität der beiden Akteure von Bedeutung. Zum anderen gibt es die Rahmenbedingungen vor, unter welchen die Strategien entstanden. Dementsprechend werden in diesem Kapitel ebenfalls die relevanten Strategien vorgestellt.

3.1 Chinas wirtschaftliche Entwicklung & EZA im Indo-Pazifik

Die Volksrepublik China hat sich von einem Großreich zu einer armen Republik hin zu einem Staat mit Weltmachtstatus gewandelt. Einen großen Beitrag dazu haben die Seidenstraße und Beziehungen zu asiatischen und europäischen Staaten getragen. Die historische Seidenstraße verband vom 6. Jahrhundert v. Chr. bis ins 17. Jahrhundert n. Chr. China mit Europa und verschaffte China eine florierende Wirtschaft sowie kulturellen Austausch über den asiatischen Kontinent hinweg (Hardaker und Dannenberg 2023, 217). Zudem pflegt China seit 2.000 Jahren diplomatische Beziehungen zu den umliegenden asiatischen Staaten (Urio 2023, 284). Trotz vieler Grenzkonflikte und Invasionen durch Nachbarn, welche das chinesische Reich und später die Volksrepublik China abwehren musste, war das chinesische Reich das wirtschaftliche und politische Zentrum der Region; es brachte Stabilität, Frieden und Wohlstand durch ein ritualbasiertes diplomatisches System, welches die ostasiatischen Staaten sowie die pazifischen Inseln umfasste (Mühlhahn 2019, 77). Die eher symbolischen Rituale, welche das diplomatische System und die Partnerschaften strukturierten, unterscheiden sich stark von dem durch Verträge und Allianzen geprägten europäischen System. Doch gerade dieser wirtschaftlich-kulturelle Austausch sicherte den Frieden und die Harmonie der asiatischen Region nach chinesischen Vorstellungen, welches weiterhin wichtige Elemente des Vorgehens der VRC sind (Urio 2023, 284).

Dieses als Tributsystem bekannte diplomatische System setzte die Hierarchie in Ostasien fest, wobei China an oberster Stelle stand und die anderen Staaten sich China und dessen Normen unterstellen mussten, um einen Grad an Autonomie und Stabilität zu erhalten (Mühlhahn 2019, 77–78). Die Nachbarstaaten, welche Teil des Tributsystems waren, mussten regelmäßig nach China reisen, um Tribut zu zahlen, und im Gegenzug Geschenke von China zu erhalten (ebd., 78–79). Dieses System verknüpfte die Staaten vor allem wirtschaftlich, doch konnte China so ebenfalls Einfluss auf die Staaten ausüben (ebd., 79). Beispielsweise wurde Korea von der

Qing-Dynastie im 17. Jahrhundert eingenommen, wodurch Korea seither eng an China gebunden wurde (Wang 2018, 2). Diese Verbindung kann mit einer Kolonialisierung Koreas durch China gleichgesetzt werden, da China durch militärische Mittel die koreanische Halbinsel eroberte und durch politische Einflussnahme die Verbindung zu China festigte (ebd., 6). So wurde Korea, wie beispielsweise auch Vietnam, außenpolitisch durch China vertreten, da Korea als untergeordnetes Land kein Recht auf eigene außenpolitische Repräsentation hatte (ebd., 13). China hat somit durch sein Tributsystem eine Art der Kolonialisierung durchgeführt.

Während der Qing Dynastie vom 17. bis ins 20. Jahrhundert war China eine der größten und fortschrittlichsten Wirtschaften und eines der mächtigsten Reiche der Welt (Mühlhahn 2019, 9). Jedoch wurde China vom europäischen und japanischen Imperialismus ergriffen, und der rapide technologische Fortschritt in Europa überholte alsbald das chinesische Reich (ebd., 12). So versuchten verschiedene europäische Kolonialmächte wie Großbritannien und auch Japan das chinesische Reich zu kolonisieren, welches jedoch nur teilweise gelang (Hardaker und Dannenberg 2023, 218). Dennoch musste China Gebiete wie Hongkong an europäische Mächte abtreten und wurde zwischen 1839 und 1860 in zwei Opiumkriege mit Großbritannien verstrickt (ebd.). Dies brachte verheerende soziale und wirtschaftliche Probleme, sodass diese Niederlagen des chinesischen Reichs in China als das ‚Jahrhundert der Demütigung‘ bezeichnet werden und prägend für die weitere Entwicklung des Landes sind (ebd.). Nachdem die europäischen Staaten und die USA China unterworfen und durch ungleiche Verträge sowie Außenvorlassungen bei internationalen Siegesverträgen gedemütigt hatten, strebte Mao Zedong ab 1949 danach, China wiederzubeleben und in alter Größe aufleben zu lassen (Urio 2023, 284).

In China werden seither Tradition und Moderne vereint, indem traditionelle nationale gesellschaftliche und politische Aspekte mit modernen europäisch-amerikanischen Aspekten verbunden werden und somit ein starkes und reiches Land kreieren sollen (vgl. Mühlhahn 2019, 3). So hat die VRC über die Jahrzehnte mit verschiedenen Modellen experimentiert, um die wirkungsvollsten Schritte in ihrem Entwicklungsprozess zu finden (vgl. ebd., 17). Unter Mao Zedong hat dieses Vorgehen, welches stark ideologisch geprägt war, zu verheerenden Auswirkungen für die Gesellschaft geführt. Sobald sich das Land jedoch intern stabilisiert und modernisiert hatte, startet der Globalisierungsprozess durch die Reform- und Öffnungspolitik von Deng Xiaoping (Urio 2023, 294; Hardaker und Dannenberg 2023, 218). In den 1970er Jahren erfuhr China einen geopolitischen Aufstieg durch die Treffen mit dem damaligen US-amerikanischen Präsidenten Richard Nixon, welcher China als dritten Pol zu den USA und der Sowjetunion ansah (Mühlhahn 2019, 495). Diese Rolle als dritte strategische Weltmacht gab China die Sicherheit und Unterstützung, um sich auf der Weltbühne zu etablieren und die eigene

Entwicklung voranzutreiben (ebd.). Somit erlangte China global Anerkennung und konnte im Rahmen der Reform und Öffnung diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu einer Vielzahl an Staaten aufbauen (ebd.). Ein erster Schritt zur nationalen Wiederbelebung Chinas war getan.

Ende der 1980er Jahre kam es zu Protesten innerhalb Chinas, welche zum einen Demokratie forderten, zum anderen gegen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage vor allem von Student:innen richteten (Mühlhahn 2019, 521). Am 04. Juni 1989 wurden diese Proteste auf dem Tiananmen-Platz brutal niedergeschlagen (ebd., 524). Das Tiananmen-Massaker beendete die Demokratiebewegung der 1980er Jahre in China (ebd.). Ebenso wurden geplante kapitalistische Marktformen gestoppt und die sozialistische Marktwirtschaft wurde weiterverfolgt (ebd., 525). Zur selben Zeit kam es in den kommunistischen osteuropäischen Staaten zu Protesten (ebd.). Die Sowjetunion zerfiel und die osteuropäischen Staaten befreiten sich durch Proteste vom Kommunismus, weshalb sowohl in diesen Staaten als auch in anderen Teilen der Welt die politischen Systeme angepasst wurden (vgl. ebd., 526). Mühlhahn beschreibt diese Veränderung folgendermaßen:

political Islam was freed from its focus on the communist enemy and turned its fight against the liberal West. Latin American populism took on an increasing anti-western touch, and renewed forms of authoritarian rule emerged in many parts of the world, from Turkey to Russia. (Mühlhahn 2019, 526)

Während global gesehen nicht-demokratische Regierungen zunahmen, entwickelten sich die osteuropäischen Staaten hingegen zu Demokratien (vgl. Neubert 2016, 362). Die Proteste in China endeten in Gewalt und einem Erstarren des Autoritarismus, während die Proteste in den osteuropäischen Staaten eine weitestgehend friedliche Demokratisierung hervorbrachten. Dies zeigt, dass die Staaten trotz ähnlicher Situationen unterschiedliche Reaktionen zeigten und unterschiedliche Entwicklungswege einschlugen. Für die chinesische Regierung wurde offensichtlich, dass politische Stabilität und Sicherheit die wichtigsten Grundlagen sind, und Demokratie und Freiheitsrechte dies verhindern könnten (vgl. Mühlhahn 2019, 526). Diese Erfahrung war somit prägend für die chinesische Entwicklung.

2001 trat China schließlich der Welthandelsorganisation (WTO) bei, schloss Handelsabkommen mit einer Vielzahl an Ländern und sicherte sich Zugang zum Weltmarkt, wodurch die Exportwirtschaft weiter angekurbelt wurde (Urio 2023, 294; Hardaker und Dannenberg 2023, 218). Heutzutage stehen viele Staaten mit China wirtschaftlich in einer Interdependenz, welche durch Verflechtungen in der globalisierten Wirtschaft reproduziert

wird (Hardaker und Dannenberg 2023, 217). So ist China der weltweit größte Exporteur und einer der größten Importeure – vor allem von Rohstoffen (ebd.).

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen 50 Jahren einen enormen Entwicklungsschub erzielt, durch welches nicht nur die Wirtschaft stark gewachsen ist, sondern auch die Bildung und Lebensstandards der Bevölkerung stiegen und die Armut sich verringerte (vgl. Mühlhahn 2019, 1). Durch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas ist dessen Einfluss in diesem Bereich der internationalen Politik gestiegen und China hat sich zu einem starken Partner in der EZA entwickelt (Nath und Klingebiel 2023, 3). So verfolgte die VRC einen Entwicklungsweg, welcher keiner der europäischen Entwicklungsmodelle entsprach (Urio 2023, 285). Vielmehr entwickelte sich China durch Versuche und dynamisches Anpassen der Strategien zu einem wirtschaftlich einflussreichen und mächtigen Staat (ebd.). Die Volksrepublik ist einem alternativen Weg gefolgt, indem sie experimentell vorgegangen ist und verschiedenste Wege zu ihrem eigenen kombiniert hat, welcher zu den lokalen Konditionen passte. So wurden vor allem Sonderwirtschaftszonen genutzt, um Entwicklungsstrategien auszutesten, wobei es sich hierbei oftmals um kapitalistische Marktmechanismen handelte (ebd., 76). So erklärt Urio, dass „die Form der Wirtschaftsorganisation, die in China nach 1978 entstanden ist, keineswegs eine Marktwirtschaft oder eine kapitalistische Wirtschaft ist, sondern eine sozialistische Marktwirtschaft mit ihren eigenen besonderen Merkmalen“ (Urio 2023, 30). In einigen Bereichen der Wirtschaft hat die VRC kapitalistisch-marktwirtschaftliche Aspekte eingeführt, während andere Bereiche weiterhin sozialistisch und durch den Staat gelenkt sind (ebd.).

Dieses experimentelle Vorgehen in der eigenen Entwicklung hat Auswirkungen auf das Vorgehen in der EZA, welches sich ebenfalls den internen Entwicklungsstrategien Chinas angepasst hat (Dreher und Fuchs 2015, 993). Chinas wirtschaftlicher Aufstieg bietet dabei laut Joseph S. Nye ein Machtinstrument für die Ausübung weicher Macht, welches durch die steigende Anzahl an EZA-Projekten zunehmend genutzt werde (Nye 2020, 15). Bereits nach der Gründung der Volksrepublik China hat das Land Entwicklungsleistungen an Nachbarländer und Staaten Afrikas geleistet, wobei diese Leistungen rein finanziell waren und die Vergabe politisch-ideologisch bestimmt war (Dreher und Fuchs 2015, 990). China hat seit der Bandung-Konferenz 1955 die Süd-Süd-Kooperation und die Bewegung der Blockfreien Staaten vorangetrieben, um den Fokus bei der EZA auf Solidarität, Frieden, Koexistenz, Gleichheit und beidseitigen Nutzen zu legen (Nath und Klingebiel 2023, 3; Schwarz und Rudyak 2023, 12). Von Anfang an waren die Wahrung der Souveränität, das Nicht-Einmischen in die Innenpolitik und die Gleichberechtigung der Partner die wichtigsten Säulen der chinesischen EZA (Herold 2021, 2). Dies stand im Gegensatz zu der traditionellen Entwicklungshilfe, welche vom

Globalen Norden ausging und den Globalen Süden als Empfänger, jedoch nicht als Partizipant begriff (vgl. Nath und Klingebiel 2023, 3). So hat China bereits in den 1950er Jahren, als das Land selbst arm und inmitten der eigenen Industrialisierung war, mit der EZA gestartet, wobei diese Süd-Süd-Kooperation auf harte Faktoren wie Infrastruktur und Landwirtschaft fokussiert war (Herold 2021, 2; Schwarz und Rudyak 2023, 12). Seither ist die EZA Chinas laut Schwarz und Rudyak von drei Faktoren geprägt: (1) es handelt sich um ein außenpolitisches Instrument Chinas; (2) durch EZA trägt China ihr Entwicklungsmodell nach außen und teilt die eigenen erfolgreichen Erfahrungen; (3) die EZA ist geprägt durch das „historical memory“ (Schwarz und Rudyak 2023, 13), wodurch China sich historisch mit den Empfängerstaaten verbunden sieht. Da sich China weiterhin als Entwicklungsland bezeichnet, steht das Land negativ gegenüber dem Begriff Entwicklungshilfe: „the notion “development aid/assistance” implied an unequal donor-recipient relationship, one in which the donor educates the recipient on how to develop“ (Schwarz und Rudyak 2023, 13). Dennoch kann gesehen werden, dass China den Empfängerstaaten den chinesischen Entwicklungsweg aufzeigt und sie zu diesem Weg animiert (ebd., 14).

Mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit zielt China zudem auf wirtschaftlichen Nutzen ab und die Unterstützung seiner geopolitischen Anliegen (Dreher und Fuchs 2015, 1018–19). So hat die VRC laut eigenen Angaben stets den Austausch auf win-win-Basis gesucht, ohne dies an Vorschriften zu politischen oder nationalen Anliegen zu binden (Urio 2023, 287). Des Weiteren hat die Studie von Dreher und Fuchs gezeigt, dass China Staaten, welche sie in der UN unterstützten, in ihrer Vergabe von EZA-Mitteln bevorzuge (Dreher und Fuchs 2015, 1019; siehe auch Herold 2021). Vielmehr wurde China in den 1970er Jahren verdächtigt, sich durch Entwicklungshilfe die Unterstützung afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten erkaufte zu haben, um in der UN ihre Anliegen durchzusetzen (Dreher und Fuchs 2015, 991). Dies sei jedoch laut Dreher und Fuchs dieselbe Vorgehensweise wie sie auch die EU zeige (ebd., 1019).

Seit der Öffnung Chinas in den 1980ern war EZA von wirtschaftlichen Aspekten geprägt, welche China und dem Partnerland bei ihrer wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit helfen sollten (Dreher und Fuchs 2015, 992). Doch besonders dieses Verbinden von wirtschaftlichen Projekten mit EZA-Projekten führt laut der EU zu einer intransparenten Finanzierung (Herold 2021, 6). Da China jedoch nicht Teil der DAC-Staaten ist, folgt es nicht denselben EZA-Regeln wie die EU (vgl. Herold 2021, 3). Dadurch ist das Vorgehen Chinas in der EZA nicht an dieselben Transparenzstandards oder Standards der Finanzierung von Entwicklungsleistungen gebunden wie die EU (ebd.). Somit bietet China durch seine Süd-Süd-Kooperation eine Alternative zu der EZA der EU, welche auf westlichen Werten und DAC-

Standards basiert (ebd., 8). Zudem unterstützt China ebenfalls autokratische Staaten, welches die EU nicht ohne strenge Auflagen tue (Dreher und Fuchs 2015, 1019).

Seit 1989 und dem Tiananmen-Massaker, in welchem Proteste brutal niedergeschlagen wurden, hat sich die Meinung der EU-Mitgliedstaaten zu China gewandelt, welche die gewaltsame Niederschlagung stark kritisierten (vgl. Mühlhahn 2019, 537). Die europäischen Staaten reagierten mit Entsetzen und behandelten China fortan mit Vorbehalt. Zu dieser Zeit startete ebenfalls die Wahrnehmung der geopolitischen Gefahr, welche die EU-Mitgliedstaaten von China auszugehen sahen (vgl. ebd., 538). China befeuerte dies durch sein außenpolitisches Vorgehen gegen Taiwan und die innerasiatische Rivalität mit Japan (und den USA). Durch dieses geopolitische Spiel hat China mit seiner Rhetorik über ein Asien für Asien (keine Dominanz außerhalb liegender Staaten über Asien) und dem Aufbau von Partnerschaften und diplomatischen Beziehungen im Indo-Pazifik begonnen. So waren bereits in den 1990er Jahren die Stützen der Zusammenarbeit auf gegenseitigen Nutzen, politische Stabilität und territoriale Integrität sowie Wirtschaftswachstum gepolt (Mühlhahn 2019, 539). In den frühen 2000er Jahren wurde ein Fokus der Außenpolitik auf friedliche Entwicklung gelegt, wodurch vermehrt EZA unter den genannten Stützen der Zusammenarbeit angestrebt wurde (vgl. ebd., 541).

2012 kam Xi Jinping an die Macht (Mühlhahn 2019, 560). Präsident Xi startete die Rhetorik des ‚chinesischen Traums‘ aufbauend auf der vorherigen Rhetorik der nationalen Wiederbelebung (ebd., 563). Jedoch wurde der Fokus nun vermehrt auf die militärische Stärke Chinas gelegt (ebd.). Nach einem Jahrhundert der Demütigung erfuhr China nun einen Aufschwung zurück zu alter Größe, wie es Xi Jinping formuliert (vgl. ebd., 1). Die BRI wurde daraufhin 2013 in zwei Reden als damals noch ‚One Belt, One Road‘ genannte Infrastrukturinitiative vorgestellt (zum Folgenden vgl. Shang 2019, 1–2). Die erste Rede hielt Xi Jinping am 7. September in Kasachstan an der Nasarbajew-Universität, wo er den *Silk Road Economic Belt* präsentierte, welcher China durch Zentralasien über Land mit Europa verbinden soll. Die zweite Rede hielt Xi einen Monat später, am 3. Oktober, vor dem indonesischen Parlament und stellte die *21st Century Maritime Silk Road* vor, welche China über Seerouten mit den südostasiatischen Staaten sowie Afrika, Südasien und Europa verbinden soll. Dabei hält das Wort Initiative eine wichtige Bedeutung, denn die BRI besteht aus verschiedensten Projekten und ist daher ein offenes und fortlaufendes Projekt.

Durch die BRI soll die ununterbrochene Verbindung von Ostasien über Zentral- und Südasien mit Europa und Afrika erreicht werden, wodurch die Entwicklung und Frieden in diesen Gebieten durch die zusätzlichen infrastrukturellen Verbindungen vorangetrieben werden soll

(Shang 2019, 1–2). Auch Staaten in Lateinamerika und Ozeanien sind Teil der BRI, wodurch die BRI ein globales Ausmaß annimmt (Yu 2024, 193). Die BRI-Projekte umfassen neben dem Bau von harter Verkehrsinfrastruktur wie Straßen und Häfen auch Telekommunikations- und Elektrizitätsinfrastruktur sowie Sonderwirtschaftszonen (Shang 2019, 1–2). Der Großteil dieser Projekte wird von chinesischen Firmen durchgeführt und durch chinesische Investitionen und Kredite finanziert (ebd.). Seit 2019 wurde die BRI zudem auf Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit umgebaut mit dem Green Belt & Road Initiative Center (Kuhn 2021, 904). Somit sollen Projekte, welche diese zwei Aspekte unterstützen, bessere Konditionen für die Finanzierung erhalten. Dieser Fokus ist eine Reaktion auf umweltfreundliche Strategien der G7-Staaten (ebd.). Im selben Jahr hat Xi Jinping ebenfalls den Fokus auf digitale Infrastruktur gelegt, wobei hauptsächlich das 5G-Netzwerk aufgebaut wird (ebd.). Darüber hinaus wird die digitale Infrastruktur basierend auf chinesischen Normen aufgebaut (ebd.). Dabei breitet sich China in den Standardisierungs- und Normierungsinstitutionen weltweit aus und setzt seine eigenen Standards und Normen durch die BRI durch (ebd.).

Die BRI ist ein logischer Schritt im Streben nach dem Weltmachtstatus und der alten Größe Chinas, besonders durch die Referenz zur historischen Seidenstraße, und wurde durch den Beitritt zur WTO und der Öffnung einiger Bereiche des chinesischen Marktes ermöglicht (Urio 2023, 296–97). Bereiche, welche nicht geöffnet wurden, beinhalten beispielsweise strategische Sektoren wie den Ressourcenabbau und Bergbau, den Energie- und den Infrastruktursektor (Urio 2023, 552). Seit 2014 verteilt die multilaterale Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), bei der ebenfalls EU-Staaten beteiligt sind, Kredite zuvorderst für den Infrastrukturaufbau im Rahmen der BRI im Indo-Pazifik (Mühlhahn 2019, 568). Seit 2015 ist die chinesische Währung, der Renminbi als Zahlungsmittel für internationale Transaktionen anerkannt (ebd.). Da China zum einen Entwicklungskapital zur Verfügung stellt, zum anderen auch Sonderwirtschaftszonen aufbaut, wurde die Volksrepublik zum wichtigsten Handelspartner von Ländern auf allen Kontinenten (Mühlhahn 2019, 567). Die VRC gilt nun in vielen Staaten als präferierter Geldgeber für EZA, da die Kredite nicht an politische oder wirtschaftliche Konditionen gekoppelt sind, langfristig laufen und bei Zahlungsverzug neu verhandelt werden können (Urio 2023, 302; Masina 2022, 11). Jedoch handelt es sich bei den neuen Verhandlungen nicht um Schuldenerlasse oder Zinsänderungen, sondern lediglich um Laufzeitanpassungen, sodass die Zeit für die Rückzahlung verlängert und somit die Schuldenlast nur kurzfristig gesenkt wird (Horn u. a. 2022; Dueterberg 2022, 5). Zudem wird China vorgeworfen, bei Zahlungsunfähigkeit „strategic assets“ (Masina 2022, 12) oder natürliche Ressourcen zu beschlagnahmen.

In der Zwischenzeit hat sich das wirtschaftliche Handeln für China erschwert. 2018 startete der US-amerikanische Präsident Donald Trump während seiner ersten Amtszeit einen Handelskrieg mit China (Hardaker und Dannenberg 2023, 222). China sollte für als unfair betrachtete Handelsmethoden sowie Diebstahl von geistigem Eigentum bestraft werden, während China dieses Vorgehen als gezieltes Entwicklungshemmnis wahrnahm und mit Gegenmaßnahmen reagierte (ebd.). Ein Fokus der Sanktionen gegen China sind Hochtechnologien wie 5G-Technologien und Mikrochips (ebd.). So zieht der Handelskrieg weitreichende Konsequenzen auch für den Handel mit der EU (ebd.). Auch in der zweiten Amtszeit von Donald Trump geht der Handelskrieg zwischen China und den USA weiter (MERICS 2025). Auch andere Staaten wurden von den USA mit Zöllen belegt, welche teilweise wieder zurückgenommen wurden, wodurch die gesamte Weltwirtschaft in den Handelskrieg hineingezogen wurde (ebd.). Durch den erschwerten Handel der VRC mit den USA haben auch andere Staaten Einfuhrhindernisse für chinesische Waren gestartet, wodurch der Handel für China weitreichend erschwert wird (vgl. ebd.). Die VRC kündigte daher an, die Binnenwirtschaft und chinesischen Unternehmen zu fördern, sodass der Handelskrieg mit den USA geringere Auswirkungen auf die VRC hat (ebd.).

Seit 2021 verfolgt China die Agenda 2030, welche von der UN ausgeht und die Entwicklung aller Staaten als Ziel angibt (Herold 2021, 6). Ebenso wird seither die BRI trotz ihres weitreichenden Umfangs als Teil der EZA beschrieben (ebd.). Die BRI und die GDI bilden zusammen mit der GSI und der GCI die vier Säulen der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping (Kewalramani 2024, 18). Die GDI wurde im September 2021 in der 76ten Generalversammlung der UN vorgestellt und direkt mit den SDGs in Verbindung gesetzt (Kewalramani 2024, 18). So wird durch die GDI der Fokus auf globale Entwicklung gelegt. Im Vergleich zur BRI mit ihren großen Infrastrukturprojekten geht es bei der GDI um kleinere Projekte wie Kooperationen in der Ausbildung von Fachkräften.

Die BRI hat mittlerweile einiges an Kritik erhalten. Duesterberg führt an, dass die teilnehmenden Staaten der BRI eine negativere Handelsbilanz mit China hätten als vor der Teilnahme an der BRI (Duesterberg 2022, 4). Darüber hinaus hat der gestiegene Handel negative Auswirkungen auf die lokalen Produkte, vor allem in afrikanischen Staaten (Masina 2022, 12). Zudem werden die Projekte hauptsächlich von chinesischen Firmen und Arbeitskräften durchgeführt, anstatt lokale Arbeitskräfte zu nutzen (Duesterberg 2022, 4). Des Weiteren seien die Projekte geprägt von geringer Qualität, „corruption, labor abuses, environmental degradation, and public opposition“ (Duesterberg 2022, 5). Zudem gibt es Probleme mit der Rückzahlung der Kredite, wie oben beschrieben fallen viele Staaten in eine

Zahlungsunfähigkeit aufgrund der schlechten Kreditkonditionen (siehe Duesterberg 2022; Masina 2022; Horn u. a. 2022).

Durch seine BRI und die GDI hat China seine EZA ausgebaut. Die Kombination aus Infrastruktur sowie Armutsreduktion und Bildungsprojekten bietet ein breites System der Entwicklungspartnerschaft, sodass die VRC nahezu zu einem unausweichlichen Partner für Entwicklungsprojekte wird. China hat es zudem geschafft, sich vom EZA-Empfänger zum größten Geber der EZA in der Süd-Süd-Kooperation zu entwickeln.

3.2 Wirtschaftliche Verflechtungen & EZA der Europäischen Union im Indo-Pazifik

Seit dem 15. Jahrhundert haben europäische Länder andere Gebiete erobert und kolonialisiert (Black 2021, 68). So hat Portugal im Jahr 1494 in einem Vertrag mit Spanien Gebiete in Afrika, dem Indischen Ozean und Brasilien zugesprochen bekommen, während Spanien die restlichen lateinamerikanischen Regionen erhielt (ebd., 69). Ebenso wurden durch weitere Verträge zwischen europäischen Ländern weitere Teile der Welt unter den europäischen Ländern aufgeteilt, stets ohne dass diese Länder ein Mitspracherecht erhielten (ebd.). Diese Kolonialisierung gelang zu einem großen Teil durch neue Technologien, welche in Europa entwickelt wurden und durch welche sie den Völkern der anderen Regionen militärisch überlegen waren (ebd.). Dabei wurde der Welthandel bestärkt und von den europäischen Vorgehensweisen geprägt, da neue Gebiete erschlossen und in das europäische Handelssystem integriert wurden (ebd., 68).

Das 18. und 19. Jahrhundert war geprägt durch den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg Europas, getrieben durch die Handelsorganisationen wie die British East India Company sowie die Industrialisierung Europas (Black 2021, 97, 109). Diese Entwicklung stützte sich auf die gewaltsame Kolonialisierung, den Raub der dortigen Ressourcen und die Versklavung der Bevölkerung (Arndt 2022, 14–15). Die koloniale Ausbreitung der europäischen Länder führte zudem zur Migration vieler Europäer:innen in die Region des Indo-Pazifiks, wo sie den Handel und die Produktion vorantrieben und als gewalttätige und unterdrückende Kolonialherren agierten (Black 2021, 97; Arndt 2022, 15). Technologische Innovationen und der Ausbau des Welthandels wurden durch Kapitalist:innen vorangetrieben, indem die europäischen Regierungen ihnen hohe Profite in den kolonisierten Gebieten versprachen (Black 2021, 97, 116). Zur selben Zeit formten sich in Europa Nationalstaaten und die Gesellschaften wandelten sich aufgrund der öffentlichen Bildung und neuer Technologien wie Elektrizität und Kommunikationstechnologien (Black 2021, 114, 117). Nach den zwei

Weltkriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlangten viele Kolonien ihre Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialisten, da diese ebenfalls neue politische Systeme umsetzten oder durch die Kriege geschwächt waren (Black 2021, 137). Beispielsweise wurde in Indonesien die Unabhängigkeit durch einen brutalen und langen Krieg gegen die europäischen Kolonialisten erkämpft (Arndt 2022, 18). Zur selben Zeit entwickelten sich die europäischen Staaten durch Liberalismus, Mechanisierung und US-amerikanische Investitionen nach den Weltkriegen zu stabilen, modernen, demokratischen Nationalstaaten (Black 2021, 138).

Die Idee einer Europäischen Union wurde bereits Ende der 1920er Jahre von Frankreich und Deutschland vorgestellt, doch aufgrund der damaligen gegensätzlichen Politiken der beiden Länder kam es zu keiner Umsetzung (Welfens 2017, 193). Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee wiederaufgegriffen und am 25. März 1957 unterzeichneten Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Italien die Römischen Verträge, welche den Grundstein der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und darauffolgend der Europäischen Union bilden (ebd.). Der Fokus zu diesem Zeitpunkt war auf der Wirtschaft (ebd., 194). So ist die EU seit Anfang an für die Aushandlung internationaler Freihandelsabkommen zuständig, welche daraufhin für alle Mitgliedsstaaten gelten (ebd.). Durch die Umverteilung finanzieller Mittel innerhalb der EU ist es wirtschaftlich schwachen Mitgliedsstaaten möglich, ihre Wirtschaft anzukurbeln und erstarken zu lassen (ebd., 198). Durch den Wissens- und Technologietransfer, der damit einhergeht, steigt der Entwicklungsgrad dieser Staaten (ebd., 199). Dies bringt politische Stabilität für die EU und begünstigt die Sicherheit (ebd.). Die Römischen Verträge legen zudem fest, dass afrikanische Staaten finanziell und technisch unterstützt, modernisiert und damit in ihrer Entwicklung gefördert werden sollen (Keijzer und Bergmann 2023, 185–86).

Im Laufe der Dekolonialisierung wuchs das Feld der EZA in Europa. Als eine wachsende Anzahl an Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten, kam im Globalen Norden der Gedanke auf, dass diese neuen Staaten ‚entwickelt werden‘ müssten und dafür die Unterstützung der ‚entwickelten‘ Staaten des Globalen Nordens und ihrer ehemaligen Kolonialherren benötigen würden (Neubert 2016, 360). In den 1960er Jahren wurde die Meinung vertreten, dass die Staaten durch wirtschaftliches Wachstum zu Europa ‚aufholen‘ und die Entwicklung somit ‚nachholen‘ können, indem ein Fokus auf Industrialisierung gesetzt wird und durch bestimmte staatliche Organisation die Wirtschaft angekurbelt werde (ebd.). Es wurde dabei von einem linearen Entwicklungsweg ausgegangen, in welchem Europa lediglich weiter vorangeschritten sei. Durch das EZA-Vorgehen der Industrialisierung der Landwirtschaft im Rahmen der

‚Grünen Revolution‘ – dem Einsatz von Dünger und Pestiziden sowie Maschinen und die Fokussierung auf bestimmte ertragreiche Pflanzen – wurde die Produktion von mittleren und großen Unternehmen angekurbelt, doch auch die Ungleichheit in der Gesellschaft gefördert (ebd.).

Ab den 1970er Jahren und dem Beitritt Großbritanniens zur EWG wandelte sich die EZA, da nun die Staaten der Karibik und des Pazifiks neben den afrikanischen Staaten eingeschlossen wurden (Keijzer und Bergmann 2023, 186). So wurde das Lomé-Abkommen beschlossen, um den Handel mit den damaligen britischen und französischen Kolonien zu erleichtern (Welfens 2017, 206). Die sogenannten AKP-Staaten (Afrikanische, karibische und pazifische Staaten) sollten laut des Abkommens den Zugang zum europäischen Markt erhalten und in ihrer Entwicklung unterstützt werden (Fellner 1994, 141). Lomé ist im ersten Sinn ein Handelsabkommen und besitzt lediglich einen kleinen Teil, welcher zu EZA aufruft (ebd., 142). Es soll eine auf den Menschen ausgerichtete Entwicklung vorangetrieben werden, wodurch die Lebensmittelversorgung garantiert, die Menschenrechte geschützt und der Lebensstandard erhöht werden soll (ebd.). Der Fokus wurde auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse gelegt, sodass der Aufbau sozialer Infrastruktur und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Ärmsten im Vordergrund stand (Neubert 2016, 361). Durch die Entwicklungen in den Staaten und der Fokusänderung in Europa wurde aus der rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Zusammenarbeit basierend auf Demokratie und Menschenrechte (Keijzer und Bergmann 2023, 186). Es wurden günstige Kredite vergeben, und weiterhin auf Wirtschaftswachstum abgezielt (Neubert 2016, 361). Von hieran kann eine Verbindung zu dem Hexagon der Entwicklung gesehen werden. Die Zusammenarbeit für Demokratisierung und die Förderung der Menschenrechte war dabei nicht zielführend (Dosch und Becker 2024, 101). So haben weder die europäischen Staaten diese Zielsetzung stringent verfolgt, noch wurden demokratische Systeme in allen EZA-Partnerländern aufgebaut (ebd.). Der Fokus lag weiterhin auf der Erfüllung der europäischen wirtschaftlichen und strategischen Interessen (ebd.). Bis heute hat global gesehen die Demokratisierung nicht stark zugenommen, trotz der vielen Projekte, welche auf Demokratie abzielten (ebd., 104).

Als in den 1980er Jahren die Ölkrise den Weltmarkt stark veränderte, gerieten viele Staaten des Globalen Südens, welche zuvor die günstigen Kredite aus dem Globalen Norden aufnahmen, aufgrund der gestiegenen Zinsen in finanzielle Not (Neubert 2016, 361). Daraufhin starteten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), welche größtenteils für die Finanzierung der EZA zuständig waren, sogenannte ‚Strukturanpassungsprogramme‘, welche auf die Öffnung und Erschließung der Märkte im Globalen Süden sowie auf deren

Deregulierung und Privatisierung abzielten (ebd.). Die Märkte sollten in das kapitalistische Wirtschaftssystem integriert werden. Dies wirkte sich jedoch negativ auf die soziale Infrastruktur aus, welche in den Jahren zuvor ausgebaut wurde, und die Ungleichheit und Armut im Globalen Süden stieg erneut an (ebd.).

Als 1993 durch den Vertrag von Maastricht die Europäische Union entstand, wurde ebenfalls die EZA formalisiert (Keijzer und Bergmann 2023, 187). So waren die grundlegenden Ziele die Armutsreduktion, die Integration in die Weltwirtschaft sowie die nachhaltige Entwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich (ebd.). Als in den 1990er Jahren der Kalte Krieg endete und die Sowjetunion zerfiel, richtete sich der Fokus der europäischen EZA im Rahmen der EU-Annäherung stark an die osteuropäischen Staaten, welche dank dieser in die EU aufgenommen wurden (Neubert 2016, 362). Durch die globale Demokratisierungswelle standen von da an demokratische, liberale und rechtsstaatliche Aspekte im Vordergrund, sodass die Vergabe von Leistungen an politisch-demokratische, liberale Reformen gebunden wurden (ebd.). Mit Blick auf China setzte die EU jedoch nicht auf diese Reformen. Obwohl auch China sich politisch liberaler entwickelte, handelt es sich trotzdem um ein autoritäres Land (Christiansen 2023, 298). Dies hielt die EU trotz des öffentlich deklarierten Ziels der demokratischen Wertevermittlung nicht davon ab, die Verbindungen zu China zu verstärken (ebd.). Aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums der VRC vertieften sich die Beziehungen der EU und der VRC (ebd.). Die EU zog den Schluss, dass sie auf China als wirtschaftlichen Partner nicht verzichten konnten (ebd.). Somit kann festgehalten werden, dass seit den 1990er Jahren die EU eine Zusammenarbeit mit China in wirtschaftlichen Aspekten für wichtig und teilweise notwendig hielt, und dafür keine demokratischen oder liberalen Reformen innerhalb Chinas verlangte.

Die in den 2000er Jahren von den G8-Staaten (die acht größten Industrienationen) verabschiedeten Millenniumszielen wurden auch in der EZA der EU fokussiert und setzten sich erneut aus Nachhaltigkeit, Armutsreduktion, der Erfüllung der Grundbedürfnisse sowie soziale Infrastruktur zusammen (Neubert 2016, 362). Diese Ziele wurden bis 2015 nicht erreicht, obwohl sie eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklungsstrategien der vergangenen Jahrzehnte darstellten (ebd.). Daraufhin wurden die Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet, welche den Millenniumszielen ähneln, jedoch aufgrund der steigenden Konflikte im Globalen Süden einen weiteren Fokus auf Sicherheit und Anti-Terrorismus haben (ebd.). Seit 2016 ist der Fokus der europäischen EZA zusätzlich verstärkt auf der Vertretung der außenpolitischen Interessen der EU, welche beispielsweise den Bereich der Migration umfassen (Keijzer und Bergmann 2023, 187). Zudem konzentriert sich die EU ebenfalls auf die Umweltpolitik und den Klimaschutz (Welfens 2017, 196). Die EU betreibt dabei weiterhin eine

wertebasierte Außenpolitik, wodurch ebenfalls die EZA wertebasiert ist. Zu diesen Werten gehören Demokratie, Wahrung von Menschenrechten und die Rechtsstaatlichkeit (Helwig 2023, 346).

Bereits seit ihrer Gründung hat die EU diplomatische Beziehungen zu Staaten im Indo-Pazifik, da schon die EWG enge Verbindungen in den Indo-Pazifik pflegte (Hieber 2023, 65). Die asiatischen Staaten wurden von der EU weithin zur Ressourcenextraktion und für die Wirtschaftsentwicklung der EU genutzt, während EZA nur in einem geringen Ausmaß stattfand (Pepe 2020, 262). Dennoch gab es schon in den frühen 2000er Jahren einen Fokus auf die infrastrukturelle Anbindung Zentralasiens an die EU, da dies die wirtschaftliche Einbindung fördert (ebd., 262–63). Bereits 1993 zielten die späteren EU-Staaten auf die Belebung der alten Seidenstraße zwischen Zentralasien, dem Kaukasus und der jetzigen EU-Region ab, und planten mit dem TRACECA-Projekt (Transport Corridor Caucasus Central Asia) die infrastrukturelle Verbindung zwischen den Regionen (ebd.). Doch dieses Projekt wurde nicht vorangetrieben und hat kaum Erfolge erzielt (ebd., 263).

Im Rahmen der Reform und Öffnung Chinas starteten 1975 die EU-Staaten und China, diplomatische Beziehungen zu führen, und seit 1985 gibt es Handelsabkommen zwischen ihnen (Christiansen 2023, 297). Seit dem Tiananmen-Massaker von 1989 gibt es ein Waffenembargo gegen China, welches die Beziehungen oftmals trübt (ebd., 298). Das Massaker zeigte der EU deutlich, dass die politischen Systeme der EU und Chinas sich drastisch unterscheiden. 2009 brachte die Finanzkrise eine wirtschaftliche Regression für die EU, wonach einige Euro-Staaten in eine Schuldenkrise verfielen und die EU mehrere Rettungspakete zur Verfügung stellen musste (ebd.). Gemeinsam mit dem IWF setzten die Euro-Staaten Rettungspakete von mehreren Hundert-Milliarden Euro auf, um die Schulden der in finanzielle Not geratenen Euro-Staaten, wie Griechenland, zu verringern (Kessler 2023, 161). Dazu mussten die betroffenen Staaten Anpassungen ihrer Fiskalpolitik durchführen, um eine weitere starke Überschulung zu verhindern (ebd., 162). In dieser Zeit vertieften sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, da China stark in europäischen Ländern wie Griechenland und Polen investierte und somit einen Beitrag zum Wiedererstarken der europäischen Wirtschaft leistete (Christiansen 2023, 298). Dazu hat China vermehrt in Mittel- und Osteuropa investiert, indem chinesische Firmen günstige Kredite für große Infrastrukturprojekte vergaben, beispielsweise in Bulgarien und Rumänien (Scherle 2010). Zudem stieg der Export nach China (Christiansen 2023, 298). Die Interdependenz verstärkte sich. Durch Chinas wirtschaftlichen Aufstieg ist es jedoch unmöglich für die EU, die Verbindungen mit dem autoritären Staat vollständig zu kappen (ebd.). Dies hatte die EU bereits in den 1990er Jahren festgestellt.

Seit 2018 veröffentlicht die EU eigene Strategien für den Indo-Pazifik und antwortet damit auf die geänderten globalpolitischen Geschehnisse. So haben die militärischen und sicherheitsrelevanten Vorgänge im Indo-Pazifik die fehlende Präsenz und den geringen Einfluss der EU aufgezeigt (Hieber 2023, 67; Misalucha-Willoughby 2024, 7). 2018 wurde als Reaktion auf die BRI die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie veröffentlicht und 2021 kam die EUIPS dazu (Hieber 2023, 66). Dies bekräftigt die Bedeutung des Indo-Pazifiks in der europäischen Wahrnehmung und richtet den Fokus der EU auf neue Bereiche wie die Technologie, Sicherheit und Infrastruktur (Hieber 2023, 66; Kliem 2021, 57). Darüber hinaus erzeugt auch die GGI von 2021 eine stärkere Präsenz der EU im Indo-Pazifik (Hieber 2023, 68).

Durch die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie von 2018 soll die Verbundenheit zwischen Asien und der EU in Bereichen wie Wirtschaft, Politik und Kultur gestärkt werden (zum Folgenden vgl. Europäische Kommission 2018, 1–9). Inbegriffen in der Strategie ist der Aufbau von Infrastruktur zu Land, See und in der Luft, der Aufbau von digitaler Infrastruktur, die Verbindung der Energiemärkte sowie die Verbesserung zwischenmenschlicher Verbindungen. Dies soll durch bilaterale, regionale sowie internationale Kooperation erreicht werden und dem asiatischen Kontinent durch vor allem wirtschaftliche Verbesserungen Entwicklung bringen. Zudem sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein großer Aspekt der Strategie, denn das Einhalten des Pariser Klimaabkommens und das Festhalten an den SDGs sind grundlegende Punkte der Strategie.

Im September 2021 wurde dann die EUIPS veröffentlicht. Sie verdeutlicht die Bedeutung des Indo-Pazifiks für die EU und den Wunsch nach mehr (wirtschaftlicher) Kooperation mit den Staaten der Region (Benaglia und Macchiarini Crosson 2022, 3). Dies soll durch die Vermehrung und Vertiefung von Partnerschaften geschehen, wobei ebenfalls Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine tragende Rolle spielen (Europäische Kommission 2021b, 3). Die EU zielt laut Kliem auch darauf ab, die „future post-hegemonic world order“ (Kliem 2021, 57) zu beeinflussen und dadurch politische und wirtschaftliche Vorteile zu erhalten. Laut Misalucha-Willoughby zielt die EU mit der Strategie auf einen Erhalt der US-hegemonischen Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde, ab (Misalucha-Willoughby 2024, 4). Dies bedeute wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit für die indopazifischen Staaten, da die EU die Weiterführung der bestehenden Partnerschaften vorantreibt (ebd.). Die EUIPS wird zudem als „underwhelming considering the multipolar competition, interests, and geographic scope“ (Benaglia und Macchiarini Crosson 2022, 3) kritisiert. Die Autor:innen gehen somit davon aus, dass der Indo-Pazifik für die internationalen Machtstrukturen von

großer Bedeutung ist, und die EU daher einen Fokus auf die Region und ihre Involvierung dort setzt, dieser Fokus jedoch zu gering ist.

Misalucha-Willoughby kritisiert jedoch, dass die EUIPS eine Reaktion auf die geänderte Realität im Indo-Pazifik sei und keine neuen Ideen der EU für ihr Vorgehen in der Region und ihre Partnerschaften mit den indopazifischen Staaten beschreibt (Misalucha-Willoughby 2024, 5). Darüber hinaus kritisieren sowohl Kliem als auch Håkansson, dass die EUIPS hauptsächlich normativ sei und somit den Fokus auf europäische Werte wie Menschenrechte, ökologische Nachhaltigkeit und gute Regierungsführung habe, ohne die Umsetzung der Projekte zu erläutern (Kliem 2021, 57; Håkansson 2022, 9). Dennoch gibt die Strategie eine gute Grundlage für erweiterte Kooperation und zeigt im Einklang mit der GGI eine weitere Alternative für indopazifische Staaten in ihrer Partnerwahl für wirtschaftliche Zusammenarbeit und EZA-Projekte auf (Kliem 2021, 69). Doch es gibt noch weitere Kritikpunkte. Es gibt keine Informationen bezüglich der Umsetzung, wodurch der Strategie an Durchsetzungskraft fehlt (Gerstl und Nieschalke 2024). Zudem sei die Strategie als Reaktion auf die Aufforderungen von Partnern in der Region, dass die EU sich stärker in die Vorgänge im Indo-Pazifik einbringen solle, entstanden (ebd.). Dies zeigt sich ebenfalls darin, dass die Inhalte der Strategie von den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich aufgegriffen werden. Einige Mitgliedstaaten sehen die EUIPS als autonomie-fördernde Maßnahme, während andere es als Anpassung an das US-amerikanische Vorgehen sehen (Håkansson 2022, 5).

Ebenfalls im Jahr 2021 erschienen ist die GGI, ein von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission angekündigtes Projekt. Es handelt sich um eine Weiterentwicklung und Spezifizierung der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie (Panda 2022, 2). Die EU fasst den Fokus der GGI folgendermaßen zusammen:

Investments in the digitalisation, health, climate and energy and transport sectors, as well as in education and research will be a priority. Equally, improving the quality and quantity of infrastructure and the enabling environment in beneficiary countries and regions are key priorities. [...] Global Gateway will promote worldwide infrastructure investments that create sustainable, smart, resilient, inclusive, and safe transport networks in all modes of transport, including rail, road, ports, airports, as well as logistics and border-crossing points, and bring these modes together in a multimodal system. (Europäische Kommission 2021c)

Offiziell wurde die GGI jedoch aufgrund der Probleme ins Leben gerufen, welche sich während der Covid-19-Pandemie gezeigt haben (zum Folgenden vgl. Europäische Kommission 2021a).

Die Engpässe der medizinischen Versorgung, die fehlenden Verbindungen und Digitalisierungslücken waren der Auslöser für die Fokussierung auf die entsprechenden Bereiche. Des Weiteren zielt die EU auf das Vorantreiben des Klimaschutzes sowie die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele der UN ab. Um dies ebenfalls global umzusetzen, hat die EU die GGI als demokratische, transparente und auf EU-Normen und EU-Standards basierte Initiative gegründet, welche die Bedürfnisse der Länder des Globalen Südens befriedigen soll. Sie soll dabei nicht als Konkurrenz zur BRI aufgefasst werden und kann zudem laut der EU mit den Initiativen weiterer westlicher Staaten kombiniert und vereinbart werden (Europäische Kommission 2021a). Doch Furness und Keijzer bezeichnen die GGI als Alternative zur chinesischen BRI (Furness und Keijzer 2022). Auch Panda setzt die GGI mit der BRI in Verbindung: „it is the exact antithesis of the BRI while simultaneously taking inspiration from it.“ (Panda 2022) Der Fokus auf Demokratie und Transparenz sind ausschlaggebende Unterschiede zur BRI, während die Punkte Konnektivität und Infrastruktur im Einklang mit der BRI sind (ebd.).

Darüber hinaus erntete die GGI Kritik für die unklare Zielsetzung und die nicht vollständig durchdachte Ausarbeitung (Furness und Keijzer 2022; Masina 2022, 14). Ebenso sei der geplante Geldwert, der durch die GGI investiert werden soll, zu gering, um die infrastrukturellen Lücken im Indo-Pazifik zu füllen (Furness und Keijzer 2022). Im Endeffekt handelt es sich bei der GGI um eine Re-Strukturierung von Entwicklungshilfe und damit keine große neue Idee der EU (Furness und Keijzer 2022; Masina 2022, 14). Sie baut auf andere Entwicklungsprojekte auf und hat mit rund 300 Milliarden Euro eine sehr viel geringere Finanzierung als die chinesische BRI, durch welche bis 2022 bereits das Dreifache investiert wurde (Furness und Keijzer 2022). Dazu ist die Finanzierung der Strategie nicht gesichert, da es auf die Finanzierungszusagen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, der EU-Institutionen und der Privatwirtschaft ankommt (Masina 2022, 14).

Sowohl die GGI als auch die EUIPS werden für dieselben Punkte kritisiert: Umstrukturierung von Geldern und Ideen, fehlende Angaben zur Umsetzung, geringe Finanzierungszusagen und Entstehung der Strategien als Reaktion auf externe Gegebenheiten oder Forderungen. Diese kritischen Punkte werden in dieser Studie nicht behandelt. Die Kritik an den Strategien muss jedoch mitgedacht werden. Wichtig ist die Haltung gegenüber China, welche anhand der Strategien vorgetragen wird. Gerstl und Nieschalke (2024) beschreiben hierzu den geoökonomischen Charakter der GGI, mit welchem die EU eine Strategie des ‚de-risking‘ anstrebt. So führt die EU ihr Vorgehen gegenüber China seit den 1990er Jahren auch mit den Strategien für den Indo-Pazifik weiter, indem sie auf die wirtschaftlichen Verbindungen setzt

und diese beibehält. Indem die EU jedoch durch die GGI und die EUIPS ihre wirtschaftlichen Verbindungen differenzieren, wird die Abhängigkeit zu China reduziert, ohne einen vollen Bruch mit China vorzunehmen (ebd.). Dadurch kann die EU weiterhin von der Wirtschaft Chinas profitieren und sichert die eigene Wirtschaft und Lieferketten zusätzlich mit anderen Partnern ab. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, bestätigt dieses Vorgehen in ihrem Ruf: „we need to focus on de-risk – not de-couple“ (von der Leyen 2023b). Mit dieser Aussage stützt von der Leyen auch das Argument dieser Studie, dass im wirtschaftlichen Bereich weiterhin eine Kooperation mit China fortgeführt wird, während im politischen und strategischen Bereich die Rivalität im Vordergrund steht. Mit der wertebasierten Außenpolitik bekräftigt die EU erneut die politische Systemrivalität und bekräftigt die eigenen Werte, während durch ein De-risking die wirtschaftlich vorteilhaften Beziehungen gewahrt werden, wobei sich die EU durch Diversifizierung zusätzlich absichert.

4 Theorie: Der Neoliberale Institutionalismus

In diesem Kapitel wird die theoretische Fundierung dieser Arbeit erläutert, welche sich auf dem neoliberalen Institutionalismus nach Robert Keohane und Joseph Nye stützt. Beginnend mit den historischen Rahmenbedingungen für die Entstehung der Theorie werden die relevanten Inhalte des neoliberalen Institutionalismus dargelegt. Daran anschließend wird auf das für diese Arbeit wichtige Konzept des Interesses im Rahmen des neoliberalen Institutionalismus eingegangen.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs nimmt zwischenstaatliche Kooperation im Rahmen von internationalen Institutionen stark zu (Gerstl und Pankratz 2019, 52). Diese Vorgänge werden durch die Globalisierung gefördert und sind besonders in der Wirtschaft sichtbar (ebd.). Mit Ende der 1970er Jahre reagierten Theoretiker:innen der Internationalen Beziehungen mit dem neoliberalen Institutionalismus auf diese neuen Gegebenheiten in der Weltpolitik und begründeten damit „die zweite Mainstream-Theorie in den IB [Internationalen Beziehungen]“ (Gerstl und Pankratz 2019, 52) neben dem (Neo)Realismus. Beide Theorieschulen teilen die Annahmen des Rationalismus (ebd., 53; Hasenclever, Mayer, und Rittberger 1997, 23; Huang 2012, 20). Der Rationalismus geht davon aus, dass Staaten sowohl egoistisch als auch rational agieren und somit ihre eigenen Interessen zu verwirklichen versuchen (Huang 2012, 28; Hasenclever u. a. 1997, 23). Die wichtigsten Akteure in dem anarchischen Weltsystem sind weiterhin die Nationalstaaten, weshalb es keine überstaatliche Autorität gibt (Huang 2012, 28). Jedoch modifiziert Robert O. Keohane, einer der Begründer des neoliberalen Institutionalismus, eine Annahme des Rationalismus, indem er den ‚gebundenen Rationalismus‘ einführt (ebd., 21). Der Fokus der egoistischen Akteure ist nun ebenfalls auf dem Maß ihrer Zufriedenheit mit dem Erreichen ihrer kurz- und langfristigen Interessen und nicht allein auf deren Maximierung (ebd.). Daher werden die Präferenzen und Erwartungen der Akteure miteinbezogen (ebd.).

Die Mitbegründer der Theorieschule des neoliberalen Institutionalismus Robert O. Keohane und Joseph S. Nye basierten ihre theoretischen Ausführungen auf dem geänderten außenpolitischen Vorgehen der USA in den 1970er-Jahren und ihren Betrachtungen der Weltwirtschaft, welche sie in ihrem 1977 erschienen Buch *Power and Interdependence* sowie Keohanes Buch *After Hegemony* aus dem Jahr 1984 darlegen (vgl. Huang 2012, 19). Die zugrundeliegende Beobachtung der beiden Autoren ist der relative Bedeutungsverlust von Nationalstaaten in der internationalen Politik, gepaart mit dem steigenden Einfluss supranationaler Akteure wie multinationale Konzerne, Nichtregierungsorganisationen und transnationale Bewegungen (Keohane und Nye 1977, 3; Gerstl und Pankratz 2019, 55).

Großkonzerne und soziale Bewegungen beeinflussen die Politik und die Wirtschaft nun in größerem Ausmaß. Neue Formen der Kommunikation und die globalisierte Weltwirtschaft begünstigten zusätzlich die Bildung transnationaler Verflechtungen (Keohane und Nye 1977, 3). Durch neue Kommunikationstechnologien wie dem internationalen Telefonnetz wurden die Kommunikationswege erleichtert und geografische Distanz stellt weniger Einschränkungen dar. Dadurch sind die Staaten weltweit näher gerückt und die Probleme haben sich zu transnationalen und globalen Problemen entwickelt. Dabei sei trotz des Bedeutungsverlustes der Nationalstaaten der Umfang für staatliches Handeln gestiegen, sodass ebenfalls die Konfliktmöglichkeiten in der Weltwirtschaft stiegen, und der Weltfriede und reibungslose Lauf der Wirtschaft bedroht seien (Keohane 1984, 5).

Zudem stellen Keohane und Nye den Bedeutungsverlust der nationalen Sicherheit in den letzten Jahren des Kalten Kriegs fest (Keohane und Nye 1977, 7). Die Vielzahl der Probleme, mit welchen Nationalstaaten nun konfrontiert seien, können nicht durch militärische Mittel bewältigt werden (ebd., 7–8; Keohane 1984, 5–7). Aufgrund der Globalisierung und damit einhergehenden (wirtschaftlichen) Verbindungen hat die militärische Machtausübung an Wirkung verloren (Gerstl und Pankratz 2019, 54). Dahingegen tritt Kooperation in den Vordergrund, um Probleme zu behandeln. Die Auswirkungen der Probleme hat sich ausgeweitet, sodass die Staaten zusammenarbeiten, um negative Effekte zu reduzieren. Durch Kooperation werden neue Möglichkeiten der Problembehandlung eröffnet, welche zuvor in der Kosten-Nutzen-Rechnung der Staaten als zu riskant galten (Hasenclever u. a. 1997, 24). Keohane hat somit festgestellt, dass sowohl zwischenstaatliche Konflikte als auch zwischenstaatliche Kooperation zugenommen hat (Gerstl und Pankratz 2019, 53). Dabei sei Kooperation weiterhin schwierig, doch bei gemeinsamen Interessen und globalen Problemen können sich Staaten und Akteure zusammenschließen und kooperieren (ebd., 54).

Aus diesen Beobachtungen entstand das Konzept der komplexen Interdependenz, durch welches Keohane und Nye die dynamischen und sich stets wandelnden internationalen Beziehungen beschreiben (Huang 2012, 22). Es ist das Gegenstück zum Realismus. Jedoch betonen Keohane und Nye, dass beide Konzepte Idealtypen seien und so nicht der Realität entsprächen, sondern lediglich einen Blickwinkel auf die Realität bieten (Keohane und Nye 1977, 23–24). Der komplexen Interdependenz liegen dabei drei Annahmen zugrunde. Erstens, Staaten sind durch eine Vielzahl an formalen und informellen Kanälen verbunden, durch welche ein ständiger Austausch stattfindet, und zwischenstaatliche, regierungsübergreifende und transnationale Beziehungen gepflegt werden können (ebd., 24). Dies lässt die Abgrenzung

zwischen Innen- und Außenpolitik verwischen, beispielsweise durch gegenseitige Kontrollen oder Umweltvorschriften, welche in die Innenpolitik eingreifen (ebd., 26).

Zweitens, eine fehlende Hierarchisierung der Themenbereiche in der Weltpolitik führt dazu, dass die Agenda stets ausgehandelt werden muss und nicht mehr von militärischer Sicherheit dominiert wird (Keohane und Nye 1977, 25). Dazu ist die Anzahl der zu behandelnden Themen gestiegen. Die Überlappung von innen- und außenpolitischen Themen führt zu steigenden Kosten, da die Politiken koordiniert und angeglichen werden müssen (ebd.). Dafür müssen vermehrt Anpassungen vorgenommen werden, auch wenn diese die Interessen des Staates nicht vollständig abbilden. Die Formulierung einer kohärenten und konsistenten Außenpolitik, welche ebenfalls mit der Innenpolitik harmonisiert, ist zu einem großen Problem der Regierungen geworden (ebd., 27).

Drittens, durch die zahlreichen Verbindungen zwischen Demokratien hat die militärische Macht an Bedeutung verloren, da das Sicherheitsdilemma aufgebrochen wurde (Keohane und Nye 1977, 27). Die Demokratie ist eine friedlichere Staatsform im Vergleich zu den anderen bestehenden Staatsformen (Gerstl und Pankratz 2019, 54). Demokratien müssen nicht mit dem Angriff durch andere Demokratien rechnen, denn aufgrund ihrer starken Verbindungen können sie sich nicht ohne enorme Kosten mit militärischen Mitteln bekämpfen (Keohane und Nye 1977, 27). Vielmehr spielen nun andere Mittel der Machtausübung eine größere Rolle (ebd.). So werden nun beispielsweise Demokratie und Menschenrechte als Instrument zur Wahrung der internationalen Sicherheit und Stabilität eingesetzt (Gerstl und Pankratz 2019, 54). Dennoch können Großmächte ihre militärischen Mittel zur Abschreckung und als Verhandlungsinstrument nutzen, denn sie können ihre militärischen Fähigkeiten zum Schutz anderer Staaten einsetzen und somit erheblichen Einfluss auf die Weltpolitik ausüben (Keohane und Nye 1977, 28). So kann ein militärisch starker Staat als Schutzmacht für andere Staaten fungieren, und dadurch Einfluss auf die Entscheidungen dieser Staaten ausüben. Militärische Macht ist nun ein wichtiges Instrument in Verhandlungen.

Des Weiteren wurde von Keohane und Nye ein Rückgang der Hegemonie festgestellt (Huang 2012, 24). Ein Hegemon ist ein Staat, der eine Vormachtstellung einnimmt, und deshalb Vorgaben zu internationalen Beziehungen aufstellt und bereit ist, diese trotz kurzfristiger eigener negativer Auswirkungen international durchzusetzen (ebd.). Zuvor gingen Theorien der Internationalen Beziehungen von der Notwendigkeit eines Hegemonen aus (ebd.). Keohane hat nun eine Welt ohne Hegemon theoretisiert, da er einen Mangel an der Bereitwilligkeit und des Machtausmaßes der USA feststellte, wodurch die USA die Rolle des Hegemonen nicht länger

erfülle (ebd., 25). Laut Keohane und Nye geht der Bedeutungsverlust der militärischen Macht mit dem Rückgang des Hegemonen einher, da dieser durch die fehlende Hierarchie und eine damit einhergehende fehlende Gewichtung der militärischen Macht einen Rückgang seines Status als Hegemon erlebt (Keohane und Nye 1977, 228). Da sich die Machtverteilung im internationalen System gewandelt hat, können andere Staaten nun an relativer Macht gewinnen (ebd.). Die gestiegene Komplexität des Systems erschwert zudem die Machtausübung des Hegemonen (ebd.). Nichtsdestotrotz werden Souveränität und nationale Sicherheit weiterhin ein wichtiger Faktor sein, solange die Staaten durch ein enormes Einkommensgefälle gezeichnet sind (ebd., 229).

Aus diesem Grund gewinnen die zwei weiteren Arten der Führung an Bedeutung, der Unilateralismus und der Multilateralismus (Keohane und Nye 1977, 230). Im Unilateralismus tritt ein mächtiger Staat nicht als Hegemon auf, kann aber dennoch durch seine Macht andere Staaten beeinflussen oder zur Nachahmung und Mitverfolgung seiner Ziele animieren, obwohl dies gegen das Interesse dieser Staaten ist (ebd.). Somit kann dieser mächtige Staat mit seiner unilateralen Führung Regeln für das internationale System bestimmen (ebd.). Im Multilateralismus verzichten mehrere führende Staaten auf kurzfristige Gewinne, um andere Staaten zur Stabilisierung und Erhaltung des Status quo des internationalen Systems zu bewegen, und somit langfristige Gewinne für alle sichern (ebd., 231). Um dies zu erreichen ist Kooperation notwendig, denn nur durch die Zusammenarbeit vieler Staaten kann die Legitimität des internationalen Systems gesichert werden (ebd.). Da laut Keohane und Nye der multilaterale Führungsstil jedoch unwahrscheinlich ist, brauche es in der Realität eine Verbindung aus Uni- und Multilateralismus (ebd.). Kooperation benötigt den Willen und das aktive Handeln von Staaten, um durch Verhandlungen eine Zusammenarbeit zu erreichen (Keohane 1984, 51–52). Somit müssen die Staaten durch die Koordinierung ihrer Politiken weiterhin ihre Interessen vertreten sehen und überzeugt sein, Vorteile aus der Kooperation ziehen zu können (ebd., 52). Damit sind die Staaten und Akteure voneinander abhängig.

Dieser Zustand wird als komplexe Interdependenz bezeichnet, welche auf der Abhängigkeit der einzelnen Staaten voneinander basiert. Dependenz ist ein Zustand, welcher von externen Kräften bestimmt und stark beeinflusst wird, und Interdependenz ist gegenseitige Dependenz (Keohane und Nye 1977, 8). In der Weltpolitik ist dies ein Zustand, in welchem Nationalstaaten oder globale Akteure reziproken Effekten ausgeliefert sind. Diese Effekte werden von transnationalen Transaktionen wie Geld- oder Warenflüssen hervorgerufen (ebd., 8–9). Die Voraussetzung für eine Interdependenz sind hohe Transaktionskosten auf beiden Seiten, wobei diese Kosten ebenfalls ein beschränkter Verlust der eigenen Autonomie beinhalten können

(ebd., 9). Die Änderung des interdependenten Zustands ist somit zu kostspielig, wodurch die Interdependenz akzeptiert wird. Doch die Interdependenz kann auch Vorteile haben. Dies ist vor allem der Fall, wenn die beiden Akteure dieselben Werte vertreten (ebd., 9–11). Aus diesen Ausführungen schließt der neoliberale Institutionalismus, dass Macht aus dem Einfluss über Ergebnisse hervorgeht (ebd., 29–30).

Darüber hinaus wird im neoliberalen Institutionalismus zwischen weicher und harter Macht unterschieden. Harte Macht bezeichnet die traditionelle Macht der militärischen Stärke, der territorialen Größe und der Bevölkerungsgröße (Huang 2012, 37). Diese Art der Macht wird durch Zwang umgesetzt, indem andere Staaten zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden (ebd., 38). Weiche Macht hingegen, welche eine zunehmend größere Rolle in der Weltpolitik spielt, wird an dem Ressourcenreichtum, dem Wirtschaftswachstum und wirtschaftlichen Einfluss sowie dem technologischen Fortschritt und der Qualität der Bildung gemessen (ebd., 37). Sie stammt zudem aus der Anziehungskraft der eigenen Kultur oder Präferenzen, welche anziehend für andere wirken (Keohane und Nye 2012, 216). Diese weiche Macht wird durch Verhandlungen umgesetzt, indem andere Akteure die Wünsche des mächtigen Akteurs umsetzen (Huang 2012, 38). So können Technologien als Instrument genutzt werden. Besitzt Staat A eine neuwertige Technologie, welche Staat B gerne hätte, so kann Staat A diese Technologie als Verhandlungsmittel nutzen, um ein anderes Interesse durchzusetzen, beispielsweise die Reduzierung von Zöllen. Staat B muss dem Vorschlag von Staat A bezüglich der Reduzierung von Zöllen zustimmen, wenn er die Technologie erhalten will. Die Reduzierung von Zöllen würden Staat A bei dem Export seiner Waren nach Staat B helfen, während Staat B die von ihnen gewünschte Technologie erhält.

Diese neue Art der Macht gepaart mit der Interdependenz rufen zur Bildung internationaler Regime auf. Internationale Regime sind eine Reihe an impliziten oder expliziten Vereinbarungen und Erwartungshaltungen, welche Einfluss auf die Interdependenzbeziehungen nehmen, und generell eine Reihe an Prinzipien, Normen, Regeln und Regulierungen, Entscheidungsverfahren, finanziellen Verpflichtungen und gegenseitigen Erwartungen inkludieren (Huang 2012, 26; Keohane 1984, 57; Keohane und Nye 1977, 5). Damit kontrollieren und regulieren internationale Regime interstaatliche und transnationale Beziehungen zwischen Regierungen (Keohane und Nye 1977, 5). Die Prinzipien sind die erwarteten Ziele, welche von den Akteuren des internationalen Regimes verfolgt werden sollen (Keohane 1984, 58). Die Normen beschreiben die Verantwortlichkeiten und Aufgaben und schreiben legitimes und illegitimes Verhalten fest (ebd.). Die Regeln geben die genauen Rechte

und Pflichten der Akteure an, während die Prozeduren die Art der Umsetzung der Prinzipien und des Abänderns der Regeln vorgeben (ebd.).

Internationale Regime fördern die Kooperation zwischen Staaten und Akteuren (Huang 2012, 26). So wurden seit dem Zweiten Weltkrieg spezifische Regelwerke und Prozeduren eingeführt, die als Orientierung für das Handeln von Staaten in verschiedenen Bereichen wie der EZA, dem Umweltschutz, dem internationalen Finanzwesen und der internationalen Schiffverkehr dienen (Keohane und Nye 1977, 20). Diese Regelungen variieren hinsichtlich ihrer Formalität und Vollständigkeit – einige sind förmlich und umfassend, während andere informell und nur teilweise ausgearbeitet sind (ebd.). Sowohl Abkommen und Verträge als auch implizierte Beziehungen sind vorhanden und unterscheiden sich neben ihrer Ausführlichkeit auch im Grad der Einhaltung (ebd.). Demnach sind Internationale Regime nicht gleichzusetzen mit internationalen Institutionen wie der UN (Huang 2012, 26). Vielmehr umfassen internationale Regime den Aushandlungsprozess der in ihnen enthaltenen Normen und Regeln (ebd., 27). Sie bieten damit eine vertrauensvolle Verhandlungsplattform, wo alle Beteiligten dieselbe Informationsgrundlage besitzen (ebd.; Gerstl 2019, 55). Des Weiteren reduzieren internationale Regime die Transaktionskosten, beispielsweise durch die Reduktion des zeitlichen Aufwands für Verhandlungen, da die Plattform bereits existiert (Huang 2012, 27; Gerstl und Pankratz 2019, 55).

Durch internationale Regime werden somit gemeinsame Ziele verfolgt, welches eine Koordinierung einer Vielzahl an Akteuren erfordert (Keohane und Nye 1977, 233). Nimmt ein mächtiger Staat nun eine uni- oder multilaterale Führungsrolle ein, um einen Konsens voranzutreiben, bringt dies ebenfalls Verpflichtungen für diesen Staat mit sich. Der Staat muss eventuell einen gewissen Grad an eigenen Vorteilen aufgeben, um das Regime zu sichern und Probleme zu lösen (ebd., 234). Somit muss er gegen sein eigenes Interesse handeln, und das Interesse des internationalen Regimes und das Interesse an einem internationalen Regime über sein eigenes Interesse stellen. Dies gilt besonders bei der Verhandlung der Verteilungsprobleme zwischen den Staaten des Globalen Nordens und den Staaten des Globalen Südens (ebd.). Besonders bei internationalen Regimen mit Staaten des Globalen Südens, beispielsweise China, in einer Führungsposition treten Legitimationsprobleme auf, da Staaten des Globalen Nordens erhebliche Ressourcen an diesen führenden Staat transferieren und ihm dadurch ein großes Maß an Freiheit überlassen müssen (ebd., 235). Es handelt sich dabei um einen Machtverlust für Staaten des Globalen Nordens. Des Weiteren müssen die Staaten des Globalen Nordens davon überzeugt werden, dass das Aufgeben dieser Ressourcen und Kontrollen für die Weltwirtschaft nützliche Veränderungen bringen wird (ebd.). Effektive Strategien sollten daher darauf

abzielen, die Selbstinteressen der Eliten anzusprechen, da Appelle an Altruismus, Gerechtigkeit oder Wohlfahrt wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Abmachungen durchzusetzen (ebd.). Regierungschefs haben oft im Laufe der Zeit die Fähigkeit erlernt, wie sie ihre Ziele auf kooperativere Weise erreichen können, und ihre Wahrnehmung des Eigeninteresses kann sich mit der Zeit verändern (ebd.). Daher können sich Interessen ändern. Generell ist bei internationalen Regimen wichtig, dass Staaten mit weniger Macht wählen können, ob sie Teil eines Regimes werden (ebd.). Ihnen muss freistehen, einem Regime beizutreten oder ein anderes Regime zu wählen, welches von anderen Staaten angeführt wird. Zudem muss ihnen freistehen, keinem Regime beizutreten.

Es bleibt festzuhalten, dass Internationale Regime aufgrund von Eigeninteressen bestimmter Staaten und Akteure entstehen. Daher werden sie vor allem von den mächtigen Akteuren gegründet und beeinflusst. Dennoch können internationale Regime die Interessen von Staaten ändern. So können sich die Interessen angesichts der Erfolgswahrscheinlichkeiten und der erwarteten Konsequenzen ändern und an das internationale Regime anpassen. Der Fokus des neoliberalen Institutionalismus richtet sich somit auf Interessen und wie internationale Regime diese und durch diese beeinflusst werden.

Keohane ändert dabei den realistischen Begriff des Selbstinteresses, sodass Staaten ebenfalls die Wohlfahrt anderer Staaten als positiven Einfluss auf ihre eigene Wohlfahrt interpretieren (Keohane 1984, 110). Es geht nicht um die Maximierung der eigenen Interessen, sondern um die Befriedigung dieser Interessen zu einem gewissen Maß (ebd., 114). Staaten sehen ihre langfristigen Interessen in der Kooperation innerhalb eines internationalen Regimes besser vertreten (ebd., 116). Aus diesem Grund treten sie den Regimen bei und nehmen dafür gewisse Abstriche in Kauf. Dazu versuchen Regierungen, ihre Politiken langfristig zu planen und zudem in internationalen Regimen und Vereinbarungen zu verankern, damit ihre Interessen langfristig verfolgt werden und nur schwer geändert werden können (ebd., 117). So können auch demokratische Regierungen ihre Interessen sichern, falls sie bei der nächsten Wahl nicht wiedergewählt werden. Darüber hinaus verzichten Staaten ebenfalls auf ihre nationalen Interessen, wenn sie Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Frieden als höhere Ziele einschätzen (ebd., 121). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Staaten nicht egoistisch handeln (ebd., 122). Vielmehr kann der Fokus auf Frieden und Solidarität für die langfristige Erreichung von Zielen dienen (ebd.). Vor allem im Bereich der Entwicklungspolitik, welche langfristig planen muss, kann diese Fokussierung hilfreich sein. Es ist dabei wichtig, die Verbindung zwischen den eigenen Interessen und den Interessen anderer zu berücksichtigen.

Auch Internationale Regime können sich über Zeit wandeln. Es ist schwerer, ein neues Regime aufzubauen als ein bestehendes Regime zu ändern (Keohane 1984, 107). Regimewandel, oder „evolution of regimes“ (Keohane 1984, 107) wie Keohane den Vorgang nennt, ist ein über längere Zeit stattfindender Anpassungsprozess eines bestehenden Regimes (ebd., 107, 257). Ein Regimewandel kann durch veränderte Machtkonstellationen, neu beigetretene Staaten oder durch geänderte Interessen bewirkt werden (ebd., 107–8). Oftmals entsteht der Regimewandel aufgrund einer Abschwächung der Regeln, sodass die bestehenden Normen, Regeln und Werte weniger befolgt, und schließlich durch neue ersetzt werden (ebd., 195). Der Vorgang kann durch den Aufbau neuer Institutionen sowie den Wegfall bestehender Institutionen begleitet werden (ebd.).

4.1 Kritik am & Weiterentwicklung des Neoliberalen Institutionalismus

Der neoliberale Institutionalismus wird mit Blick auf dessen Anwendung im Globalen Süden kritisiert, da der Fokus auf Demokratie und Menschenrechte lediglich westliche Wertevorstellungen propagiere und die Wertevorstellung und Weltanschauungen anderer Staaten wie China unbeachtet ließe (Gerstl und Pankratz 2019, 59–60). Keohane und Nye haben jedoch in ihren Ausführungen betont, dass sie demokratische Systeme betrachten und ihre Theorie auf Demokratien beruht. Ein weiterer Kritikpunkt sind die negativen Folgen für die wirtschaftliche Lage vieler Staaten des Globalen Südens, welche die wirtschaftliche Liberalisierung, die von neoliberalen Institutionalist:innen angestrebt wird, hervorgebracht hat (ebd., 59). Somit hätte die Verfolgung der Interessen des Globalen Nordens zu negativen Entwicklungen im Globalen Süden geführt. Darüber hinaus kritisieren neorealistische Theoretiker:innen den geringen Einfluss auf die globale Sicherheit und Stabilität, welchen internationale Institutionen auf Staaten ausüben (ebd., 56). So kritisiert Mearsheimer, dass die Wirkung von internationalen Institutionen nicht dargelegt und somit deren Einfluss auf das Zustandekommen von Kooperation nicht erklärt werde (Mearsheimer 1994, 25). Mearsheimer betont in seiner Kritik jedoch, dass der neoliberale Institutionalismus im militärischen Feld wenig zutreffe, geht dabei aber nicht auf die Aussage der Theorie ein, dass der Fokus auf militärische Macht abnehme und daher auf Macht in anderen Bereichen fokussiert wird.

Keohane und Nye haben seither ihre Theorie weiterentwickelt. Sie argumentierten in der vierten Auflage von *Power and Interdependence* die bestehende Bedeutung ihrer Theorie mit Blick auf die Digitalisierung und Globalisierung. Im Vorwort schreiben die Autoren dazu: „we are struck by how much the world has come to resemble the ideal type of complex interdependence that we hypothesized“ (Keohane und Nye 2012, xxxiv). Zum einen argumentieren sie, dass trotz der

neuen Kommunikationskanäle wie dem Internet der Informationsfluss weiterhin in einem politischen Raum stattfindet (ebd., 213). Durch die weitere Reduzierung der Transaktionskosten ist eine Situation der kompletten komplexen Interdependenz für demokratische Staaten entstanden (ebd.). Durch die technologischen Neuerungen seit den 1970er Jahren im Rahmen der Digitalisierung sowie durch die Globalisierung sind die Verbindungen zwischen den Gesellschaften erleichtert worden und gestiegen (ebd., 214). Die Glaubwürdigkeit von Informationen ist nun ein wichtiges Instrument der Machtausübung, da Transparenz positive Effekte hervorruft und Vertrauen schafft (ebd., 222). So können beispielsweise durch gewisse Informationsflüsse Investitionen angelockt werden und die wirtschaftliche Entwicklung von Staaten positiv beeinflusst werden (ebd.). Dadurch steigt die Bedeutung von weicher Macht weiter an im Vergleich zu der Zunahme, die Keohane und Nye bereits in den 1970er Jahren feststellten.

Darüber hinaus haben sich die Verbindungen zwischen Staaten und Gesellschaften aufgrund der Globalisierung ausgeweitet. Durch die vereinfachten Wege des Informationsflusses breiten sich Informationen geografisch über weitere Distanzen aus (Keohane und Nye 2012, 226). Die Lieferketten haben sich verlängert und umfassen nun globale Netzwerke, während der Personenverkehr und der kulturelle Austausch zwischen Gesellschaften erleichtert wurden (ebd., 240). Dieser Anstieg an Kommunikationskanälen, den Teilnehmer:innen am Austausch von Informationen und Waren, die gestiegene Zahl an Problemen von globaler Bedeutung sowie der weitere Rückgang der Bedeutung militärischer Macht zeigen laut Keohane und Nye auf, dass der neoliberale Institutionalismus und die komplexe Interdependenz weiterhin von Bedeutung sind (ebd., 240–41).

Lambach und Hofferberth fassen diese Punkte jedoch gegensätzlich auf. Auch sie sprechen von dem Machtverlust internationaler Institutionen und verbinden dies mit einem Rückgang an Kooperation (Lambach und Hofferberth 2024, 107). So werden globale Probleme immer seltener in internationalen Institutionen aufgegriffen und weniger an kooperativen Lösungen gearbeitet (ebd., 108). Staaten würden nun stärker geopolitisch agieren und auf die eigenen nationalen Interessen fokussieren (ebd.). Lambach und Hofferberth sehen somit eine Abwendung vom neoliberalen Institutionalismus in der Weltpolitik.

Auch Keohane merkt „the decreasing coherence of international regimes” (Keohane 2012, 136) an, welche durch den Aufstieg neuer Mächte in der internationalen Politik und der Vielzahl an neuen abweichenden Interessen begünstigt werde. Staaten wie China hätten abweichende Interessen zu den demokratischen Staaten des Globalen Nordens, wodurch die internationalen

Regime neu ausgehandelt werden müssten oder neue Regime entstehen würden (ebd., 134). Dieser Vorgang erschwere es ebenfalls den demokratischen Staaten, welche in einer Machtposition eines Regimes sind, die Kosten für die Aufrechterhaltung des Regimes vor ihrer Bevölkerung zu legitimieren (ebd., 136). Der Aufstieg Chinas, Indiens und weiterer Staaten hat die Machtstruktur verändert, und internationale Organisationen haben daraufhin laut Kritiker:innen an Einfluss verloren (ebd., 134). Doch wie Keohane festhält: die internationalen Institutionen bestehen weiterhin, denn sie können verändert werden und Staaten sind freiwillig Teil von ihnen, wobei ebenfalls neue Institutionen aufgebaut werden können (ebd., 135). Die geänderte Machtstruktur in der globalen Politik hat Auswirkungen auf die internationalen Regime, daher zieht diese Veränderung keinen Bedeutungsverlust des neoliberalen Institutionalismus mit sich. Vielmehr verstärkt es die Theorie als Analyseinstrument dieser Veränderungen, da sie ebendiese Veränderungen als Untersuchungsgegenstand festlegt. Das Argument von Lambach und Hofferberth greift somit zu kurz, denn der neoliberale Institutionalismus analysiert den Wechsel zu weniger Kooperation, welchen die Autoren feststellen.

Huang (2012) hat die Interaktionen der EU und der VRC zwischen den Jahren 1990 und 2006 mithilfe des neoliberalen Institutionalismus betrachtet. Die Wissenschaftlerin stellte fest, dass die Kooperation zwischen der EU und China bis 2006 stetig anstieg und ein Zustand der komplexen Interdependenz vorliegt (Huang 2012, 273–74). Somit wurde der neoliberale Institutionalismus auf einen Zeitraum bis 2006 angewendet und gezeigt, dass die Theorie weiterhin relevant ist. Huang argumentiert, dass zukünftig die Konflikte zwischen der EU und der VRC steigen werden, jedoch aufgrund der komplexen Interdependenz und der bestehenden Regime weiterhin Kooperation stattfinden werde (ebd., 280). Dies unterstützt das Argument dieser Arbeit, dass im wirtschaftlichen Bereich aufgrund der Interdependenz Kooperation vorherrschen sollte.

Einige Jahre nach Huang betrachten Flach und Teti (2021) die Handelsbeziehungen zwischen der EU und der VRC. Sie beginnen ihre Analyse mit der Aussage: „Die EU braucht eine klare Strategie für die tiefgreifenden und vielschichtigen Handelsbeziehungen mit China.“ (Flach und Teti 2021, 849) Sie beschreiben die wirtschaftliche Interdependenz der beiden Akteure auf ihre Lieferketten bezogen, welche sie als ausgeglichen bezeichnen (ebd., 850.). Doch die Autorinnen stellen fest, dass China ihre Handelsverbindungen mit regionalen Staaten vertieft, um so die Interdependenz mit der EU zu verringern (ebd., 851). Negativ fällt auf, dass die EU und China kein bilaterales Handelsabkommen haben, wodurch die wirtschaftliche Kooperation eingeschränkt wird (ebd.). Doch argumentieren die Autorinnen ebenfalls für eine

Weiterführung der Kooperation der EU mit China, zumindest für eine Weiterführung der EU-internen Debatte um die Kooperation und die Rivalität mit der VRC (ebd., 852). Somit kann festgehalten werden, dass Flach und Teti eine Kooperation nicht als gegeben ansehen. Vielmehr sehen sie, dass die bestehenden Handelsbeziehungen weitergeführt werden und über eine vertiefte wirtschaftliche Kooperation diskutiert werden muss. Die Autorinnen sehen daher keine zwingende Kooperation trotz der vorhandenen wirtschaftlichen Interdependenz.

Christiansen (2023) betrachtet ebenfalls die Beziehungen zwischen der EU und der VRC. Jedoch sieht er seit etwa 2013 ausgehend von der EU einen Rückgang der Kooperation im wirtschaftlichen Bereich (Christiansen 2023, 299). So handle es sich, anders als Flach und Teti argumentieren, um eine stark asymmetrische Interdependenz, wobei die EU sich in der Abhängigkeit zu der VRC sieht und die EU dies als Risiko bewertet (ebd., 300). Daraufhin haben beide Akteure angefangen, ihre Interdependenz zu verringern, wodurch die Kooperation abgenommen hat (ebd.). Diese Analyse kontert Huangs Argument, da nun der Rivalitätsgedanke einen stärkeren Einfluss auf die Beziehungen der EU und der VRC hat. Aufgrund des Handelskriegs der USA, welcher beide Akteure wirtschaftlich traf, musste laut Christiansen besonders die EU ihre Handelsbeziehungen mit China überdenken und anpassen (ebd., 301). Trotz dieser Geschehnisse und der schlechteren Sicht auf die VRC hat die EU die Beziehungen zu China weitergeführt, um den wirtschaftlichen Nutzen zu erhalten (ebd.). So bekräftigt der Autor, dass die EU weiterhin auf eine wirtschaftliche Kooperation mit der VRC abzielt. Somit kann auch mit den Aussagen dieses Autors festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Kooperation aufgrund der bereits vorhandenen Interdependenz weitergeführt werden sollte. Es ist festzuhalten, dass zwei der drei Analysen das Argument dieser Studie stützen, während die Autorinnen der zweiten Analyse nicht zwingend von einer Kooperation aufgrund der Interdependenz ausgehen.

4.2 Interesse & nationales Interesse

„Interesse“ ist ein breit genutztes Alltagswort (Albrecht und Volger 2019, 234). Ursprünglich stammt das Wort vom lateinischen *interest*, welches „es ist von Wichtigkeit“ (Albrecht und Volger 2019, 234) oder „es ist daran gelegen“ (Albrecht und Volger 2019, 234) bedeutet. Der Begriff hat seither ebenfalls die Bedeutungen Eigennutzen, Nutzen, Vorteil und Gewinn angenommen (ebd., 234–35). So definiert der Duden „Interesse“ als „Bestrebung, Belangen“ (Dudenredaktion, o. J.) oder als „das, woran jemandem sehr gelegen ist, was für jemanden oder etwas wichtig oder nützlich ist; Nutzen, Vorteil“ (Dudenredaktion, o. J.). So umfasst der Begriff „Interesse“ laut Dieter Nohlens Lexikon der Politik „Neigungen, Ziele und Absichten von (...)“

kollektiven Akteuren, die auf i.d.R. materielle ökon. oder polit. Vorteile ausgerichtet sind“ (Nohlen 1998, 280). Die Artikulation von Interessen ist somit die Äußerung konkreter politischer Zielsetzungen und Forderungen (ebd., 281).

Nationale Interessen umfassen in der Regel das Streben nach Gemeinwohl und Wohlfahrt für alle im Staat befindlichen Individuen. Durch die nationalen Interessen sollen die Bedürfnisse der Nation und somit der Gesellschaft gedeckt werden, welche zum einen das Bedürfnis nach Rohstoffen und zum anderen nach Stabilität, Frieden und Wohlstand umfassen (Kaplan 2014, 71). Laut Kaplan kann dies ebenfalls ein Bedürfnis nach externen Partnern und Kooperation, und somit Allianzen mit gleichgesinnten Staaten inkludieren (ebd., 72). In einer Demokratie ist laut Nye das nationale Interesse „the set of shared priorities regarding relations with the rest of the world“ (Nye 1999, 23). Nationale Interessen können dabei Werte wie Demokratie und Menschenrechte beinhalten, solange die Gesellschaft bereit ist, Kosten für die Bewerbung, Verbreitung und Durchsetzung dieser Werte zu akzeptieren (ebd.). Des Weiteren sollten Interessen stets in Relation zu Macht definiert werden (ebd., 24). Macht sei dabei über drei Dimensionen verteilt: die militärische Macht, die wirtschaftliche Macht und die Macht, welche aus transnationalen Beziehungen resultiert (ebd.). In der internationalen Politik bedeutet gerichtete Machtausübung das Verfolgen dieser nationalen Interessen (Nohlen und Schultze 1995, 223).

Nuechterlein definiert nationales Interesse ähnlich als „the perceived needs and desires of one sovereign state in relation to other sovereign states comprising the external environment“ (Nuechterlein 1976, 247). Daraus lässt sich ableiten, dass die Interessen eines Staates in einem politischen Prozess ausgehandelt werden, da es sich um von den Regierungen wahrgenommene Wünsche und Bedürfnisse handelt. Nuechterlein setzt daher mehrere Annahmen voraus. So muss angenommen werden, dass die Regierung des betrachteten Staates ihre Politik und nationalen Interessen auf das Wohl des Staates und der Gesellschaft ausrichtet, und dazu überlegte Entscheidungen trifft, welche positiv für ihre Sicherheit und Wirtschaft sind (Nuechterlein 1976, 246–47). Die nationalen Interessen beschreiben dabei die Interessen des Staates in Bezug auf die Außenpolitik (ebd., 247). Des Weiteren teilt Nuechterlein das nationale Interesse auf vier grundlegende Interessen auf. Zum einen gibt es das Interesse an Verteidigung und Schutz vor äußeren Bedrohungen und Androhungen von (militärischer) Gewalt gegen die Nation, die Bürger:innen oder das politische System (ebd., 248). Dazu gibt es ein Interesse an einer stabilen Wirtschaft und der relativen Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands (ebd.). Ein weiteres Interesse ist die Instandhaltung einer Weltordnung und des politischen und wirtschaftlichen Weltsystems, welches friedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Austausch ermöglicht (ebd.). Schließlich gibt es das Interesse des Schutzes und der Förderung der eigenen Werte und Ideologie (ebd.).

Die Interessen, welche in dieser Arbeit untersucht werden, sind somit die Absichten der Akteure, mit welchen sie einen wirtschaftlichen Nutzen und wirtschaftliche Vorteile erzielen wollen. Die Definitionen von Nye, Nohlen, Kaplan und Nuechterlein enthalten alle Aspekte des wirtschaftlichen Wohlstands und wirtschaftlicher Stabilität, sodass festgehalten werden kann, dass die Wirtschaft einen wichtigen Teilaspekt der nationalen Interessen ausmacht. Die wirtschaftlichen Interessen, welche in dieser Arbeit ermittelt werden sollen, umfassen damit die Bedürfnisse, Wünsche und Absichten, welche die untersuchten Akteure zu ihrer Wirtschaft haben.

4.3 Operationalisierung des Neoliberalen Institutionalismus

Diese Arbeit baut auf dem Argument auf, dass die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der VRC und der EU überlappen, wodurch Kooperation im wirtschaftlichen Bereich vorherrschen sollte, während die politischen und strategischen Bereiche kollidieren, wodurch der Rivalitätsgedanke steigt. Zur Überprüfung dieses Arguments werden im späteren Teil dieser Arbeit Fallbeispiele herangezogen. Dazu braucht es Kriterien, mithilfe welcher die Kooperation der Akteure bei ihren Projekten gemessen werden kann. Laut Keohane benötigt Kooperation aktives Handeln der Akteure: „intergovernmental cooperation takes place when the policies actually followed by one government are regarded by its partners as facilitating realization of their own objectives, as the result of a process of policy coordination” (Keohane 1984, 51–52). Um zu analysieren, ob Kooperation möglich ist, sollte laut Keohane gefragt werden, ob eine aktive Anpassung der Politik zweier Akteure sichtbar ist (ebd., 52). Bei einer Anpassung der Politik kann es sich lediglich um eine Koordinierung der Politiken handeln, da die Politiken kompatibel sind. Kooperation findet erst dann statt, wenn durch diese Koordinierung und Kompatibilität die nationalen Interessen beider Akteure verfolgt werden (ebd.). Des Weiteren argumentiert Keohane: „cooperation can under some conditions develop on the basis of complementary interests, and that institutions, broadly defined, affect the patterns of cooperation that emerge“ (Keohane 1984, 9). Wenn zwei Akteure Mitglieder desselben internationalen Regimes sind, dann vereinfacht dies die Kooperation (ebd., 244). Internationale Regime können die Koordinierung der Politiken fördern, da dort ein Rahmen für Verhandlungen geschaffen wird (ebd.). Diese Ausführungen lassen auf fünf Kriterien schließen, mit welchen gemessen werden kann, ob zwischen der VRC und der EU eine Kooperation im Indo-Pazifik stattfindet.

Erstens, mit der Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit wird gemessen, ob die EU und die VRC in denselben formellen Institutionen und in denselben multilateralen Organisationen agieren. Internationale Institutionen verringern Transaktionskosten und ermöglichen einen Verhandlungsrahmen (Keohane 1984, 245; Gerstl und Pankratz 2019, 55; Axelrod und Keohane 1985, 250). Die Beteiligung an multilateralen Organisationen und internationalen Regimen erhöht dazu die Komplementarität in der Planung, Finanzierung und des Monitorings (Keohane 1984, 246; Keohane und Nye 1977, 5; Axelrod und Keohane 1985, 237). Die multilaterale Einbindung verhindert Spannungen zwischen den Akteuren während der Projekte. Sind gemeinsame institutionelle Rahmen wie gemeinsame Abkommen oder Komitees, welche für das Projekt relevant sind, vorhanden und die Akteure in denselben multilateralen Foren und in denselben multilateralen Institutionen aktiv, kann auf eine Kooperation geschlossen werden, da beide Akteure ihre Politik aneinander anpassen.

Zweitens, durch die Komplementarität der Projekte kann erfasst werden, ob ähnliche Ziele bei den Projekten verfolgt werden, beziehungsweise ob die Projekte sich geografisch, funktional oder wirtschaftssektoral ergänzen. Verfolgen die Akteure ähnliche Ziele und ergänzen sich die Projekte, so profitiert der andere Akteur vom jeweils anderen Projekt, da auch die eigenen Interessen mitverfolgt werden. Sind die Projekte der einzelnen Akteure komplementär, erhöht sich die Chance der Kooperation (Keohane 1984, 52). Bei einer mäßigen Ausprägung der Komplementarität kann von einer Koordinierung der Projekte ausgegangen werden, während eine hohe Ausprägung auf eine Kooperation hinweist.

Drittens, ein guter Informationsaustausch bietet die Grundlage für Vertrauen (Keohane 1984, 93–94). Zum einen können Informationsasymmetrien verringert werden, zum anderen kann, vor allem innerhalb eines internationalen Regimes, anhand von Standards überprüft werden, ob der andere Akteur sich an die Abmachungen hält und Informationen weitergibt (ebd., 94; Axelrod und Keohane 1985, 233). Dabei ist Transparenz ebenso wichtig wie die reine Weitergabe von Informationen. Durch Transparenz wird Vertrauen geschaffen und Akteure sind gewillter, eine Kooperation einzugehen (Keohane 1984, 94, 247). Dazu wird gemessen, ob es transparente Berichterstattung der Akteure über ihre Projekte gibt, ob Informationen leicht zugänglich sind und ob ein transparentes Monitoring der Projekte stattfindet.

Viertens, eine geteilte oder gemeinsame Finanzierung erhöht die Absicherung der Akteure und stellt eine gemeinsame finanzielle Interessensgrundlage dar (vgl. Keohane und Nye 1977, 32). Durch eine gemeinsame Projektfinanzierung kann die langfristige Durchführung des Projektes sichergestellt und die Vertrauenswürdigkeit der Akteure erhöht werden. Hierdurch findet

zumindest eine Koordinierung statt, wobei bei einer hohen Ausprägung auch auf eine Kooperation geschlossen werden kann.

Fünftens, Staaten können durch internationale Regime auf langfristige Ziele setzen und Kooperation wird gestärkt (Keohane 1984, 116). Akteure gehen somit eher eine Kooperation ein, wenn sie ihre Interessen langfristig verfolgt sehen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich (Axelrod und Keohane 1985, 232). Zudem ist wiederholte Zusammenarbeit vertrauensbildend, da eine gemeinsame Basis aufgebaut und eventuell durch weitere Abkommen und Kooperation in anderen Bereichen gefestigt wird (vgl. ebd., 234). Daher wird betrachtet, ob es wiederholte Zusammenarbeit oder langfristige Pläne sowie weitere Projektpläne gibt.

Kriterium	Leitfragen	Indikatoren
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	Gibt es formalisierte Kanäle der Zusammenarbeit? Sind beide in denselben multilateralen Gremien zur Projektkoordination vertreten?	- Gemeinsame Abkommen - Gemeinsame Komitees - Beteiligung an multilateralen Foren & Institutionen
Komplementarität	Ergänzen sich die Inhalte funktional, geografisch oder wirtschaftlich? Verfolgen beide Akteure dieselben Ziele?	- Beispiel: Netzaufbau vs. Energieerzeugung - Gleiche nationale Interessen
Transparenz & Informationsaustausch	Werden Projektdetails öffentlich gemacht? Gibt es Monitoring oder internationale Berichtspflichten?	- Öffentliche Berichte - Nachhaltigkeitsanalysen - Allgemeine Informationslage
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	Gibt es Co-Finanzierung, parallele Investitionen oder Koordination über multilaterale Entwicklungsbanken?	- Finanzierung über dieselben Banken (z. B. AIIB, EIB) - parallele Budgetierung
Wiederholung & Langfristigkeit	Gibt es Anzeichen für eine wiederholte, langfristige Zusammenarbeit? Kooperieren die EU und die VRC regelmäßig im selben Land/Sektor?	- Langfristige Verträge oder Abkommen - Folgeprojekte - regelmäßige Treffen

Tabelle 1: Kriterien zur Messung von Kooperation

Diese fünf Kriterien deuten bei geringer Ausprägung auf eine Koordinierung beider Akteure hin. Je ausgeprägter die Kriterien sind, desto wahrscheinlicher lässt sich auch auf eine Kooperation schließen. Wenn alle Kriterien erfüllt sind, ist eine Kooperation vorhanden. Diese Kriterien kommen in Kapitel 8 zur Anwendung, um die Kooperation zwischen der EU und der VRC im Indo-Pazifik zu analysieren. Im nächsten Kapitel wird nun die Methodik für die Analyse der offiziellen Dokumente der beiden Akteure für die Interessensanalyse beschrieben und deren Anwendung dargelegt.

5 Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse

Die gewählte Methode für die Analyse der selbstdeklarierten Interessen ist die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring, auch „kategoriegeleitete Textanalyse“ (Mayring 2022, 13) genannt. Dabei handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Analysemethode, mit welcher schriftlich festgehaltenes Kommunikationsmaterial ausgewertet wird (ebd., 12). Das Vorgehen ist dabei regelgeleitet und systematisch, wodurch es nachvollziehbar und überprüfbar ist (ebd., 13). Zudem werden für die Analyse mithilfe einer Theorie der Hintergrund und die Fragestellung angegeben. Ziel der Inhaltsanalyse ist es, Rückschlüsse über das vorliegende Material zu ziehen.

Das grundlegende Merkmal einer qualitativen Inhaltsanalyse ist das kategoriegeleitete Analysieren eines Textes (Schreier 2014). Dabei hält Schreier fest: „die Erstellung als auch die Anwendung des Kategoriensystems erfolgen interpretativ und erlauben die Einbeziehung des latenten Äußerungsgehalts“ (Schreier 2014). Dies unterscheidet die Vorgehensweise von quantitativen Methoden (ebd.). Die klassische Inhaltsanalyse kann als quantitative Methode gewertet werden, da hier der Fokus auf der statistischen Auswertung nach dem Kodieren liegt (Kuckartz 2018, 46–47). Der zentrale Unterschied zur qualitativen Inhaltsanalyse, und warum diese für diese Studie geeignet ist, ist laut Kuckartz: „Auch nach der Zuordnung zu Kategorien bleibt der Text selbst, d.h. [sic!] der Wortlaut der inhaltlicher Aussagen, relevant und spielt auch in der Aufbereitung und Präsentation der Ergebnisse eine wichtige Rolle.“ (Kuckartz 2018, 48). Da die selbstdeklarierten Interessen von Akteuren herausgefunden werden sollen, spielen die inhaltlichen Aussagen eine große Rolle bei der Analyse. Daher wurde die qualitative Inhaltsanalyse als Methode gewählt.

Wichtig bei der qualitativen Arbeit ist es, das Analyseinstrument an die Studie anzupassen und individuell für die durchzuführende Analyse zu formulieren (Mayring 2022, 125). Zudem bietet die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse einen strukturierten Rahmen, welcher die Analyse leitet und qualitativ bestätigt (vgl. ebd.). Das systematische Vorgehen wird durch eine vorab festgelegte, regelbasierte Vorgehensweise garantiert (ebd., 49). Dafür wird ein Kategoriensystem ausgearbeitet, welches als zentrales Instrument der Analyse fungiert (ebd., 51). Die Kategorien werden bei einem deduktiven Vorgehen anhand der vorliegenden Theorie und bei einem induktiven Vorgehen anhand des zu analysierenden Materials ausgearbeitet (ebd., 20, 60). Die einheitliche Anwendung der Kategorien wird dabei durch Kodierregeln im Rahmen eines Kodierbuchs sichergestellt (ebd., 60). Während der Analyse findet dazu eine Überprüfung und Anpassung des Kategoriensystems statt (ebd.).

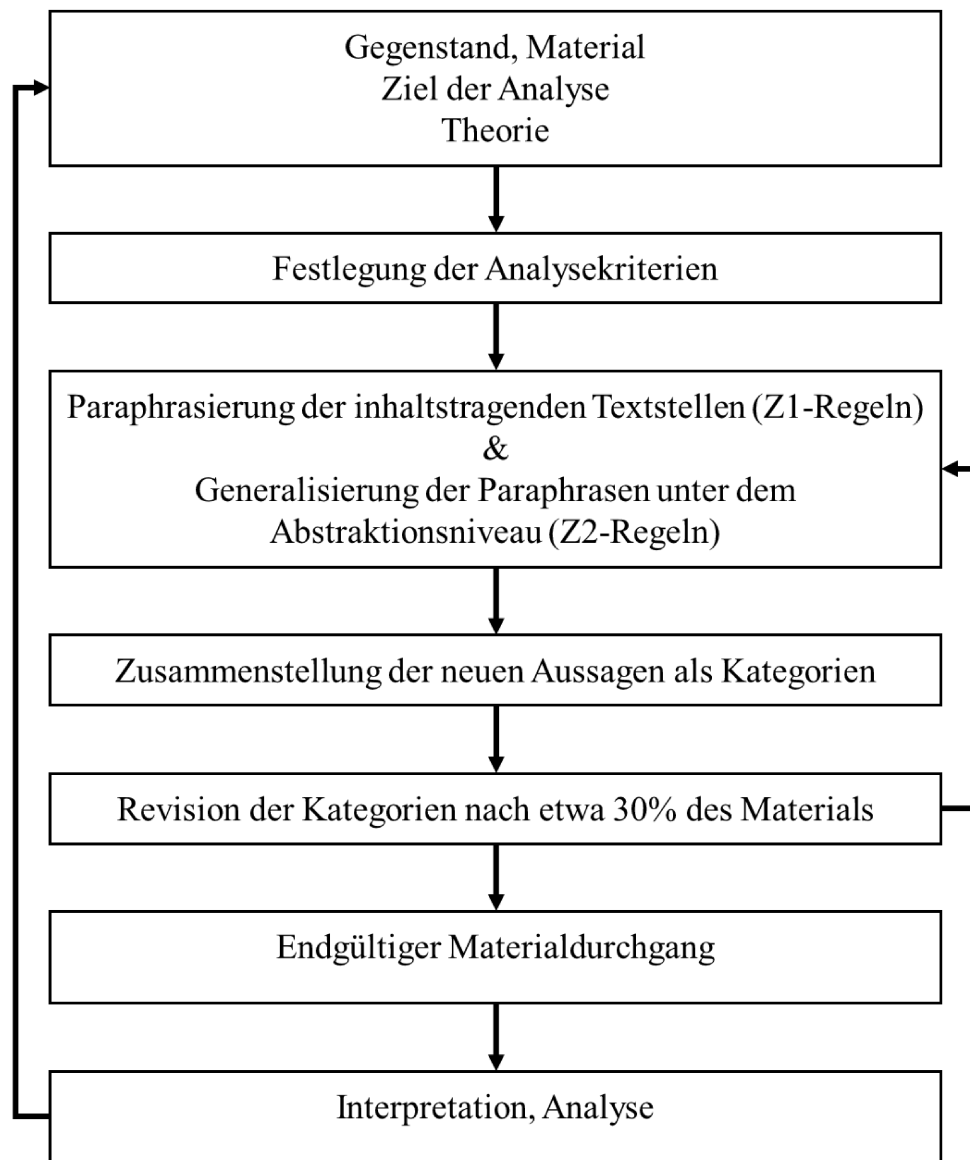


Abbildung 3: Ablaufmodell der induktiven Kategorienbildung (eigene Darstellung nach Mayring, 2022, 69, 85)

Für diese Arbeit wurde eine induktive Kategorienbildung gewählt. Die induktive Kategorienbildung eignet sich besonders bei *Welche*-Fragestellungen, wie es in dieser Arbeit der Fall ist (Mayring 2022, 87). Sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Kategorien direkt aus dem Textmaterial abgeleitet und verallgemeinert werden (ebd., 84). Hierfür wird die zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse genutzt. Bei dem Interpretationstyp der Zusammenfassung wird anhand von Verallgemeinerungen eine Reduktion des Textmaterials vorgenommen, durch welches das Kategoriensystem erstellt wird (vgl. ebd., 68). Durch die induktive Kategorienbildung können die selbstdeklarierten Interessen der Volksrepublik China und der Europäischen Union abgebildet werden, da die Kategorien anhand des vorliegenden Textmaterials festgelegt werden. Dafür werden zwei voneinander getrennte Inhaltsanalysen durchgeführt. Die erste Analyse befasst sich ausschließlich mit der VRC, während die zweite Analyse ausschließlich die EU behandelt. Somit werden beide Akteure eigenständig behandelt,

womit die individuellen Interessen der jeweiligen Akteure aufgezeigt werden können. Dadurch soll eine Gegenüberstellung der selbstdeklarierten Interessen der Akteure ermöglicht werden, durch welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gefunden werden können. Daher werden im Laufe dieser Studie in Kapitel 7 die beiden Kategoriensystem gegenübergestellt.

Die qualitative Inhaltsanalyse besteht aus mehreren Schritten. Abbildung 3 zeigt den Ablauf der Analyse dieser Studie. Da es sich um eine Dokumentenanalyse handelt, soll bei dieser Analyse „etwas über den Gegenstand ausgesagt werden“ (Mayring 2022, 57). Dieses *etwas* wird mit der Forschungsfrage festgelegt. Somit ist das Interpretationsziel die Beantwortung der Forschungsfrage. Es sollen demnach die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der EU und der VRC im Indo-Pazifik herausgefiltert werden.

Nach der Formulierung des Ziels der Analyse wurde eine Quellenkunde durchgeführt, während welcher das zu analysierende Material gesichtet wurde. Die Liste dieser Quellen ist in Anhang A hinterlegt. Die Quellen dieser Analyse sind die veröffentlichten Strategien und Transkripte von relevanten Reden hoher Funktionsträger beider Akteure. Bei allen Dokumenten handelt es sich um primäre Quellen. Sie wurden aufgrund ihrer Bedeutung für die Region Indo-Pazifik und die benannten Strategien – BRI, GDI, EUIPS und GGI – ausgewählt. Dabei wurde darauf geachtet, dass die frühesten Quellen der vorgestellten Strategien des jeweiligen Akteurs betrachtet werden, ebenso wie aktuelle Quellen, welche Neuerungen oder Anpassungen enthalten könnten.

Für die EU wurden 20 Dokumente ausgewählt. Davon sind 14 Reden und bei sechs handelt es sich um Strategiepapiere und Berichte der europäischen Institutionen. Unter den Strategiepapieren sind die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie von 2018 ‚Connecting Europe and Asia - Building Blocks for an EU Strategy‘, die EUIPS von 2021 ‚The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific‘ sowie die GGI von 2021 ‚The Global Gateway‘. Dazu kommen die Resolutionen des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments bezüglich dieser Strategiepapiere, alle aus dem Jahr 2021: ‚A Globally Connected Europe - Council Conclusions‘, ‚EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific - Council Conclusions‘ und ‚Connectivity and EU-Asia Relations - European Parliament Resolution of 21 January 2021 on Connectivity and EU-Asia Relations (2020/2115(INI))‘. Dazu kommen sechs Reden von Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission, sieben Reden von Josep Borrell, dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, und eine Rede von Maroš Šefčovič, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission. Alle drei Personen sind seit Dezember

2019 in diesen Ämtern, wobei Borrell und Šefčovič mit Ende November 2024 aufgrund von Neuwahlen aus ihren Ämtern ausgeschieden sind.

Auf Seiten der VRC handelt es sich um insgesamt 21 Dokumente, davon 15 Reden und 6 Berichte oder Strategiepapiere. Es sind zehn Reden von Xi Jinping, dem Staatspräsidenten der VRC, vier Reden von Wang Yi, dem Außenminister der VRC von März 2013 bis Dezember 2022 und ab Juli 2023 fortlaufend, sowie eine Rede von Ma Zhaoxu, dem Vize-Außenminister seit Januar 2023, betrachtet. Die Strategiepapiere zur BRI umfassen die Dokumente ‚Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st-Century Maritime Silk Road‘ von 2015 und ‚Vision for Maritime Cooperation under the Belt and Road Initiative‘ von 2017. Dazu kommen das Konzeptpapier der GDI ‚Global Development Initiative — Building on 2030 SDGs for Stronger, Greener and Healthier Global Development‘ von Zhang Jun, dem ständigen Vertreter Chinas bei der UN seit 2019, und das Weißbuch ‚China’s International Development Cooperation in the New Era‘, welche beide aus dem Jahr 2021 sind. Dazu kommen die beiden Berichte der chinesischen Regierung aus dem Jahr 2023: ‚A Global Community of Shared Future: China’s Proposals and Actions‘ und ‚The Belt and Road Initiative: A Key Pillar of the Global Community of Shared Future‘.

Die EU hat erst 2018 ihre erste relevante Strategie veröffentlicht, während die VRC bereits 2013 die BRI vorstellte. Daher gibt es hier eine zeitliche Diskrepanz, welche in Kapitel 7 behandelt wird. So sind die Quellen der VRC aus dem Zeitraum September 2013 bis November 2023 und die Quellen der EU aus dem Zeitraum 2018 bis Februar 2024. Es wurde dabei darauf geachtet, die neuesten Quellen der beiden Akteure einzubeziehen, welche vor dem Stichtag 05. Juli 2024 veröffentlicht wurden. Es gibt drei Quellen der VRC, welche vor der ersten Quelle der EU datiert sind. Zudem wurde bei der Auswahl der Quellen darauf geachtet, dass die Seitenanzahl für beide Akteure annähernd übereinstimmen.

Nach der Quellenkunde wurden die Analyseeinheiten festgelegt, wodurch die Inhaltsanalyse ihre Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit erlangt (Mayring 2022, 60). Die Kodiereinheit ist die kleinste dieser Einheiten und benennt den minimalen Schriftteil, welcher bei der Analyse einer Kategorie zugeordnet werden darf (ebd.). In dieser Arbeit umfasst dies mindestens zwei Worte, welche einen sinnhaften Zusammenhang haben. Die Kontexteinheit gibt dementsprechend den maximalen Teil des Textes an, welcher einer Kategorie zugeordnet werden darf (ebd.). Die Kontexteinheit wird als ein sinnhaft zusammenhängender Paragraph festgelegt. Die Auswertungseinheit gibt die Reihenfolge der Auswertung der Textteile an (ebd.). Die Auswertungseinheit ist in dieser Arbeit das gesamte vorliegende Dokument,

welches von oben nach unten durchgearbeitet wird. Anhand der Theorie und der Fragestellung wird daraufhin das Selektionskriterium festgelegt, welches die Definitionsebene der Kategorien beschreibt (ebd., 85). Dieses Selektionskriterium ist in dieser Arbeit die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der Akteure im Indo-Pazifik sowie Passagen, die Rückschlüsse über diese zulassen. Dies zeigt ebenfalls an, welche Textstellen ausgelassen werden, denn es sind alle Textstellen, welche nicht über die Interessen sprechen oder sich mit Regionen abseits des Indo-Pazifiks befassen. Wird jedoch von der Welt global gesprochen, wird der Indo-Pazifik in diesen Ausführungen inkludiert. Somit werden diese Ausschnitte in die Analyse miteinbezogen.

Für die Analyse der Quellen wurde die Website QCMap.org genutzt. Es handelt sich dabei um eine Open Access Website, die für qualitative Inhaltsanalysen erstellt wurde und auf Mayrings Methode basiert. Diese Website bietet die Möglichkeit, die Dokumente systematisch durchzugehen und die Kategorien übersichtlich herauszuarbeiten. Zudem ermöglicht die Website das Anlegen von zwei getrennten Projekten, sodass die Inhaltsanalyse der EU von der Inhaltsanalyse der VRC getrennt stattfinden kann. Dadurch entstanden zwei separate Kategoriensysteme und zwei getrennte Kodierleitfäden. Der folgende Prozess wurde somit zwei Mal durchlaufen, zuerst für die Quellen der VRC und anschließend für die Quellen der EU.

Für die Inhaltsanalyse wurde das jeweilige Material anhand des Selektionskriteriums durchgelesen (vgl. Mayring 2022, 86). Sobald eine Kodiereinheit erfasst wurde, welche das Selektionskriterium erfüllt, wurde diese als erste Kategorie festgehalten (vgl. ebd.). Dabei wurde eine Paraphrasierung durch Auslassen vorgenommen, sodass lediglich die inhaltstragenden Textstellen beibehalten wurden (vgl. ebd., 70). Um die Kategorien festzulegen, wurde eine weitere Zusammenfassung vorgenommen, indem die paraphrasierten Textstellen generalisiert wurden (vgl. ebd.). Für den nächsten Textteil, welcher das Selektionskriterium erfüllt, wurde entschieden, ob eine neue Kategorie gebildet werden muss oder durch Subsumption die Textstelle zu einer vorherigen Kategorie zählt (vgl. ebd., 86). So wurden die Paraphrasen des gesamten Materials zu Kategorien zusammengefasst, indem sie gebündelt und integriert wurden. Nach etwa einem Drittel des Materials wurden die Kategorien überprüft, indem die zugeordneten Textstellen betrachtet und ihre Zusammengehörigkeit überprüft wurde. Da die Kategorien abgeändert werden mussten, wurde der Prozess nochmals von Anfang an durchlaufen. Dabei wurde die Zugehörigkeit der Textstellen zu den jeweiligen Kategorien überprüft und gegebenenfalls abgeändert, sodass neue Kategorien entstanden und alte Kategorien gestrichen wurden.

Diese Analyse ergab schließlich ein Kategoriensystem, welches durch Textstellen belegt wird. Dabei handelt es sich um den Kodierleitfaden, welcher alle Kategorien mit den zugehörigen Kodierregeln abbildet. Der Kodierleitfaden für die VRC ist in Anhang B zu sehen, während der Kodierleitfaden der EU in Anhang C wiedergegeben ist. Daraufhin kann im nächsten Schritt das Kategoriensystem analysiert werden. Eine gute Möglichkeit, um das Verfahren aufzuwerten, ist eine Integration eines quantitativen Vorgehens (Mayring 2022, 52). Die relative Bedeutung einer Kategorie kann durch ein quantitatives Verfahren hervorgehoben werden (ebd., 52). Daher wurden im Rahmen der Analyse die Häufigkeiten der Kategorien gezählt. Die erhaltenen Ergebnisse werden in den nächsten Kapiteln vorgestellt und diskutiert.

Neben der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring gibt es noch weitere Typen der qualitativen Inhaltsanalyse. Die inhaltlich-strukturierende Inhaltsanalyse wird als „Kern einer qualitativen Inhaltsanalyse“ (Schreier 2014) angesehen. Bei Mayrings Variante dieser Inhaltsanalyse werden die Kategorien deduktiv aus der Theorie abgeleitet (ebd.). Bei anderen Varianten, wie der von Udo Kuckartz, müssen die Kategorien zumindest teilweise induktiv aus dem Material und teilweise deduktiv aus der Theorie abgeleitet werden (ebd.). Bereits hieran wird klar, warum diese Methode für diese Studie nicht geeignet ist. Durch die deduktive Kategorienbildung kann nicht garantiert werden, dass es sich um selbstdeklarierte Interessen der Akteure handelt, da die Ansichten anderer Theoretiker:innen in die Kategorienbildung einfließen würden (vgl. Mayring 2022, 85). Mayring selbst hat für derartige Fälle, wo die Kategorien ausschließlich aus dem Material herausgearbeitet werden sollen, die Zusammenfassung als bevorzugte Methode benannt (Schreier 2014). Dies hat zu der Entscheidung beigetragen, die zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung zu verwenden.

Schreier (2014) kritisiert jedoch, dass es sich bei Mayrings zusammenfassender Inhaltsanalyse um keine eigenständige Inhaltsanalyse handelt, sondern lediglich um eine Methode der Kategorienbildung. So sagt die Autorin: „Da eine Paraphrasierung und sukzessive Verdichtung von Material in erster Linie im Hinblick auf Inhalte sinnvoll ist, eignet sich die Strategie der Zusammenfassung vor allem für die Generierung inhaltlich-thematischer Kategorien im Rahmen eines qualitativ-strukturierten inhaltsanalytischen Vorgehens.“ (Schreier 2014) Da in dieser Studie die selbstdeklarierten Interessen anhand von Strategiepapieren und Reden herausgearbeitet werden sollen, ist diese Beschreibung von Schreier zutreffend für die vorgesehene Methode dieser Studie. Die selbstdeklarierten Interessen werden aus dem Text abgeleitet und bilden das Kategoriensystem. Dass es sich hierbei jedoch nicht um eine Inhaltsanalyse handelt, steht im Widerspruch mit Mayrings Aussagen.

6 Ergebnisse

Dieses Kapitel stellt nun die Ergebnisse der Inhaltsanalysen dar. Zuerst werden die Ergebnisse der Analyse der VRC dargelegt. Daraufhin werden die Ergebnisse der Analyse der EU aufgezeigt. Dafür werden die jeweiligen Kategorien vorgestellt. Die jeweiligen Kategorien spiegeln die selbstdeklarierten Interessen der VRC beziehungsweise der EU im Indo-Pazifik wider. Die Interpretation und Analyse der Ergebnisse erfolgen im darauffolgenden Kapitel.

6.1 Ergebnisse der Analyse der Volksrepublik China

Die Inhaltsanalyse der Quellen der VRC hat zu 994 Kodes geführt, welche insgesamt 13 Kategorien zugeordnet wurden. Der Kodierleitfaden der Analyse der VRC mit den Ankerbeispielen und Definitionen der Kategorien ist in Anhang B einzusehen. Die Kategorie *VRC-2: Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs* hat den größten Anteil aller Kodes mit 11,9 %, während die Kategorie mit dem geringsten Anteil an Kodes die Kategorie *VRC-6: Globale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit* mit 2,7 % ist. Auffällig ist, dass keine der Kategorien in allen Dokumenten vorkommt. Vielmehr gibt es zwei Kategorien, die in nur knapp 60 % aller untersuchten Dokumenten vorkommen. Die Kategorien, welche lediglich in einem Dokument nicht vorkommen, sind *VRC-2: Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs* und *VRC-10: Globales Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung*. Dies deutet darauf hin, dass diesen Kategorien eine höhere Bedeutung zukommt, denn aufgrund der Nennung in beinahe allen Dokumenten sind diese Themen von wiederkehrender Bedeutung. Es kann daraus geschlossen werden, dass diese Themen eine stetige Wichtigkeit im Rahmen der Interessen der VRC haben.

Die erste Kategorie ist *VRC-1: Globalisierung & Offenheit der Weltwirtschaft*. Diese Kategorie bezieht sich auf die Absicht, das offene Weltwirtschafts- und Freihandelssystem zu garantieren. So soll der freie Warenfluss garantiert werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015) und der Handel ungehindert stattfinden können, welches durch das Stichwort „unimpeded trade“ (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; 2017; SCIO 2021; 2023b; Xi 2013b; Zhang 2021) benannt wird. Zum einen zielt die VRC dabei darauf ab, alle nichttarifären Barrieren abzubauen und den Handel zu liberalisieren (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Zum anderen sollen ebenfalls neue Freihandelsabkommen geschlossen werden (Xi 2019c) und in Zusammenarbeit mit den indopazifischen Staaten die Weltwirtschaft offen gehalten sowie Protektionismus abgelehnt werden (Xi 2019a; 2019b). Dies zieht ebenfalls die anderen Staaten des Indo-Pazifiks in dieses Vorhaben ein, denn auch sie sollen die Offenheit der Wirtschaft bekräftigen. Hier wird ebenfalls

Kategorie	Anzahl der Kodes	Anzahl der Kodes in %	Anzahl der Quellen
VRC-1: Globalisierung & Offenheit der Weltwirtschaft	107	10,8	18
VRC-2: Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs	118	11,9	20
VRC-3: Wirtschaftliche Angleichung & Integration	101	10,2	19
VRC-4: Ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft	91	9,2	18
VRC-5: Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten	36	3,6	16
VRC-6: Globale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit	27	2,7	12
VRC-7: Stärkung des strategischen Einflusses der VRC	51	5,1	14
VRC-8: Die VRC als bevorzugte Partnerin	62	6,2	17
VRC-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung	114	11,5	19
VRC-10: Globales Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung	93	9,4	20
VRC-11: Innovative Modernisierung der Weltwirtschaft	51	5,1	14
VRC-12: Strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas	42	4,2	13
VRC-13: Multilaterale Kooperation	101	10,2	19
Gesamt	994	100,0	21

Tabelle 2: Übersicht der Kodes der Analyse der Dokumente der VRC (n=994)

auf die Globalisierung angespielt. Zudem soll die Transparenz im Handel gesteigert werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Daher ruft China die Staaten vermehrt dazu auf, ein faires, transparentes und gerechtes Handels- und Investitionssystem aufzusetzen (SCIO 2023b). Dies soll beispielsweise durch den Aufbau eines globalen Netzwerkes von Freihandelszonen geschehen, wodurch sowohl Handel als auch Investitionen erleichtert werden (Xi 2023b; SCIO 2023a). Dies zeigt ebenfalls den Aspekt der Globalisierung auf. So wird neben der offenen und freien Wirtschaft auch die globale Orientierung angesprochen. Im Rahmen der Offenheit der

Wirtschaft sollen zudem offene, sichere und effiziente maritime Transportwege aufgebaut werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2017), mit welcher die freie Schifffahrt und die globale Verbundenheit der Staaten garantiert werden kann.

Die VRC spricht sich dabei ebenfalls gegen Sanktionen, wirtschaftliche Zwänge und die Unterbrechung der Lieferketten durch Entkoppelung aus (Xi 2023a). So behauptet China, dass kein Staat isoliert existieren könne (SCIO 2023a). Die Globalisierung soll vorangetrieben werden, denn China ist der Ansicht, dass Staaten das offene Wirtschaftssystem nutzen müssen und somit Verbindungen zu anderen Staaten benötigen, um wirtschaftlich florieren zu können (ebd.). So wird mehrfach angesprochen, dass China die Globalisierung offener, inklusiver und ausgeglichener gestalten möchte (Xi 2017; 2019c; SCIO 2023b). Beispielsweise möchte China, dass die Staaten sich weiter öffnen und ebenfalls weitere Branchen für die Öffnung in Betracht ziehen (Xi 2022), um ausländischen Unternehmen das Handeln und Investieren zu vereinfachen (Xi 2023b). Dabei wird jedoch auch der Wunsch an ausländische Staaten geäußert, dass diese ebenfalls ein Investitionsumfeld schaffen, welches chinesische Firmen als gleichstellt ansieht und (entsprechend) fair behandelt (Xi 2019c). Somit ist die Offenheit der Wirtschaft mit der voranschreitenden Globalisierung verknüpft. Nur wenn das Wirtschaftssystem offen und fair ist, können die Vorteile aus der global verknüpften Welt gezogen werden.

Die zweite Kategorie, *VRC-2: Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs*, behandelt die Absicht der Schaffung von zusätzlichen Verbindungen und der Ermöglichung des Marktzugangs sowohl zum chinesischen Markt als auch den Zugang in anderen Märkten für chinesische Firmen. Insgesamt 25-mal wird erwähnt, dass China die Erleichterung und Liberalisierung von Handel und Finanzen erzielen möchte. Dies entspricht 2,5 % aller Codes, welche die Erleichterung und Liberalisierung von Handel und Investitionen behandeln. Dies unterstreicht die Wichtigkeit dieser Absicht für die VRC. So sollen dafür infrastrukturelle Verbindungen geschaffen werden, sodass Märkte erreichbar sind. Dies soll beispielsweise durch den Bau von Straßen, Autobahnen und Straßennetzen, sowie dem Auf- und Ausbau des Schienennetzes und der Verbesserung des Schienengüterverkehrs erreicht werden. So sollen die Straßen verbunden, Transportengpässe beseitigt und das Straßennetzwerk verbessert werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Ein multi-dimensionales Transportnetzwerk soll den Zugang zu Märkten garantieren (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; SCIO 2023b; Xi 2017) und die Lücken in der Infrastruktur schließen (SCIO 2021). Dies soll ebenfalls im finanziellen und digitalen Bereich erfolgen, indem die dafür notwendige digitale Infrastruktur eingerichtet wird. So plant China, den Zugang zum eigenen Finanzmarkt weiter zu öffnen: „implemented the new catalogue for encouraging foreign investment, continued to remove items from the

negative list of market access for foreign investment“ (SCIO 2023a). Unterstützt werden soll dies durch die Erleichterung des internationalen Handels mittels Wirtschaftskorridore, die wie die Infrastruktur Staaten und Märkte miteinander verbindet, und so den gemeinsamen Handel steigert und Kosten reduziert (SCIO 2023b; Xi 2023a). Diesen Ruf nach vereinfachtem Handel summiert der Bericht *The Belt and Road Initiative: A Key Pillar of the Global Community of Shared Future* folgendermaßen:

The BRI supports the liberalization and facilitation of trade and investment by building transport and information infrastructure in a planned and progressive manner. (...) built up an all-round, multi-level and complex network of unimpeded trade, creating a new dynamic and greatly facilitating global trade. (SCIO 2023b)

Neben der Erleichterung von Wirtschaftsflüssen sollen die Märkte aufeinander abgestimmt sein. Dies behandelt die Kategorie *VRC-3: Wirtschaftliche Angleichung & Integration*. Durch die Angleichung der Märkte soll der grenzüberschreitende Warenfluss effizienter und kostengünstiger vonstattengehen (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Durch die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Staaten können laut der VRC alle Akteure von den positiven Resultaten profitieren (ebd.; Xi 2019c). Hierbei wird darauf angespielt, dass positive wirtschaftliche Effekte sich durch Verbindungen und Integration in einen großen Markt auf alle beteiligten Akteure verteilen. Darüber hinaus sollen die Entwicklungsstrategien sowie die Regeln und Standards aufeinander abgestimmt werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; Xi 2021). So fordert China andere Akteure dazu auf, den global akzeptierten Marktregeln zu folgen und internationale Normen und Standards einzuhalten (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; 2017; Xi 2019a). Es wird jedoch nicht spezifiziert, um welche akzeptierten Regeln und Standards es sich im Detail handle. Zudem ruft China an anderen Stellen dazu auf, dass Staaten das internationale Recht einhalten und den fairen, regelbasierten Ablauf des Handels garantieren sollen (SCIO 2023a; Xi 2019c). Dabei handelt es sich um international anerkannte Regeln und Abläufe. Zudem sollen neue Standards entwickelt werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2017). Ebenso zielt China auf die Integration von Regionen in die bestehenden Lieferketten Chinas ab (Zhang 2021). Es soll dabei zu einer Integration sowohl im Handel mit Gütern als auch im digitalen Handel kommen (Xi 2023b). Somit strebt China eine tiefe Integration der Märkte (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; SCIO 2023b) und Integration in das internationale Finanzsystem an (SCIO 2021). Dadurch sollen alle Staaten des Indo-Pazifiks vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren können (Xi 2017; 2023a).

Die vierte Kategorie trägt den Titel *VRC-4: Ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft*. Wie der Kategoriennamen besagt, soll eine ökologisch-nachhaltige, dekarbonisierte Wirtschaft aufgebaut

werden. China drückt mehrfach die Absicht aus, eine grüne Entwicklung sowie eine kohlenstoffarme Kreislaufwirtschaft aufzubauen (Zhang 2021; SCIO 2023a; Wang 2021a; Xi 2017; 2019b; 2021). Der Ausstoß von Treibhausgasen soll reduziert und das Recycling von Ressourcen vorangetrieben werden. Zum anderen ist auch der Aufbau von ökologisch-nachhaltiger Infrastruktur gemeint (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Ein zentraler Punkt dabei ist jedoch der Fokus auf erneuerbare Energien, indem China den Bau erneuerbarer Energiegewinnungsanlagen wie beispielsweise von Solarkraftwerken vorantreibt (ebd.). Aufgrund endlicher Ressourcen ist eine schonende Ressourcennutzung die Voraussetzung für die langfristige Energieversorgung (SCIO 2023a). So soll durch die Nutzung von erneuerbaren Energien auch die zukünftige Versorgung gesichert werden. Besonders häufig wird beim Blick auf die Ressourcenschonung auf den Schutz des maritimen Ökosystems aufmerksam gemacht (NDRC, MFA & MOFCOM 2017). So liegt zum einen der Schutz der Umwelt und Ökosysteme im Fokus, zum anderen die Umgestaltung der Wirtschaft und Infrastruktur hin zu nachhaltigen Alternativen. Der Ruf nach einer grünen Entwicklung - eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft - wird insgesamt 30-mal geäußert. Das umfasst 3 % aller Codes und zeigt, dass diese Transformation ein großes Bedürfnis der VRC darstellt. Dabei wird mehrfach auf die SDGs verwiesen, welche die von der UN erarbeiteten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung darstellen (Wang 2021b). Somit verbindet China die international getroffenen Absichten mit seinen eigenen Zielen für die Wirtschaft.

Die nächste Kategorie ist *VRC-5: Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten*. Die in Kategorie VRC-4 beschriebene Absicht auf eine nachhaltige Wirtschaft bezieht sich unter anderem auf die Sicherung der Stromversorgung. Kategorie VRC-5 zeigt im Anschluss daran auf, dass China ebenfalls die sichere Versorgung mit anderen Gütern beabsichtigt. Unterbrechungen der Lieferketten sollen verhindert werden, sodass die Versorgung Chinas fortlaufen kann (Zhang 2021; SCIO 2023a; 2023b). Zudem kann dadurch auch der Export chinesischer Waren sichergestellt werden. Folglich wird die Stabilität der Wirtschaft und des Finanzwesens gesichert (SCIO 2023a). Dafür setzt China auf stärker verlinkte Lieferketten (Xi 2022). Das übergeordnete Ziel ist, die Liefer- und Warenketten offen und stabil zu halten (Wang 2021a). Ebenso soll weiterhin die Energieversorgung durch Öl und Gas gesichert werden, um die Energiesicherheit herzustellen (Xi 2023a). Dies steht im Widerspruch zu der vorherigen Kategorie, VRC-4, in welcher der Aufbau neuer Kohlekraftwerke verneint wird (Xi 2021). Jedoch wird dabei nicht ausgeschlossen, dass es innerhalb Chinas weiterhin Kohlekraftwerke zur Energiegewinnung gibt. In einem anderen Punkt soll für die Versorgungssicherheit in Kooperation im Gesundheitswesen investiert werden (SCIO 2021). Die Gesundheit und vor

allem das frühe Erkennen von globalen Gesundheitsrisiken soll gefördert werden, indem Informationen und Impfstoffe geteilt werden und der Austausch aufrechterhalten wird (Zhang 2021). So kann die Wirtschaft offen und am Laufen gehalten werden, denn die Gesundheit der Arbeitskräfte und Konsument:innen ist für die Stabilität und das Wachstum der Wirtschaft notwendig.

Anschließend daran behandelt *VRC-6: Globale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit* das Thema der Risikominimierung und regionalen Stabilität. Für eine widerstandsfähige Wirtschaft ist Sicherheit notwendig (SCIO 2023a). Indem die Region stabil und friedlich ist, soll der Wohlstand gesichert und die Grundlage für Entwicklung gelegt werden (Xi 2017). Doch neben der Sicherheit soll auch die Wirtschaft geschützt werden. Es soll das finanzielle Risiko der Projekte zwischen den Partnerstaaten geteilt werden, sodass die Finanzierung der Projekte gesichert ist und mögliche Risiken von beiden Ländern aufgefangen werden (Xi 2019b). Dafür soll auch das Investitionsumfeld und die Risikokontrolle gestärkt werden (SCIO 2023b). Die Projekte sollen realisierbar und profitabel sein, sodass kein Partner auf den Lasten eines fehlgeschlagenen Projekts hängen bleibt. Deshalb heißt China auch die Beteiligung multilateraler und ausländischer Finanzinstitutionen zur Absicherung der Finanzierung willkommen (Xi 2019b). Zusammenfassend soll demnach der Frieden in der Region gesichert werden, und die Projekte divers finanziert werden, sodass die chinesische Wirtschaft keinen zusätzlichen Kosten ausgesetzt ist.

Anschließend daran zielt China darauf ab, neue Institutionen im Rahmen der BRI zu bilden (Wang 2023). Diesen Punkt fasst die Kategorie *VRC-7: Stärkung des strategischen Einflusses der VRC* zusammen. Demzufolge beabsichtigt China, die bestehenden Institutionen und Mechanismen zu verbessern und die Effektivität beispielsweise der WTO zu stärken (SCIO 2023b). Darüber hinaus sollen die WTO sowie die Handelsregeln in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren reformiert werden (Xi 2019c). China möchte demnach die bestehenden Handelsregeln ändern. So spricht China ebenfalls davon, dass durch mediale Kooperation eine ‚Gruppe der Freunde‘ etabliert werden soll, sodass beispielsweise Interviews grenzüberschreitend geführt werden können (NDRC, MFA & MOFCOM 2017). Zudem zielt China darauf ab, andere Staaten in ihrem Entwicklungsweg anzuleiten, indem es die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten mit ihnen teilt (SCIO 2023b). Denn die VRC ist der Meinung, dass eine wohlständige Weltgemeinschaft den chinesischen Weg der Modernisierung durchlaufen müsse (SCIO 2023a). Hieran wird deutlich, dass China Einfluss auf den Entwicklungsweg anderer Staaten nehmen und die eigenen Ideen in Reformen des Wirtschaftssystems einbringen möchte.

Neben der strategischen Einflussnahme spricht China von der Unterstützung, die anderen Staaten in ihrer Entwicklung zugesichert wird, während China eigene Vorteile erhält (SCIO 2023b). So zielt China stets auf gegenteilige Vorteile ab, sodass beide Seiten profitieren (ebd.). Insgesamt fünf-mal fordert China „win-win outcomes“ (Xi 2019c; 2023a; SCIO 2023b) und elf-mal „win-win cooperation“ (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; Ma 2023; SCIO 2023a; 2023b; Wang 2023; Xi 2013a; 2017; 2019c). Somit sind beides wichtige Schlagwörter für China. Diese Punkte fasst die Kategorie *VRC-8: Die VRC als bevorzugte Partnerin* zusammen. Dabei sichert China zu, ausbeuterisches Vorgehen abzulehnen und keinen Zwang auf die Partner auszuüben (SCIO 2023b). Mit der zusätzlichen Ablehnung des kolonialen Vorgehens setzt sich die VRC vom historischen Vorgehen der europäischen Länder ab. Obwohl in der vorherigen Kategorie China davon gesprochen hat, andere Staaten in ihrer Entwicklung anleiten zu wollen und den chinesischen Modernisierungsweg zu gehen, lehnt China die Idee eines universellen Entwicklungspfades ab (Xi 2013a). Stattdessen betont China den Wunsch nach einer gemeinsamen Koordinierung und Anpassung der Projekte an lokale Gegebenheiten. Zudem sei das Projekt offen für alle interessierten Staaten (Xi 2019b) und die Teilnahme sei an keine politischen Vorgaben gebunden (Wang 2021a). So stelle die VRC keine Gefahr für andere Staaten dar und stellt sich in einem positiven Licht dar.

Die nächste Kategorie, *VRC-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung*, handelt zum einen von der Steigerung, Verbesserung und Erleichterung des grenzüberschreitenden digitalen Handels. Dies soll durch den besseren Datenaustausch vorangetrieben werden. Zudem soll die Digitalisierung durch die Integration von Wissenschaft und Technologie in die Wirtschaft erfolgen (Xi 2017). So zielt China auf die Einrichtung von E-Handel-Zonen und Hightech-Industrieparks ab, wodurch Technologietransfer und Wissensaustausch gefördert werden sollen (Xi 2023a; SCIO 2023b). Durch die steigende Digitalisierung soll der digitale Handel florieren. Für die Digitalisierung soll zudem die digitale Infrastruktur ausgebaut werden, sodass der Datentransfer und der Informationsaustausch reibungslos ablaufen können (NDRC, MFA & MOFCOM 2017). Ebenso sollen dafür Standards und ein Sicherheitssystem eingerichtet werden, um die Qualität der Daten zu steigern (ebd.).

Zum anderen wird eine stärkere Zusammenarbeit in der Forschung angestrebt, indem ein innovatives Umfeld geschaffen wird und die benötigten Ressourcen gebündelt werden (Xi 2017). So kann die Umsetzung und Anwendung der (technologischen) Innovationen in der Wirtschaft gestärkt werden (Xi 2023b). Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf künstliche Intelligenz gelegt (Wang 2023). So sollen die Forschungs- und Entwicklungszweige von Unternehmen verstärkt zusammenarbeiten, beispielsweise durch gemeinsame Labore und

Forschungsinstitute. Zu den dafür benötigten Ressourcen gehören auch gut ausgebildete Arbeitskräfte und Wissenschaftler:innen. Durch akademische Austauschprogramme und gemeinsame Trainingsmöglichkeiten sollen Ausbildung und Wissensaustausch gefördert werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015; SCIO 2021; 2023b). So kann ebenfalls der Bildungsgrad angeglichen werden.

Die nächste Kategorie, *VRC-10: Globales Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung*, handelt von der effektiven Verteilung von sowohl materiellen als auch finanziellen und menschlichen Ressourcen (SCIO 2023b). Dadurch sollen die Ressourcen geschont und am effizientesten eingesetzt werden, wodurch ebenfalls die wirtschaftliche Kapazität und die Wettbewerbsfähigkeit der Region gestärkt werden soll (ebd.). Durch die Nutzung der jeweiligen Stärken und Fähigkeiten soll ein umfassendes Wirtschaftswachstum erzielt werden (ebd.). Dadurch soll ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit der Länder des Indo-Pazifiks gesteigert und ihre Rolle in den internationalen Lieferketten aufgewertet werden (SCIO 2021; Zhang 2021). Die VRC spricht hierbei von dem komparativen Wettbewerbsvorteil. Zudem soll die Wirtschaft wachsen, indem sowohl das Investment und die Nachfrage als auch die Zahl der Arbeitsplätze gesteigert werden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Durch die Verbesserung der Infrastruktur und die Modernisierung der Industrie könne die industrielle Kapazität der Staaten gesteigert werden, wodurch die Wirtschaft im Indo-Pazifik wachsen kann (SCIO 2021; 2023b). Die VRC strebt demnach eine effizientere Wirtschaft durch Zusammenarbeit und effiziente Ressourcenteilung an, wodurch der indopazifische Raum gemeinsam von einem Wirtschaftswachstum profitieren kann.

Zudem strebt die VRC ein neuartiges beziehungsweise andersartiges Wirtschaftssystem an, welches die Kategorie *VRC-11: Innovative Modernisierung der Weltwirtschaft* zusammenfasst. So solle die Globalisierung der „correct direction“ (SCIO 2023a) folgen und eine neue Art der Globalisierung stattfinden (ebd.). Genauer wird auf diese Aussagen jedoch nicht eingegangen. Zudem möchte die VRC die globale Arbeitsverteilung neu ordnen und die Wertschöpfungsketten umbauen (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Dies spielt ebenfalls auf die vorherige Kategorie an, wo für die Effizienzsteigerung die Wertschöpfungsketten und Ressourcen umgeordnet werden sollen. Nach der Einrichtung neuer Wirtschaftsformen und Modelle sowie der Modernisierung der bestehenden Wirtschaftsformen wird ebenfalls gestrebt, wodurch ein innovativer Entwicklungsweg aufgezeigt werden soll (SCIO 2023b). So besagt die VRC, sie habe bereits neue Arten des Handels vorgeschlagen, welche jedoch nicht spezifiziert sind (ebd.). Demnach soll die Industrie und das Handelssystem nach chinesischen Vorstellungen modernisiert werden (Zhang 2021), denn die VRC ruft andere Staaten dazu auf,

dem chinesischen Weg zu folgen (Xi 2022). Folglich sieht China sich in dem Aufbau und der Erprobung neuer Wirtschaftsformen als richtungsweisend.

Auch die Kategorie *VRC-12: Strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas* setzt einen starken Fokus auf China. So strebt es die Stärkung von nationalen Flughäfen und der Entwicklung der inneren Gebiete Chinas an, um westliche Regionen des Landes zu entwickeln und wirtschaftlich stärker einzubinden (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Um die eigene Wirtschaft noch weiter voranzubringen, spricht China zudem von einer Qualitätssteigerung ihrer Produktion (Xi 2019c). Zudem sagt China, dass weitere Zölle und Barrieren reduziert werden sollen, um den Marktzugang für ausländische Unternehmen zu erleichtern (ebd.). Demnach beabsichtigt China, internationale Unternehmen in seinen Markt zu integrieren. So soll die chinesische Wirtschaft vom globalen Wirtschaftswachstum und zugleich der Indo-Pazifik von Chinas wirtschaftlichem Erfolg profitieren (SCIO 2023b). Durch diese Schritte soll die nationale Wiederbelebung erzielt werden (Xi 2023a).

Zum Schluss spricht die letzte Kategorie *VRC-13: Multilaterale Kooperation* von der Steigerung der Kooperation im Allgemeinen. Zum einen soll es Abkommen zur Zusammenarbeit im Schienentransport geben (Xi 2017). Ebenso setzt sich China für Kooperationen im Flugtransport ein (SCIO 2023b). Zudem soll neben dem Austausch von Daten und Informationen der Bau von grenzüberschreitender Informationsinfrastruktur gemeinsam gestaltet werden, um die Kommunikation zu vereinfachen und zu beschleunigen (NDRC, MFA & MOFCOM 2015). Demnach soll die gemeinsame Nutzung und der gemeinsame Bau der Infrastruktur gefördert werden. Zum anderen soll es sektorenspezifische Kooperation geben. Die Kooperation in der Land- und Forstwirtschaft sowie der maritimen Wirtschaft soll gesteigert werden (ebd.). Ebenso sollen die Staaten in der Produktion und Übersetzung von Filmen, TV-Serien und Radiosendungen kooperieren (ebd.). Zudem sollen neue Wege der Kooperation erdacht werden, indem bilaterale oder multilaterale Kommunikationsformate gestärkt werden und innovative Mechanismen eingeführt werden (SCIO 2023b). Hintergrund ist die Aussage, dass die Welt voller Möglichkeiten zur Kooperation sei und die globalen Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden müssen (SCIO 2023a). So wird eine Verbesserung der Beziehungen mit anderen Staaten und die Bildung eines „global network of partnerships“ (SCIO 2023b) angestrebt. China ist somit sehr bedacht auf Kooperation.

6.2 Ergebnisse der Analyse der Europäischen Union

Die Inhaltsanalyse der Quellen der EU hat zu 718 Kodes geführt, welche 10 Kategorien zugeordnet wurden. Der Kodierleitfaden für die Analyse der EU mit den Ankerbeispielen und Definitionen der Kategorien ist in Anhang C einzusehen. Die Kategorie *EU-5: Widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität* hat den größten Anteil aller Kodes mit 15,7 %. Die Kategorie mit dem geringsten Anteil an Kodes ist die Kategorie *EU-10: Integratives & nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum* mit 3,9 %. Auffällig ist auch hier, dass keine der Kategorien in allen Dokumenten vorkommt. Dabei gibt es zwei Kategorien, die lediglich in der Hälfte aller untersuchten Dokumenten der EU vorkommen. Die Kategorie, welche in allen Dokumenten bis auf in einem vorkommt, ist *EU-4: Grüner & nachhaltiger Wandel*. Dies deutet darauf hin, dass dieser Kategorie eine besondere Bedeutung zukommt. Aufgrund der vielfachen Nennung ist darauf zu schließen, dass dieser Aspekt eine wichtige Rolle für die EU einnimmt und mehr Aufmerksamkeit erhält.

Die erste Kategorie, *EU-1: Förderung eines fairen & offenen Handelssystems*, behandelt das Bedürfnis der Sicherung der offenen und freien Wirtschaftsordnung sowie der Gleichstellung der Akteure durch Transparenz und einen fairen Wettbewerb. Der Zugang zu offenen Märkten muss sichergestellt werden, indem zum Beispiel der regelbasierte Multilateralismus durch die Zusammenarbeit mit Organisationen wie ASEAN gestärkt wird (Europäische Kommission 2021b). Zudem möchte die EU in „partnerships of equals“ (von der Leyen 2022) investieren. Dies zeigt die starke Tendenz, andere Staaten in die Sicherung des offenen und fairen Systems einzubinden. Für wirtschaftliche Vorteile muss zudem der faire Wettbewerb garantiert werden. Durch die mehrfache Nennung des Ausdrucks „level the playing field“ (Europäischer Rat 2021b; Europäische Kommission 2021b) wird die Forderung nach Chancengleichheit und der Offenheit der Märkte verstärkt. Die EU will zudem diese gleichen Wettbewerbsbedingungen mit China erzielen (von der Leyen 2023b). Sie schließt somit die VRC in den Indo-Pazifik ein und fordert die faire Behandlung von und durch China. Besonders die VRC wird jedoch angehalten, ihre von der EU als unfair angesehenen Praktiken zu unterlassen: „China has increasingly resorted to trade coercion, boycotts of European goods, and export controls on critical raw materials“ (von der Leyen 2023b). Doch nicht nur die offene Wirtschaft soll gesichert werden, vielmehr sollen durch die Öffnung von Märkten und größere Investitionsmöglichkeiten neue Wirtschaftsaussichten generiert werden (Europäische Kommission 2018). Die Forderung umfasst somit ebenfalls die Öffnung neuer Märkte sowie die Ausweitung des offenen Handelssystems.

Kategorie	Anzahl der Kodes	Anzahl der Kodes in %	Anzahl der Quellen
EU-1: Förderung eines fairen & offenen Handelssystems	55	7,7	11
EU-2: Förderung des Marktzugangs & der Verbindungen	82	11,4	18
EU-3: Marktangleichung & Partnerschaften	94	13,1	10
EU-4: Grüner & nachhaltiger Wandel	95	13,2	19
EU-5: Widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität	113	15,7	18
EU-6: Nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der EU	39	5,4	10
EU-7: Stärkung des strategischen Einflusses der EU	103	14,3	13
EU-8: Die EU als bevorzugte Partnerin	50	7,0	17
EU-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung	59	8,2	12
EU-10: Integratives & nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum	28	3,9	13
Gesamt	718	100,0	20

Tabelle 3: Übersicht der Kodes der Analyse der Dokumente der EU (n=718)

Die Kategorie *EU-2: Förderung des Marktzugangs & der Verbindungen* behandelt das Anliegen, sich den Zugang zu verschiedenen Regionen und Märkten zu sichern. Dafür möchte die EU in qualitativ hochwertige Infrastruktur investieren, um die Staaten stärker miteinander zu verbinden und den Warenaustausch zu verbessern (von der Leyen 2021a). Zudem äußert die EU die Absicht nach der Vereinfachung des maritimen Warentransports durch die Digitalisierung und Verbesserung der Häfen (Europäisches Parlament 2021). Damit wird über den physischen Zugang zu Märkten im Sinne einer infrastrukturellen Anbindung gesprochen. Außerdem legt die EU das Ziel dar, Zugang zu Binnenmärkten zu ermöglichen, indem weitere Staaten und Regionen in die Wirtschaft integriert werden. So betont die EU beispielsweise, dass sie sich nicht von China abkoppeln will (von der Leyen 2023b). Damit wird auf die Bedeutung des chinesischen Binnenmarktes für die europäische Wirtschaft hingewiesen. Die EU ist zudem der Meinung, dass die steigende Interdependenz eine Chance für vermehrte Kooperation bietet (Europäische Kommission 2018). Die Verbindungen zwischen den Staaten im Rahmen von

Partnerschaften oder Infrastruktur sollen daher gestärkt und in ein multimodales System ausgebaut werden (Europäische Kommission 2021c).

Die dritte Kategorie, *EU-3: Marktangleichung & Partnerschaften*, bezieht sich auf die Übereinstimmung der Länder im Rahmen ihrer Wirtschaftsregeln und -systeme. So soll der Austausch zwischen den Staaten erleichtert werden. Daher möchte die EU neue Handels- und Investitionsabkommen aushandeln (Europäischer Rat 2021b). Die Finanzmärkte sollen dazu besser aufeinander abgestimmt sein, damit der Investitionsfluss erleichtert wird. Ebenso wird die Forderung einer Änderung beziehungsweise Anpassung des Finanzmarktes und der Investitionsflüsse aufgestellt, indem die EU eine neue Architektur für Investitionen im Ausland, vor allem in Asien, vorschlägt (Europäische Kommission 2018). Die bestehenden Handelsabkommen sollen gestärkt oder ausgebaut werden (Europäische Kommission 2021b). Zudem sollen neue Handelsabkommen mit weiteren Staaten ausgehandelt werden (ebd.). Daran anschließend fokussiert sie auf Luftverkehrsabkommen, durch welche die Luftfahrt erleichtert werden soll, indem dort die technischen und Sicherheitsspezifikationen festgeschrieben werden (Europäische Kommission 2018). Die EU möchte dazu sektorspezifische technische Kooperationen mit den Staaten des Indo-Pazifiks abschließen (Europäische Kommission 2021b). Durch Abkommen soll zudem der digitale Daten- und Informationsaustausch erleichtert werden, und der digitale Handel beispielsweise durch die Stärkung der digitalen Kompetenzen von Unternehmen erleichtert werden (ebd.).

Zum einen möchte die EU Partnerschaften mit allen Staaten und Akteuren im Indo-Pazifik abschließen und so die Kooperation ausweiten, während dabei die regionalen Dynamiken vor Ort berücksichtigt werden sollen (Europäische Kommission 2021b). Einer der Gründe für den Ruf nach mehr Kooperation ist andererseits, dass Kooperation die Basis für rechtliche Rahmen und die Festschreibung der Formen der Verbindungen sei (Europäische Kommission 2018). Somit sieht die EU die Kooperation als richtungsweisend für die Beeinflussung internationaler Wirtschaftsvorschriften und -abläufe und die Angleichung der Märkte. Darüber hinaus soll in den internationalen Foren für die Standardsetzung kooperiert werden (Europäische Kommission 2021c). Denn die EU ist der Ansicht, dass für die Interoperabilität der Netzwerke, also der Möglichkeit, dass die unterschiedlichen Systeme problemlos miteinander arbeiten können, international anerkannte technische Standards notwendig sei, welche wiederum den grenzüberschreitenden Handel erleichtern (Europäische Kommission 2018). So sollen die Rahmenbedingungen der verschiedenen Staaten aufeinander abgestimmt und aneinander angepasst werden, um den Handel zu erleichtern, den Marktzugang zu verbessern und die Infrastruktur interoperabel zu gestalten. Dazu möchte die EU ebenfalls in Zusammenarbeit mit

den indopazifischen Staaten neue digitale Standards setzen (Borrell 2021a) und die bestehenden Datenschutzregeln stärker aufeinander abstimmen, um die Datenflüsse frei und sicher zu gestalten (Europäische Kommission 2021b). Der Fokus liegt daher ebenfalls auf digitaler Sicherheit und Datenschutz. So zeigt dies das Bedürfnis nach kohärenten Rechtsvorschriften und Regelungen, um den Handel zu vereinfachen und die Märkte aufeinander abzustimmen. Des Weiteren möchte die EU die infrastrukturellen Verbindungen durch interoperative Infrastrukturnetzwerke abstimmen (Europäische Kommission 2018). Dabei liegt der Fokus nicht nur auf dem Zugang beziehungsweise Anschluss an die Netzwerke, sondern auf deren Interoperabilität.

Die vierte Kategorie ist *EU-4: Grüner & nachhaltiger Wandel*. Diese Kategorie erscheint in 95% aller untersuchten Dokumente und hat die drittmeisten Codes. Dies zeigt, dass die in dieser Kategorie geäußerten Absichten von großer Bedeutung für die EU sind. So ist ein Ziel der EU die Dekarbonisierung der Wirtschaft, indem hohe ökologische Standards eingehalten werden und so die Dekarbonisierung vorangetrieben wird (Europäische Kommission 2018). Zudem soll die Kreislaufwirtschaft eingerichtet beziehungsweise verstärkt werden, um die Wirtschaft sauberer und nachhaltiger zu gestalten (Europäische Kommission 2021c). Auch die Förderung von abholzungsfreien Lieferketten soll zu einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft dazugehören (Europäische Kommission 2021b). So ist die Sicherstellung der Erhaltung und des nachhaltigen Umfangs mit Ressourcen ein Ziel der EU, um nicht nur die Ressourcen zu schonen, sondern ebenfalls die Umwelt und Artenvielfalt zu schützen (Europäischer Rat 2021b). Ebenso soll das Energienetz nachhaltig gestaltet werden, indem die Infrastruktur erneuert wird. Die EU schreibt dazu, dass sie Partner bei ihrer Energiewende unterstützen und gleichzeitig die eigene Energieversorgung diversifizieren möchte (Europäische Kommission 2021c). Doch nicht nur der Übergang zu erneuerbaren Energien muss geregelt, sondern auch die Energiesicherheit muss gewährleistet werden (Borrell 2024a). Um dies zu erreichen, setzt die EU sich das Ziel, Finanzmittel und Partner für die Bereitstellung sicherer und kostengünstiger Energie zu mobilisieren (Europäische Kommission 2021b). Dafür sei die Zusammenarbeit beim Aufbau und der Erforschung effektiver alternativer Energiequellen notwendig (Europäisches Parlament 2021). Die Kategorie zeigt somit die Absicht auf eine sichere Versorgung durch erneuerbare Energien auf, sowie die Forderung nach Zusammenarbeit für den Wandel hin zu nachhaltigen Energien. Zum anderen wird die Absicht von der Instandhaltung existierender Infrastruktur geäußert, welche für umweltfreundliche Transportarten weiter genutzt werden kann (ebd.). Die EU fordert daher: „Connectivity policies should reduce negative externalities, such as environmental impact, congestion, noise, pollution

and accidents. In short, connectivity has to be economically, fiscally, environmentally and socially sustainable in the long term“ (Europäische Kommission 2018). So steht hier die ökologische Nachhaltigkeit im Vordergrund, wobei die EU nicht nur den Fokus auf ihre Mitgliedstaaten, sondern auch auf die Nachhaltigkeit anderer Staaten richtet.

Die Kategorie *EU-5: Widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität* richtet den Blick auf die Lieferketten, denn diese sollen nachhaltig und verantwortungsvoll gestaltet werden (Europäische Kommission 2021b). Außerdem thematisiert sie die demografischen Veränderungen der alternden Gesellschaft (ebd.). Somit muss ebenfalls die Ressource der Arbeitskraft nachhaltig gedacht werden. So ist das Bedürfnis der Resilienz der Lieferketten ein häufig genannter Punkt. Lieferketten sollen diversifiziert werden, um Engpässe zu verhindern (Europäische Kommission 2021c; Europäischer Rat 2021b). Daher sollen Abhängigkeiten in Lieferketten reduziert werden. So ist das Ziel die Diversifizierung und Integration der Wertschöpfungsketten (Borrell 2024c). Dies soll ebenfalls strategische Abhängigkeiten reduzieren (Europäische Kommission 2021b). Der Fokus dabei liegt vor allem auf den maritimen Routen des Indo-Pazifiks, welche offen, frei und sicher gehalten werden müssen (Borrell 2021b). Auch die geforderte Navigationsfreiheit zeigt dies (Europäische Kommission 2018; Europäischer Rat 2021b). Die EU zielt dabei zudem auf einen geregelten und sicheren Zugang zu Ressourcen, vor allem Energieressourcen, ab. So wird mehrmals die Reduzierung der Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen thematisiert (Europäischer Rat 2021b). Zudem formuliert die EU die Notwendigkeit, den Zugang zu diesen Rohstoffen zu verbessern (Borrell 2023).

Darüber hinaus sollen durch die Gewährleistung der Sicherheit verschiedener Infrastruktur die Waren-, Liefer- und Industrieketten und -netzwerke aufrechterhalten werden. Dies ist insbesondere in medizinischen Lieferketten sowie für gesundheitsrelevante Waren der Fall, weshalb ein besonderes Augenmerk auf der Diversifizierung der pharmazeutischen Lieferketten liegt (Europäische Kommission 2021c). Um die Gesundheit der Bevölkerung und Arbeitskräfte sicherzustellen, soll der Zugang zu medizinischen Gütern gesichert werden (Europäische Kommission 2021b). So unterbreitet die EU den Vorschlag, die Verteilung von Impfstoffen und qualitativ hochwertigen Inhaltsstoffen von Medikamenten international zu regulieren (ebd.). Doch auch die Sicherheit im digitalen Bereich der Lieferketten wird angeführt, denn die EU möchte die Resilienz der kritischen Infrastruktur wie der 5G-Netze stärken (Europäischer Rat 2021b). Darüber hinaus ist die politische Stabilität der Region ein Anliegen der EU. So soll der Frieden in der Region des Indo-Pazifiks gesichert werden. Dadurch kann die Wirtschaft „resilient against economic shocks“ (Borrell 2024a) werden.

Die sechste Kategorie, *EU-6: Nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der EU*, behandelt Punkte, welche direkten Einfluss auf die europäische Wirtschaft haben. So soll die Finanzierung der Infrastruktur-Projekte mehrgeleisig aufgesetzt sein, indem die Projekte von den Partnerstaaten, privaten Unternehmen oder internationalen Finanzinstituten kofinanziert werden (Europäische Kommission 2021c). Die Projekte und die damit verbundenen Investitionen sollen für die EU nützlich und profitabel sein. So möchte die EU die strategische Position verbessern (Europäischer Rat 2021b), denn sowohl die EU als auch die Indo-Pazifikstaaten sind von dem wirtschaftlichen Erfolg der anderen abhängig (Borrell 2021b). So soll Technologie und Wissen aus dem Privatsektor zur Unterstützung der Projekte herangezogen werden (von der Leyen 2021b). Daher geht es beim ‚Team Europe‘-Ansatz um den Plan, dass alle Mitgliedstaaten der EU als eine geschlossene Gruppe auftreten und interne Zusammenarbeit zeigen, um einen vertrauensvollen Partner darzustellen (Europäischer Rat 2021a). Dadurch soll die gemeinsame Nutzung der Ressourcen und des Wissens der EU in den Vordergrund rücken. So resümiert EU 17 diesen Punkt: „We know that our security is built on your security and vice versa. Our competitiveness increases when your economies grow and prosper. Our resilience is stronger when you, our friends, are also more resilient“ (von der Leyen 2023a). Hier zieht die EU eine klare Verbindung zwischen dem Wachstum der eigenen wirtschaftlichen Prosperität und der positiven Entwicklung der Wirtschaft im Indo-Pazifik.

Die siebte Kategorie, *EU-7: Stärkung des strategischen Einflusses der EU*, strebt die globale Verbreitung der europäischen Werte an. Beispielsweise plant die EU für den Schutz der Arbeitnehmer:innen jegliche Produkte zu verbieten, welche durch Zwangsarbeit hergestellt wurden (von der Leyen 2021a). Zudem möchte die EU Partnerschaften mit anderen Demokratien stärken, da diese die Werte der EU teilen (Europäisches Parlament 2021). Dies zeigt, dass das Teilen demokratischer Ansichten bei einer Kooperation von Bedeutung ist. Zum einen möchte die EU die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen stärken (Europäische Kommission 2018), zum anderen jedoch schränkt sie die Zusammenarbeit durch die Vorgabe, dass dies auf den europäischen Werten basieren und im Interesse der EU sein müsse, ein (Europäisches Parlament 2021). Der Fokus ist somit auf das wertebasierte Vorgehen der EU gerichtet. So scheint die EU internationale Foren stärker nutzen zu wollen, denn sie strebt an, die WTO zu einem effektiven und nachhaltigen Handelssystem zu reformieren (Europäischer Rat 2021b). Zudem sollen internationale Abkommen und das Völkerrecht sowie die Menschenrechte eingehalten werden (ebd.). Die bestehenden internationalen Gesetze bilden somit den Rahmen für das Vorgehen der EU. Daher strebt die EU die Entwicklung neuer technologischer und regulatorischer Standards an, welche auf den europäischen Werten

basieren (Europäische Kommission 2021b). Damit setzt sich die EU stark für ihre demokratischen Werte auf der internationalen Ebene ein und möchte diese ebenfalls im Indo-Pazifik umsetzen.

Kategorie *EU-8: Die EU als bevorzugte Partnerin* behandelt zum einen die Absicht, dass die EU eine faire, transparente und vor allem nachhaltige Option für Investitionen in die Infrastruktur bieten möchte (Europäisches Parlament 2021). So soll die Zusammenarbeit der EU inklusiv gestaltet sein, jedoch müssen Interessen der EU bei den Projekten vertreten sein (Borrell 2021b). Es werden weder Akteure ausgeschlossen noch würde die EU politische Vorgaben machen (Borrell 2021b). Kurz gefasst: „By offering a positive choice for global infrastructure development, Global Gateway will invest in international stability and cooperation and demonstrate how democratic values offer certainty and fairness for investors, sustainability for partners and long-term benefits” (Europäische Kommission 2021c). So möchte die EU durch ihr vertrauensvolles Vorgehen die Wirtschaftlichkeit und Durchsetzung der Projekte mithilfe von transparenten Regeln und geregelten Verantwortlichkeiten unterstützen (Borrell 2024b). Dadurch soll ebenfalls sichergestellt werden, dass das Geld an der vorgesehenen Stelle ankommt (Europäische Kommission 2021c). Auch möchte die EU, dass ihre Investitionen für die Partner von Nutzen ist (von der Leyen 2021b). Somit stellt die EU die Wünsche der Partnerstaaten in den Vordergrund, um sich als williger Geschäftspartner anzubieten. Des Weiteren soll die Kooperation mit den bereits bestehenden Partnern verbessert werden. So sollen die bestehenden Partnerschaften vertieft werden, vor allem mit den demokratischen Staaten im Indo-Pazifik, denn die EU benötige die Unterstützung von gleichgesinnten Partnern für die erfolgreiche Umsetzung der Projekte im Indo-Pazifik (Europäische Kommission 2021c). Zudem sollen alle Projekte und Investitionen einem geschlossenen Narrativ folgen und somit durch die Darstellung der EU als unverzichtbarer Akteur im Indo-Pazifik aufeinander abgestimmt sein (Europäisches Parlament 2021). Damit möchte die EU sich als starke Partnerin auf der internationalen Ebene darstellen, die zuverlässig und qualitativ hochwertig agiert.

Die vorletzte Kategorie, *EU-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung*, behandelt die Absicht, die digitale Anbindung neuer Regionen einzurichten und digitale zwischenstaatliche Verbindungen auszubauen. So soll der digitale Handel gestärkt und ein vermaschtes Netzwerk aufgebaut werden, in dem alle Staaten und Akteure miteinander verbunden sind (Europäische Kommission 2018). Die EU möchte den Zugang zu sicheren digitalen Verbindungen zur Verfügung stellen (Europäische Kommission 2021c), indem sie beispielsweise mit ASEAN zusammenarbeitet (Europäische Kommission 2021b). So soll im

Feld der Forschung eine enge Zusammenarbeit aufgebaut werden, wodurch der freie Austausch von Wissen und Innovationen erfolgen kann (Europäische Kommission 2018). Dazu soll ebenfalls im Bildungsbereich eine engere Abstimmung stattfinden, beispielsweise durch die Vereinfachung von Austauschprogrammen für Schüler:innen, Studierende und das Lehrpersonal (ebd.). Ebenso möchte die EU zusammen mit den Staaten des Indo-Pazifiks die zukünftigen Arbeitskräfte mit allen benötigten Fähigkeiten ausstatten, welche in der Wirtschaft in Zukunft benötigt werden könnten (von der Leyen 2023a). Dies umfasst ebenfalls den Bereich des Research & Development in Unternehmen, denn durch die Zusammenarbeit soll mehr Innovationsforschung ermöglicht werden. Somit soll der Austausch über (neue) Technologien vereinfacht und verstärkt werden, indem die akademische Freiheit, der Schutz des geistigen Eigentums und die Integrität der Wissenschaft gesichert werden (Europäisches Parlament 2021).

Die letzte Kategorie, *EU-10: Integratives & nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum*, behandelt die Ansicht, dass Investitionen in die Konnektivität für ein stabiles Wirtschaftswachstum mit nachhaltigen Arbeitsplätzen notwendig sind (Europäisches Parlament 2021). Denn vor allem neue Verbindungen können die Erholung der Wirtschaft nach der Covid-19-Pandemie voranbringen (Borrell 2024b). Die Krise der Covid-19-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung von dieser werden vermehrt genannt. Zudem sollen neue Möglichkeiten für den Handel und Investitionen eröffnet werden (Borrell 2024c; von der Leyen 2022). So möchte die EU durch umfassendes Wirtschaftswachstum das bestehende Potenzial der indopazifischen Wirtschaft nutzen (Borrell 2024b). Dabei sollen nicht nur der Handel und die Verbindungen gefördert werden, sondern gleichzeitig alle Menschen und Regionen einbezogen werden. Die EU ruft dazu auf, inklusives und stabiles Wirtschaftswachstum zu fördern (Europäische Kommission 2021b). Damit wird die Verbindung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung gezogen, und erneut auf die Verbindungen zwischen der europäischen und der indopazifischen Wirtschaft angespielt.

7 Diskussion

In diesem Kapitel werden die zuvor vorgestellten Ergebnisse interpretiert und in den wissenschaftlichen Kontext eingeordnet. Zuerst werden die Interessen der VRC eingeordnet. Anschließend wird die Einordnung der Interessen der EU vorgenommen. Danach werden die Interessen der beiden Akteure einander gegenübergestellt. Im folgenden Kapitel wird analysiert, wie sich die Interessen der beiden Akteure in konkreten Projekten manifestieren.

7.1 Einordnung der Interessen der Volksrepublik China

Die Analyse hat zu 13 selbstdeklarierten Interessen der VRC im Indo-Pazifik geführt. Diese sind (1) Globalisierung & Offenheit der Wirtschaft, (2) die Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs, (3) eine wirtschaftliche Angleichung & Integration, (4) eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft, (5) die Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten, (6) wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der VRC, (8) die VRC als bevorzugte Partnerin, (9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung, (10) Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung, (11) eine innovative Modernisierung der Wirtschaft, (12) die strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas sowie (13) multilaterale Kooperation. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Chinas wirtschaftliche Interessen ebenfalls strategische und politische Elemente enthalten. Das Streben nach strategischem Einfluss und der internationalen Darstellung als gute Partnerin sowie der vehemente Ruf nach Kooperation innerhalb von internationalen Institutionen bestätigen diese Annahme. Die Überschneidung der selbstdeklarierten Interessen der VRC zeichnet ein komplexes Bild der Absichten und Bedürfnisse des Staates im Indo-Pazifik. Dieses Bild wird im Folgenden näher behandelt.

Zum einen betont China, dass das Wirtschaftssystem offen und frei gehalten werden muss. Yu verbindet diesen Ruf nach Freihandel und der verstärkten Globalisierung mit dem Wirtschaftswachstum Chinas, welches aufgrund dieser beiden Aspekte erzielt werden konnte (Yu 2024, 25). Das bisherige Wirtschaftswachstum soll durch dieselben Mittel weitergeführt werden, indem China weiterhin freien Zugang zu anderen Märkten erhält und global wirtschaften kann. Durch die Globalisierung kann China weiterhin die eigenen Produkte exportieren und von der für China offenen Weltwirtschaft profitieren. Somit sind die Globalisierung und die Offenheit der Wirtschaft verknüpft und führen gemeinsam zum profitablen Wachstum der chinesischen Wirtschaft. Zudem fanden Alves und Lee in ihrer Analyse offizieller chinesischer Dokumente zur BRI, dass der ungehinderte Handel durch den Abbau von Handelsbarrieren und die allgemeine Erleichterung des Austausches grundlegende

Absichten der BRI sind (Alves und Lee 2022, 5). Dies ist im Einklang mit Kategorie VRC-1. China zielt somit auf die Weiterführung seines Handels mit den Nachbarstaaten ab, wobei die Nachbarstaaten offen für China sein müssen.

Seit 2020 beruht das Handelssystem Chinas auf dem Konzept der ‚Zwei Kreisläufe (Dual Circulation)‘ (Tong 2022, 121; Caine und Prange 2023b, 13). Dabei werden die interne und die externe Wirtschaft getrennt, sodass die interne Wirtschaft eigenständiger gestaltet werden kann und Großteils vom Welthandel abgegrenzt ist (Tong 2022, 122–23; Caine und Prange 2023b, 14–15). Durch diese Abgrenzung des internen Markts ist Chinas interne Wirtschaft geschützt vor Lieferkettenunterbrechungen und geopolitischen Veränderungen (Tong 2022, 123–24). Der interne und der externe Kreislauf sind verbunden, indem beispielsweise externe Firmen im Hochtechnologie-Sektor in China investieren, und dadurch chinesische Firmen Wissen und Technologien abgreifen können, welche im nächsten Schritt für den internen Kreislauf verwendet werden (Caine und Prange 2023a, 97). Dazu können durch das Upgraden der internen Wertschöpfungsketten weniger profitable Wertschöpfungssektoren wie die Textilindustrie in umliegende indopazifische Staaten ausgelagert werden (ebd., 101). Dadurch kann die interne Wirtschaft in ausgewählten Bereichen geschlossen und in anderen Bereichen offen für externe Akteure sein, während die globale externe Wirtschaft für China offen zugänglich ist.

Historisch gesehen hatte China das gleiche Ziel. Durch sein Tributsystem hat China die umliegenden Staaten an sich gebunden, den Handel durch die Tributreisen vorangetrieben und schließlich über die offenen Routen nach Europa ebenfalls Technologien durch den internationalen Handel ausgetauscht. Es soll daher Infrastruktur aufgebaut werden, welche die Verbindungen aus den vorherigen Jahrhunderten wieder ermöglicht, um den Handel für China mit externen Akteuren zu erleichtern und zudem den Zugang zu den Märkten für China zu sichern. Diese Verbindungen waren durch die Kolonialisierung Asiens durch die europäischen Mächte unterbrochen worden. China war eingedämmt und von seinem globalen Handelsnetzwerk abgetrennt. Durch eine teilweise weitere Öffnung der chinesischen Wirtschaft erfüllt China ebenfalls die andere Seite dieses Vorhabens, da auch die VRC offener für ausländische Akteure sein soll (vgl. Interesse und Zhou 2025). Bereits während der Reform und Öffnung Chinas in den 1970er Jahren wurden viele derartige wirtschaftliche Verbindungen geknüpft, wodurch welche die VRC wirtschaftlich profitierte. Dabei ist zu beachten, dass es viele Restriktionen und strenge Regulationen für externe Firmen in China gibt (ebd., 111–12). Somit kann der chinesische Markt für externe Akteure grundsätzlich nicht als offen beschrieben werden, sondern als reguliert und beschränkt, wie im Konzept der Zwei Kreisläufe beschrieben.

China öffnet bestimmte Bereiche für externe Akteure, welche von der Regierung festgelegt werden (ebd.; Johnston 2019, 47). Oftmals handelt es sich dabei, im Sinne der Zwei Kreisläufe, um hochtechnologische Sektoren, sodass ein Technologietransfer stattfinden kann.

Dies schließt an das zweite Interesse der VRC an, welches die Förderung der Verbindungen und des Marktzugangs ist. So fanden Alves und Lee, dass die harte Infrastruktur der Fokus der BRI sei (Alves und Lee 2022, 2). Um miteinander handeln zu können, müssen die Verbindungen zur Verfügung stehen und die Transportwege vorhanden sein. Durch die BRI sollen neben den bestehenden Transportwegen auch neue Routen gefunden werden, um die Abhängigkeit von bestimmten Passagen wie der Straße von Malakka zu reduzieren (Dunford 2021, 93). Auch daher ist ein Ziel der VRC, die Verbindung mit den asiatischen und europäischen Märkten vor allem über neue Seewege zu stärken und auszubauen, welches die Handelsrouten diversifiziert, alternative Transportwege eröffnet und die Märkte stärker aneinander anschließt (Herold 2021, 7). Ob es sich um neue Routen oder die Wiederbelebung historischer Routen geht, kann anhand der ausgewählten Dokumente nicht beantwortet werden. In die chinesische Politik der nationalen Wiederbelebung Chinas passt jedoch die zweite Variante.

Darüber hinaus steht die Absicht nach Marktzugang auch vor dem Hintergrund, dass China neue Absatzmärkte erschließen möchte (Smith 2018, 6). Chinas Wirtschaft ist exportorientiert und zielt durch die BRI auf die Eröffnung neuer Investitionsmöglichkeiten und Märkte ab (Yu 2024, 7). Wie bereits beschrieben handelt es sich bei China um den weltweit größten Exporteur. Diese wirtschaftliche Stärke wird durch die globalen Verflechtungen verstärkt, wodurch der Marktzugang zu externen Märkten ein zentrales Interesse zur Vertiefung dieser Macht ist. Auch dies ist im Einklang mit Chinas Ziel der nationalen Wiederbelebung, da durch das Exportmodell starkes Wachstum erzielt werden konnte, welches weitergeführt werden soll. Dafür sind sowohl die infrastrukturellen Verbindungen als auch die Erschließung neuer Märkte vorteilhaft. Damit kann auch erklärt werden, warum dieses Interesse das am häufigsten genannte Interesse der VRC ist. Es ist die Grundlage für die wirtschaftlichen Vorteile Chinas.

Durch den Anschluss neuer Märkte kann China ebenfalls die eigene Macht ausweiten, denn China reduziert die eigene wirtschaftliche Abhängigkeit ebenso wie die Abhängigkeit der Staaten des Indo-Pazifiks vom Globalen Norden (Yu 2024, 7). Indem vermehrt Verbindungen zwischen den indopazifischen Staaten aufgebaut werden, eröffnen sich neue Handelspartner und somit diversifiziert sich die Auswahl und das Angebot. Dies ist im Einklang mit dem Interesse VRC-7: die Stärkung des strategischen Einflusses der VRC. Erneut kann es mit dem ehemaligen Tributsystem in Verbindung gebracht werden, denn durch diese Reduzierung der

Abhängigkeiten zu geografisch fernen Staaten und Märkten kann China erneut die umliegenden indopazifischen Staaten enger an sich binden. Diese Süd-Süd-Verbindungen sind bereits seit den Anfängen der Öffnung Chinas ersichtlich. Bereits die Bandung-Konferenz 1955 hat die VRC dazu genutzt, um die Süd-Süd-Kooperation auszubauen. Somit ist eine Fortsetzung des Vorgehens der vergangenen Jahrzehnte sichtbar.

Hinzu kommt, dass China sich durch die infrastrukturellen Verbindungen den Zugang zu Märkten und Ressourcen sichern kann, darunter auch die benötigten Energieressourcen (Yu 2024, 10). Dies stärkt Chinas geopolitische Position. Somit ist der geplante Aufbau von Infrastruktur ein Mittel der Machtausübung, während es ebenfalls wirtschaftliche Aspekte unterstützt. Darunter fällt auch, dass China auf die Akquise von Rohstoffen zur Stärkung der chinesischen Wirtschaft abzielt (Duesterberg 2022, 2; Masina 2022, 7). Ohne die Ressourcen kann die chinesische Wirtschaft nicht produzieren und somit auch keine Produkte exportieren. Dabei ist ein großer Faktor die Sicherung von Energieressourcen und -kapazitäten (Duesterberg 2022, 2; Dunford 2021, 93). Durch die Infrastruktur im Energiesektor soll daher der steigende Energiebedarf in China langfristig gedeckt werden (Yu 2024, 28). Zudem zielt China auf die Diversifizierung seiner Energieressourcen ab, indem beispielsweise neue Infrastruktur im Indo-Pazifik zu Erdöllieferanten aufgebaut wird (Smith 2018, 7). Teil dieses Ziel ist die Sicherung der Energieversorgung aus sowohl fossilen als auch erneuerbaren Ressourcen (Dunford 2021, 106–7). Durch diese Diversifizierung der Energieressourcen kann eine stabile Versorgung garantiert werden. Diese Versorgung ist grundlegend für eine funktionierende Wirtschaft und damit ebenfalls die Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Zudem ist die Ressourcenverteilung ein geopolitisches Machtinstrument, sodass die VRC durch dieses Interesse ihre Macht und ihren Einfluss in der Region ausbauen kann.

Hier ist jedoch auch ein Widerspruch zu sehen: Die fossilen Energieträger werden weiterhin genutzt und ausgebaut, obwohl sich die VRC auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz beruft. Die Förderung von erneuerbaren Energien fällt unter den Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit. China zielt laut eigenen Angaben auf eine ökologische und unabhängigere Wirtschaft ab (Dunford 2021, 105). Die BRI ist in Anschluss an die SDGs formuliert, wodurch Nachhaltigkeit und Umweltschutz ein Ziel der BRI sein muss (Alves und Lee 2022, 8, 11). Die VRC schreibt dazu: „The BRI dovetails with the UN 2030 Agenda for Sustainable Development in concept, measures and goals.” (SCIO 2023b) Die ökologische Nachhaltigkeit ist in den analysierten Dokumenten ein wichtiger Aspekt und 3 % aller Kodes behandeln die grüne Transformation, über 9 % rufen nach einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft (Kategorie VRC-4). Der Klimawandel ist ein globales Problem und erfordert globale Reaktionen, sodass die Forderung

nach grüner Entwicklung und einer nachhaltigen Wirtschaft auch China zugutekommt. Daher ist das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaft im Einklang mit dem globalen Tenor.

Im Jahr 2024 war ein Drittel der BRI-Projekte im Bereich Energie angesiedelt, wobei der Infrastruktur- und Kapazitätsausbau in diesem Bereich priorisiert werden (Nedopil 2025a, 6). Dabei wird ebenfalls viel in die Bereiche Solarenergie und E-Mobilität investiert, welche ökologische Nachhaltigkeit in der Energiegewinnung und der Reduktion von Treibhausgasen fördern (vgl. ebd., 7). Laut Nedopil handelt es sich bei den nachhaltigen Energieprojekten jedoch lediglich um ein Drittel aller Energieprojekte, somit ist der ökologisch nachhaltige Anteil gering (ebd., 8). So wird zwar mehr in nachhaltige Energieprojekte investiert als zuvor, doch der Teil der Projekte zu fossilen Energieträgern wie Kohle und Gas bleibt hoch. Die VRC sagt dazu, sie „will not build new coal-fired power projects abroad“ (Xi 2021; SCIO 2023a), wobei es in dem ersten Strategiepapier zur BRI noch heißt: „increase cooperation in the exploration and development of coal, oil, gas, metal minerals and other conventional energy sources“ (NDRC u. a. 2015). In Bangladesch wird weiterhin das Projekt des Kohlekraftwerks Bangladesh Barisal 2 vorangetrieben (ebd., 9). Dies steht im Gegensatz zu der Aussage, China würde keine Kohlekraftwerke im Ausland bauen. Senadjki et. al. haben in einer Studie zu sechs Ländern ebenfalls herausgefunden, dass die ökologische Nachhaltigkeit durch BRI-Projekte nicht verfolgt wird (Senadjki u. a. 2022, 7). So werde durch den Industriesaufbau und den Ressourcenabbau die Umwelt verschmutzt, anstatt Umweltschutz voranzutreiben (ebd.). Diese Beispiele zeigen auf, dass obwohl ein wachsender Teil der Investitionen im Energiebereich für erneuerbare Energien eingesetzt wird, trotzdem die negativen ökologischen Auswirkungen der BRI überwiegen und wenig für die ökologische Nachhaltigkeit getan wird. Es kann demnach festgehalten werden, dass China weiterhin fossile Energieträger fokussiert und der eigenen Zielsetzung der Nachhaltigkeit widerspricht.

Die ökologische Nachhaltigkeit ist ein Aspekt des Hexagons der Entwicklung. Es können die menschlichen Bedürfnisse nur durch das nachhaltige Wirtschaften und den nachhaltigen Ressourcenverbrauch langfristig erfüllt werden. Dennoch halten Alves und Lee fest, dass der Aufbau von harter Infrastruktur und die Erleichterung des Handels die Hauptziele der VRC sind, während Nachhaltigkeit und die grüne Transformation zweitrangig und vor allem neuere Ziele darstellen (Alves und Lee 2022, 12). Mit diesem Zusammenhang lässt sich der zuvor herausgearbeitete Widerspruch begründen. Dazu kommt, dass laut des neoliberalen Institutionalismus globale Probleme global behandelt werden müssen. Die Erwartung anderer Staaten ist daher, dass sich China dieser globalen Problembehandlung anschließt. Daher kann aus dem Widerspruch die Vermutung aufgestellt werden, dass China sich auf Druck anderer

Staaten der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet, diese jedoch, wie in den Beispielen aufgezeigt, nicht offensiv verfolgt, da sie nicht im eigentlichen Interesse der VRC ist.

Wie bereits erwähnt ist ein weiteres Interesse der VRC die Stärkung des strategischen Einflusses, indem die Abhängigkeiten der indopazifischen Staaten auf China anstatt auf Staaten des Globalen Nordens fokussiert werden, ähnlich dem ehemaligen Tributsystem. Doch zeigt Chinas Wirtschaftswachstum auch die wachsende Macht des Landes auf der internationalen Bühne, vor allem bei der Stagnation der USA und EU (Masina 2022, 7). So geht es nicht allein um die Abhängigkeiten, sondern um den Wunsch nach einer Führungsrolle in der internationalen Politik (ebd.). Die VRC zielt auf den Umbau des derzeitige Wirtschafts- und Weltsystems hin zu einem in ihren Augen faireren, gerechteren und inklusiven System (Alves und Lee 2022, 7). Hiermit ist die Modernisierung der Wirtschaft impliziert. Es wird dabei jedoch nicht spezifiziert, was als fair, gerecht und inklusiv betrachtet wird. Mit Blick auf den neoliberalen Institutionalismus erscheint China hierbei einen Regimewandel anzustreben. Durch die Steigerung des Einflusses kann die VRC weiche Macht ausüben und durch Anpassungen und Abänderungen das internationale Wirtschaftsregime zu ihrem Vorteil ändern.

Für einen Regimewandel muss das vorherrschende Regime durch neue Institutionen oder geänderte Regeln, Normen und Werte abgewandelt und geändert werden. Ein Umbau des Wirtschaftssystem durch geänderte Abhängigkeiten kann hierzu einen Beitrag leisten. Nye schreibt dazu, dass die VRC bisher „not tried to overthrow the world order“ (Nye 2020, 17), denn dafür profitiert China zu sehr vom bestehenden System (ebd.). Vielmehr würde China das System wandeln, um noch stärkere Vorteile daraus ziehen zu können (ebd.). Auch Johnston sagt, China würde das Wirtschaftsregime lediglich ändern, aber nicht abschaffen oder durch ein neues ersetzen wollen (Johnston 2019, 44). Dabei sei der Fokus vor allem darauf, weitere vorteilhafte Regelungen für Chinas Wirtschaft zu erzielen (ebd.). So betont Xi Jinping in einer seiner Reden, dass die VRC die WTO reformieren und neue Standards für die Wirtschaft einführen möchte (Xi 2019c). Die Wirtschaftsregeln sollen stärker an die Interessen des Globalen Südens angepasst und „fair, reasonable, and transparent“ (SCIO 2023a) werden. Zudem ist der Aufbau neuer Institutionen wie der AIIB für die VRC ein Schritt zur Verbesserung des derzeitigen Regimes (Johnston 2019, 50; SCIO 2023b). Dabei soll dennoch die UN als Institution gestärkt und genutzt werden (SCIO 2023b; Zhang 2021). Dies bestätigt, dass das Regime weiterhin bestehen soll und lediglich Teile im Rahmen eines Regimewandels angepasst werden sollen. Dabei ist festzuhalten, dass die VRC das Regime zu ihrem eigenen Vorteil anpassen möchte.

Des Weiteren habe der wirtschaftliche Erfolg von China gezeigt, dass nicht nur das westliche Modell und dessen Werte zu Wohlstand führen können, sondern es Alternativen gibt (Dunford 2021, 100). China sieht den eigenen Entwicklungspfad nicht nur als Alternative, sondern als überlegen. Durch die Anpassung und Modernisierung der eigenen Wirtschaft hat China starkes Wachstum in kurzer Zeit erzielt. Modernisierung und Industrialisierung sind Teil von Chinas Entwicklungsverständnis. Dies scheint die VRC nun exportieren zu wollen und somit in eine Vorreiterrolle zu treten. Die VRC zielt dabei zum einen auf das interne Wirtschaftswachstum ab, zum anderen fokussiert sie dabei auch globales und vor allem regionales Wachstum im Indo-Pazifik (Alves und Lee 2022, 2). China profitiert von einer starken Wirtschaft im Indo-Pazifik. Um eine profitablere Wirtschaft zu erzielen, strebt die VRC eine Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten zur besseren Ressourcenverteilung an, sodass die indopazifischen Staaten besser eingebunden werden und ebenfalls von der Umstrukturierung profitieren. Dunford argumentiert, dass durch massive Investitionen, welche vom Aufbau der Kapazitäten in entsprechenden Industriesektoren begleitet werden, sowohl Wachstum als auch Entwicklung erzielt werden können (Dunford 2021, 108). Investiert China demnach in der Umgebung wird ebenfalls die eigene Wirtschaft hervorgehoben und gestärkt. Auch aus diesem Grund zielt China vehement auf den Ausbau der Konnektivität und der Infrastruktur ab.

So kann festgehalten werden, dass China, wie bei der eigenen Entwicklung, auf die Modernisierung und Industrialisierung bestimmter Sektoren abzielt. Dadurch soll starkes Wachstum generiert werden. Die Modernisierung soll dabei das gesamte Wirtschaftssystem betreffen, sodass ebenso die geltenden Handelspraktiken und das Wirtschaftsmodell angepasst werden. Dieses Vorgehen soll auf chinesischen Vorgaben und Ansichten beruhen, welche erneut den strategischen Einfluss Chinas stärken. Dies weist auf einen angestrebten Regimewandel hin. Durch die Umstrukturierung der Wertschöpfungs- und Lieferketten kann China zudem profitable Phasen in der Wertschöpfung innerhalb Chinas ansiedeln.

Sowohl die Steigerung der Effizienz und die Modernisierung der Wirtschaft als auch der Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft kann durch Digitalisierung, technologische Innovationen und qualitativ hochwertige Bildung unterstützt werden. Daher ist dies ein weiteres Interesse der VRC. Der Ruf nach Kooperation im digitalen Bereich und bei Innovationen ist im Einklang mit den genannten Zielen. So können die indopazifischen Staaten ebenfalls ihre Lieferketten upgraden und die Produktionskapazitäten steigern (Alves und Lee 2022, 8). Dies steht im Einklang mit dem angestrebten Wirtschaftswachstum. So soll vor allem durch Industrieparks der technologische Fortschritt direkt in die Wirtschaft integriert werden (Smith 2018, 6). Beispielsweise wurde im Morowali Park in Indonesien zuerst hauptsächlich Stahl für den

chinesischen Markt produziert, doch mittlerweile werden auch Batterien für hybride Automobile in dem Park hergestellt, wobei hauptsächlich indonesische Arbeitskräfte in dem Park angestellt sind (Yu 2024, 65–66). Somit sind durch den Industriepark nun auch Wertschöpfungsbereiche vertreten, welche bildungsintensiver sind. Durch Industrieparks werden nicht nur das Wissen und die Forschung an einer Stelle gebündelt, sondern auch die Praxisnähe garantiert. Dafür benötigt es gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie Forschungseinrichtungen. Daher soll eine Angleichung im Bildungssektor vollzogen werden, sodass die Qualität der Bildung in den indopazifischen Ländern ausgewogen ist (Alves und Lee 2022, 8). Beispielsweise gibt es ein Projekt in Thailand, durch welches junge Erwachsene zum einen die chinesische Sprache erlernen und zudem in China eine Ausbildung bezüglich Hochgeschwindigkeitszüge erhalten (Xinhua 2021). Die Bahnverbindung für Hochgeschwindigkeitszüge zwischen China und Thailand befindet sich noch in der Bauphase, doch die Ausbildung des thailändischen Bahnpersonals findet bereits durch die Initiative statt (ebd.). Durch das Training der thailändischen Arbeitskräfte wird die Qualität der Ausbildung an die chinesische Ausbildung angepasst und das chinesische Wissen nach Thailand getragen (ebd.). Ebenso finden weitere Angleichungen der Ausbildungsinhalte statt (ebd.). Der Fokus auf Bildung hat bereits in den vergangenen 50 Jahren eine große Rolle im wirtschaftlichen Aufstieg Chinas gespielt. Für eine modernisierte Wirtschaft muss der Bildungsstandard steigen. Daher zielt China auf die Anpassung der Bildung ab. Die Innovationsfähigkeit wird durch bessere Bildung gestärkt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird gesteigert. Innovative Technologien und anderweitige Innovationen bestärken den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft, und der Austausch in der Forschung kann Innovationen beschleunigen. Daher greift dieses Interesse weitere Punkte auf und unterstützt die Absichten der anderen Interessen.

Darüber hinaus sollen auch die Märkte aneinander angepasst und integriert werden. Durch den Ausbau von Infrastruktur und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels sichert China bereits die Beziehungen zu den indopazifischen Staaten und steigert ihre wirtschaftliche Integration (vgl. Lim 2022, 474, 486; Yu 2024, 32–35). Hier ist erneut der Anschluss an das nächste Interesse der VRC sichtbar. Die Integration in die Weltwirtschaft und das vorherrschende Wirtschaftssystem soll durch den Aufbau von Infrastruktur geschehen und zudem den Handel erleichtern. Dabei kann der Rückschluss gezogen werden, dass dies eine Art der Globalisierung nach chinesischer Vorstellung ist (siehe dazu Yu 2024, 24). Somit ist eine Verbindung zwischen dem Interesse der Globalisierung, des Marktzugangs, der Integration und wirtschaftlichen Angleichung zu beobachten. Dafür sollen durch die Angleichung in der

Wirtschaft die Märkte besser aufeinander abgestimmt sein, welches durch gemeinsame Standards unterstützt wird. Dies behandelt die weiche Infrastruktur, denn diese beinhaltet Mechanismen zur Erleichterung des Handels wie Zollabkommen und die Angleichung bei der Zollabfertigung sowie die Qualitätsbestimmungen (ebd., 32; Alves und Lee 2022, 5). Es werden somit harte und weiche Infrastruktur für globalen Handel und stetiges Wirtschaftswachstum benötigt (Yu 2024, 32). Durch die Integration können die indopazifischen Staaten ebenfalls vom Wohlstand und Wachstum der umliegenden indopazifischen Staaten und Chinas profitieren (vgl. ebd., 32–35).

Darüber hinaus soll sich dies positiv auf die wirtschaftliche Stabilität Chinas auswirken. Durch die wirtschaftliche Integration zielt China darauf ab, den eigenen Marktanteil zu steigern und die Effizienz der Lieferketten zu erhöhen (Dunford 2021, 93–94). Durch die zusätzliche Risikoteilung bei den Großprojekten soll die Unsicherheit reduziert und die Gewinne aller beteiligten Akteure maximiert werden (ebd.). China sichert sich dabei kommerziell ab und garantiert die Stabilität der eigenen Wirtschaft. So sind viele Kredite durch Vermögenswerte besichert, welche bei Zahlungsunfähigkeit von China als Kreditgeber in Anspruch genommen werden können (Duesterberg 2022, 5). Diese Art der Finanzierung durch die VRC hat bisher negative Beispiele hervorgebracht. So kam es bei dem Projekt des Hambantota Hafens in Sri Lanka zu einer Zahlungsunfähigkeit Sri Lankas, woraufhin der Hafen für 99 Jahre an die VRC geleast wurde (Wang und Ye 2019, 495). Das Hambantota-Projekt hat dazu beigetragen, dass Chinas Finanzierung der Projekte in Frage gestellt werden und von einer Schuldenfalle gesprochen wird, mit welcher sich China wie in Hambantota harte Infrastruktur und Ressourcen aneignet (Duesterberg 2022, 5). Somit sichert sich zwar die VRC ab, jedoch auf Kosten der Länder, in welchen die Projekte durchgeführt werden.

Des Weiteren sollen die Lieferketten gesichert werden. China hat konkret danach gerufen, die Lieferketten offen und stabil zu halten, um eine erneute Unterbrechung der Wirtschaft zu verhindern. Zudem sollen die Lieferketten aufrecht gehalten werden, um die eigene Versorgung stabil zu halten. Dafür setzt China ebenfalls auf die Stabilität der Region und auf die Kooperation im medizinischen Bereich zur Verhinderung weiterer Pandemien. Dazu sollen Foren zum Austausch über gesundheitspolitische Maßnahmen, medizinisches Training von Arbeitskräften und zur Prävention von Infektionskrankheiten im Rahmen der BRI genutzt werden (Gong 2022, 68). Doch hier scheint die Realität eine andere zu sein. Die Kooperation, welche China im Gesundheitswesen vertiefen möchte, besteht hauptsächlich daraus, die Produktion medizinischer Produkte chinesischer Unternehmen im Ausland zu ermöglichen und chinesische Produkte ins Ausland zu exportieren (Sahakyan und Parzyan 2024, 2; Yu 2024,

173). Bei der Aufarbeitung und Forschung nach dem Ursprung vom SARS-CoV-2-Virus der Covid-19-Pandemie ist die VRC nicht kooperativ und schränkt die Untersuchungsmöglichkeiten zur Aufklärung ein (Eyssel 2025; Wurzel 2021; Deutsche Presse-Agentur (dpa) 2025). Somit kann im medizinischen Bereich nicht von einem kooperativen Vorgehen ausgegangen werden. Die deklarierten Vorhaben der VRC stimmen nicht mit der Realität überein.

Ein weiterer Punkt ist, dass durch die Arbeit mit den Nachbarstaaten die Sicherheits- und Anti-Terrorismus-Agenda vorangetrieben werden sollen (Smith 2018, 7). So liegt ein Fokus auf Frieden im Allgemeinen (Alves und Lee 2022, 7). Wie das Hexagon der Entwicklung erklärt, ist ein friedliches Umfeld eine Voraussetzung für eine reibungslos laufende Wirtschaft und Entwicklung. Zudem beruht die chinesische EZA seit der Bandung-Konferenz in den 1950er Jahren auf dem Fokus der Solidarität und des Friedens im Globalen Süden. Daher kann hier eine Weiterführung der Politiken der vergangenen Dekaden gesehen werden. Dabei werden der wirtschaftliche Wohlstand und die wirtschaftlichen Interdependenzen als friedensstiftend dargestellt. Die Interdependenzen sollen durch die Steigerung der infrastrukturellen Verbindungen und Integration weiter verstärkt werden. Ebenso der Ruf nach weitreichender Kooperation stärkt die Interdependenz.

Im Gegensatz dazu steht der Konflikt im Südchinesischen Meer. Bereits 1949 entstand die Neun-Striche-Linie (nine-dash line), mit welcher die VRC ein bestimmtes Gebiet im Südchinesischen Meer ohne internationale Anerkennung als ihr souveränes Territorium festlegt (Gerstl 2022, 11). Seit den 1970er Jahren gibt es wiederholt militärische Konflikte zwischen der VRC und weiteren indopazifischen Staaten wie Vietnam um die Inseln im Südchinesischen Meer (ebd.). Das militärische Vorgehen Chinas in der Region zeigt dabei laut Gerstl: „China’s overall strategic goal is to exert control of the South China Sea, at least in a negative form, which means preventing regional or outside powers to successfully challenge China in the South China Sea” (Gerstl 2022, 12). Dabei missachtet die VRC das Völkerrecht, welches wiederum „a strong pattern in China’s behavior” (Gerstl 2022, 13) ist. Aus dem Konflikt im Südchinesischen Meer wird daher klar, dass Chinas Rhetorik auch hier nicht mit der Realität übereinstimmt. Wie im medizinischen Bereich und auch in der Öffnung der chinesischen Wirtschaft für ausländische Unternehmen widerlegt die Realität auch in der Friedensstiftung die selbstdeklarierten Absichten der VRC.

Dennoch stellt sich die VRC als positive und vertrauensvolle Partnerin dar und betont den gegenseitigen Nutzen, welcher aus der BRI gezogen werden kann. Die Selbstdarstellung ist

äußerst positiv und lässt die genannten widersprüchlichen Realitäten außer Acht. Laut Kewalramani bietet sich die VRC als verlässliche Partnerin für den Infrastrukturaufbau und das Erzielen von Entwicklung an (Kewalramani 2024, 29). Dabei setzt sich China weiter von der europäischen EZA ab. China betont die freie Wahl der Staaten über ihren Entwicklungsweg und ihr soziales und politisches System (ebd.), welches sie vom historischen europäischen Modell der EZA unterscheidet, bei dem die EU stets den Staaten das zu befolgende Entwicklungsmodell vorgab. China möchte andere Staaten in ihrer Entwicklung anleiten und den chinesischen Weg aufzeigen. Zudem besagt die VRC, sie stelle eine andere Art der Zusammenarbeit zur Verfügung (Alves und Lee 2022, 2), wodurch sie als gute Alternative angesehen werden könne. Die VRC diversifiziert den Markt der EZA und wandelt somit das bestehende EZA-Regime. Die Darstellung als bevorzugte Partnerin steht somit im Einklang mit dem Wettbewerb mit der EU und den anderen Akteuren in der EZA, da China sich durch die positive Eigenvorstellung im Wettbewerb einen Vorteil verschaffen möchte.

Darüber hinaus fordert die VRC auf der globalen Ebene Reformen der internationalen Institutionen und die Etablierung neuer Regeln und Standards sowohl in der Wirtschaft als auch in der EZA, welche vorteilhaft für China sind. China unterstützt und initiiert den Aufbau neuer multilateraler Plattformen im Zusammenhang mit der BRI, um die Koordinierung und Angleichung der Märkte zu regeln (Alves und Lee 2022, 7). Dabei wird auch die Zusammenarbeit mit anderen bestehenden multilateralen Plattformen gesucht (ebd.). Alves und Lee stellen in ihrer Studie fest, dass die bestehenden internationalen Institute genutzt und einbezogen werden sollen, obwohl viel nach einem neuen, alternativen System der Zusammenarbeit mit China in einer Führungsrolle gerufen wird (ebd., 12). Es besteht somit die Absicht, das bestehende Regime zu wandeln und dadurch einen Regimewandel hervorzurufen. Laut Dunford betone die VRC ihren wirtschaftlichen Einfluss und rufe dennoch nach einem multilateralen System mit den UN als Zentrum (Dunford 2021, 92). Die VRC zielt demnach auf ein flexibles Kooperationsmodell ab, wobei sich auf Gegenseitigkeit in den Beziehungen sowohl im Wirtschaftsbereich als auch in der Entwicklung bezogen wird.

China agiert demnach zweigleisig auf der internationalen Ebene, da zum einen bestehende Institutionen genutzt, reformiert und gestärkt werden sollen. Zum anderen sollen jedoch neue Institutionen aufgebaut werden. So kann die BRI bereits als neuartige Kooperationsplattform angesehen werden. Durch diese Dualität kann China unterschiedliche Wirtschaftsregeln aufsetzen, welche in bestimmten Situationen zum Einsatz kommen. China hat dabei den Einfluss über das Vorgehen und somit den Einfluss über die Ergebnisse der Zusammenarbeit. Dabei zeigt die VRC eine alternative Vorgehensweise zu Entwicklung und Zusammenarbeit

auf, welche sich grundlegend von dem demokratisch-wertebasierten Vorgehen des Globalen Nordens unterscheidet (Dunford 2021, 104–5). Die VRC kann dadurch international eine dominante Position einnehmen und so die Regeln mitbestimmen oder gar vorgeben (Yu 2024, 9). Dieser strategische und wirtschaftsprofitable Schritt kann wiederum im Rahmen der nationalen Wiederbelebung gesehen werden. Das Kaiserreich China hatte den Anspruch, die Regeln und das Handelssystem vorzugeben und der mächtigste Akteur in seinem Umfeld zu sein. Das Vorgehen im Indo-Pazifik der VRC zeigt Ähnlichkeiten zu dem Agieren des Kaiserreichs auf.

Dabei bleibt China ambivalent bezüglich des internationalen Wirtschaftsregime. Durch die Änderung der Standards, Regeln und den Aufbau neuer Institutionen scheint China einen Regimewandel durchzuführen. Dazu betont China die Notwendigkeit der internationalen Kooperation und der internationalen Institutionen, welches auf die fortlaufende Unterstützung des derzeitigen Regimes schließen lässt. Jedoch fordert China Reformen der WTO, einer bestehenden Institution. Weiter wird die Einrichtung neuer Institutionen angestrebt. Ebenso betont die VRC die Einbeziehung multilateraler Finanzinstitutionen. Dies zeigt, dass China die internationalen Institutionen hervorhebt. Vielmehr zielt China auf die Etablierung neuer Standards und Regeln ab, während die bestehenden Regeln eingehalten werden sollen. Durch die Ausweitung des Einflusses Chinas kann daher von einem beabsichtigten Regimewandel durch eine Anpassung des derzeitigen Wirtschaftsregimes gesprochen werden. Der neoliberale Institutionalismus besagt, dass Macht aus dem Einfluss eines Staates über die Ergebnisse hervorgeht, weshalb vor allem weiche Macht genutzt wird. Indem die VRC ihren strategischen Einfluss steigert, zielt sie auf eine Machtzunahme ab, denn strategischer Einfluss im Wirtschaftsbereich kann durch Technologien, Bildung, Ressourcen und die Stärke der eigenen Wirtschaft ausgeübt werden. Indem die VRC alle diese Aspekte im Rahmen ihrer Strategien ausbaut, stehen die Chancen auf einen Machtzuwachs besonders gut. So nutzt China klar die eigene weiche Macht, um Einfluss zu nehmen und zielt auf den Ausbau dieser Macht im Einklang mit den Annahmen des neoliberalen Institutionalismus ab, um einen Regimewandel anzustreben und so das Regime für die eigenen Vorteile umzubauen.

Wie bereits beschrieben sind die Ziele Chinas die weitere Globalisierung, die Offenheit und Stabilität der Wirtschaft sowie die Integrierung neuer Märkte und Wirtschaftszweige. Daher sagt China ebenfalls die weitere Öffnung der eigenen Wirtschaft zu, sodass ausländische Unternehmen Zugang zum chinesischen Markt erlangen und Chinas westlichen Regionen stärker in die globale Wirtschaft integriert werden. Durch die Umsetzung der BRI soll die chinesische Wirtschaft resilienter und neue Märkte eröffnet werden, sodass die indopazifischen

Staaten die Exporte Chinas aufnehmen und so die Abhängigkeit von Märkten im Globalen Norden reduziert werden können (Yu 2024, 24). Dabei sollte die BRI ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung Chinas vorantreiben (Masina 2022, 7). Laut Duesterberg ist ein Ziel der VRC die infrastrukturelle Anbindung Chinas, um die Binnenwirtschaft anzutreiben, ausländische Investoren anzuziehen und technologische Innovationen anzulocken, alles vor dem Hintergrund der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und des chinesischen Wohlstands (Duesterberg 2022, 2). Zudem kann durch chinesische Investitionen im Ausland die Überkapazität abgebaut werden und ein neuer Motor für Wirtschaftswachstum gestartet werden (Yu 2024, 28). Durch die neuen Investitionsmöglichkeiten sollen die chinesischen Firmen international wettbewerbsfähiger werden (ebd.). Zudem steigert China die eigene Marktposition und wird zum größten Anbieter von Infrastruktur und Baumaterialien sowie Kommunikationsequipment (Yu 2024, 11). Der Grundgedanke scheint folgender zu sein: Indem Chinas Wirtschaft wächst, steigt aufgrund der starken Verbindungen auch die Wettbewerbsfähigkeit des Indo-Pazifiks (ebd., 12). Durch die Anbindung der westlichen Regionen Chinas und das Aufleben der chinesischen Wirtschaft kann somit der historische Einfluss Chinas wiedererlangt werden.

Eine der Grundannahmen des neoliberalen Institutionalismus ist ebenfalls ersichtlich. Das Verschwimmen von Innen- und Außenpolitik wird durch die Aussagen Chinas offenbart, da die Interessen Chinas sowohl auf die globale Wirtschaft ausgerichtet sind, aber auch klare Interessen für die chinesische Binnenwirtschaft geäußert werden. Wie dargestellt wurde, bedingen sich diese Interessen. Eine florierende Weltwirtschaft ist auch für eine starke Binnenwirtschaft nützlich, und aufgrund der überregionalen Wertschöpfungsketten ist die Binnenwirtschaft auf die laufende und funktionierende Weltwirtschaft angewiesen. Zudem betont China die gegenseitigen Vorteile, welche durch das Vorgehen erzielt werden sollen. Vermehrt wird der Nutzen von Wirtschaftswachstum für die gesamte indopazifische Region hervorgehoben. Die VRC geht daher von gleichen Interessen der Akteure in der Region aus.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Interessen Chinas stark miteinander verwoben und voneinander abhängig sind. Die Interessen der VRC sind (1) Globalisierung & Offenheit der Wirtschaft, (2) die Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs, (3) eine wirtschaftliche Angleichung & Integration, (4) eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft, (5) die Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten, (6) wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der VRC, (8) die VRC als bevorzugte Partnerin, (9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung, (10) Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung, (11) eine innovative Modernisierung der

Wirtschaft, (12) die strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas sowie (13) multilaterale Kooperation. Dabei geht die Absicht nach einer verstärkten Globalisierung und vermehrten infrastrukturellen Verbindungen einher mit dem Bedürfnis nach stabilem Wirtschaftswachstum. Die Sicherung der Lieferketten ist eine Voraussetzung für die nachhaltige und stabile Entwicklung und Versorgung Chinas. Die Modernisierung der Wirtschaft sowie die Digitalisierung und Innovationen werden als Treiber für ein stärkeres Wirtschaftswachstum angesehen und unterstützen zudem die Nachhaltigkeit. Für diese Punkte wird jedoch die Kooperation mit den Staaten des Indo-Pazifiks benötigt, denn in einer globalisierten Wirtschaft ist China auf die anderen Staaten angewiesen. Wächst die Wirtschaft in diesen Staaten ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass auch innerhalb Chinas die Wirtschaft wächst.

7.2 Einordnung der Interessen der Europäischen Union

Die zweite Analyse hat zu zehn selbstdeklarierten Interessen der EU im Indo-Pazifik geführt. Diese sind (1) die Förderung eines fairen & offenen Handelssystems, (2) die Förderung des Marktzugangs & der Verbindungen, (3) eine Marktangleichung & Partnerschaften, (4) ein grüner & nachhaltiger Wandel der Wirtschaft, (5) widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität, (6) nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der EU, (8) die EU als bevorzugte Partnerin, (9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung sowie (10) Integratives & nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die Besonderheit bei der Betrachtung der EU ist, dass die Strategien für den Indo-Pazifik, vor allem die GGI, als Reaktion auf das Vorgehen Chinas gestartet wurden und zeitlich mehrere Jahre nach den Strategien der VRC entstanden und veröffentlicht wurden. Auch wenn die EU davon unabhängige Interessen hat, muss diese zeitliche Komponente mitbedacht werden, denn die EU hatte Zeit, sich an die Strategien und das Vorgehen Chinas anzupassen und die Beobachtungen in die eigene Strategie der GGI und EUIPS einzubauen. Wie auch bei der VRC kann für die EU gesehen werden, dass es sich nicht lediglich um wirtschaftliche Interessen handelt, sondern diese ebenfalls mit strategischen und diplomatischen Aspekten verbunden sind. Das komplexe Bild der Absichten und Bedürfnisse der EU wird nun näher betrachtet.

Erstens formuliert die EU das Interesse der Förderung eines fairen und offenen Handelssystems. Durch die offene Wirtschaft wird garantiert, dass internationaler Handel stattfindet. Indem die Wirtschaft offen ist, werden Exporte in andere Staaten und Importe von anderen Staaten ermöglicht. Die EU exportierte mit Stand 2022 ein Viertel ihrer Waren und Dienstleistungen in

den Indo-Pazifik, während 37% der Importe in die EU aus der indopazifischen Region stammen (Eurostat 2024). Somit hat die Offenheit der Region eine große wirtschaftliche Bedeutung für die EU. Es besteht daher das Interesse, den Handel mit dem Indo-Pazifik beizubehalten, um weiterhin wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Bereits während der Kolonialzeit hat die EU von der Offenheit des Indo-Pazifiks profitiert, wobei sie diese Offenheit auch durch die Kolonialisierung erzwungen hat. Heutzutage versucht die EU, unfairen Wettbewerb zu beseitigen und Handelsbarrieren abzubauen (Håkansson 2022, 4). Bereits seit ihrer Gründung hat die EU einen Fokus auf das Aushandeln von Freihandelsabkommen, hauptsächlich mit Staaten, die bereits als Partner gelten.



Abbildung 4: Übersicht der Freihandelsabkommen der EU (Europäische Kommission 2025, 22)

Somit ist das Interesse des offenen Handelssystems eine Weiterführung dieses Vorgehens. Es kann ebenfalls geschlussfolgert werden, dass die EU dabei versucht, Einfluss auf die Art der Globalisierung auszuüben, welche dabei vorangetrieben wird (Håkansson 2022, 4). So versucht die EU das Handelssystem nach ihren Absichten formen und nach europäischem Sinne gestalten. Im Indo-Pazifik wurden beispielsweise mit Südkorea und Japan Handelsabkommen getroffen (Hilpert 2022, 3; Europäische Kommission 2025). Bei ihnen handelt es sich um demokratische Partnerstaaten. Ebenso wurde mit Singapur und Vietnam bereits Abkommen getroffen, welche keine Demokratien sind (ebd.). Mit ASEAN konnte noch keine Einigung

erzielt werden, mit Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand und den Philippinen wird weiterhin verhandelt (Europäische Kommission 2025). Mit dem Großteil der indopazifischen Staaten gibt es derzeit noch kein Freihandelsabkommen (ebd.). Mit einigen gibt es noch keine Verhandlungen und mit anderen sind die Verhandlungen pausiert (ebd.). Da die EU die offene und freie Wirtschaft durch Partnerschaften erzielen möchte, zeigt dies die benötigte Einbindung der indopazifischen Staaten in das Vorhaben.

Darüber hinaus sollen durch Abkommen und Partnerschaften gemeinsame Standards und Abläufe geregelt werden, wodurch die Märkte angeglichen und so der reibungslose Ablauf des Handels und Transfers ermöglicht wird. Die EU fokussiert dabei stark auf Verbindungen mit gleichgesinnten Partnern, die bereits demokratische Werte und europäische Wirtschaftsstandards einhalten (Håkansson 2022, 7–8). Die meisten Partner, welche hierbei von der EU angesprochen werden, sind daher wirtschaftlich starke Demokratien wie Südkorea, Japan und Indien (ebd., 8). Aufgrund der starken Verbindungen zwischen Demokratien steigt die Bedeutung von Kooperation und weicher Macht, welche beispielsweise die wirtschaftliche Stärke eines Landes einbezieht. Somit wird erklärt, warum die EU auf die Stärkung ihrer Beziehungen mit demokratischen Staaten setzt. Generell bilden Partnerschaften die Grundlage des Vorgehens der EU (ebd., 7). Um die wertegebundene Außenpolitik voranzutreiben sind neue Partnerschaften im Indo-Pazifik unvermeidbar und notwendig (Hilpert 2022, 3). Nur so kann die Demokratisierung und Akzeptanz der Normen der EU verbreitet werden.

Zudem treibt die EU durch Kooperation die Festsetzung von digitalen Regeln, Normen und Standards nach europäischen Vorgaben voran, wobei der faire Wettbewerb geschützt wird (Hilpert 2022, 2). Die EU beabsichtigt, ihren derzeitigen Einfluss auf die internationalen Regulationen beizubehalten, wodurch sie ebenfalls die internationalen Normen beeinflussen kann (Håkansson 2022, 6). Somit zielt die EU auf ihren Machterhalt im vorherrschenden internationalen Regime ab. Sie möchte darüber hinaus ihre eigenen Normen und demokratischen Werte wie Menschenrechte mit gleichgesinnten Partnerstaaten im Indo-Pazifik verankern (Pietzko 2023, 61). Daher ist der Fokus auf die bereits bestehenden Partnerschaften mit anderen Demokratien schlüssig. Doch auch autokratische Staaten werden fokussiert. Besonders Vietnam wird als wichtiger Partner der EU angesehen (Gerstl und Nieschalke 2024). „Some are not politically, strategically, or economically describable as "like-minded" at all” (Nitschke und Wientzek 2024, 4), argumentieren Nitschke und Wientzek und widersprechen dabei der Aussage der EU, auf gleichgesinnte Partner zu fokussieren. In diesem Zusammenhang kritisieren Furness und Keijzer, dass die Abgrenzung der GGI-Projekte von „prestige projects of autocrats“ (Furness und Keijzer 2022) nicht stark genug ist. So kann die EU ihre Umwelt-

und Menschenrechtsstandards nicht einhalten und stellt diese hinter die wirtschaftlichen Interessen (ebd.). Der Fokus ist nicht auf den Normen, Werten und Standards, welche die EU stark betont, sondern auf den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der EU im Indo-Pazifik (ebd.). Die EU zielt eher auf die Verankerung der eigenen Ansichten und Normen im Indo-Pazifik durch neue Partnerschaften und Kooperationsvereinbarungen ab, um eine Einflussnahme der VRC zu reduzieren (Pietzko 2023, 60).

Hieran wird der Widerspruch im Vorgehen der EU deutlich. Das wertebasierte Vorgehen der EU, welches ein Interesse der EU darstellt, steht im Widerspruch zu einem weiteren Interesse der EU: dem Bedürfnis nach Partnerschaften und Kooperation mit einer Vielzahl an indopazifischen Staaten, wovon viele nicht demokratisch sind. Dennoch sind Partnerschaften für die EU notwendig, da sie das internationale Wirtschaftsregime stützen, auf welches die EU angewiesen ist. Dieses verankert die europäischen Ansichten, wodurch der Schutz des Regimes den Machtstatus und den Wohlstand der EU sichert. Die EU ist am Erhalt des Status quo interessiert, und dadurch auf die eigene Machtausweitung, um China entgegenzutreten. Somit muss die EU ebenfalls Partnerschaften mit Staaten aufnehmen, welche die europäischen Werten nicht teilen und somit der wertebasierten Außenpolitik der EU entgegenstehen. Damit die europäische Wirtschaft florieren kann, muss die EU daher ihre Wertegebundenheit in den Hintergrund rücken und auf wirtschaftliche Vorteile fokussieren.

Teil der europäischen Freihandelsabkommen ist zudem die Instrumentalisierung des Zugangs zum europäischen Binnenmarkt, um die Einhaltung der europäischen Normen zu erzwingen (Karjalainen 2023, 294–95). Andererseits muss die EU bilaterale Handelsabkommen mit möglichst vielen indopazifischen Staaten erzielen, um sich selbst in die indopazifische Wirtschaft zu integrieren und den Zugang zu sichern (Hilpert 2022, 4). Durch qualitativ hochwertige infrastrukturelle Verbindungen soll dies garantiert und gleichzeitig der faire Wettbewerb gesichert werden (Håkansson 2022, 5). In diesem Zusammenhang argumentiert Panda (2022), dass die GGI die BRI daher nachahme, um den Marktzugang für die EU zu sichern und eigene Infrastruktur aufzubauen. Gleichzeitig zielt die EU auf die Diversifizierung der Lieferketten ab, um die Resilienz zu steigern und Abhängigkeiten von China zu reduzieren (Furness und Keijzer 2022). Laut Hilpert hat die EU bisher versäumt, Partnerschaften im Indo-Pazifik zu schaffen, und sich zu stark auf China als Handelspartner verlassen (Hilpert 2022, 4). Daher muss die EU nun neue Produktionsstellen und neue Lieferanten in den indopazifischen Staaten außerhalb Chinas finden (ebd.). So baut die EU nun neue Partnerschaften auf, um die wirtschaftlichen Verbindungen zu vertiefen und dadurch die Lieferketten resilienter zu gestalten (Pietzko 2023, 53). Sie zielt dabei auf eine größere Autonomie ab - vor allem durch

die Diversifizierung der Lieferketten (Håkansson 2022, 2; Panda 2022). Die Resilienz der Lieferketten hängt jedoch auch von der Infrastruktur ab. Daher zielt die EU auf den Aufbau eines eigenen multimodalen Infrastrukturnetzes ab, welche frei von chinesischem Einfluss sind, um die Abhängigkeiten von China zu reduzieren (Panda 2022; Hilpert 2022, 3; Pietzko 2023, 55). Damit positioniert die EU ihre GGI als Alternative zur BRI (Panda 2022; Karjalainen 2023, 301). Hieran werden die Konkurrenz und Rivalität zu China unterstrichen, wobei ebenfalls der Fokus auf das Interesse der widerstandsfähigen Lieferketten und strategischen Konnektivität verdeutlicht wird – das Interesse, welches sich am häufigsten in den Quellen der EU widerspiegelt.

Durch die Diversifizierung und den Zugang zu neuen Märkten kann ebenfalls durch die Minimierung von Risiken die Anfälligkeit der eigenen Wirtschaft reduziert werden (Hilpert 2022, 2; Håkansson 2022, 5). Sollte erneut eine Pandemie wie die Covid-19-Pandemie auftreten, kann durch die diversifizierten Lieferketten und die breite Streuung der Wirtschaftspartner der negative Einfluss einer Pandemie reduziert werden. Hilpert weist jedoch auch darauf hin, dass diese Art der Diversifizierung durch die Fokussierung auf gleichgesinnte Partner nicht ausreichend sei, da die Partner nicht divers genug seien (Hilpert 2022, 3). Somit wird erneut deutlich, dass die EU ebenfalls Partnerschaften mit Staaten aufnehmen muss, welche die europäischen Werten nicht teilen, um die europäische Wirtschaft zu schützen und Vorteile zu erzielen. Schließlich ist das Ziel der EU, ein integratives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum nach der Covid-19-Pandemie zu erreichen und die wichtigen Verbindungen zwischen der EU und dem Indo-Pazifik zu vertiefen. Dafür müssen auch Staaten einbezogen werden, die nicht die Ansichten der EU teilen. Es wird deutlich, dass die EU zwar rhetorisch normativ auftritt, jedoch ihre Interessen und ihr tatsächliches Vorgehen die wirtschaftlichen Vorteile in den Vordergrund stellen. Es werden die demokratischen Werte und Standards betont, doch ebenfalls für wirtschaftliche Vorteile und geopolitischen Einfluss mit autoritären Staaten kooperiert. Somit kann das Argument von Gerstl und Nieschalke, dass die EU eine „pragmatic but credible balance between values and interests“ (Gerstl und Nieschalke 2024) finden müsse, bestätigt werden. Die EU balanciert ihre Interessen und ihre Werte, mit einem leichten Überhang zu den Interessen.

Als weiteres Ziel soll eine Dekarbonisierung der Wirtschaft im Sinne des Klimaschutzes stattfinden, wobei auf die Einführung einer weitreichenden Kreislaufwirtschaft, umweltfreundlicher Infrastruktur und nachhaltigen Energieversorgung gesetzt wird. Auch diese Art des Risikos soll demnach abgewendet werden. Håkansson stellt den Klimaschutz sogar als Hauptziel der EU dar (Håkansson 2022, 7–8). Da dieses Interesse in fast allen Dokumenten

gefunden wurde und die drittmeisten Codes beinhaltet, scheint die Nachhaltigkeit nicht das Hauptziel, jedoch ein hoch priorisiertes Bedürfnis zu sein. Durch die GGI können die infrastrukturellen Klimaziele eingehalten werden, indem sie in die infrastrukturellen Projekte integriert werden (Panda 2022; Furness und Keijzer 2022). Dafür wird die Kooperation mit den indopazifischen Staaten benötigt, da es sich um ein globales Problem handelt. Dies greift die EU dadurch auf, dass sie die Nachhaltigkeit in ihren Abkommen festschreibt und somit die Kooperation einfordert. Somit kann gesehen werden, dass das Interesse an Partnerschaften und das Interesse eines nachhaltigen Wandels verbunden sind, indem sie gemeinsam durchgesetzt werden. So wird mit Bangladesch die Partnerschaft vertieft, indem Projekte für einen nachhaltigeren Energiesektor durch erneuerbare Energiequellen geplant werden und zudem die Kooperation im digitalen Handel und der Bildung vertieft werden (Europäische Kommission 2023). Auch das Kooperationsabkommen mit den Philippinen wird gestärkt durch ein zusätzliches Abkommen über Projekte zum Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und der Versorgung durch erneuerbare Energien zum Schutz des Klimas und der Umwelt (Directorate-General for International Partnerships of the European Commission 2023).

Des Weiteren zielt die EU auf die Reduktion der wirtschaftlichen Abhängigkeiten im Bereich Digitales, Innovation und Technologien ab (Håkansson 2022, 4–5). Durch eine fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft und den starken Fokus auf technologische und nachhaltige Innovationen fördert die EU dabei das Wirtschaftswachstum und die ökologische Nachhaltigkeit. Zudem soll durch Kooperation im Bildungswesen die Ausbildung von Arbeitskräften vereinheitlicht und auf einen gemeinsamen Standard angehoben werden. Der digitale Bereich wird von der EU priorisiert, sodass besonders hier Partnerschaften geschlossen und gemeinsam Standards entwickelt werden sollen - insbesondere sollen die Datenschutzrichtlinien an das europäische Vorbild angepasst werden (ebd., 6). Beispielsweise wurden mit Japan und Südkorea Partnerschaften für den digitalen Bereich erzielt (Europäische Kommission 2025). Mit Südkorea wurde beispielsweise die Absicht erklärt, gemeinsam Forschung zu unternehmen, um die Halbleiterproduktion zu innovieren (Herrador 2023, Zeilen 370–372). Durch den Austausch im Bildungsbereich kann das Wissen über Technologien geteilt und Innovationen vorangetrieben werden. So kann die EU durch die Kooperation mit den indopazifischen Staaten die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen.

Die Investitionen, welche für die genannten Vorhaben benötigt werden, sollen dabei divers verteilt sein, sodass das Risiko nicht allein auf der EU als Akteur lastet. Die EU rechnet damit, privates Kapital einzubinden, um Risiken zu minimieren und die Umsetzbarkeit der Projekte zu garantieren (Furness und Keijzer 2022). Somit wird die EU entlastet. Zudem sollen die inner-

europäischen Verbindungen gestärkt werden, indem der ‚Team Europe‘-Ansatz angewendet wird. Die EU soll als geeinter Akteur auftreten und somit zum einen Stärke zeigen und zum anderen Vertrauen wecken. Die EU beschreibt den Team Europe-Ansatz folgendermaßen: „Im Rahmen von Team Europa arbeiten die EU, die EU-Mitgliedstaaten – einschließlich ihrer Durchführungsstellen und öffentlichen Entwicklungsbanken – sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE [EBRD]) zusammen.“ (Europäische Kommission, o. J.-d) Durch diese Koordinierung der unterschiedlichen Akteure innerhalb der EU sollen Kompetenzen, Wissen und Ressourcen gebündelt werden, um die Durchführung von Projekten zu verbessern (ebd.). Die EU muss kohärent auftreten, um sich als starke Partnerin zu inszenieren und somit einen Gegenpol zur VRC darstellen zu können (Pietzko 2023, 65). Der geeinte Auftritt stärkt zudem die strategische Position der EU. So stellt die EU sich als transparente und verlässliche Partnerin dar, welche durch ihr auf Demokratie beruhendes Vorgehen langfristige Lösungen und Stabilität bietet. Somit zeigen die Strategien die Attraktivität der EU auf und durch die Wirtschaftskraft der EU können Partnerschaften angezogen werden (ebd., 63; Furness und Keijzer 2022). Es kann festgehalten werden, dass die EU ihre Wirtschaft und ihre europäisch-demokratischen Werte als weiches Machtinstrument einsetzt und somit ihre Attraktivität im Gegensatz zur VRC darlegen will. Wie bereits erwähnt, ist dies jedoch ein Vorgehen, welches mit den Interessen der indopazifischen Staaten balanciert werden muss.

Die selbstdeklarierten Interessen der EU sind (1) die Förderung eines fairen & offenen Handelssystems, (2) die Förderung des Marktzugangs & der Verbindungen, (3) eine Marktangleichung & Partnerschaften, (4) ein grüner & nachhaltiger Wandel der Wirtschaft, (5) widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität, (6) nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der EU, (8) die EU als bevorzugte Partnerin, (9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung sowie (10) Integratives & nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Auch diese Interessen der EU sind (miteinander) verwoben. Sie bedingen sich gegenseitig und widersprechen sich ebenfalls. Allem voran fokussiert sich die EU auf die Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und Vernetzungen sowie die Reduzierung der Abhängigkeiten durch resiliente und diverse Lieferketten und Partnerschaften. Dazu können Nachhaltigkeit und der in der EU streng verfolgte Klimaschutz global ausgeweitet werden. Dies steht im Zusammenhang mit der Sicherung von Ressourcen für die eigene Wirtschaft, aber auch mit der Förderung der Forschung und Innovationen. Dabei werden die demokratischen Werte hinter die wirtschaftlichen Interessen gestellt. Es wird deutlich, dass die EU mit ihren Strategien für den

Indo-Pazifik auf die BRI und das Vorgehen Chinas reagiert und die eigene geoökonomischen Einflussmittel ausbauen möchte. Daher scheint die EU stark auf die Differenzierung von China bedacht. Es kann demnach festgehalten werden, dass die zeitliche Differenz der Entstehung der Strategien eine wichtige Rolle bei den selbstdeklarierten Interessen hat, wobei die GGI als Reaktion auf die BRI entstand. Eine genauere Gegenüberstellung der Interessen der VRC und der EU folgt im nächsten Unterkapitel.

7.3 Gegenüberstellung der Interessen

Es gibt lediglich zwei Interessen, welche sowohl die VRC als auch die EU gleichermaßen verfolgen. Diese sind das Interesse an einer grünen, nachhaltigen Wirtschaft und das Interesse an einem freien und offenen Wirtschaftssystem. Bei den anderen Interessen gibt es größere Unterschiede in den Forderungen oder starke Rivalitäten.

Sowohl die VRC als auch die EU wollen das für sie offene und freie Wirtschaftssystem nicht nur beibehalten, sondern fördern und ausbauen. Beide Akteure haben bereits historisch durch den freien Handel profitiert, China durch das damit verbundene Tributsystem und die EU durch die erzwungene Öffnung während der Kolonialisierung. Dabei war durch das Tributsystem der Zugang für China zu den Staaten gegeben, während in der Kolonialzeit die EU den Zugang zu den Kolonien für sich selbst garantierte. Auch heute profitieren beide Akteure stark von dieser Offenheit der Wirtschaft und den globalen Verflechtungen, da sie selbst Zugang zu anderen Märkten und Staaten haben, wobei diese Offenheit nicht auf Reziprozität beruhen muss. Der einzige widersprüchliche Punkt hierbei ist, dass beide Akteure die Ausweitung und das Vorgehen der Globalisierung leiten und somit nach ihren eigenen Ansichten formen möchten. Bei diesem Punkt muss zudem die zeitliche Komponente mitbedacht werden. Die VRC entwarf die BRI in einer Zeit der Globalisierung und des Freihandels, während die EU ihre Strategien während der ersten Amtszeit von Donald Trump in den USA entwarf. Trump führte zu dieser Zeit bereits einen Handelskrieg mit China, welcher durch Sanktionen gegen China auch den Handel zwischen dem Indo-Pazifik und der EU beeinflusst. China versucht vermehrt, seine billigen Produkte in andere Staaten als die USA zu exportieren, sodass der Wettbewerb für die EU in diesen Staaten dadurch steigt (MERICS 2025). Aus dieser Zeit stammt der Ruf der EU nach einem fairen Handelssystem. Somit kann festgehalten werden, dass sich die beiden Akteure in diesem Interesse ergänzen.

Bei der ökologischen Nachhaltigkeit ergänzen sich die selbstdeklarierten Interessen der VRC und der EU ebenfalls. Beide sehen den Klimawandel als ein globales Problem an, welches global behandelt werden muss. Somit sind in den Strategien beider Akteure die SDGs und

weitere Klimaschutzmaßnahmen verbal verankert. Ebenso sprechen beide von der schonenden Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Steigerung der Energiegewinnung durch erneuerbare Energieträger. Die EU geht dabei weiter und zielt vermehrt auf den Aufbau von ökologisch nachhaltiger Infrastruktur ab, während die VRC die Nachhaltigkeit als zweitrangiges und neueres Interesse behandelt und daher bei der Durchführung der Projekte eine geringe Rolle spielt. Die EU fokussiert auf dieses Thema besonders stark, während bei China der Eindruck entsteht, Nachhaltigkeit würde nur unter Druck der internationalen Gemeinschaft verfolgt. Durch den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und den damit verbundene Klimaschutz kann das globale Probleme der Klimaerwärmung gemeinschaftlich behandelt werden, solange Kooperation vorherrscht. Ebenso ist die Nachhaltigkeit ein Aspekt des Hexagons der Entwicklung, denn nur durch die nachhaltige Nutzung endlicher Ressourcen können die menschlichen Bedürfnisse langfristig gedeckt und Entwicklung langfristig erzielt werden. Beide Akteure scheinen dies zu realisieren und die Nachhaltigkeit und den Klimaschutz aus diesem Grund als eines ihrer Interessen benannt zu haben. Anhand der Fallbeispiele, welche im nächsten Kapitel vorgestellt werden, wird die Verfolgung dieses Interesses überprüft.

Im Gegensatz dazu scheint die Mehrzahl der Interessen eine oberflächliche Ähnlichkeit aufzuweisen, welche bei genauerer Betrachtung jedoch zahlreiche Unterschiede zeigen. So wollen zwar beide Akteure den Marktzugang ermöglichen und die Verbindungen verstärken, doch die EU beharrt dabei auf der Suche nach neuen Lieferanten und Produktionsstellen auch außerhalb Chinas zur Diversifizierung und Reduzierung der Abhängigkeit von China. Somit wird hier die Rivalität zu China deutlich. Die beiden Akteure wollen die Möglichkeiten für ihre Exportwirtschaften diversifizieren und erweitern. Da die EU und China wirtschaftlich eng verbunden sind, bedeutet diese Diversifizierung auch ein Abwenden von der bestehenden engen wirtschaftlichen Partnerschaft. Um die Konnektivität in Form von infrastrukturellen Verbindungen zu erzielen, zielen sowohl die EU als auch die VRC auf den Aufbau von unabhängiger Infrastruktur auf. Dabei ist der Fokus der EU, dass die neue Infrastruktur frei von chinesischem Einfluss ist. Somit ist die Konkurrenz eindeutig, vor allem von Seiten der EU.

Zudem instrumentalisieren die Akteure den Zugang zum eigenen Markt als geoökonomisches Machtmittel. Chinas Interesse ist dabei eine weitere strategische Öffnung des eigenen Marktes, um einen neuen Motor für Wachstum zu generieren und durch den Export von Überschüssen die eigene Wirtschaft zu verbessern. Besonders die Stahl-, Auto- und Halbleiterindustrien produzieren weiterhin im Überschuss, welchen China zu exportieren sucht (Gunter u. a. 2025, 6–7). Der resultierende Wettbewerb bezüglich dieser in China billig hergestellten Produkte

führt zu Problemen für die EU, ihre eigenen Produkte zu exportieren und verkaufen (ebd., 8). Darüber hinaus zielt China auf die Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten ab, sodass profitablere Phasen der Wertschöpfungsabfolge innerhalb Chinas beziehungsweise in der umliegenden indopazifischen Region angesiedelt werden können. Darüber hinaus strebt die VRC durch den Umbau von Wertschöpfungs- und Lieferketten an, die Abhängigkeiten der indopazifischen Staaten vom Globalen Norden zu verringern und die Staaten stärker an China zu binden. Die EU beschränkt den Marktzugang für indopazifische Akteure, um so den Binnenmarkt zu instrumentalisieren. Zudem zielt sie auf China-freie Lieferketten ab und somit auf eine Umstrukturierung weg von China. So wird deutlich, dass beide Akteure dasselbe Interesse haben, jedoch dieses Interesse gegen den jeweils anderen Akteur gerichtet ist und sie daher in Rivalität zueinanderstehen.

Ähnlich ist es bei dem Interesse der Marktangleichung. Die EU fokussiert stark auf Partner in der indopazifischen Region, denn Partnerschaften bilden die Grundlage des Vorgehens der EU. Dabei zielt sie auf die Verankerung der eigenen Normen und Standards in den Partnerschaften und Abkommen ab, sodass die Partner durch Angleichung der Märkte sich zumindest teilweise an die europäischen Vorschriften anpassen und die europäischen Werte wie Transparenz und ökologische Nachhaltigkeit übernehmen (Karjalainen 2023, 306). Durch die Verbreitung des europäischen Wirtschaftsvorschriften kann die EU einen Gegenpol zu China aufbauen. Auch China strebt danach, die Angleichung an die eigenen Wirtschaftsvorschriften durchzuführen und ist dafür bereits in globalen Standardisierungsmechanismen aktiv. Dabei geht es zuvorderst um Zollabkommen, Qualitätsstandards zur Zollerleichterung und den Abbau von Handelsbarrieren für chinesische Firmen. Somit zielen beide Akteure auf eine Angleichung der indopazifischen Staaten an die jeweils eigenen Vorgaben ab. Da sich die Vorgaben der EU und Chinas unterscheiden, steht dies im Widerspruch. Somit wird erneut oberflächlich betrachtet das gleiche Interesse verfolgt, jedoch mit unterschiedlichen spezifischen Vorgaben der beiden Akteure, wodurch die Interessen miteinander konkurrieren.

Zudem scheinen beide Staaten hierbei das internationale Handelsregime stark beeinflussen zu wollen, um ihre Vorstellungen durchzubringen. Die EU zielt auf eine Beeinflussung des Regimes ab, um den Status quo zu erhalten, während die VRC einen Regimewandel durchführen möchte. Dadurch erwarten sich beide Akteure größere Vorteile. Dies hat jedoch auch die Auswirkung, dass dadurch das internationale Regime an Kohärenz verliert. Wie Keohane besagt kann dies zu einem Regimewandel oder der Schaffung eines neuen Regimes führen. Dies würde die Kooperation zwischen der EU und der VRC erheblich erschweren, vor allem sollten die beiden Akteure unterschiedlichen Regimen angehören. Derzeit ist eine

Zweiteilung des Regimes absehbar. Es wird vermehrt auf regionale Verbindungen gesetzt, wobei regionale multilaterale Abkommen den Handel regeln und verstärken (Kassa 2025, 2). Die WTO verliert an Durchsetzungskraft, sodass das aktuelle Wirtschaftsregime droht, zu zerfallen (ebd.). Für außerhalb der Region liegende Staaten erschwert diese Entwicklung den Zugang zu der Region (ebd., 3). Aus diesem Grund versucht die EU, den Status quo und somit das bestehende Regime zu erhalten und zu stärken. Laut eigenen Aussagen fokussiert die EU auf ein De-Risking zu China und nicht auf eine Abkopplung, welches im Einklang mit dem Erhalt des Status quo des derzeitigen Regimes ist. Somit möchte die EU ihre wirtschaftliche Kooperation mit China beibehalten, jedoch die Abhängigkeiten reduzieren. Aufgrund des derzeitigen Zustands der komplexen Interdependenz wäre es kostspielig, wenn die beiden Akteure ihre Kooperation aufgeben. Dies hat bereits Huang (2012) in ihrer Analyse der beiden Akteure bis 2006 argumentiert.

Hinzu kommt der Punkt der Lieferketten und der strategischen beziehungsweise sicheren Konnektivität. Die VRC zielt auf die Sicherung und Stabilität der Lieferketten ab. Wie oben beschrieben sollen die Lieferketten dazu umstrukturiert werden. Die EU fordert ebenfalls die Sicherung der Lieferketten und die Steigerung der Resilienz - jedoch mit dem zusätzlichen Ziel, die Lieferketten zu diversifizieren, um die Abhängigkeiten von China zu reduzieren und eine größere strategische Autonomie zu erlangen. Dafür soll eine eigene Infrastruktur aufgebaut werden, welche frei von chinesischem Einfluss ist. Sowohl die EU als auch die VRC wollen sichere, resiliente Lieferketten. Dabei wollen sie die bestehenden Lieferketten zu ihren eigenen Vorteilen umbauen. Vor allem zielen beide Akteure auf die Reduzierung des Einflusses des jeweils anderen ab.

Daran anschließend wird auch der Unterschied in dem Interesse der widerstandsfähigen Wirtschaft deutlich. Auch wenn hier der Unterschied sehr viel geringer ist, ist er auf Seiten der EU deutlich ausgeprägt. So zielen beide Akteure auf die Reduzierung der Unsicherheiten bei der Finanzierung ab. Die VRC tut dies vermehrt durch die Involvierung multilateraler Finanzinstitute, die EU ebenfalls durch die Einbeziehung der Privatwirtschaft. China ist dabei jedoch nicht an die DAC-Standards der Finanzierung von EZA gebunden (vgl. Herold 2021, 3). Die beiden Akteure sind dabei nicht Teil desselben EZA-Regimes, wodurch China auch die Transparenzstandards nicht einhalten muss. Doch genau diese Transparenz und Glaubwürdigkeit wirken sich positiv auf Kooperation aus. Durch diese fehlenden Standards verliert die VRC an weicher Macht und für die EU entsteht ein Vorteil.

Darüber hinaus wollen beide Akteure die Region friedlich und stabil halten. China betont dies dabei mehr als die EU. Grund dafür könnte sein, dass die VRC im Indo-Pazifik liegt, während sich die EU außerhalb der Region befindet. Die Reduzierung der Möglichkeit einer erneuten Pandemie wie der Covid-19-Pandemie streben beide Akteure an. Dabei folgen beide laut eigenen Aussagen ebenfalls dem Hexagon der Entwicklung, wodurch lediglich durch Frieden und politische Stabilität auch eine florierende Wirtschaft und Entwicklung erzielt werden können.

Deutlich ist der Unterschied bei der Digitalisierung, technologischen Innovationen und der Bildung. Während die VRC von der Stärkung des digitalen Handels spricht und beabsichtigt, die Lieferketten upzugraden und Produktionskapazitäten zu steigern, sucht die EU nach der Reduzierung der Abhängigkeiten im digitalen Bereich vom Indo-Pazifik, beispielsweise durch Technologietransfers nach Europa. Für die EU geht es vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit im Technologiesektor, während die VRC die regionale Wirtschaft aufwerten möchte. Beide Akteure zielen dabei auf eine bessere (Aus)Bildung von Arbeitskräften und gemeinsamen Forschungsvorhaben ab, jedoch bleibt die Übereinstimmung bei diesen beiden Punkten. Denn sowohl die VRC als auch die EU wollen neue gemeinsame Standards für den digitalen Bereich einführen. Die EU beruft sich dabei vehement auf die europäischen Datenschutzregeln und weitere digitale Standards, welche im Indo-Pazifik umgesetzt werden sollen. Die VRC spricht jedoch von Standards nach chinesischem Vorbild. Somit ist der Bildungsbereich der einzige gemeinsame Punkt der beiden Akteure in diesem Interesse, da beide die Digitalisierung und Innovationen nach eigenen Vorgaben vorantreiben wollen. Dabei ist zu beachten, dass technologischer Fortschritt und qualitativ hochwertige Bildung starke Machtinstrumente sind. Die Ausrichtung auf die jeweils eigenen Standards hierbei ist ein Zeichen, dass diese Felder aus weiche Machtinstrumente genutzt werden.

In dem für den neoliberalen Institutionalismus grundlegenden Aspekt der multilateralen Kooperation sind sich die beiden Akteure so weit einig, dass beide diese Art der Kooperation als notwendig ansehen. Beide wollen die bestehenden internationalen Institutionen wie die WTO und die UN verstärkt nutzen. Doch zielt vor allem die VRC auf eine Modernisierung beziehungsweise einen Umbau dieser bestehenden Institutionen ab, wobei sie bei diesem Vorhaben eine Führungsrolle einnehmen soll. Dazu soll auch das Wirtschaftssystem nach chinesischen Vorgaben modernisiert und umgebaut werden. Somit führen die Interessen der VRC der innovativen Modernisierung der Wirtschaft (VRC-11) und der multilateralen Kooperation (VRC-13) ebenfalls Unterschiede zwischen den Vorhaben der Akteure an. Die EU fokussiert vermehrt auf die Kooperation mit demokratischen Partnern. Dabei scheint die VRC

einen Regimewandel stark zu bevorzugen, während die EU an den derzeitigen Regimen festhält.

Daran anschließend stehen zwei Interessen der VRC und zwei Interessen der EU im direkten Gegensatz. Beide Akteure haben das Interesse, ihren strategischen Einfluss zu stärken. Bei der EU stehen dabei die Demokratie mit dem wertebasierten Vorgehen sowie die Menschenrechte und das Völkerrecht im Vordergrund. Sie zielt auf die Verbreitung dieser Werte und Normen im Indo-Pazifik ab, um laut Pietzko (2023) auch den Einfluss der VRC zu reduzieren. Die VRC hingegen scheint das historische Tributsystem aufleben zu lassen und durch Infrastruktur und Kontrolle über Ressourcen mittels weicher Macht Einfluss auf die indopazifischen Staaten zu nehmen. So zielt China auf eine engere Bindung der Staaten an die VRC ab. Dabei kann auf die Erschaffung eines neuen Regimes oder abgewandeltes Wirtschaftsregime für den indopazifischen Raum geschlossen werden, welches sich an dem ehemaligen Tributsystem orientiert. Die VRC bietet sich als Alternative zur EZA des Globalen Nordens an. Damit stehen die Interessen klar im Gegensatz. Beide Akteure versuchen, die indopazifischen Staaten stärker an sich selbst zu binden und somit die Abhängigkeiten und Verbindungen zu dem jeweils anderen Akteur zu reduzieren. Zudem zielen beide auf die Durchsetzung der eigenen Werte und Normen ab, welche jedoch nicht identisch sind. Die EU ist demokratisch, während die VRC autoritär ist. Sie konkurrieren somit bei der Durchsetzung ihres jeweiligen Werte- und Wirtschaftssystems.

Darüber hinaus versuchen beide Akteure, sich als bevorzugte Partner darzustellen und somit die eigene Attraktivität zu steigern. Während sich die VRC dabei auf die Süd-Süd-Kooperation und die Alternative zum Globalen Norden beruft, betont die EU die Verlässlichkeit, Transparenz und die eigene Wirtschaftskraft. Die beiden Akteure konkurrieren somit um die Gunst der Staaten des Indo-Pazifiks, indem die Vorteile einer Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Akteur hervorgehoben werden. Es wird somit von den indopazifischen Staaten gefordert, sich entweder für die EU oder für die VRC zu entscheiden. Doch hinterfragt Karjalainen (2023), wie frei die Wahl der Länder im Indo-Pazifik wirklich ist. Die indopazifischen Staaten benötigen Infrastruktur und diese können sie nicht ohne finanzielle Hilfe errichten, wodurch sowohl die EU als auch die VRC als Partner in Frage kommen und die Länder von beiden Akteuren gleichermaßen zur Teilnahme gedrängt werden können (Karjalainen 2023, 307). Dies geht gegen die Aussage, dass der Fokus auf gegenseitigen Nutzen und die freiwillige Teilnahme von Akteuren sei. Somit üben sowohl die EU als auch die VRC durch ihre Strategien weiche Macht auf den Indo-Pazifik aus. Laut Gerstl (2022) entscheiden sich die Staaten im Indo-Pazifik jedoch nicht nur für einen von beiden Akteuren: Vielmehr

sichern sich die Staaten gegen beide Akteure ab („hedging“), indem sie die profitablen Aspekte einer Zusammenarbeit annehmen und sich gleichermaßen gegen eine übermäßige Abhängigkeit zu dem Akteur durch andere Maßnahmen und andere Partnerschaften absichern (Gerstl 2022, 3). Diese Maßnahmen können dabei auch den wirtschaftlichen Bereich übersteigen.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass vor allem auf Seiten der EU die Rivalität und der Wettbewerb zu China deutlicher hervortritt als die Partnerschaft und Kooperation. Obwohl die EU für die Durchführung ihrer Strategien mit China wenigstens teilweise kooperieren sollte, überschneiden sich die Interessen wenig. Dadurch scheint auch laut des neoliberalen Institutionalismus eine Kooperation der beiden Akteure unwahrscheinlich und die Rivalität steht auch im wirtschaftlichen Bereich im Vordergrund. Bei näherer Betrachtung der Interessen wird daher deutlich, dass die Umsetzung der Strategien im Indo-Pazifik die Rivalität bestärkt und lediglich in einem Punkt eine Kooperation möglich erscheint, der Nachhaltigkeit.

8 Fallbeispiele im Indo-Pazifik

Die Projekte der BRI sind vielzählig. Die Initiative ist nun beinahe 12 Jahre aktiv. Von den 58 indopazifischen Staaten sind 44 Mitglieder der BRI (Nedopil 2025b). Eine Übersicht der BRI-Projekte scheint es jedoch nicht zu geben. Das Zoï Environment Network spricht von etwa 900 geplanten Projekten (Zoï Environment Network 2020, 30). Allein für den China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridor sind mit Stand 2020 bereits 32 Projekte geplant (ebd., 9). Die Informationslage zu den einzelnen Projekten ist teilweise gering. Für andere Projekte gibt es viele Informationen, da es sich um Vorzeigeprojekte handelt. Die Intransparenz der BRI wird ebenfalls von chinesischen Wissenschaftler:innen kritisiert, da es keine offiziellen Informationen der chinesischen Regierung über ihre Projekte gibt (Schwarz und Rudyak 2023, 44). Da die BRI bereits 2013 startete und keine Endzeit der Initiative festgelegt wurde, sind einige Projekte bereits vollendet, während andere Projekte noch in der Umsetzung oder Planung sind.

Dagegen sind die Projekte der GGI weitestgehend noch in der Anfangsphase der Umsetzung. Da für den indopazifischen Raum relativ wenig finanzielle Mittel der GGI gewidmet sind, ist die Anzahl der Projekte in diesem Raum vergleichsweise gering. Hierbei lässt die EU jedoch von ihrer Definition des Indo-Pazifiks ab, denn die ostafrikanischen Länder werden hierbei nicht zum Indo-Pazifik gezählt (vgl. Europäische Kommission, o. J.-b). Die Projekte, welche laut der in dieser Studie verwendeten Definition zum Indo-Pazifik gezählt werden können, sind mit Stand 06. April 2025 69 Projekte in den Bereichen Energie und Klimaschutz, Transport, Digitales, Gesundheit, und Bildung und Forschung (ebd.). Aufgrund der anhaltenden Durchführung sind meist wenig Informationen zu den Projekten und vor allem zu deren Auswirkungen bekannt.

Die Kriterien zur Analyse der Kooperation bei diesen Projekten basiert auf fünf Kriterien, welche in Kapitel 4.3 erläutert und in Tabelle 1 dargestellt wurden. Diese sind (1) Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit, (2) Komplementarität, (3) Transparenz & Informationsaustausch, (4) Geteilte oder gemeinsame Finanzierung sowie (5) Wiederholung & Langfristigkeit. Bei einer geringen Ausprägung der Kriterien kann von einer Koordinierung, bei einer starken Ausprägung von einer Kooperation gesprochen werden. Wenn alle fünf Kriterien erfüllt sind, kann ebenfalls von einer Kooperation ausgegangen werden. Die Kriterien werden nun auf die folgenden Beispiele der acht Projekte in insgesamt vier Staaten des Indo-Pazifiks angewendet.

8.1 Energieinfrastruktur und Energieressourcen in der Mongolei

Eines der Energie-Projekte der EU befindet sich in der Mongolei, mit welcher die EU bereits über 35 Jahre hinweg diplomatische Beziehungen pflegt (EEAS 2024). Die Choir-Sainshand-Übertragungsleitung im Süden der Mongolei ist ein Elektrizitätsprojekt, welches im Rahmen der GGI von der mongolischen Regierung, der EU und der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) finanziert wird (EBRD 2022, 4; EEAS 2024). Es wurde am 21. September 2022 genehmigt und befindet sich seit 2025 in der Ausführungsphase mit dem Ziel der Fertigstellung im Jahr 2027 (EBRD o. J.; EEAS 2024). Dabei soll eine bestehende 220 Kilometer lange 110-kV-Elektrizitätsleitung zu einer 220-kV-Übertragungsleitung ausgebaut, sowie die Umspannwerke in Choir und Sainshand dementsprechend gebaut und angepasst werden (EBRD o. J.; EBRD 2022, 4, 8). Das Ziel ist, die Stromversorgung in den Regionen zu sichern und die Übertragungsverluste der alten Stromleitung zu beheben (ebd.). Dabei sollen ebenso durch japanische Unterstützung die Aus- und Weiterbildung junger Arbeitskräfte zu Elektroingenieur:innen und weiteren relevanten Fachkräften vorangetrieben werden (EBRD 2022, 7; EBRD o. J.). Das Projekt ist auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz fokussiert, da durch den Netzausbau das Energienetz auf die Einspeisung von Energie aus erneuerbaren Quellen vorbereitet und zudem der Transferverlust reduziert werden soll (EBRD o. J.; EBRD 2022, 8). In Sainshand befinden sich bereits Windkraft- und Solarparks, welche durch das Projekt stärker an das Energienetz angeschlossen werden (Zoï Environment Network 2020, 16; EBRD 2022, 4). Dazu soll durch die zuverlässige Energieversorgung die Wirtschaft in den Regionen Choir und Sainshand gestärkt werden, welches durch die zusätzlichen gut ausgebildeten Arbeitskräfte unterstützt wird (vgl. EBRD o. J.).

Das Projekt zeigt Überschneidungen mit acht der selbstdeklarierten Interessen der EU. Durch den Fokus auf den Klimaschutz innerhalb des Projekts wird ein grüner und nachhaltiger Wandel angeregt, wie im Interesse EU-4 beschrieben. Der Klimaschutz durch erneuerbare Energien ist eines der wichtigsten Ziele der GGI, wodurch dieses Projekt einen besonderen Stellenwert erhält. Die Reduzierung der Übertragungsverluste und der Anschluss erneuerbarer Energiequellen sind ein erster wichtiger Schritt für die Mongolei zu einer nachhaltigeren Energieversorgung, welches die Interessen EU-2 und EU-5 abdeckt. Zudem können durch die bessere Energieversorgung die Regionen stärker in die Weltwirtschaft eingebunden werden, da das Potenzial für eine bessere Produktionsfähigkeit gegeben wird. Dies ist in den Interessen EU-2, EU-5 und EU-10 beschrieben. Da es sich bei der Mongolei um einen demokratischen Staat zwischen zwei autokratischen Staaten (Russland und China) handelt (Zoï Environment Network 2020, 21), kann die EU auch die Partnerschaft mit einem gleichgesinnten Partner in

der Region ausbauen, welches von Interesse EU-7 gefordert wird. Ebenso wird mit dem demokratischen Partner Japan zusammengearbeitet, wodurch mongolische Arbeitskräften ausgebildet werden (siehe dazu Interesse EU-9). Derzeit gibt es zwischen der Mongolei und der EU noch kein Freihandelsabkommen. Durch das gemeinsame Projekt kann die Beziehung verbessert werden, sodass auch die Grundlage für ein Freihandelsabkommen gestärkt wird. Durch eine Partnerschaft mit der Mongolei kann die EU ihr Streben nach der Ausbreitung demokratischer Werte vorantreiben, da die Mongolei ebenfalls demokratisch ist. Durch die geteilte Finanzierung werden nachhaltige Investitionen getätigt und die Finanzierung des Projekts ist mehrgleisig. Dies ist im Interesse EU-6 gefordert. Da die EU transparent vorgeht und einen Vorteil für die Mongolei schafft, kann auch das Interesse EU-8 in diesem Projekt verfolgt werden. Somit sind die europäischen selbstdeklarierten stark präsent in diesem Fallbeispiel. Ob die EU aus dem Projekt daher wirtschaftlichen Nutzen ziehen kann, wird sich erst nach der Fertigstellung des Projektes endgültig zeigen.

Auch die VRC hat Projekte in der Mongolei, welche unter das Leitprojekt des China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridors fallen. China und die Mongolei sind seit Jahrhunderten diplomatisch verbunden, auch die heutige VRC betreibt seit ihrer Gründung diplomatische Beziehungen zur Mongolei im Rahmen einer strategischen Partnerschaft (Lkhaajav 2024). Für den Korridor haben die drei Staaten Russland, Mongolei und die VRC eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) und eine trilaterale Vereinbarung unterzeichnet (Ulagpan 2021, 2–3). Der Austausch findet seither in bi- und trilateralen Foren sowie im BRI Forum statt (vgl. Lkhaajav 2024). Zudem hat die UN-Organisation ESCAP Workshops für den Wissensaustausch und technische Planung der Projekte veranstaltet, an welchen alle drei involvierten Staaten teilnahmen (UN ESCAP 2021). Der Korridor soll durch verbesserte Infrastruktur den Handel zwischen den Staaten Russland, Mongolei und China steigern und ebenfalls die Zusammenarbeit in anderen Bereichen wie Energie und Landwirtschaft verbessern (Zoï Environment Network 2020, 9). Dabei sind in der Mongolei viele Projekte im Bereich Energie und Elektrizität geplant, wobei ebenfalls Projekte um Kohleminen darunterfallen (ebd., 16). So sollen zum einen Gas- und Ölpipelines zwischen Russland und China gebaut werden, die durch die Mongolei laufen (J. Wang 2022, 215). Dadurch kann der Energiehandel zwischen allen drei Staaten vorangetrieben und somit die Energieversorgung sicherer gestaltet werden (ebd., 216). Hierfür wurden Arbeitsgruppen zwischen den drei Staaten eingeführt (Ulagpan 2021, 3). China plant darüber hinaus mehrere Kohlekraftwerke und den Ausbau von Kohleminen in der Mongolei (Zoï Environment Network 2020, 12–14). So sollen Kohlekraftwerke wie das Kraftwerk in Shivee-Ovoo ausgebaut werden, um die Kapazität der

Stromerzeugung zu steigern (Campi 2016). Für die Übertragung wurde seit 2016 geplant, Elektrizitätsstrassen von der mongolischen Hauptstadt Ulaanbaatar über die Gobi-Wüste nach China zu bauen (ebd.).

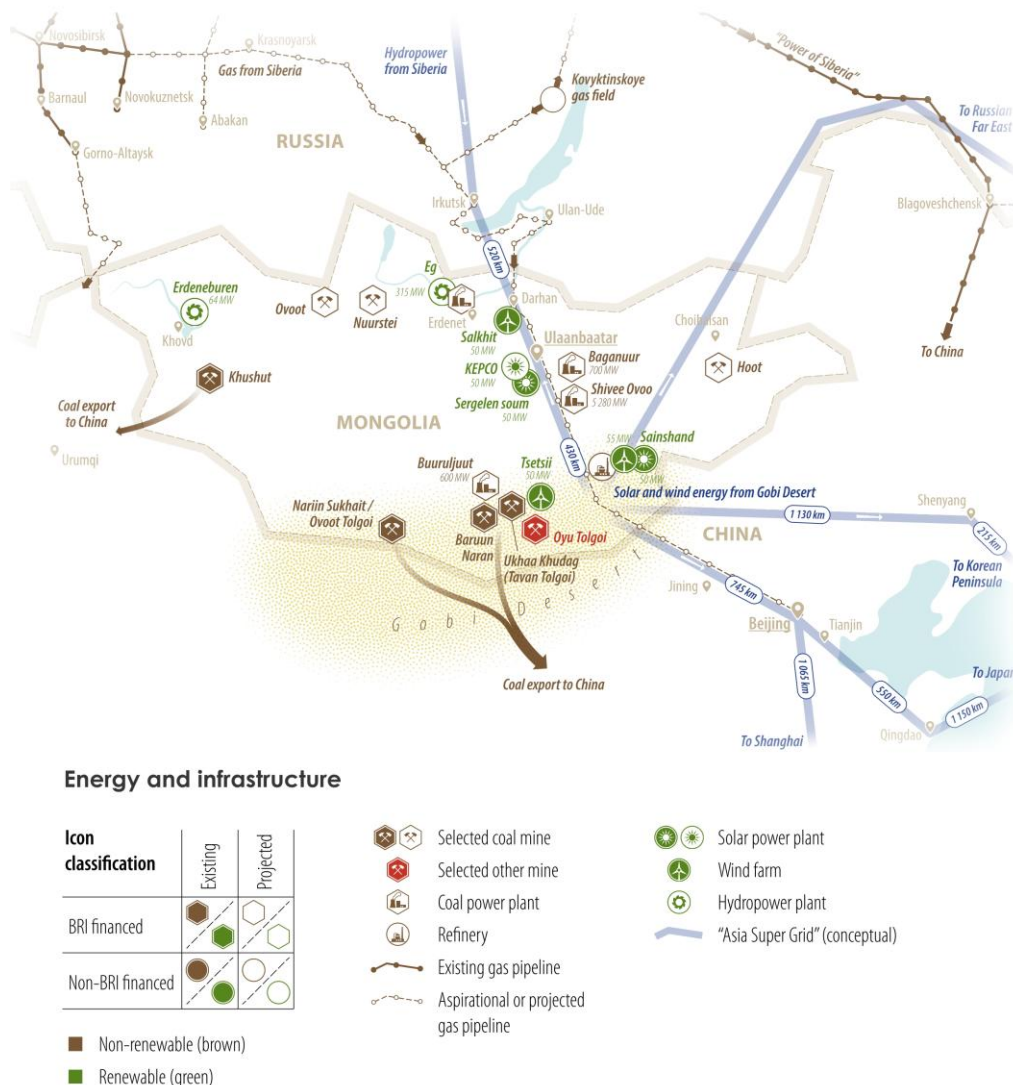


Abbildung 5: Übersicht der Energie- und Infrastrukturprojekte im China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridor (Zoi Environment Network 2020, 16)

Dieses Vorgehen ist im Einklang mit Chinas Plan, ein asiatisches Super-Stromnetzwerk aufzubauen. Das asiatische Super-Stromnetzwerk soll die ostasiatischen Staaten durch ein gemeinsames Elektrizitätsnetz verbinden, sodass die Staaten Strom aus (erneuerbaren) Energiequellen effektiv untereinander handeln können (Zhang 2018). Dafür werden jedoch Ultrahochspannungsleitungen benötigt, welche vor allem in wenig ausgebauten Regionen wie der Mongolei selten sind (vgl. ebd.). Ein weiterer Teil des Wirtschaftskorridors ist auch der Ausbau des Schienennetzes, welches wiederum mit der Energieversorgung Chinas zusammenhängt (Ulagpan 2021, 5). Die Mongolei exportiert fossile Energieträger wie Kohle nach China, welche durch ein ausgebautes Schienennetz effizienter transportiert werden können

(ebd.). In den vergangenen Jahren ist der Kohleexport der Mongolei in die VRC aufgrund der besseren Schienenverbindungen den Trend fortsetzend von 2023 bis 2024 um 5 % gestiegen (Global Energy 2025). Die Mongolei war 2021 der größte Kohlelieferant für die VRC (Ulagpan 2021, 6). Im Jahr 2024 war sie der drittgrößte Kohlelieferant für die VRC nach Russland und Australien (United Nations 2025). China erzeugt den meisten Strom für den eigenen Verbrauch durch Kohle und kann daher die zusätzlichen Kohleimporte aus der Mongolei für die wachsende Nachfrage innerhalb Chinas gut gebrauchen (Statista 2025; Ulagpan 2021, 6).

Die beschriebenen Pläne setzen sich in der Realität jedoch nicht durch. Das Kohlekraftwerke in Shivee-Ovoo ist ein über lange Zeit geplantes Projekt im Rahmen der BRI, welches jedoch weiterhin weder eine geregelte Finanzierung noch Schritte in Richtung Implementierung aufweist (Global Energy Monitor 2025). Eine Machbarkeitsstudie wurde bereits 2015 durchgeführt, welche jedoch nicht öffentlich einsichtbar ist (ebd.). Seit Jahren gibt es Gespräche zwischen der Mongolei und der VRC bezüglich der Umsetzung und der Finanzierung, jedoch sind weiterhin keine Resultate vorzuweisen (ebd.). Ähnlich ist es bei der geplanten Schieneninfrastruktur. Es wurden bereits einige Bahnstrecken geplant, jedoch wurden diese nicht umgesetzt (Kumar 2023, 208). Hier liegt es jedoch nicht an der fehlenden Finanzierung durch China, sondern um das technische Problem der Spurweite der Gleise, welche sich zwischen China und der Mongolei unterscheiden (ebd.). Aufgrund des geopolitischen Wettbewerbs mit Russland wird Stand 2023 in diesem technischen Aspekt keine Einigung gefunden und daher die Schienenprojekte nicht umgesetzt (ebd.). Im Fall der Gashuunsukhait-Gantsmod-Eisenbahnstrecke wurde 2024 neu verhandelt, sodass hier der Bau bilateral zwischen der VRC und der Mongolei weitergeführt wird (Ooluun 2025; Interfax 2025). Die Finanzierung übernimmt dabei ein mongolisches Staatsunternehmen, während die Umsetzung des Projekts bei chinesischen Firmen liegt (Chuluunbaatar 2025). Über diese Strecke kann nach der Fertigstellung Kohle aus Tavan Tolgoi, der größten mongolischen Kohleminen, nach China transportiert werden (ebd.).

Somit kann im Fall der Mongolei festgehalten werden, dass China sieben der eigenen selbstdeklarierten Interessen verfolgt. Vor allem die eigene Energieversorgung und -sicherheit kann durch die Projekte im Rahmen des China-Mongolei-Russland-Wirtschaftskorridors gefestigt werden. Ebenso wird die Konnektivität mit Bezug auf Energie- und Schieneninfrastruktur teilweise gesteigert, wodurch der Handel angeregt und erleichtert werden kann. Darüber hinaus sollen neue Infrastrukturverbindungen aufgebaut werden, um neue Regionen in den Markt zu integrieren. So hat China freien Zugang zum mongolischen Energierohstoffmarkt und kann Ressourcen für die eigene Wirtschaft erhalten. Durch den

Aufbau der direkten Verbindungen durch Schieneninfrastruktur kann China den Nachbarstaat enger an sich binden, wie es mit dem Tributsystem beabsichtigt war. Dadurch kann China die eigene Abhängigkeit von weiter entfernten Kohlelieferanten reduzieren, da die Verbindung zu dem Nachbarn Mongolei gestärkt werden. Chinas Energieversorgung und die Lieferketten im Energiebereich können vor globalen Einschränkungen sicherer werden, denn es sind keine weiten Lieferketten nötig, um an die Kohle der Mongolei zu gelangen. Somit werden die selbstdeklarierten Interessen VRC-1, VRC-2, VRC-3, VRC-5, VRC-10, VRC-12 und VRC-13 verfolgt. Dabei wird offensichtlich, dass die ökologische Nachhaltigkeit nicht verfolgt wird, welches das Interesse VRC-4 darstellt. In der Mongolei wird erneut der Widerspruch zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und dem weiteren Ausbau fossiler Energiegewinnung deutlich. Denn China baut weiterhin die Kapazitäten von Kohlekraftwerken aus und fokussiert auf den Import mongolischer Kohle, obwohl dies im klaren Gegensatz zu dem Ruf nach einer grünen Transformation und dem Verfolgen der internationalen Nachhaltigkeitsziele zum Klimaschutz steht. Des Weiteren wird durch das Einbeziehen von Russland in das Großprojekt ebenfalls ein multilateraler Kooperationsrahmen geschaffen. Diese multilaterale Verbindung ist jedoch auch negativ für China, welches anhand des schleppend verlaufenden Schienenausbaus gesehen werden kann. Die Anpassung der Infrastruktur der Mongolei an chinesische Standards und Vorgaben wird lediglich teilweise durchgeführt. Somit können die Interessen VRC-13 durch die multilaterale Kooperation und das Interesse VRC-3 zur Integration und Anpassung nur teilweise vorteilhaft für China umgesetzt werden.

Werden die selbstdeklarierten Interessen, welche beide Akteure in ihren Projekten verfolgen, gegenübergestellt, so kann keine Überschneidung festgestellt werden. Die EU fokussiert auf Nachhaltigkeit, während China klar auf die Versorgung durch fossile Energierohstoffe setzt. Es wird der Unterschied deutlich, dass China stark auf den eigenen Nutzen fokussiert, während die EU darauf fokussiert, dass die Mongolei Nutzen ziehen kann.

Anhand der Kriterien kann in der Mongolei somit nicht auf Kooperation zwischen der EU und der VRC geschlossen werden. Zwar verfolgen die beiden Akteure Ziele in der Energieinfrastruktur und -versorgung, jedoch ohne jegliche institutionelle Verbindung der Projekte. Dabei zielt China auf die verbesserte eigene Versorgung ab, während die EU die Energieversorgung innerhalb der Mongolei verbessern möchte. Die Projekte zeigen ein Grundmaß an Komplementarität, jedoch keine aktive Koordinierung. Ebenfalls findet keine geteilte Finanzierung oder ein Monitoring der Projekte durch den jeweils anderen Akteur statt. Somit kann sowohl Kooperation als auch eine aktive Koordinierung anhand dieser Fallbeispiele in der Mongolei ausgeschlossen werden.

Kriterium	EU	VRC	Maß der Kooperation
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	Einbindung von EU mit EBRD, Mongolei und Japan für Durchführung und Finanzierung	Trilaterale Verbindungen zwischen China, Mongolei und Russland	Keine institutionelle oder multilaterale Verbundenheit
Komplementarität	Modernisierung und Stärkung des Netzes und Integration erneuerbarer Energie in der südlichen Region	Aufbau neuer Transport- und Energieinfrastruktur von Russland und der Mongolei nach China, Kapazitätssteigerung im Energiebereich	Teilweise sektoral komplementär, keine Koordinierung
Transparenz & Informationsaustausch	Umfangreiche Berichterstattung und Monitoring über EBRD, EU und Mongolei; Projektanalysen öffentlich zugänglich (siehe Prebble 2021; EBRD 2022; Ministry Of Energy Of Mongolia, o. J.)	Informationen werden in geringem Ausmaß von den Regierungen veröffentlicht, Studien und Berichte werden erwähnt, sind jedoch nicht öffentlich zugänglich	Kein aktiver Informationsaustausch, nur teilweise transparente Berichterstattung
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	Gemeinsame Finanzierung von EU, EBRD und Mongolei; Technische Unterstützung durch Japan	Finanzierung durch die VRC geplant, sowie durch mongolische Staatsunternehmen	Keine gemeinsame oder geteilte Finanzierung
Wiederholung & Langfristigkeit	Langfristige, wiederholte Kooperation zwischen EU und Mongolei	Langfristige, wiederholte Kooperation zwischen China und der Mongolei	Parallele, unkoordinierte Aktivitäten

Tabelle 4: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Mongolei

8.2 Transportinfrastruktur in Laos

Weitere Infrastrukturprojekte der beiden Akteure befinden sich in Laos, einem engen Partner der VRC (Nitschke und Wientzek 2024, 3). Die Laos-China-Eisenbahn ist ein Projekt der VRC

unter der BRI und verbindet Thailand über Laos mit China (Wilms 2021). Für Laos ist dies eine große Errungenschaft, denn es handelt sich um „the country’s first modern railway line“ (Wilms 2021). Die Strecke zwischen Laos und China wurde im Dezember 2021 fertiggestellt und in Betrieb genommen, und zählt zu den ersten erfolgreich fertiggestellten BRI-Projekten (ebd.). Die 417 Kilometer lange Bahnstrecke innerhalb von Laos führt dabei durch schwer zugängliche, bergige Gegenden und bindet daher ein bisher schlecht angebundenes Nordlaos an die laotische Hauptstadt Vientiane und Kunming in China an (ebd.). Betrieben wird die Bahnstrecke von einem laotisch-chinesischem Joint Venture, bei welchem China Dreiviertel der Anteile besitzt (Wilms 2021; The World Bank 2020, 14). Vor dem Bau der Bahnstrecke hat ein chinesisches Unternehmen eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, welche einen Anstieg des Touristenverkehrs und des Handels vorsah (The World Bank 2020, 19). Die Kosten des Baus wurden durch sowohl die VRC durch die chinesische Export-Import Bank of China als auch die laotische Regierung getragen (ebd., 20). Seither gibt es sehr positive Berichterstattungen durch laotische und chinesische Quellen, welche die Profitabilität und den Erfolg der Bahnstrecke feiern (siehe Xinhua 2024; Sun und Yang 2024; Sisounonth 2025). Doch es gibt auch kritische Stimmen zu dem Projekt, da beispielsweise Zwangsumsiedlungen vorgenommen wurden (Business & Human Rights Resource Centre 2024). Dazu wurden kritische Studien veröffentlicht, welche das Projekt und vor allem die Finanzierung des Projekts untersuchen (siehe Chen 2020; Rowedder 2020; Suhardiman u. a. 2021). Zudem hat Zhang die Medienberichte zur China-Laos-Eisenbahn untersucht und herausgefunden, dass das Projekt breit in den Medien diskutiert wurde (Zhang 2024). Dabei ist festzuhalten, dass Medien aus dem Globalen Norden eher negativer über das Projekt berichteten, während Medien aus dem Globalen Süden ein differenziertes Bild darboten (ebd., 415).

Mit der Eisenbahnstrecke erzielt die VRC ihre Interessen der Förderung der Verbindungen und des Marktzugangs sowie der Integration und der Sicherung der Konnektivität, da neue Gebiete in die Wirtschaft eingegliedert werden können, indem die zuverlässige Bahnverbindung die Konnektivität aufrechterhält. Durch die Verlängerung nach Thailand, welche 2028 vollendet werden soll (Wilms 2021), werden damit ebenfalls die südlichen Märkte angeschlossen. Durch diesen Anschluss sieht ebenfalls die Weltbank die Möglichkeit eines erheblichen Wirtschaftswachstums in Laos (ebd.). Bereits 2024 konnte ein Anstieg des Warenaustauschs zwischen Laos und China festgestellt werden (Tamin 2024). Die Transportkosten wurden erheblich reduziert und die Einbindung der laotischen Wirtschaft in transnationale Waren- und Lieferketten gesteigert (ebd.). Damit erzielt China mehrere selbstdeklarierte Interessen, namentlich VRC-1, VRC-2 und VRC-5 durch den Infrastrukturaufbau und den verbesserten

Zugang zum laotischen Markt, VRC-3 durch eine tiefere Integration, VRC-10 durch Wirtschaftswachstum und VRC-8, da beide Staaten Vorteile aus dem Projekt ziehen können. Ebenso hat sich China durch dieses Projekt als wichtigen diplomatischen Partner für Laos gefestigt (vgl. Wilms 2021), sodass die VRC ihren strategischen Einfluss in Laos und auch in Südostasien ausweiten konnte. Dies entspricht dem Interesse VRC-7. Darüber hinaus führt China noch weitere Projekte in Laos im Rahmen der BRI durch, wodurch die langfristige Beziehung der beiden Staaten, welche seit Dekaden besteht, weitergeführt wird (siehe dazu Gu 2024, 11–12). Beispielsweise werden Bildungsprojekte durchgeführt, durch welche laotische Lehrer:innen in China aus- beziehungsweise weitergebildet werden (ebd., 15). Dies entspricht dem Interesse VRC-9 mit dem Fokus auf Bildung.

Für eine großflächige Nutzung der Laos-China-Bahnstrecke wird laut Wilms (2021) ein unterstützendes Straßennetz in der nordlaotischen Region benötigt, um den Warentransport von abgelegenen Regionen zu ermöglichen und die vorhandenen Handelsmöglichkeiten der Bahnlinie zu nutzen. Dies kann ein Projekt der EU im Rahmen ihrer GGI ermöglichen, der Ausbau der Nationalstraße 2 im Norden von Laos (vgl. Europäische Kommission, o. J.-b). Die Nationalstraße 2 verbindet Vietnam durch Laos mit Thailand, doch befand sich 2020 laut der Weltbank in „poor conditions“ (The World Bank 2020, 22). Durch dieses Projekt sollen bisher schwer erreichbare Gegenden im Norden von Laos angebunden und Vietnam mit Thailand verbunden werden (Hernig 2024). Laut der Weltbank kann durch den Ausbau der Nationalstraße 2 das Transportinfrastrukturnetz von Laos verbessert werden, indem eine Integration und Effektivitätssteigerung durch die Verbindung von Straße und Schiene geschaffen wird (The World Bank 2020, 49). Der Ausbau der Nationalstraße 2 startete Anfang 2024 und soll 2028 fertiggestellt werden (Hernig 2024). Dabei wird das Projekt durch die EU, die Europäische Investitionsbank (EIB) sowie die Weltbank und die laotische Regierung finanziert (Europäische Union 2024). Durchgeführt wird der Bau von drei laotischen und zwei chinesischen Unternehmen mit Beratung durch eine italienische und zwei südkoreanische Firmen (Hernig 2024). Bei den chinesischen Firmen handelt es sich dabei um staatliche Unternehmen (vgl. CJIC, o. J.). Vorab sowie während der Umsetzung des Projekts gibt es mehrere öffentlich zugängliche Studien wie eine Machbarkeitsstudie und eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung, welche auf der Website der Europäischen Investitionsbank und der Website von Early Warning System, einem Projekt zur Unterstützung der Rechenschaftsüberprüfung, zu finden sind (Europäische Investitionsbank 2024; Early Warning System (EWS), o. J.).

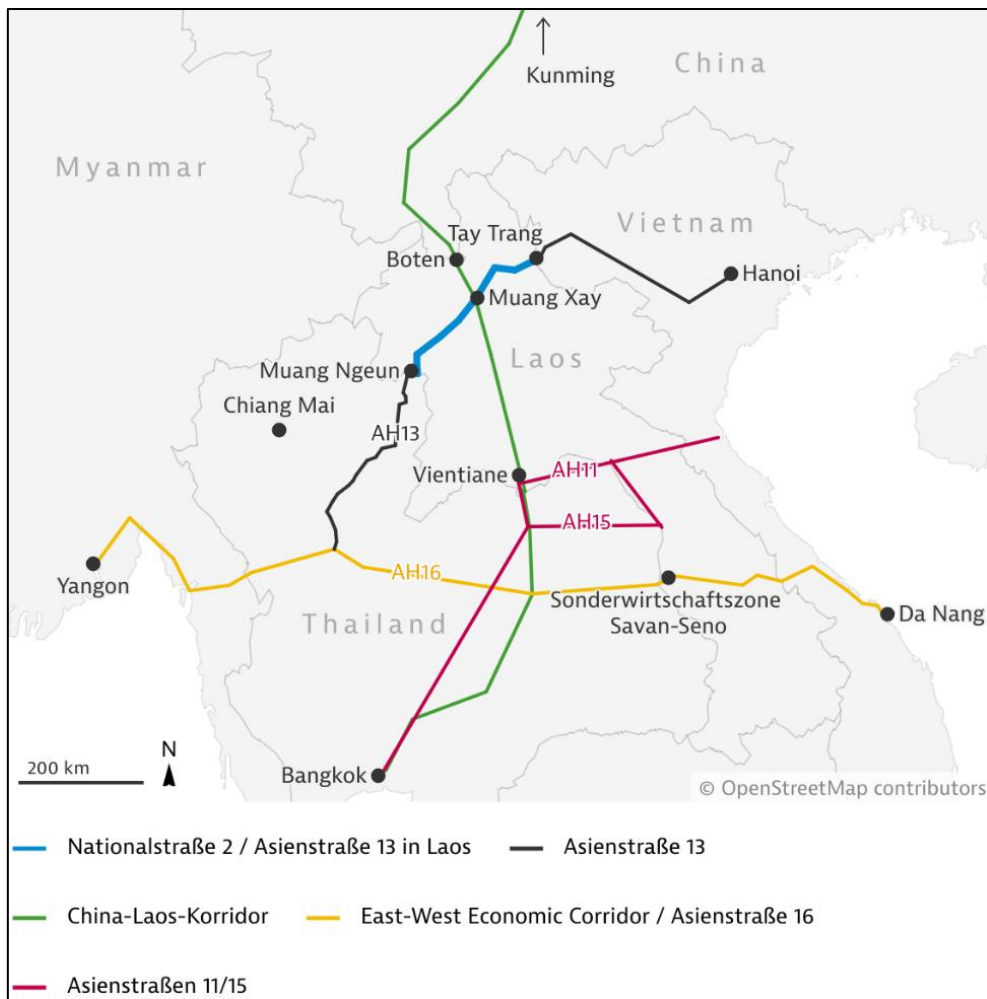


Abbildung 6: Laos Nationalstraße 2 im Netz regionaler Transportkorridore (Herning 2024)

Zudem soll ein Hub für den Warentransport eingerichtet werden, denn die Nationalstraße 2 kreuzt in Muang Xay planmäßig die Laos-China-Eisenbahn (Hernig 2024). Darüber hinaus soll neben dem Ausbau der Straße die Verkehrsrouten gegen klimabedingte Zerstörung beispielsweise durch Erdbeben und Überschwemmung abgesichert werden, um die Straße dauerhaft nutzbar und widerstandsfähig zu machen (ebd.). Dies ist besonders wichtig, da Laos lediglich über ein schlecht ausgebautes und weitestgehend unbefestigtes Straßennetz aufgrund der bergigen und unzugänglichen Geografie des Landes verfügt (Tamin 2024). Durch diesen Fokus verfolgt die EU ihr Interesse der widerstandsfähigen Lieferketten und der Anbindung neuer Märkte und Regionen.

Bei diesem Projekt verfolgt die EU somit sechs ihrer sieben selbstdeklarierten Interessen, denn durch die hochwertige Infrastruktur werden Verbindungen geschaffen und der Zugang zu neuen Regionen hergestellt, welches EU-1 und EU-2 entspricht. Dabei werden ebenfalls neue Möglichkeiten für Handel ausgebaut, wobei ebenfalls ein Wirtschaftswachstum erzielt werden kann. Daher wird ebenfalls das Interesse EU-10 verfolgt. Zudem wird klimaresiliente

Infrastruktur gebaut, welches die Interessen EU-4 und EU-5 darstellen. Die ausgebaute Straße wird zudem einen Nutzen für Laos bieten, sodass sich die EU als gute Partnerin darstellen kann. Ebenso geht die EU transparent vor, wie im Interesse EU-8 deklariert. Durch die gemeinsame Finanzierung leistet die EU nachhaltige Investitionen und verfolgt das Interesse EU-6.

Das Projekt der GGI kann auf den ersten Blick mit dem BRI-Projekt der Laos-China-Eisenbahn verbunden werden. Durch die beiden Projekte entsteht ein Infrastrukturnetz, welches die vier Staaten Laos, Thailand, Vietnam und China verbindet und somit den Warentransport anregen und vereinfachen kann. Dadurch wird ebenfalls die Verbindung zu Häfen geschaffen, wodurch ebenfalls der Handel mit der EU angeregt werden kann (Wilms 2021). Diese Art der Erschließung neuer Regionen und Vereinfachung des Handels ist im Interesse sowohl der EU als auch der VRC. Doch Hernig (2024) kritisiert, dass die Nationalstraße 2 für den internationalen Warentransport unbedeutend sei und der Umschlagplatz mit Verbindung zur Laos-China-Eisenbahn lediglich in einigen Jahren gebaut werde. Vielmehr seien die bereits bestehenden Asienstraßen 11, 15 und 16 bedeutender und bereits stark genutzte Transportwege in der Region (Hernig 2024).

Anzumerken mit Blick auf die EU ist, dass es sich bei Laos um einen kommunistisch-autoritären Staat wie der VRC handelt, welcher von der Laotischen Volksrevolutionären Partei im Einparteiensystem regiert wird (Croissant 2022, 218). Heutzutage fokussiert sich die Regierung auf die Steigerung der Lebensqualität und wirtschaftlichen Entwicklung, um ihre Legitimität zu sichern (ebd., 223). Die EU ist dennoch seit 1997 in der EZA in Laos aktiv und hat langjährige diplomatische Beziehungen mit Laos (Press and Information Team of the Delegation to Laos 2021). So wird ebenfalls in Nachhaltigkeitsprojekte im Bereich der Agrarwirtschaft und des Umweltschutzes investiert (ebd.). Dies zeigt, dass die EU im Fall von Laos mit einem nicht-demokratischen Staat zusammenarbeitet. Der Fokus auf demokratische Werte und derartige Ansprüche der EU treten in diesem Fall klar in den Hintergrund. Das Interesse EU-7 für die Stärkung des strategischen Einflusses wird somit nicht verfolgt.

Vielmehr kann an diesen Projekten in Laos gesehen werden, dass die EU innerhalb ihres Projektes mit China kooperiert, da die Durchführung durch chinesische Firmen geschieht. Der Anspruch der EU, Infrastruktur frei von chinesischem Einfluss zu bauen, ist damit teilweise widerlegt. Die Nationalstraße 2 ist nur in Verbindung mit der Laos-China-Eisenbahn, welche durch China gebaut und kontrolliert wird, sinnvoll und nützlich für die europäische Wirtschaft. Obwohl die Projekte sich ergänzen, kann anhand dieses Beispiels keine aktive Koordinierung oder Kooperation der EU und China festgestellt werden. Es gibt weder institutionelle noch

multilaterale Überschneidungen, noch gibt es eine gemeinsame Finanzierung. Die Ziele sind zudem unterschiedlich, einzig überschneidet sich der Aspekt der Transportinfrastruktur und somit der Aspekt der Verbindungen und des besseren Zugangs zu Märkten. Es gibt zudem kein Monitoring des jeweils anderen und auch keine länger bestehende Zusammenarbeit zwischen der EU und der VRC in Laos. Es findet weder eine Koordinierung noch eine Kooperation in Laos statt.

Kriterium	EU	VRC	Maß der Kooperation
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	Projektbasierte Zusammenarbeit zwischen EU und Laos sowie multilateraler Institutionen	Deutliche bilaterale Zusammenarbeit zwischen Laos und VRC (Joint-Venture)	Keine gemeinsame institutionelle Verbindung, China lediglich Auftragnehmer der EU
Komplementarität	Ausbau und Sicherung der Straßenverkehrsinfrastruktur zwischen Thailand, Laos und Vietnam; Hub in Muang Xay	Ausbau der Bahninfrastruktur zwischen VRC, Laos und Thailand sowie Handelserleichterung	Mögliche funktionale Überschneidung, keine aktive Koordinierung
Transparenz & Informationsaustausch	Öffentlich zugängliche Studien zum Projekt und dessen Auswirkungen; Transparenzstandards der Weltbank und EU	Studien durch Weltbank und Forscher:innen zum Projekt; Veröffentlichungen durch VRC und Laos	Kein direkter Informationsaustausch, begrenzte Transparenz
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	Gemeinsame Finanzierung durch EU, EIB und Weltbank	Finanzierung durch die VRC und Laos	Keine gemeinsame oder geteilte Finanzierung
Wiederholung & Langfristigkeit	Langjährige Zusammenarbeit von EU und Laos mit weiteren Projekten	Langfristige und wiederkehrende Zusammenarbeit von China und Laos	Langfristige unabhängige Präsenz beider Akteure

Tabelle 5: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Laos

8.3 Transportkorridore in Kenia

Kenia und China verbinden langjährige diplomatische Beziehungen (Anami 2024, 9). Im Rahmen des Normalspur-Bahnprojekts in Kenia hat China bereits Abschnitte von Bahninfrastruktur gebaut (Taylor 2023, 180). Bereits 2014 haben Kenia und China beschlossen, die 472 Kilometer lange Verbindung von der Hafenstadt Mombasa bis zur Hauptstadt Nairobi zu bauen (Anami 2024, 7). Das Projekt verbindet die BRI mit der Entwicklungsstrategie *Kenya Vision 2030* der kenianischen Regierung (Taylor 2023, 180). 2017 wurde die Strecke fertiggestellt (Anami 2024, 7; Muthiani 2024). Es wurden 90 % von der Export-Import Bank of China und die restlichen 10 % von Kenia finanziert (Anami 2024, 2). Die zweite Route von Nairobi nach Naivasha, 120 Kilometer Schienen, wurde ebenfalls durch die Export-Import Bank of China finanziert (ebd.). Den Bau übernahm die China Road and Bridge Corporation, wobei der Bau auf chinesischen Standards beruht (Anami 2024, 7; Muthiani 2024). Die Bahnstrecke hat nicht nur neue Arbeitsplätze um die Bahnstrecke herum geschaffen, sondern auch positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum Kenias erwirkt (Anami 2024, 4; Muthiani 2024). So werden die Wirtschaft und Anbindung des Inlands gestärkt und die Transportkosten reduziert (Anami 2024 202, 6). Neben der Bahninfrastruktur hat China ebenfalls Autobahnen in und um Nairobi gebaut, wie den Nairobi Expressway vom Flughafen zur Stadt, sowie weitere Straßenverbindungen wie zwischen der Hafenstadt Lamu und der im Inland gelegenen Stadt Garissa (Anami 2024, 5; Muthiani 2024).

Kritik an dem Normalspur-Bahnprojekt startete als 2020 das kenianische Berufungsgericht entschied, die Vergabe des Projekts der Mombasa-Nairobi-Strecke an die China Road and Bridge Corporation war nicht rechtmäßig und nach einer öffentlichen Ausschreibung geschehen, welches gegen kenianisches Recht verstößt (Anami 2024, 9). Ebenso hat das Projekt hohe Schulden für Kenia angehäuft (ebd.). Eine Machbarkeitsstudie, welche vom chinesischen Unternehmen China Road and Bridge Corporation vorab durchgeführt wurde, hat den Profit der Bahnstrecke zwischen Mombasa und Nairobi stark überschätzt, ohne Argumente oder Belege für diese Schlussfolgerung darzulegen (Taylor 2023, 183). Studien anderer Unternehmen befanden den Neubau der Normalspur-Bahnstrecke für unprofitabel und schlugen den Ausbau der bestehenden Meterspur-Bahnstrecke vor (ebd., 184). Das BRI-Projekt bleibt damit auch nach der Fertigstellung der Bahnstreckenabschnitte umstritten. Auch die kenianische Regierung veröffentlicht unterschiedliche und nicht nachvollziehbare Zahlen bezüglich des Umsatzes und der Profitabilität der fertigen Bahnstrecke (ebd., 185). Dennoch haben China und Kenia 2025 eine Weiterführung der Bahnstrecke von Naivasha bis an die Grenzstadt Malaba als Verbindung nach Uganda geplant (Africa Supply Chain Magazine

2025). Diese soll durch chinesische und kenianische Investitionen sowie öffentlich-private Partnerschaften finanziert werden (ebd.). Darüber hinaus führt China im Rahmen der BRI weitere Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des Mombasa Hafens und den Ausbau der digitalen Kommunikationsinfrastruktur durch (Rarieya und de Vicente 2024). Durch die Vielzahl an Projekten vertiefen Kenia und China ihre Verbindungen, sowohl wirtschaftlich als auch diplomatisch (ebd.).

So verfolgt China in Kenia ebenfalls die Interessen der Anbindung und Erschließung neuer Regionen, wodurch der Marktzugang wie in VRC-2 gefordert gestärkt wird. Durch die Bahnstrecke kann der Handel mit dem Inland und den Binnenstaaten wie Uganda erleichtert werden und die Lieferketten sicherer gestalten werden, wie mit dem selbstdeklarierten Interesse VRC-5 gefordert. Zudem kann durch die neuere Bahnstrecke die Effizienz gesteigert werden, wobei ebenfalls Transportkosten reduziert werden können. Wie im Interesse VRC-10 beschrieben werden zudem Arbeitsplätze geschaffen und Wirtschaftswachstum erzielt. Durch die vermehrten Projekte vertieft sich die Kooperation zwischen Kenia und China, welches mit der Verfolgung des Interesses VRC-13 übereinstimmt. Aufgrund der starken Kritik an dem Bahnprojekt kann sich China jedoch nicht als guten Partner (VRC-8) darstellen, da die Bevölkerung die Zusammenarbeit mit der VRC kritisch sieht. Doch ist das Projekt der Bahnstrecke von Kenia gewollt und mitfinanziert. Es bringt auch Vorteile für Kenia. Daher zeigt das Projekt ein sowohl positives wie negatives Fazit bezüglich des Interesses VRC-8: Die VRC als bevorzugte Partnerin. Auch das Interesse VRC-6 wird missachtet, da das Projekt nicht nachweisbar profitabel ist. Somit ist die Praxis in Kenia teilweise im Widerspruch zu Chinas selbstdeklarierten Interessen.

Im Rahmen der GGI ist auch die EU in Kenia aktiv. Der strategische Korridor Mombasa-Kisangani ist Teil des Nördlichen Korridors in Ostafrika (Europäische Union 2023). Hierbei sollen Kenia und die demokratische Republik Kongo über Uganda verbunden werden (Europäische Union 2023; Arbouch und Pelkes 2024, 10). Durch den Ausbau des Straßennetzes sowie die Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs durch digitale Zollabfertigungen soll der Handel erleichtert und die Transportzeit reduziert werden (Arbouch und Pelkes 2024, 10). Das Projekt des Korridor Mombasa-Kisangani besteht aus vier Phasen, wovon der Korridor Mombasa-Kilifi der erste fertiggestellte Abschnitt ist (Europäische Union 2023). Dabei handelt es sich um eine Autobahn zwischen der Hafenstadt Mombasa und der nördlicher gelegenen Hafenstadt Kilifi, welche auf einer Länge von 54 Kilometern saniert und ausgebaut wurde (ebd.). Dabei wurde ebenfalls ein elektrisches Schnellbussystem eingeführt, um die Anbindung zwischen den Städten zu steigern (ebd.). Laut Gili und d'Ambrosio Lettieri kann sich der Hafen

in Kilifi durch die Verbindungsstraße zu Mombasa „zum größten Hafen in Ostafrika“ (Gili und d’Ambrosio Lettieri 2023) entwickeln, welches einen zweiten Großhafen an der Küste Kenias bedeuten würde. Durch die verbesserte Anbindung kann die Wirtschaft angekurbelt werden und der Wohlstand steigen (vgl. ebd.).

Zwischen der EU und der Afrikanischen Entwicklungsbank gibt es ein Partnerschaftsabkommen, um im Rahmen der GGI die Infrastruktur in Afrika zu verbessern und aufzubauen (Arbouch und Pelkes 2024, 9). Der Nördliche Korridor ist ein Projekt, welches durch diese Partnerschaft finanziert wird (ebd.). Finanziert wird der strategische Korridor Mombasa-Kisangani von der EIB, Frankreich und Deutschland sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank (Europäische Union 2023; Eickhoff 2023, 5–6). Für die Durchführung der Projekte erhalten laut Eickhoff jedoch oft chinesische Firmen die öffentlich ausgeschriebenen Aufträge, obwohl die Finanzierung durch europäische Banken erfolgt (Eickhoff 2023, 9). Die chinesischen Firmen können die Durchführung des Baus kostengünstiger umsetzen (ebd.). Dennoch findet aufgrund der schlechten Informationslage zu chinesischen Projekten keine Koordinierung der EU-Projekte mit den BRI-Projekten statt (ebd.).

Die EU hat bereits vor der GGI in Kenia das Straßennetz im Rahmen des Nördlichen Korridors aufgebaut. So wurde der Straßenabschnitt zwischen der zentral gelegenen Stadt Eldoret und Malaba, eine Grenzstadt zu Uganda, von der EU finanziert (Europäische Union 2018). Neben diesen Transportinfrastrukturprojekten hat die EU ebenfalls in die Energieinfrastruktur mit Fokus auf erneuerbare Energien sowie in Wasser-Versorgungsinfrastruktur investiert (ebd.). Somit besteht eine langjährige und wiederholte Zusammenarbeit der EU und Kenias. Durch den Ausbau des Straßennetzes des Nördlichen Korridors können Regionen Kenias an das Infrastrukturnetz angebunden und stärker in den internationalen Handel integriert werden. Damit wird das selbstdeklarierte Interesse EU-2 verfolgt. Die EU erschafft Verbindungen zu neuen Märkten und baut sichere Infrastruktur auf. Zudem wird der grenzüberschreitende Handel stärker digitalisiert, welche eine teilweise Abdeckung des Interesses EU-9 zur Digitalisierung darstellt. Durch die Projekte kann die EU in geringem Maße ihren strategischen Einfluss ausweiten, da sichtbare Verbesserungen für die kenianische Bevölkerung gebracht werden, beispielsweise durch das Bussystem zwischen den Städten. Dies deckt das Interesse EU-8 ab und stellt die EU positiv dar. Da das Bussystem zudem elektrisch ist, wird damit ein Beitrag zum Interesse EU-4 zur Nachhaltigkeit geleistet. Durch die Anbindung von Kilifi kann die EU dabei einen Zweithafen in Kenia aufbauen, welcher weniger durch chinesische Investitionen beeinflusst ist. Dadurch kann der Handel zwischen Kenia und der EU angekurbelt werden und Wirtschaftswachstum erzielt werden. Somit wird strategische Infrastruktur

ausgebaut, wie in EU-5 gefordert und neue Möglichkeiten für Wachstum geschaffen, welches EU-10 entspricht. Somit deckt die EU in Kenia die Hälfte ihre Interessen ab. Zudem steht das Projekt in keinem Widerspruch mit anderen selbstdeklarierten Interessen der EU.

Kriterium	EU	VRC	Maß der Kooperation
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	Multilaterale Verbindungen zwischen EU, EU-Mitgliedstaaten, Kenia und der Afrikanischen Entwicklungsbank	Bilaterales Projekt zwischen Kenia und der VRC	Keine Verbindung zwischen EU und VRC nachweisbar
Komplementarität	Aus- und Aufbau des Straßennetzes zwischen Mombasa und Uganda, Vereinfachen des grenzüberschreitenden Handels	Aufbau von Bahninfrastruktur zwischen Mombasa und Uganda	Potenzial für Komplementarität der Resultate, jedoch nicht aktiv verfolgt, Projektwettbewerb
Transparenz & Informationsaustausch	Veröffentlichungen der EU, keine Studien zum Korridor Mombasa-Kilifi auffindbar, Studien zu anderen Phasen teilweise auffindbar (Europäische Investitionsbank 2020)	Veröffentlichungen von China und Kenia nicht vertrauenswürdig; mehrere Nachrichtenartikel und Forschungsberichte vorhanden	Informationslage bei EU eher gering, Transparenz eingeschränkt bei VRC, kein aktiver Austausch
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	Finanzierung durch die EU und EU-Mitgliedsländer sowie Afrikanischer Entwicklungsbank	Finanzierung durch China, Kenia und öffentlich-private Partnerschaften	Keine geteilte oder gemeinsame Finanzierung vorhanden
Wiederholung & Langfristigkeit	Wiederholt Projekte in Kenia, ohne Einbindung Chinas	Mehrere Projekte im Rahmen der BRI	Individuelle langfristige Zusammenarbeit mit Kenia

Tabelle 6: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Kenia

Bei einer Gegenüberstellung der Verfolgung der selbstdeklarierten Interessen der EU und der VRC in Kenia kann gesehen werden, dass beide Akteure unabhängig voneinander neue Verbindungen schaffen und somit Kenias Inland weiter in den Welthandel integrieren. Die Projekte führen positiv zu einem allgemeinen Wirtschaftswachstum. Die EU kann sich dabei als positive Partnerin darstellen, während bei der VRC das Bild gemischt ist. Die restlichen verfolgten Interessen divergieren stark, da die EU einen Fokus auf Digitalisierung legt. Durch die ähnlichen Ziele des Aus- und Aufbaus der unterschiedlichen, teilweise parallel verlaufenden Infrastruktur wird die Konkurrenz zwischen den Akteuren in Kenia sichtbar. Die Kriterien zur Messung der Kooperation zeigen am Fallbeispiel Kenia keine Kooperation oder geplante Koordinierung zwischen der EU und der VRC auf. Es gibt sektorale und geringe geografische Überschneidungen, wobei sowohl die EU als auch die VRC auf eine Vereinfachung des Warentransports und Ausweitung der Verkehrsinfrastruktur abzielen. Jedoch kann keine aktive Zusammenarbeit oder Koordinierung gefunden werden.

Vielmehr zeigen die Transportinfrastrukturprojekte in Kenia einen Wettbewerb zwischen der EU und der VRC in diesem Bereich auf. Beide Akteure bauen individuelle Infrastruktur auf, welche sich nicht zwingend ergänzt. Die Transparenz ist dabei auf beiden Seiten eingeschränkt. Vor allem fällt die VRC durch Falschdarstellungen auf. Die Finanzierung findet getrennt statt. Da Transportinfrastruktur ein ausschlaggebender Punkt für Handel ist, können beide Akteure ihren Handel mit dem afrikanischen Staat ankurbeln und ihre Zusammenarbeit mit Kenia stärken. Obwohl von der EU chinesische Firmen für die Umsetzung des Mombasa-Kilifi-Korridors eingesetzt wurden, kann keine Kooperation zwischen den Regierungen festgestellt werden. Es handelt sich dabei lediglich um wirtschaftliche Aufträge.

8.4 Wasserkraftwerke und Straßeninfrastruktur in Fidschi

Die Wasserkraftprojekte Qaliwana und Vatutokotoko auf Viti Levu in Fidschi sind Projekte der EU im Rahmen der Green-Blue Alliance for the Pacific, einem Teilbereich der GGI für die pazifischen Inseln (Europäische Kommission, o. J.-c). Viti Levu ist die Hauptinsel Fidschis (Energy Fiji Limited 2021, 4). Die Kraftwerke sollen die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieressourcen steigern, sodass Fidschi weniger auf fossile Energieressourcen angewiesen ist (ebd.; Europäische Kommission, o. J.-a). Dies ist im Einklang mit dem Ziel der Regierung Fidschis, bis 2035 hauptsächlich erneuerbare Energiequellen zu nutzen (Europäische Kommission, o. J.-a; Europäische Investitionsbank 2023). Für das Projekt haben die EIB und die Energy Fiji Limited, das fidschianische Versorgungsunternehmen, eine Absichtserklärung unterzeichnet (Europäische Investitionsbank 2023). Neben diesem Projekt ist die EIB und somit

die EU bereits an anderen Wasser- und Abwasserprojekten in Fidschi beteiligt (ebd.). Mithilfe der Wasserkraftwerke soll zum einen die Energiesicherheit gestärkt und zum anderen der Klimaschutz vorangetrieben werden. Durch beide Kraftwerke kann der Anteil der erneuerbaren Energien an dem Strommix auf Viti Levu um 15 % erhöht werden (Europäische Kommission, o. J.-a). Dazu soll für das Wasserkraftwerk Qaliwana am Fluss Wailoa ein 63 Meter hoher Staudamm erbaut und die Kapazität des Kraftwerks gesteigert werden (Europäische Kommission, o. J.-c; Studio Pietrangeli, o. J.). Das Wasserkraftwerk Vatutokotoko soll als das erste von drei Kraftwerken im Kaskadenschema am unteren Teil des Flusses Ba gebaut werden (ebd.). Ebenso sollen für beide Kraftwerke Zufahrtsstraßen und Tunnel sowie Leitungen gebaut werden (Energy Fiji Limited 2021, 11–12; Studio Pietrangeli, o. J.).

Die EU hat für diese Vorhaben Machbarkeitsstudien finanziert und durchgeführt (Europäische Kommission, o. J.-a; Energy Fiji Limited 2021, 10). Diese Studien umfassen dabei technische, ökologische und soziale Prüfungen und sind nicht öffentlich verfügbar (Europäische Kommission, o. J.-a). Zudem hat Energy Fiji Limited ein öffentliches Angebotsverfahren ausgeschrieben, welches von 2021 bis 2023 lief (Energy Fiji Limited 2021, 4). Das Resultat des Verfahrens ist nicht bekannt. Die Durchführung des Projekts soll durch die Energy Fiji Limited und das Studio Pietrangeli, einem italienischen Consultingunternehmen, begleitet werden, wobei die EIB und die EU durch Finanzierung, technische Unterstützung und die erwähnten Machbarkeitsstudien unterstützt (Energy Fiji Limited 2021, 10). Ebenso soll die private Wirtschaft involviert werden (Europäische Kommission, o. J.-c; Studio Pietrangeli, o. J.). Im Jahr 2025 befinden sich die Projekte weiterhin in der Planungs- und Evaluierungsphase. Dazu wird weiterhin geprüft, ob der Qaliwana-Damm erhöht werden kann (Europäische Kommission, o. J.-a).

Mit den Projekten der Wasserkraftwerke in Fidschi zielt die EU auf die Steigerung der ökologischen Nachhaltigkeit in der Energiebranche des Inselstaats ab. Durch die Anwesenheit in Fidschi kann die EU ebenfalls eine stärkere Partnerschaft zu dem pazifischen Staat aufbauen. Neben den Wasserkraftwerk-Projekten bauen Fidschi und die EU auf erweiterte wirtschaftliche Partnerschaften und die stärkere Einbindung Fidschis in die Weltwirtschaft (Fiji Ministry of Foreign Affairs 2025). Die EU baut durch das Projekt ihre Präsenz in Fidschi weiter auf. Mit diesem Vorgehen in Fidschi verfolgt die EU das selbstdeklarierte Interesse EU-7 der Steigerung des strategischen Einflusses im Raum der pazifischen Inseln. Zudem ist die Zusammenarbeit mit der Energy Fiji Limited inklusiv, wodurch die EU sich positiv darstellen kann, wie im selbstdeklarierten Interesse EU-8 gefordert. Vor allem ist dieses Projekt auf grünen und nachhaltigen Wandel in der Energieversorgung aus, wodurch ein nachhaltiger

Ressourcenverbrauch bekräftigt wird. Dies entspricht der Verfolgung des selbstdeklarierten Interesses EU-4.

Anders als die EU ist die VRC auf Vanua Levu aktiv, der zweitgrößten Insel Fidschis. Bereits 2018 haben die VRC und Fidschi im Rahmen der BRI eine Absichtserklärung unterzeichnet, welches die seit 50 Jahren bestehenden diplomatische Verbindungen verstärkt (Parliament of the Republic of Fiji 2024, 756). Derzeit plant die VRC den Ausbau des Straßennetzes auf der Insel, indem drei Straßen und 26 Brücken und Überquerungen erneuert werden (Vucukula 2025). Genauer geht es um die Nabouwalu-Makolei-Straße in der westlichen Provinz Bua sowie die in der Provinz Cakaudrove gelegenen Natewa-Westküsten-Straße und die provinzübergreifende Straße zwischen Nabalebale über Naviavia nach Dawara (Office of the Prime Minister Fiji 2024; Parliament of the Republic of Fiji 2024, 756). Dafür haben die beiden Regierungen 2024 einen formalen schriftlichen Austausch mit Ziel eines Abkommens gestartet (Fiji Ministry of Foreign Affairs 2024). 2025 wurde eine Machbarkeitsstudie abgeschlossen (Vucukula 2025; Office of the Prime Minister Fiji 2024). Derzeit läuft die weitere Planung der Straßenabschnitte durch China (Singh 2025). Die Fertigstellung wird mit voraussichtliche 2028 angegeben (Office of the Prime Minister Fiji 2024). Finanziert wird das Projekt über die chinesische Nationale Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit (China International Development Cooperation Agency) (Office of the Prime Minister Fiji 2024) und von verschiedenen fidschianischen Ministerien durch Wissen und Erfahrungen bezüglich Fidschi unterstützt (Vucukula 2025).

Die verbesserten Straßen, Brücken und Überquerungen binden Schulen und Gemeinden besser an und erleichtern somit ebenfalls die (medizinische) Versorgung der Gegenden (Fiji Ministry of Foreign Affairs 2024; Parliament of the Republic of Fiji 2024, 757). Zudem kann durch die asphaltierten Straßen die Anbindung auch bei Überschwemmungen und den häufigen Zyklonen gesichert werden (Office of the Prime Minister Fiji 2024; Parliament of the Republic of Fiji 2024, 757). Dies trägt ebenfalls zur Verkürzung der Transportzeiten bei und kann dadurch die Wirtschaft in den Regionen anregen (ebd.). Die VRC und Fidschi bauen zudem den Export fidschianischer Waren nach China aus, welches durch die verbesserte Anbindung dieser Regionen vertieft werden kann (Singh 2025). Ebenso kann es zum Ausbau der Wasserkraftwerke auf Vanua Levu beitragen und andere Projekte durch die verbesserte Straßeninfrastruktur unterstützen (Office of the Prime Minister Fiji 2024; Parliament of the Republic of Fiji 2024, 757). Darüber hinaus stärkt China seine Verbindungen mit Fidschi im Bildungsbereich, indem China „scholarships, training courses, and technological support“ (Singh 2025) zur Verfügung stellt.

Kriterium	EU	VRC	Maß der Kooperation
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	Institutionelle Verbundenheit zwischen EU und Fidschi durch Abkommen	Bilaterales Abkommen und Absichtserklärungen zwischen VRC und Fidschi	Keine multilaterale oder institutionelle Verbundenheit
Komplementarität	Ausbau der ökologisch-nachhaltigen Energiekapazitäten auf Viti Levu, sichere Energieversorgung der Insel	Ausbau der Straßeninfrastruktur auf Vanua Levu und Stärkung der Wirtschaft und Anbindung	Keine geografische Überschneidung, gering komplementär für Fidschis allgemeine Entwicklung
Transparenz & Informationsaustausch	Machbarkeitsstudien nicht öffentlich zugänglich, keine weiteren Studien vorhanden, kaum Veröffentlichungen zu den Projekten	Machbarkeitsstudie nicht öffentlich, kaum Nachrichtenartikel vorhanden, sehr geringe Veröffentlichungen der Regierungen	Kein aktiver Informationsaustausch und geringe Transparenz bei beiden Akteuren
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	Finanzierung durch EU und deren Institutionen	Finanzierung durch VRC	Vollkommen getrennte Finanzierung
Wiederholung & Langfristigkeit	Wiederholte Projekte der EU in Fidschi	Wiederholte Projekte der VRC in Fidschi	Individuelle bilaterale Kooperation mit Fidschi

Tabelle 7: Übersicht der Kooperationskriterien im Fallbeispiel Fidschi

Durch das Straßenprojekt in Fidschi kann die VRC ihr selbstdeklariertes Interesse der Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs (VRC-2) und das Interesse der Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten (VRC-5) stärken, da schlechter angebundene Regionen auf Vanua Levu stärker und vor allem stabiler an den Welthandel angebunden werden. Dies ist an dem Ausbau des Exports nach China von fidschianischen Produkten zu

sehen. So wird ebenfalls die Kooperation ausgebaut, wodurch das selbstdeklarierte Interesse VRC-13 verfolgt wird. Ebenso kann laut Machbarkeitsstudie ein Wirtschaftswachstum erzielt werden, welches das selbstdeklarierte VRC-10 abdeckt. Somit verfolgt China mehrere Interessen in dem Inselstaat Fidschi.

Die Projekte auf Fidschi sind die wohl am weitesten entfernten Projekte der EU und der VRC, welche in dieser Studie betrachtet wurden. Anhand der Kriterien zur Messung von Kooperation kann jedoch auch im Fall Fidschi keine Kooperation zwischen der EU und der VRC festgestellt werden. Beide Akteure agieren auf unterschiedlichen Inseln, sodass die Projekte geografisch getrennt stattfinden. Die Projekte sind dazu nicht direkt komplementär, lediglich mit Blick auf die Entwicklung Fidschis kann eine geringe Komplementarität festgestellt werden. Beide Projekte haben positive Auswirkungen auf die Entwicklung und Stärkung der Wirtschaft auf Fidschi. Die institutionelle Verbundenheit findet bilateral mit Fidschi statt. Ebenfalls ist die Finanzierung durch den jeweiligen Akteur und somit vollständig voneinander getrennt. Für die Projekte auf Fidschi ist sowohl bei der EU als auch der VRC eine geringe Transparenz nachzuweisen. Obwohl beide Projekte bereits abgeschlossene Machbarkeitsstudien haben und sich in der weiteren Planungs- und Durchführungsphase befinden, gibt es wenige direkte Veröffentlichungen und keine Berichte der Regierungen, sowie eine geringe Anzahl an Medienberichten. Die EU und die VRC verfolgen bei diesen Projekten keine ähnlichen Interessen, außer den Aufbau einer stärkeren Präsenz beider Akteure auf Fidschi. Somit wird deutlich, dass beide verstärkt auf Fidschi aktiv sind und sich selbst als bessere Partnerin darstellen wollen. Dies zeigt eine Konkurrenz um strategischen Einfluss auf, welches sich weiter negativ auf Kooperation auswirkt. Aufgrund dieser Ausführungen kann weder von einer Kooperation noch von einer Koordinierung der Projekte ausgegangen werden.

9 Conclusio: Fehlende Kooperation & Koordinierung im Indo-Pazifik

Diese Arbeit beleuchtet die Strategien der EU und der VRC für den geografischen Raum Indo-Pazifik, wodurch beide Akteure geopolitischen und geoökonomischen Einfluss ausüben. Geopolitische Einflussnahme wird durch die geografischen Lage, Demografie, infrastrukturellen Verbindungen, sowie Ressourcenverteilung von Staaten mit dem Ziel der Wahrung der eigenen Sicherheit und Stabilität ausgeübt, während geoökonomische Einflussnahme den Aspekt der Machtausübung durch wirtschaftliche Instrumente zum Vorteil der eigenen Wirtschaft und dem Erzielen eigener nationaler Interessen inkludiert. Die VRC hat dafür die BRI und die GDI veröffentlicht. Die EU hat ihre GGI und EU-Indo-Pazifik-Strategie. Der Fokus beider Akteure ist der Infrastrukturaufbau im Indo-Pazifik. Die EU versucht zudem, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. So bezeichnet die EU China sowohl als Partner als auch als Rivale und Wettbewerber. Es soll in Bereichen wie den SDGs und der EZA zusammengearbeitet werden, während im politischen Bereich eine Rivalität der unterschiedlichen Systeme vorherrscht.

Der neoliberale Institutionalismus nach Keohane und Nye beruht auf der Annahme, dass bei gemeinsamen Interessen Akteure eine Kooperation eingehen können. Dies benötigt den Willen und das aktive Handeln der Akteure, um die Politiken zu koordinieren. So müssen beide Akteure Vorteile aus der Kooperation ziehen können und ihre individuellen Interessen vertreten sehen. Vorteilhaft dafür ist, wenn beide in demselben internationalen Regime sind, da internationale Regime die Kooperation durch gemeinsame Prinzipien, Normen, Regeln und Regulierungen, Entscheidungsverfahren, finanziellen Verpflichtungen und gegenseitigen Erwartungen fördern. Internationale Regime können dabei gewandelt werden. Ein Regimewandel ist ein Vorgang, wo die Normen, Regeln und Werte des Regimes angepasst und abgewandelt werden. Dies kann beispielsweise durch den Aufbau neuer Institutionen geschehen.

Basierend auf dem Argument von Gerstl und Nieschalke (2024), dass die EU wenigstens einen Grad an Koordination mit der VRC im Indo-Pazifik benötigt, wird in dieser Studie argumentiert, dass trotz der Systemrivalität durch geteilte Interessen die Kooperation und Partnerschaft bestehen bleibt. Bei unterschiedlichen Interessen rückt die Rivalität in den Vordergrund und verhindert Kooperation. Daher wurde argumentiert, dass die wirtschaftlichen Interessen überlappen, wodurch Kooperation im wirtschaftlichen Bereich vorherrschen sollte, während die politischen und strategischen Bereiche kollidieren, wodurch der Rivalitätsgedanke

steigt. Daraus ergab sich die folgende leitende Forschungsfrage: Welche selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen verfolgen die EU und China durch ihre geopolitischen und geoökonomischen Strategien und Entwicklungsprojekte im Indo-Pazifik? Wie stehen diese Interessen im Verhältnis zueinander? Drei untergeordnete Fragen wurden formuliert: 1) Welche wirtschaftlichen Interessen formulieren die VRC und die EU mit ihren geopolitischen und geoökonomischen (Entwicklungs-)Strategien für die Region des Indo-Pazifiks? 2) Wie verhalten sich die selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der VRC und der EU zueinander? 3) Wie manifestieren sich diese Interessen in den konkreten Entwicklungsprojekten der Initiativen im Indo-Pazifik?

Der Begriff Indo-Pazifik wurde als der von der EU definierte geografische Raum von der afrikanischen Ostküste bis zu den pazifischen Inseln über Zentralasien definiert. Es ist ein Begriff, mit welchem China als Gefahr hervorgehoben wird, und welcher daher von China abgelehnt wird. Die VRC nutzt weiterhin den Begriff Asien-Pazifik, welcher eine kleinere geografische Region bezeichnet und den Fokus auf die Wirtschaft legt. Entwicklung wurde in dieser Arbeit mit dem Hexagon der Entwicklung definiert, welches politische, gesellschaftliche, kulturelle, ökologische, wirtschaftliche und sozial-gerechte Aspekte miteinander verbindet und für die Entwicklung als unabdingbar erklärt.

Sowohl die VRC als auch die EU haben historische Verbindungen im Indo-Pazifik. Über die historische Seidenstraße war China dazu mit Europa verbunden, welches den Handel antrieb und den Informations- und Technologieaustausch steigerte. China, welches selbst im Indo-Pazifik liegt, pflegte zu den Nachbarstaaten im Rahmen des Tributsystems diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Dieses Tributsystem kann als eine Art der Kolonialisierung betrachtet werden. Die EU hat durch die Kolonialisierung Afrikas und Asiens Beziehungen zu den indopazifischen Staaten. Durch die europäische Kolonialisierung wurden Chinas Tributsystem und die alte Seidenstraße unterbrochen. Seitdem entwickelte sich China über einen innovativen eigenen Entwicklungsweg zu einer Wirtschaftsmacht mit großem globalen Einfluss. China fokussierte dabei weiterhin die Beziehungen mit den indopazifischen Staaten des Globalen Südens. Die BRI und die GDI sind nun die nächsten Schritte in Chinas Weg zur nationalen Wiederbelebung. Die EU hingegen hat ihre Beziehungen stets auf EZA und Handelsabkommen begründet. Durch die EZA hat die EU den indopazifischen Staaten Entwicklungswege vorgeschrieben, welche jedoch nicht zu einer umfassenden Entwicklung im Sinne des Hexagons der Entwicklung geführt haben. Als Reaktion auf den gestiegenen Einfluss Chinas und dessen Strategien hat auch die EU ihr Vorgehen durch die GGI und die EUIPS angepasst. Dabei strebt die EU ein ‚de-risking‘ und kein ‚de-coupling‘ an, sodass sich die EU

nicht von China abkoppelt, sondern vor allem durch Diversifizierung die Abhängigkeit von China reduziert. Dieses Vorgehen stützt das Argument der wirtschaftlichen Kooperation bei politischer und systemischer Rivalität.

9.1 Konkurrierende selbstdeklarierte Interessen im Indo-Pazifik

Diese Studie hat sich mit der Analyse der selbstdeklarierten wirtschaftlichen Interessen der EU und der VRC befasst. Dafür wurde eine zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung nach Mayring durchgeführt. Dabei wurden offizielle Dokumente und Veröffentlichungen der VRC von 2013 bis 2024 sowie der EU von 2018 bis 2024 analysiert. Die Analyse hat zu zwei unabhängig voneinander entstandenen Kategoriensystemen geführt, welches jeweils die selbstdeklarierten Interessen eines der Akteure auflisten. Für die VRC wurden dreizehn selbstdeklarierte Interessen herausgefunden. Diese sind:

- (1) Globalisierung & Offenheit der Wirtschaft
- (2) die Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs
- (3) eine wirtschaftliche Angleichung & Integration
- (4) eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft
- (5) die Sicherung der Konnektivität & Stabilität der Lieferketten
- (6) wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit
- (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der VRC
- (8) die VRC als bevorzugte Partnerin
- (9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung
- (10) Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung
- (11) eine innovative Modernisierung der Wirtschaft
- (12) die strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas
- (13) multilaterale Kooperation

Für die EU hat die Analyse zu zehn selbstdeklarierten Interessen geführt. Diese sind:

- (1) die Förderung eines fairen & offenen Handelssystems
- (2) die Förderung des Marktzugangs & der Verbindungen
- (3) eine Marktangleichung & Partnerschaften
- (4) ein grüner & nachhaltiger Wandel der Wirtschaft
- (5) widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität
- (6) nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit
- (7) die Stärkung des strategischen Einflusses der EU
- (8) die EU als bevorzugte Partnerin

(9) Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung

(10) Integratives & nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Die selbstdeklarierten Interessen des jeweiligen Akteurs sind stark miteinander verbunden und bedingen sich gegenseitig. Für China ist das Bedürfnis einer offenen Wirtschaft mit dem generellen Bedürfnis des Wirtschaftswachstums verbunden. Die Modernisierung der Wirtschaft wirkt sich positiv auf die Absicht der Effizienzsteigerung aus, welches ebenfalls durch technologische Innovationen gefördert wird. Durch die Sicherung und Stabilisierung der Lieferketten wird die Wirtschaft widerstandsfähig und die Versorgung langfristig gesichert, welches wiederum eine Voraussetzung für Wachstum ist. Dabei strebt China nach der Befriedigung seiner Bedürfnisse durch eine starke Wirtschaftsleistung, welches laut des Hexagons der Entwicklung zu erfolgreicher Entwicklung des Landes führt. Die selbstdeklarierten Interessen der VRC decken dabei das Hexagon der Entwicklung ab, denn sie beinhalten alle für die Wirtschaft relevanten Aspekte wie die politische Stabilität und die ökologische Nachhaltigkeit. Es kann zudem gesehen werden, dass die VRC dieselben Bedürfnisse zu stillen versucht, welche sie bereits historisch mit der Seidenstraße und dem Tributsystem zu erfüllen suchte.

Chinas Ruf nach einer offenen Wirtschaft basiert auf den historischen Vorteilen, welche China in seiner Entwicklung durch die für China offene und globalisierte Weltwirtschaft erzielen konnte. Das Wirtschaftsmodell Chinas ist auf Export orientiert, wodurch die Offenheit für China notwendig ist. Dabei schränkt China weiterhin den Zugang zum chinesischen Markt stark ein und reguliert den Zugang, sodass nur für die VRC vorteilhafte Branchen geöffnet sind. Dabei ist stets ein Fokus auf die Sicherung der eigenen Wirtschaft durch (Energie)Ressourcen, stabile Lieferketten und Diversifizierung der Verbindungen. China geht somit geoökonomisch vor, da der Zugang zum eigenen Markt instrumentalisiert wird. Die VRC behält dabei die Kontrolle über die Binnenwirtschaft. Dieses Vorgehen zeigt Ähnlichkeit zum historischen Tributsystem auf. Indem die VRC ihren strategischen Einfluss und neue Verbindungen zu den umliegenden Staaten aufbaut, steigert sie den eigenen Status und Macht. Das Aufleben der historischen Seidenstraße durch die BRI und dessen Infrastrukturaufbau steht im Einklang mit der nationalen Wiederbelebung Chinas. China arbeitet daran, erneut eine Art des historische Tributsystems einzuführen und den eignen Machtstatus zu festigen. Damit werden zudem die chinesischen und indopazifischen Abhängigkeiten zum Globalen Norden reduziert, da die regionalen Verbindungen ausgebaut werden.

Dabei besteht die Gefahr einer Bifurkation des globalen Wirtschaftssystems. Im Indo-Pazifik wandelt China das System zum eigenen Vorteil ab. Durch die selbstdeklarierten Interessen wie dem Ausbau des strategischen Einflusses kann die VRC einen Wandel der Standards, Normen und Regeln des Wirtschaftsregimes erwirken. Besonders im Indo-Pazifik in Verbindung mit dem ‚neuen Tributsystem‘ und dem flexiblen Kooperationsmodell kann dieser Wandel bereits gesehen werden. Durch die Integration in das eigene Wirtschaftssystem wird die Bifurkation vorangetrieben. Sowohl die EU als auch die VRC zielen auf die Integration ins eigene System ab. Diese Systeme unterscheiden sich jedoch zunehmend. Die Konkurrenz der Akteure ist deutlich.

Dennoch sollen die Verbindungen mit dem Globalen Norden nicht gekappt werden. Dies kann am Beispiel der ökologischen Nachhaltigkeit gesehen werden. China beruft sich auf den Klimaschutz, um die globale Staatengemeinschaft zu besänftigen und sich als global agierenden Akteur darzustellen. Dies ist ein rein verbales Vorgehen, da die Projekte keine Anzeichen von Klimaschutzmaßnahmen oder ökologischer Nachhaltigkeit aufweisen. So handelt es sich lediglich um Rhetorik, um sich positiv und verantwortungsvoll darzustellen. Hinter dem selbstdeklarierten Interesse der Nachhaltigkeit und grünen Transformation kann sich ein weiches Machtinstrument verbergen, wodurch sich die VRC als globalpolitisch verantwortungsvolle Partnerin darstellt und die eigene Führungsrolle ausbaut.

Das umfangreiche Vorgehen Chinas stärkt dabei die Entwicklungschancen der teilnehmenden Staaten, da viele Aspekte des Hexagons der Entwicklung zusammen behandelt werden. So kann die positive Entwicklung der indopazifischen Staaten fokussiert werden. Da Aspekte wie die Nachhaltigkeit und das soziale oder politische Teilhabe der Bürger:innen nicht behandelt werden, wird die Entwicklung dennoch nicht vollständig positiv ausfallen.

Die EU fokussiert laut eigenen Aussagen stark auf ihre Rolle als demokratischer Akteur. Demokratische Werte und Ansichten ziehen sich durch ihre selbstdeklarierten Interessen ebenso wie der Ruf nach freien und offenen Märkten ohne Wettbewerbsverzerrungen. Zudem ist ein wichtiger Punkt die Absicherung und Diversifizierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten, welche von chinesischem Einfluss befreit werden sollen. Dabei zielt die EU auf die Reduktion der Abhängigkeiten von China ab. Ebenso wird das Interesse verfolgt, die ökologische Nachhaltigkeit stärker durchzusetzen. Hier kann die Verbindung zum Hexagon der Entwicklung gesehen werden. Bei der EU ist der Fokus stark auf Klima- und Umweltschutz. Es wird anhand der Interessen deutlich, dass die EU ihre Strategien zeitlich nach der BRI formuliert hat. Anhand der offensichtlichen Abgrenzung zu China wird die politische Rivalität

gegenüber dem asiatischen Staat in den selbstdeklarierten Interessen deutlich. Dabei wird ebenfalls die Verbindung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Bereichen sichtbar.

Historisch konnte die EU stark von der Globalisierung und Offenheit der Wirtschaft profitieren, wobei dies teilweise durch Kolonialisierung erzwungen wurde. Die starke europäische Wirtschaft konnte dadurch entstehen, daher sind diese Aspekte auch weiterhin für von der EU vorgesehen, um die Wirtschaftsstärke zu behalten und auszubauen. Statt Kolonialisierung und Zwang nutzt die EU das Instrument der Handelsabkommen mit den indopazifischen Staaten und versucht daher, neue Abkommen auszuhandeln. Durch Abkommen verfestigt die EU ihren Machteinfluss auf weitere Teile des Wirtschaftssystems, indem europäische Vorgaben und Werte integriert werden können. Auch politisch sollen damit demokratische Werte in den Partnerstaaten integriert werden. Für die EU ist das Wirtschaftssystem stets mit dem politischen System verbunden. Das Wirtschaftsregime baut auf den politisch-demokratischen Normen, Werten und Regeln auf. Dieses gilt es laut der EU zu sichern und gegen Wandel zu verteidigen. Um das gesamte System zu halten, werden daher auch Partnerschaften mit nicht-demokratischen Staaten eingegangen, um den Einfluss in der Region Indo-Pazifik zu halten. Wie Gerstl und Nieschalke (2024) argumentieren, übt die EU eine pragmatische Balance zwischen ihren Werten und ihren selbstdeklarierten Interessen aus.

Die EU agiert reaktionär auf das Vorgehen der VRC und deren selbstdeklarierten Interessen. Die EU fokussiert Aspekte, welche von der VRC nicht aktiv behandelt werden wie die ökologische Nachhaltigkeit. Sie versucht mit dem Erhalt des Status quo zu überzeugen und dabei den indopazifischen Staaten projektbasierte Entwicklungsvorteile durch Infrastruktur zu verschaffen. Für die indopazifischen Staaten ist somit eine Balance zwischen chinesischen Projekten und europäischen Projekten der beste Weg zu einer umfassenden Entwicklung.

Für beide Akteure steht fest, dass die selbstdeklarierten Interessen teilweise reine Rhetorik sind und nicht aktiv verfolgt werden. So verfolgt die VRC den grünen Wandel und den Ruf nach einer friedlichen Region nicht aktiv wie beschrieben (siehe Kohleabbau und -kraftwerke in der Mongolei und die sicherheitsrelevanten Geschehnisse im Südchinesischen Meer), und die EU weicht von ihrem wertebasierten Vorgehen ab. Die Strategien stellen weitreichende Interessen dar, doch die Ausführung und Verfolgung wird an die situativen Gegebenheiten der Systemrivalität zwischen den Akteuren angepasst.

Zudem kann gesehen werden, dass beide Akteure klar geopolitisch agieren wollen. Das Ziel ist durch die angestrebte Ressourcenverteilung und (neue) infrastrukturelle Verbindungen Einfluss und Macht auszuüben, um weitere Interessen durchzusetzen. Ebenso ist die geökonomische

Einflussnahme ersichtlich, da beide Akteure die wirtschaftliche Öffnung und den Marktzugang als Machtinstrumente einsetzen, um Partner zu gewinnen. Wie bei der Geopolitik sind auch bei der Geoökonomie infrastrukturelle Verbindungen von Bedeutung, vor allem wenn dadurch Lieferketten ermöglicht und Ressourcen gesichert werden. Da sich die VRC im Indo-Pazifik befindet, hat sie einen Vorteil bei der Beeinflussung der anderen Staaten für den eigenen Nutzen. Dieser Einfluss wird jedoch von den geringen Transparenzstandards negativ beeinflusst, sodass die EU im Punkt der Vertrauenswürdigkeit einen Vorteil besitzt.

Die Analyse hat des Weiteren gezeigt, dass die beiden Akteure grundsätzlich ähnliche selbstdeklarierte Interessen verfolgen. Trotz der Ähnlichkeit sind die Absichten hinter diesen Interessen jedoch gegen den jeweils anderen Akteur gerichtet, sodass die tatsächliche Überschneidung gering ist. Lediglich bei der ökologischen Nachhaltigkeit und der Offenheit des Handelssystem sind sich beide Akteure einig. Bei den anderen Interessen kann eine inhaltliche Ähnlichkeit festgestellt werden, da beispielsweise beide die Digitalisierung und technische Innovation vorantreiben möchten. Jedoch zielen sie dabei auf unterschiedliche Umsetzungen ab. Vor allem im Aspekt der Standards und Regelungen stehen sich beide Akteure entgegen. Ebenso zielen beide Akteure auf sichere Lieferketten ab, jedoch mit dem Zusatz, sich vom jeweils anderen Akteur zu entfernen und die Abhängigkeiten zu reduzieren. Dies ist bei der EU deutlicher ausgeprägt als bei der VRC, da die EU offen ein ‚de-risking‘ anstrebt.

Besonders der grundlegende neoliberale Ansatz der Kooperation ist von beiden Akteuren eindrücklich beabsichtigt und kann als Grundlage für die Umsetzung der weiteren Interessen gesehen werden. Vor allem die EU beruft sich jedoch auf Kooperation mit anderen indopazifischen und vor allem demokratischen Staaten. Damit wird deutlich, dass beide Akteure generell für Kooperation aufgeschlossen sind, diese jedoch mit unterschiedlichen Partnern umsetzen möchten. Erneut wird dies bei der EU stärker sichtbar. Das kann den Grund haben, dass die EU außerhalb des Indo-Pazifiks liegt und daher von der VRC wenig thematisiert wird, während die EU in ihren Strategien auf die VRC als Teil des Indo-Pazifiks eingeht. Auf die anderen indopazifischen Staaten bezogen vertreten beide Akteure denselben Willen zu Kooperation, auch wenn die EU laut eigenen Aussagen stärker auf demokratische Staaten fokussiert.

Anhand der Ergebnisse dieser Studie steht fest, dass die selbstdeklarierten Interessen der VRC und der EU im Gegensatz stehen. Die Überschneidungen sind zu gering, sodass Kooperation bei der Verfolgung all ihrer selbstdeklarierten Interessen nicht im Vordergrund stehen kann.

Die Systemrivalität und der Wettbewerb prägen daher das wirtschaftliche Verhältnis der EU und der VRC. Sollte die Bifurkation des Wirtschaftsregimes vollzogen werden und die VRC und die EU in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen agieren, würde eine Kooperation vollends ausgeschlossen sein. So kann aus den Ergebnissen gefolgert werden, dass aufgrund unterschiedlicher Interessen keine Kooperation zustande kommen sollte. Die Konflikte zwischen den Akteuren scheinen in dem Maße zugenommen zu haben, dass trotz der komplexen Interdependenz im betrachteten wirtschaftlichen Feld nicht kooperiert wird. Lediglich im Klimaschutz könnte es zu Kooperation kommen, wobei der Fokus der VRC auf diesem Themenfeld zu gering ist. Um dieses Ergebnis zu überprüfen, wurden vier Länderbeispiele analysiert.

9.2 Weder Koordinierung noch Kooperation in der Praxis

Zur Überprüfung der Kooperation zwischen der EU und der VRC wurde der neoliberale Institutionalismus dahingehend operationalisiert, sodass Kriterien zur Messung von Kooperation entwickelt wurden. Diese fünf Kriterien sind:

- (1) Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit
- (2) Komplementarität
- (3) Transparenz & Informationsaustausch
- (4) Geteilte oder gemeinsame Finanzierung
- (5) Wiederholung & Langfristigkeit

Sind alle fünf Kriterien bei den Fallbeispielen vorhanden, so liegt eine Kooperation der EU und der VRC vor, während bei einer geringen Ausprägung eine Koordinierung der Projekte vorliegt. Sind die Kriterien nicht erfüllt, so findet weder eine Koordinierung noch eine Kooperation statt. Anhand von vier Länderbeispielen wurden diese Kriterien gemessen. Als Fallbeispiele wurden die Energieinfrastruktur in der Mongolei, die Transportinfrastruktur in Laos, die Transportnetze in Kenia und die Wasserkraftwerke und Straßeninfrastruktur auf Fidschi herangezogen.

Im Beispiel der Mongolei agiert die EU im Rahmen mehrerer ihrer selbstdeklarierten Interessen. Sie geht dabei transparent und multilateral vor, mit einem starken Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit. Bei der Mongolei handelt es sich zudem um ein demokratisches Land. Dies ist nicht der Fall für Laos. Trotz der autokratischen Regierung von Laos setzt die EU dort ein Projekt um. Damit verstößt die EU gegen ihren wertebasierten Anspruch. Ebenso wird mit chinesischen Firmen zusammengearbeitet, welche mit der Umsetzung des Projekts beauftragt sind. Dies spricht gegen das Interesse der EU, Infrastruktur frei von chinesischem Einfluss zu bauen. Auch wenn die chinesischen Firmen lediglich mit dem Bau befasst sind,

kann bei den staatlichen chinesischen Firmen eine Einflussnahme Chinas nicht ausgeschlossen werden. In Kenia wird die Konkurrenz zu China sichtbarer, da die Projekte konkurrierende Transportnetze sind. Während die VRC ein Schienennetz von Mombasa zur Grenze Ugandas baut, baut die EU ein Straßennetz von Mombasa nach Uganda. Es gibt ein Potenzial für Komplementarität, indem das Straßennetz das Schienennetz unterstützt und als Zugangsachsen dient. Jedoch ist dies im geplanten Ausbau der Straßen nicht ersichtlich. Daher konkurrieren beide Projekte in Kenia. In Fidschi gibt es schließlich keine Überlappung, da die EU und die VRC auf unterschiedlichen Inseln und in unterschiedlichen Infrastrukturbereichen aktiv sind.

Die VRC verfolgt die Mehrzahl ihrer selbstdeklarierten Interessen in den Fallbeispielen. Die Projekte in den Nachbarstaaten Mongolei und Laos sehen direkte Anbindungen an China vor, um die Infrastruktur derart zu vernetzen, dass direkte Transportwege zwischen den Staaten entstehen. Mit beiden Staaten ist die VRC bilaterale Verbindungen für die Projekte eingegangen. Sie ist dabei Hauptakteurin, Hauptfinanziererin und Hauptdurchführerin der jeweiligen Projekte. Ebenso geht China in Kenia vor. Dabei sind einige Projekte mit Komplikationen in dem einen oder anderen Bereich verbunden. In der Mongolei ist die trilaterale Kooperation mit Russland und die geforderte Anpassung an chinesische Vorschriften problematisch, während in Kenia die Profitabilität der Bahnstrecke stark umstritten ist. Die Transparenz aller Projekte ist dazu gering, sodass die Aussagen Chinas und der Projektpartner schwer zu überprüfen sind.

Fidschi zeigt im Vergleich zu den anderen drei Fallbeispielen ein anderes Bild. In Fidschi ist die geografische Trennung stärker, da es sich um verschiedene Inseln handelt. Zudem ist die Besonderheit im Fall der VRC hier, dass sie mit dem Projekt auf Fidschi einen größeren Vorteil für die lokale Bevölkerung verzeichnet als für die eigene Wirtschaft. Während die Mongolei die Energieversorgung stärkt, die Eisenbahn in Laos einen direkten Handelsweg zu China eröffnet und die Eisenbahn in Kenia die Transportkosten und die Transportzeiten zum Mombasa-Hafen stark reduzieren kann, führen die Straßen und Überquerungen in Fidschi zu einem direkten Benefit für die lokale Bevölkerung. Die Straßen können ebenfalls zu stabileren und sichereren Lieferketten beitragen und so den Handel mit Fidschi stärken. Dennoch profitiert die fidschianische Bevölkerung deutlich stärker.

Anhand der Fallbeispiele und der für sie erhobenen Kriterien der Kooperation kann keine Kooperation zwischen der EU und der VRC in der Praxis nachgewiesen werden. Die Ausprägung der Kriterien ist zu gering, um eine Koordinierung aufzuzeigen. Bei fehlender Koordinierung kann auch keine Kooperation stattfinden. Somit kann auch das Argument von

Gerstl und Nieschalke (2024) nicht bestätigt werden, denn es findet keine nachweisliche Koordinierung zwischen der EU und der VRC statt. Besonders das Beispiel Kenia bestärkt dies, da dort eine Konkurrenz der Projekte besteht. Die Annahme des neoliberalen Institutionalismus bezüglich bestehender Kooperation trotz unterschiedlicher Interessen bei bestehender komplexer Interdependenz wird daher bei diesen beiden Akteuren nicht erfüllt.

Kriterium der Kooperation	Mongolei	Laos	Kenia	Fidschi
Institutionelle oder multilaterale Verbundenheit	○○○○○	○○○○○	○○○○○	○○○○○
Komplementarität	●●○○○	●○○○○	●○○○○	○○○○○
Transparenz & Informationsaustausch	●●○○○	●●○○○	●○○○○	○○○○○
Geteilte oder gemeinsame Finanzierung	○○○○○	○○○○○	○○○○○	○○○○○
Wiederholung & Langfristigkeit	○○○○○	○○○○○	○○○○○	○○○○○

Tabelle 8: Ausprägung der Kriterien der Kooperation in den Fallbeispielen

9.3 Beschränkungen der Forschung & Forschungsempfehlungen

Diese Studie hat einige Beschränkungen. Eine große Beschränkung der Arbeit ist, dass sie aus einem europäischen Blickwinkel geschrieben wurde, da ich nicht nur in der EU aufgewachsen bin, sondern auch das europäische Bildungssystem besucht habe. Dadurch können die Ergebnisse und die Interpretation beeinflusst sein. Zudem hätte das methodische Vorgehen durch Experteninterviews verfeinert werden können, um zusätzliche Einblicke in das Vorgehen und die Interessen der Akteure zu erlangen. Dies wurde aufgrund der zeitlichen und sprachlichen Komponenten und des Zugangs zu relevanten Personen ausgeschlossen. Aufgrund der fehlenden Chinesisch-Sprachkenntnisse mussten zudem einige Quellen ausgeschlossen werden. Anzubringen ist ebenfalls, dass die Quellen aus unterschiedlichen Zeitspannen stammen. Drei Quellen der VRC sind vor der ersten Quelle der EU entstanden. Diese zeitliche Diskrepanz stellt eine Schwachstelle der Analyse da. Da die EU jedoch erst fünf Jahre nach der VRC ihre erste relevante Strategie herausbrachte, musste das Zeitfenster für die Quellen dementsprechend gewählt werden. Dies bedeutet jedoch auch, dass die VRC eine zeitlich längere Möglichkeit hatte, ihre Strategien anzupassen. Aufgrund der politischen Veränderungen in dem Zeitraum, in welchem diese Studie verfasst wurde, können zudem bereits Änderungen beziehungsweise Anpassungen der Interessen stattgefunden haben. Diese werden in dieser Studie nicht behandelt.

Daran anschließend hat sich seit Beginn dieser Studie die weltpolitische Lage gewandelt. So wurde Donald Trump in den USA erneut zum Präsidenten gewählt und der Handelskrieg zwischen den USA und China weitet sich aus (Fischermann 2025). Dies schränkt den Welthandel ein und die Zeit des Abbaus von Handelsbarrieren scheint beendet. Diese neue Situation wurde in dieser Arbeit nicht ausgiebig einbezogen. Daher sollte ein Blick auf die neuen politischen Gegebenheiten und eventuelle neue Veröffentlichungen der beiden Akteure geworfen werden, da die betrachteten Dokumente lediglich bis zum Februar 2024 reichen und keine neueren Veröffentlichungen der Akteure in der Inhaltsanalyse betrachtet wurden. So kann ebenfalls gesehen werden, ob sich die Interessen wandeln und welchen Einfluss die geänderte weltpolitische Lage auf die Strategien im Indo-Pazifik hat.

Darüber hinaus wirft die starke Betonung der wirtschaftlichen Integration und des Aufbaus von Infrastruktur Fragen zur langfristigen Abhängigkeit der Staaten im Indo-Pazifik von China auf. China nutzt die BRI und seine weiteren Strategien zur Machtausübung und übt somit direkten Einfluss auf den Indo-Pazifik aus. Dieser Einfluss und das Ausmaß der Machtausübung Chinas kann durch weitere (länderspezifische) Studien betrachtet werden. Eine weitere Diskrepanz wird bei China deutlich, denn die VRC betont das Nicht-Einmischen in interne Angelegenheiten und die Freiheit der Staaten, ihren eigenen Entwicklungsweg zu wählen. Dennoch zielt China darauf ab, andere Staaten dabei anzuleiten und die Führungsrolle einzunehmen. In einer weiteren Studie kann daher beleuchtet werden, wie stark China den Vorsatz des Nicht-Einmischens durchsetzt beziehungsweise wie stark China den anderen Staaten Vorgaben in ihrer Entwicklung macht.

Zudem wurde die Abhängigkeit der indopazifischen Staaten von den Projekten der EU und der VRC beleuchtet. Die indopazifischen Staaten sind auf die Investitionen und Projekte der Akteure angewiesen, um die eigenen Infrastruktur auszubauen und somit die eigene Entwicklung stärker vorantreiben zu können. Die Wahlmöglichkeiten zwischen der EU und der VRC als Partnerinnen und das konkrete Vorgehen der indopazifischen Staaten in dieser Situation kann in weiteren Forschungen betrachtet werden. Dabei kann ein Fokus auf die Hedging-Strategien der Staaten gelegt werden und wie diese Hedging-Strategien an das neue politische Umfeld angepasst werden. Einen Beitrag zu diesem Thema hat Gerstl (2022) bereits geleistet. Da es sich jedoch um einen Bereich handelt, welcher sich ständig wandelt und weiterentwickelt, sollte diese Arbeit fortgesetzt werden und die Betrachtung der Hedging-Strategien unter den neuen globalpolitischen Entwicklungen weitergeführt werden.

Diese Studie hat gezeigt, dass die EU durch die GGI weiterhin die Entwicklungszusammenarbeit für den eigenen Nutzen und die eigenen Interessen instrumentalisiert. Sowohl die EU als auch die VRC benennen konkrete wirtschaftliche Interessen in den Strategien, die als EZA-Strategien betitelt werden. Es ist daher zu hinterfragen, wie sehr es sich tatsächlich um EZA handelt und nicht lediglich um wirtschaftsstrategische – geoökonomische – Strategien zum Nutzen der VRC und der EU. Dies ist ein Aspekt, welcher in einer zukünftigen Studie ausführlich betrachtet werden sollte. Die EU fokussiert stark auf für sie nützliche Aspekte wie die Reduzierung der Abhängigkeiten von China. Dabei liegt der Fokus wenig auf den Bedürfnissen der Staaten im Indo-Pazifik. Daher sollten die Projekte der GGI auf deren Auswirkungen im Indo-Pazifik und ihrem wirtschaftlichen Nutzen für die EU untersucht werden, sobald diese abgeschlossen wurden.

Ebenso sollte ein genauerer Blick auf die Umsetzung der Strategien innerhalb einzelner Projekte geworfen werden, um zu eruieren, ob die selbstdeklarierten Interessen der beiden Akteure umfassend umgesetzt wurden. Zudem kann in weiteren Studien für einzelne Projekte festgestellt werden, in welchem Ausmaß die Interessen durchgesetzt wurden oder ob die Akteure von ihnen abgewichen sind. Dazu kann die Analyse auf andere Regionen ausgeweitet werden, um ein umfassenderes Bild zu erlangen. Sowohl die GGI als auch die BRI sind globale Strategien, welche ebenfalls in Afrika, Lateinamerika und auch in Europa eine Großzahl an Projekten beinhalten. Somit können die genaueren Interessen der Akteure in diesen Regionen untersucht und deren Umsetzung anhand von ausgesuchten Projekten analysiert werden. Dabei kann ebenfalls eine Gegenüberstellung der Interessen für verschiedene geografische Regionen stattfinden, um etwaige Unterschiede aufzudecken.

Bibliografie

- Africa Supply Chain Magazine. 2025. „Kenya boosts transport infrastructure with new strategic partnership with China“. Africa Supply Chain Magazine, April 26. <https://africasupplychainmag.com/en/Kenya-boosts-transport-infrastructure-with-new-strategic-partnership-with-China/>.
- Albrecht, Ulrich, und Helmut Volger, Hrsg. 2019. *Lexikon der Internationalen Politik*. Reprint 2018. Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Alves, Ana Cristina, und Su-Hyun Lee. 2022. „China’s BRI Developmental Agency in Its Own Words: A Content Analysis of Key Policy Documents“. *World Development* 150 (Februar): 105715. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2021.105715>.
- Anami, Ali Keya. 2024. „China’s Belt and Road Initiative (BRI) and its role in developing Africa’s economies. Case study: Kenya’s Standard Gauge Railway (SGR), Kenya“. *Magna Scientia Advanced Research and Reviews* 10 (1): 001–013. <https://doi.org/10.30574/msarr.2024.10.1.0152>.
- Arbouch, Mahmoud, und Asya Pelkes. 2024. *Bridging Gaps, Building Futures: Aligning The Eu’s Global Gateway And Afctfa For Africa’s Sustainable Integration*. Policy Paper No. 21/24. Policy Center for the New South. https://www.policycenter.ma/sites/default/files/2024-12/PP_21-24_%20Mahmoud%20Arbouch%20&%20Asya%20Pelkes.pdf.
- Arndt, Susan. 2022. *Rassistisches Erbe: wie wir mit der kolonialen Vergangenheit unserer Sprache umgehen*. With Mario Faust-Scalisi. Duden. Dudenverlag.
- Axelrod, Robert, und Robert O. Keohane. 1985. „Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions“. *World Politics* 38 (1): 226–54. <https://doi.org/10.2307/2010357>.
- Benaglia, Stefania, und Dylan Macchiarini Crosson. 2022. „A Pillar of Stability in an Unstable World: Strengthening EU-Japan Security Cooperation in the Indo-Pacific“. *CEPS Policy Brief* CEPS Policy Brief (2022–04).
- Bernstein, Henry. 2006. „Studying Development/Development Studies“. *African Studies* 65 (1): 45–62. <https://doi.org/10.1080/00020180600771733>.
- Black, Jeremy. 2021. *A History of Europe: From Prehistory to the 21st Century*. Arcturus.
- Borrell, Josep. 2021a. „Indo-Pacific: Remarks by the High Representative/Vice-President at the Press Conference on the Joint Communication“. Rede. Brüssel, September 16. https://www.eeas.europa.eu/eeas/indo-pacific-remarks-high-representativevice-president-press-conference-joint-communication_en.

- Borrell, Josep. 2021b. „The EU Approach to the Indo-Pacific: Speech by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the Centre for Strategic and International Studies (CSIS)“. Rede. Jakarta, Juni 3. https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-approach-indo-pacific-speech-high-representativevice-president-josep-borrell-centre-strategic-and_en.
- Borrell, Josep. 2022. „Opening remarks by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the EU-Central Asia Connectivity Conference: Global Gateway“. Rede. EU-Central Asia Connectivity Conference: Global Gateway, Samarkand, November 18. https://www.eeas.europa.eu/eeas/opening-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-eu-central-asia-connectivity_en.
- Borrell, Josep. 2023. „Speech by the High Representative/Vice-President Josep Borrell at the Closing plenary session of the Global Gateway Forum“. Rede. Global Gateway Forum, Brüssel, Oktober 26. https://www.eeas.europa.eu/eeas/global-gateway-forum-speech-high-representativevice-president-josep-borrell-closing-plenary-session_en.
- Borrell, Josep. 2024a. „Closing remarks by High Representative/VicePresident Josep Borrell at the EU Indo-Pacific Ministerial Forum“. Rede. EU Indo-Pacific Ministerial Forum, Brüssel, Februar 2. https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-indo-pacific-ministerial-forum-closing-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell_en.
- Borrell, Josep. 2024b. „Opening remarks by High Representative/VicePresident Josep Borrell at the EU Indo-Pacific Ministerial Forum“. Rede. EU Indo-Pacific Ministerial Forum, Brüssel, Februar 2. https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-indo-pacific-ministerial-forum-opening-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell_en.
- Borrell, Josep. 2024c. „Remarks by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the press conference of the EU Indo-Pacific Ministerial Forum“. Rede. EU Indo-Pacific Ministerial Forum, Brüssel, Februar 2. https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-indo-pacific-ministerial-forum-remarks-high-representativevice-president-josep-borrell-press_en.
- Business & Human Rights Resource Centre. 2024. „Laos: 371 families displaced by Laos-China railway project still await full compensation after three years“. Business & Human Rights Resource Centre, Dezember 8. <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/laos-371-families-displaced-by-laos-china-railway-project-still-await-full-compensation-three-years-later/>.

- Cainey, Andrew, und Christiane Prange. 2023a. „How will the internal and the external connect?“ In *Xiconomics - What China's Dual Circulation Strategy Means for Global Business*, 1. Aufl. Agenda Publishing. <https://doi.org/10.1017/9781788216296.009>.
- Cainey, Andrew, und Christiane Prange. 2023b. „What Is Dual Circulation Strategy?“ In *Xiconomics - What China's Dual Circulation Strategy Means for Global Business*, 1. Aufl. Agenda Publishing. <https://doi.org/10.1017/9781788216296.003>.
- Campi, Alicia J. 2016. „Mongolian Mega Construction Projects Push for Energy Security, Regional Connectivity“. *Eurasia Daily Monitor* 13 (23). <https://jamestown.org/program/mongolian-mega-construction-projects-push-for-energy-security-regional-connectivity/>.
- Chen, Wanjing Kelly. 2020. „Sovereign Debt in the Making: Financial Entanglements and Labor Politics along the *Belt and Road* in Laos“. *Economic Geography* 96 (4): 295–314. <https://doi.org/10.1080/00130095.2020.1810011>.
- Christiansen, Thomas. 2023. „EU-China-Beziehungen“. In *Europa von A bis Z*, herausgegeben von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, und Funda Tekin. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41005-6_42.
- Chuluunbaatar, Sumiya. 2025. „What to Watch as Mongolia's Prime Minister Oyun-Erdene Visits China“. *The Diplomat*, Februar 11. <https://thediplomat.com/2025/02/what-to-watch-as-mongolias-prime-minister-oyun-erdene-visits-china/>.
- CJIC. o. J. „This is CJIC“. China Jiangxi International Economic and Technical Cooperation Co.,Ltd. Zugriffen 12. April 2025. <https://www.cjic.cn/encompany.jhtml>.
- Croissant, Aurel. 2022. „Laos“. In *Die politischen Systeme Südasiens*, 2. Aufl., von Aurel Croissant. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38708-2_6.
- Deutsche Presse-Agentur (dpa). 2025. „Pandemie: Fünf Jahre Corona: WHO wartet noch immer auf Daten aus China“. *Handelsblatt*, Januar 11. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/fuenf-jahre-covid-100.html#:~:text=In%20China%20will%20heute%20kaum,dem%20Ausbruch%20von%20Covid%2D19>.
- Directorate-General for International Partnerships of the European Commission. 2023. „Global Gateway Forum: EU and Philippines sign €60 million Green Economy Programme“. Website der Europäischen Kommission. Global Gateway Forum, Oktober 25. <https://global-gateway-forum.ec.europa.eu/news/global-gateway-forum-eu-and->

- philippines-sign-eu60-million-green-economy-programme-2023-10-25_en?prefLang=de.
- Dosch, Jörn, und Pamina Becker. 2024. „Demokratieförderung“. In *Die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit*, von Jörn Dosch und Pamina Becker. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-45474-6_6.
- Dreher, Axel, und Andreas Fuchs. 2015. „Rogue Aid? An Empirical Analysis of China’s Aid Allocation“. *Canadian Journal of Economics/Revue Canadienne d’économique* 48 (3): 988–1023. <https://doi.org/10.1111/caje.12166>.
- Dudenredaktion. o. J. „Interesse“. Digitales Wörterbuch. Duden online. Zugegriffen 9. März 2024. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Interesse>.
- Duesterberg, Thomas J. 2022. *The Mixed Record of China’s Belt and Road Initiative*. POLICY MEMO. Hudson Institute.
- Dunford, Michael. 2021. „China’s Belt and Road Initiative and Its Implications for Global Development“. *Acta Via Serica* 6 (1): 91–118. <https://doi.org/10.22679/AVS.2021.6.1.004>.
- Early Warning System (EWS). o. J. „Lao Resilience National Road 2 (Eib-20230148)“. Zugegriffen 16. August 2025. <https://ewdata.rightsindevelopment.org/projects/EIB-20230148/>.
- Eickhoff, Karoline. 2023. *The Politics of Infrastructure Development in East Africa: What Challenges Lie Ahead for the EU Global Gateway?* Working Paper No. 4. Version 1. Megatrends Afrika. Stiftung Wissenschaft und Politik | German Institute for International and Security Affairs, German Institute of Development and Sustainability und Kiel Institute for the World Economy. <https://www.megatrends-afrika.de/publikation/megatrends-working-paper-04-infrastructure-in-east-africa-what-challenges-for-the-eu-global-gateway>.
- Energy Fiji Limited. 2021. *Peer Review Of Qaliwana And Vatutokotoko Hydro Power Project Feasibility Study Reports*. MR 51/2023. Energy Fiji Limited. <https://efl.com.fj/wp-content/uploads/2023/02/MR-51-2023-Tender-Specifications.pdf>.
- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). 2022. „CHOIR – SAINSHAND TRANSMISSION LINE“. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, September 21.
- Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). o. J. „Choir-Sainshand transmission line“. <https://www.ebrd.com/home/work-with-us/projects/psd/51505.html>.

- Europäische Investitionsbank. 2020. *Environmental and Social Data Sheet*. Environmental and Social Data Sheet. Europäische Investitionsbank. <https://www.eib.org/attachments/registers/133520885.pdf>.
- Europäische Investitionsbank. 2023. „EIB Global eröffnet Büro in Fidschi“. Europäische Investitionsbank, März 7. <https://www.eib.org/de/press/all/2023-094-eib-global-opens-office-in-fiji>.
- Europäische Investitionsbank. 2024. „Lao Resilience National Road 2“. September 25. <https://www.eib.org/en/projects/pipelines/all/20230148>.
- Europäische Kommission. 2018. *Connecting Europe and Asia - Building Blocks for an EU Strategy*. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank JOIN(2018) 31 final. Europäische Kommission. <https://doi.org/10.1093/law-oeul/e66.013.66>.
- Europäische Kommission. 2021a. „Fragen und Antworten zu Global Gateway“. Offizielle Website der Europäischen Union. Europäische Kommission, Dezember 1. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_6434.
- Europäische Kommission. 2021b. *The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific*. Joint Communication To The European Parliament And The Council JOIN(2021) 24 final. European Commission. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:52021JC0024>.
- Europäische Kommission. 2021c. *The Global Gateway*. Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European Investment Bank JOIN(2021) 30 final. European Commission. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52021JC0030>.
- Europäische Kommission. 2023. „Global Gateway: EU und Bangladesch unterzeichnen Vereinbarungen im Umfang von 400 Mio. EUR für die Förderung erneuerbarer Energien und leiten Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ein“. Europäische Kommission, Oktober 25. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5266.
- Europäische Kommission. 2025. „Overview of FTA and Other Trade Negotiations“. Juni 30. <https://circabc.europa.eu/rest/download/10ca1b54-d672-430b-aed4-8b25b4b9c2ee>.
- Europäische Kommission. o. J.-a. „Construction of Qaliwana and Vatutokotoko hydro power plants in Viti Levu, Fiji“. International Partnerships - Aid, Development cooperation,

- Fundamental rights. Zugriffen 22. August 2025. https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/construction-qaliwana-and-vatutokotoko-hydro-power-plants-viti-levu-fiji_en.
- Europäische Kommission. o. J.-b. „Global Gateway in the Middle East, Asia and the Pacific“. International Partnerships. Zugriffen 6. April 2025. https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/initiatives-middle-east-asia-and-pacific_en#oe-list-page-filters-anchor.
- Europäische Kommission. o. J.-c. „Green-Blue Alliance for the Pacific“. International Partnerships - Aid, Development cooperation, Fundamental rights. Zugriffen 22. August 2025. https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/green-blue-alliance-pacific_en?prefLang=de.
- Europäische Kommission. o. J.-d. „Team-Europa-Initiativen“. International Partnerships. Zugriffen 29. Juli 2025. https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/team-europe-initiatives_de.
- Europäische Union. 2018. „Infrastructures, energy and water: EU support for Kenya“. European Union External Action, September 7. https://www.eeas.europa.eu/node/47023_en.
- Europäische Union. 2023. „EU-Africa: Global Gateway Investment Package - Strategic Corridors“. Europäische Union, Oktober. https://international-partnerships.ec.europa.eu/system/files/2023-10/GG_Factsheet_Africa_Strategic%20Corridors.pdf.
- Europäische Union. 2024. „Rehabilitation Of The Lao National Road 2“. Februar. https://international-partnerships.ec.europa.eu/document/download/ae255215-2f8f-4c33-a5d9-bfd5824acc88_en?filename=EU-Laos-national-road.pdf.
- Europäischer Rat. 2021a. *A Globally Connected Europe - Council Conclusions*. No. 10629/21. Europäischer Rat. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10629-2021-INIT/en/pdf>.
- Europäischer Rat. 2021b. *EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific - Council Conclusions*. 7695/21 + COR1. Europäischer Rat. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7914-2021-INIT/en/pdf>.
- Europäischer Rat. 2024. *Jahresbericht 2024 an den Europäischen Rat über die Entwicklungshilfsziele der EU – Schlussfolgerungen des Rates (24. Juni 2024)*. Jahresbericht No. 11339/24. Europäischer Rat. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11339-2024-INIT/de/pdf>.

- Europäisches Parlament. 2021. *Connectivity and EU-Asia Relations - European Parliament Resolution of 21 January 2021 on Connectivity and EU-Asia Relations (2020/2115(INI))*. Resolution (2020/2115(INI)). Europäisches Parlament. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52021IP0016>.
- European Union External Action (EEAS). 2024. „GoM, the EU and EBRD partner to boost renewable energy infrastructures in Mongolia“. Delegation of the European Union to Mongolia, Oktober 8. https://www.eeas.europa.eu/delegations/mongolia/gom-eu-and-ebrd-partner-boost-renewable-energy-infrastructures-mongolia_en.
- Eurostat. 2024. „EU Trade with the Indo-Pacific Region Increased in 2022“. Eurostat, Februar 1. <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20240201-1>.
- Eyssel, Benjamin. 2025. „Fünf Jahre Covid: Keine Aufklärung und keine Aufarbeitung in China“. tagesschau, Januar 11. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/fuenf-jahre-covid-100.html#:~:text=In%20China%20will%20heute%20kaum,dem%20Ausbruch%20von%20Covid%2D19>.
- Fellner, Peter Christian. 1994. „Die Vertragswerke von Lomé - eine Kurzeinführung“. *Journal für Entwicklungspolitik* X (2): 139–60.
- Fiji Ministry of Foreign Affairs. 2024. „China Technical Team To Conduct Feasibility Study For Vanua Levu Road Upgrade Project“. Fiji Ministry of Foreign Affairs, März 25. <https://www.foreignaffairs.gov.fj/china-technical-team-to-conduct-feasibility-study-for-vanua-levu-road-upgrade-project/>.
- Fiji Ministry of Foreign Affairs. 2025. „European Union (EU) aims to further support for Fiji in Climate Change and Economic Resilience“. Fiji Ministry of Foreign Affairs, Februar 22. <https://www.foreignaffairs.gov.fj/european-union-eu-aims-to-further-support-for-fiji-in-climate-change-and-economic-resilience/>.
- Fischermann, Thomas. 2025. „Wie du mir - Nach der Androhung von Strafzöllen durch die USA hilft kein gutes Zureden - es braucht Maßnahmen“. *DIE ZEIT - Österreich-Ausgabe* (Hamburg), Februar 6. 06/2025 Aufl.
- Flach, Lisandra, und Feodora Teti. 2021. „Die Zukunft der EU-China-Handelspolitik: Herausforderungen angehen und eigene Handelsinteressen selbstbewusst vertreten“. *Wirtschaftsdienst* 101 (11): 849–53. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-3042-y>.
- Fuchs, Daniel, und Frido Wenten. 2020. „Development Models and Environmental Governance under Xi Jinping“. In *China: development models and environmental governance (special issue)*, herausgegeben von Daniel Fuchs, Frido Wenten, Clemens Pfeffer, und

- Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten. *Journal für Entwicklungspolitik / Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten*, vol. 36,1 (2020). Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten.
- Furness, Mark, und Niels Keijzer. 2022. „Europe’s Global Gateway: A New Geostrategic Framework for Development Policy?“ *Briefing Paper*, Online-Vorab-Publikation. <https://doi.org/10.23661/BP1.2022>.
- Gerstl, Alfred. 2022. „The Belt and Road Initiative, Southeast Asia, and the South China Sea - an Overview“. In *Hedging Strategies in Southeast Asia: ASEAN, Malaysia, the Philippines, and Vietnam and Their Relations with China*, 1. Aufl., von Alfred Gerstl. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003212164>.
- Gerstl, Alfred, und Nick Nieschalke. 2024. „The EU’s Global Gateway Initiative: Infrastructure Cooperation with Southeast Asia“. 9DASHLINE, Februar 29. <https://www.9dashline.com/article/the-eus-global-gateway-initiative-infrastructure-cooperation-with-southeast-asia>.
- Gerstl, Alfred, und Thomas Pankratz. 2019. *Theorien internationaler Beziehungen eine Einführung*. Republik Österreich, Bundesministerium für Landesverteidigung.
- Gili, Alessandro, und Francesco d’Ambrosio Lettieri. 2023. „Wie Global Gateway Europas Entwicklungspolitik verändert“. *Welternährung - Das Fachjournal der Welthungerhilfe*, Juni. <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/wie-global-gateway-europas-entwicklungspolitik-praegt>.
- Global Energy. 2025. „China’s coal imports hit new high“. Februar 7. <https://globalenergyprize.org/en/2025/02/07/chinas-coal-imports-hit-new-high/>.
- Global Energy Monitor. 2025. „Shivee Ovoo power station“. Global Energy Monitor Wiki, Juni 4. https://www.gem.wiki/w/index.php?title=Shivee_Ovoo_power_station&oldid=955634.
- Gomes, Bea de Abreu Fialho. 2006. „Geber-Empfänger-Beziehungen: Partnerschaften und Hierarchien“. In *Entwicklungszusammenarbeit: Akteure, Handlungsmuster und Interessen*, 1. Aufl., herausgegeben von Bea de Abreu Fialho Gomes, Irmi Maral-Hanal, und Walter Schicho. Gesellschaft, Entwicklung, Politik, herausgegeben von Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Nr. 7. Mandelbaum.

- Gong, Xue. 2022. „Slippery Road Ahead: BRI, China, and Southeast Asia amid COVID-19 Pandemic“. In *The Belt and Road Initiative in Asia, Africa, and Europe*, 1. Aufl., herausgegeben von David M. Arase und Pedro Miguel Amakasu Raposo De Medeiros Carvalho. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003156246-6>.
- Görg, Holger, und Katrin Kamin. 2021. „Globalisierung trifft Geoökonomie“. *Wirtschaftsdienst* 101 (11): 854–57. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-3043-x>.
- Gu, Guan-fu. 1983. „Soviet Aid to the Third World, an Analysis of Its Strategy“. *Soviet Studies* 35 (1): 71–89. <https://doi.org/10.1080/09668138308411459>.
- Gu, Jing. 2024. „Building Partnerships for Sustainable Development: Case Study of Laos, the BRI, and the SDGs“. *Asian Review of Political Economy* 3 (1): 5. <https://doi.org/10.1007/s44216-024-00025-5>.
- Gunter, Jacob, Alexander Brown, François Chimits, Antonia Hmaidi, Abigaël Vasselier, und Max J. Zenglein. 2025. *Beyond Overcapacity: Chinese-Style Modernization and the Clash of Economic Models*. MEREICS Report. MERICS - Mercator Institute for China Studies. https://merics.org/sites/default/files/2025-04/MERICS%20Report%20Overcapacities_2025%20final.pdf.
- Håkansson, Calle. 2022. *A Geopolitical Europe and Its Relations with Asia: Assessing the European Union's Indo-Pacific Strategy from the Lens of European Strategic Autonomy*. WORKING PAPER #8. Jean Monnet Centre of Excellence Korea University.
- Hardaker, Sina, und Peter Dannenberg. 2023. „Partner, Wettbewerber, Rivale? Chinas Weg ins Zentrum der Weltwirtschaft“. In *China*, herausgegeben von Sina Hardaker und Peter Dannenberg. Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66560-2_23.
- Hasenclever, Andreas, Peter Mayer, und Volker Rittberger. 1997. „Interest-based theories: political market failure, situation and problem structures, and institutional bargaining“. In *Theories of International Regimes*, 1. Aufl. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511521720>.
- Heiduk, Felix, und Gudrun Wacker. 2020. „Vom Asien-Pazifik zum Indo-Pazifik: Bedeutung, Umsetzung und Herausforderung“. *SWP-Studie*, Nr. 9 (Mai). <https://doi.org/10.18449/2020S09>.
- Helwig, Niklas. 2023. „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. In *Europa von A bis Z*, herausgegeben von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, und Funda Tekin. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41005-6_68.

- Hernig, Marcus. 2024. „Global Gateway will Straßen in Laos klimaresilienter machen“. German Trade And Invest (GTAI), September 9. <https://www.gtai.de/de/trade/laos/specials/global-gateway-will-strassen-in-laos-klimaresilienter-machen-1013656>.
- Herold, Dr Heiko. 2021. *Ein zweischneidiges chinesisches Schwert - Chinas Entwicklungszusammenarbeit als Herausforderung und Chance*. No. 1/2021. Monitor Entwicklungspolitik. Konrad Adenauer Stiftung.
- Herrador, Manuel. 2023. „Building a Global Digital Economy: Comparison between the European Union’s Digital Partnerships with Singapore, Japan and South Korea“. Preprint. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4625705>.
- Hieber, Saskia. 2023. „Asienpolitik“. In *Europa von A bis Z*, herausgegeben von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, und Funda Tekin. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41005-6_24.
- High Representative Of The Union For Foreign Affairs And Security Policy (HR/VP). 2019. *EU-China – A Strategic Outlook*. Joint Communication To The European Parliament, The European Council And The Council JOIN(2019) 5 final. Europäische Kommission. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52019JC0005>.
- Hilpert, Hanns Günther. 2022. „Zeitenwende in der EU-Handelspolitik: Chancen der Diversifizierung im Indo-Pazifik“. *SWP-Aktuell*, Online-Vorab-Publikation. <https://doi.org/10.18449/2022A61>.
- Horn, Sebastian, Carmen M. Reinhart, und Christoph Trebesch. 2022. „Hidden Defaults“. *AEA Papers and Proceedings* 112 (Mai): 531–35. <https://doi.org/10.1257/pandp.20221002>.
- Huang, Hui-Ling. 2012. *EU und VR China nach dem Ost-West-Konflikt: Interaktionen im Spiegel des Neoliberalen Institutionalismus*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19522-3>.
- Insebayeva, Nafissa. 2023. „Das ‚Entwicklungs‘-Paradigma: Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und der DAC“. In *Modernität, Entwicklung und Dekolonisierung des Wissens in Zentralasien*, von Nafissa Insebayeva. Springer Nature Singapore. https://doi.org/10.1007/978-981-19-5809-0_3.
- Interesse, Giulia, und Qian Zhou. 2025. „China’s 2025 Foreign Investment Action Plan: Key Measures and Opportunities“. China Briefing from Dezan Shira and Associates, Februar 21. <https://www.china-briefing.com/news/chinas-foreign-investment-action-plan-2025-implications/>.

- Interfax. 2025. „Mongolia ratifies agreement with China for constructing new railway from Tavan Tolgoi“. Interfax, April 10. <https://interfax.com/newsroom/top-stories/110884/>.
- Johnston, Alastair Iain. 2019. „China in a World of Orders: Rethinking Compliance and Challenge in Beijing’s International Relations“. *International Security* 44 (2): 9–60. https://doi.org/10.1162/isec_a_00360.
- Kaplan, Morton A. 2014. „Values, National Interests, and Other Interests“. *International Journal on World Peace* 31 (2): 57–72.
- Karjalainen, Tyyne. 2023. „European Norms Trap? EU Connectivity Policies and the Case of the Global Gateway“. *East Asia* 40 (3): 293–316. <https://doi.org/10.1007/s12140-023-09403-x>.
- Kassa, Woubet. 2025. „Regionalization of Global Trade: A New Order in the Making“. *Global Policy*, Mai 22, 1758-5899.70033. <https://doi.org/10.1111/1758-5899.70033>.
- Kassab, Hanna Samir. 2023. „What Is the Indo-Pacific? Genealogy, Securitization, and the Multipolar System“. *Chinese Political Science Review*, Online-Vorab-Publikation, Januar 28. <https://doi.org/10.1007/s41111-023-00233-z>.
- Keijzer, Niels, und Julian Bergmann. 2023. „Entwicklungszusammenarbeit“. In *Europa von A bis Z*, herausgegeben von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, und Funda Tekin. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41005-6_40.
- Keohane, Robert O. 1984. *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton University Press.
- Keohane, Robert O. 2012. „Twenty Years of Institutional Liberalism“. *International Relations* 26 (2): 125–38. <https://doi.org/10.1177/0047117812438451>.
- Keohane, Robert O., und Joseph S. Nye. 1977. *Power and Interdependence: World Politics in Transition*. Little, Brown and Comp.
- Keohane, Robert O., und Joseph S. Nye. 2012. *Power and Interdependence*. 4th ed. Longman.
- Kessler, Martin. 2023. „Finanzcrash, Eurokrise und milliardenschwere Rettungsschirme“. In *Wirtschaftsförderung in der Krise: Konzepte zur Krisenbewältigung und Chancennutzung*, herausgegeben von Thorsten Korn, Jakob Lempp, und Gregor van der Beek. Springer.
- Kewalramani, Manoj. 2024. *China as a Rising Norm Entrepreneur: Examining GDI, GSI and GCI*. ISEAS–Yusof Ishak Institute Singapore. <https://doi.org/10.1355/9789815203134>.
- Kingsbury, Damien, Hrsg. 2013. „Introduction“. In *Critical reflections on development*. Palgrave Macmillan.

- Kliem, Frederick. 2021. „The EU Strategy on Cooperation in the Indo-Pacific: A Meaningful Regional Complement?“ *Panorama Insights Into Asian And European Affairs*, Panorama Insights Into Asian And European Affairs, European Strategic Approaches to the Indo-Pacific (01/2021): 55–69.
- Kolmaš, Michal, Guangyu Qiao-Franco, und Aleš Karmazin. 2024. „Understanding Region Formation through Proximity, Interests, and Identity: Debunking the Indo-Pacific as a Viable Regional Demarcation“. *The Pacific Review*, Januar 4, 1–23. <https://doi.org/10.1080/09512748.2023.2300976>.
- Kuckartz, Udo. 2018. „Grundbegriffe und Ablauf qualitativer Inhaltsanalysen“. In *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*, 4., überarbeitete Aufl. Grundlagentexte Methoden. Beltz.
- Kuhn, Britta. 2021. „Chinas Belt and Road Initiative wandelt sich“. *Wirtschaftsdienst* 101 (11): 901–5. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-3049-4>.
- Kumar, Sudeep, Hrsg. 2023. „China-Mongolia Relations and the Economic Corridor“. In *China's BRI in Different Regions of the World: Cooperation, Contradictions and Concerns*. Routledge, Taylor & Francis Group. <https://doi.org/10.4324/9781003399865>.
- Lambach, Daniel, und Matthias Hofferberth. 2024. „Post-Globalisierung: Konturen eines Epochenbruchs“. *Leviathan* 52 (1): 93–118. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2024-1-93>.
- Leyen, Ursula von der. 2021a. „State of the Union 2021“. Rede. September 15. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_21_4701.
- Leyen, Ursula von der. 2021b. „Statement by President von Der Leyen on the Global Gateway“. STATEMENT/21/6522. Brüssel, Dezember 1. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_6522.
- Leyen, Ursula von der. 2022. „Opening speech by President von der Leyen at the European Development Days“. Rede. European Development Days, Brüssel, Juni 21. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_22_3903.
- Leyen, Ursula von der. 2023a. „Opening Speech by President von Der Leyen at the Global Gateway Forum“. Rede. Global Gateway Forum, Brüssel, Oktober 25. https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/opening-speech-president-von-der-leyen-global-gateway-forum-2023-10-25_en.
- Leyen, Ursula von der. 2023b. „Speech by President von der Leyen at the European China Conference 2023 organised by the European Council on Foreign Relations and the

- Mercator Institute for China Studies“. Rede. European China Conference 2023, Berlin, November 16. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_5851.
- Leyen, Ursula von der. 2023c. „Speech by President von der Leyen at the Summit for a New Global Financing Pact“. Rede. Summit for a New Global Financing Pact, Paris, Juni 22. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_3446.
- Lim, Taehun. 2022. „Die geopolitische Strategie Europas in der Ordnungsdynamik in Asien-Pazifik“. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 15 (4): 469–88. <https://doi.org/10.1007/s12399-022-00928-2>.
- Lkhaajav, Bolor. 2024. „Mongolia and China Celebrate 75 Years of Partnership“. The Diplomat, Oktober 15. <https://thediplomat.com/2024/10/mongolia-and-china-celebrate-75-years-of-partnership/>.
- Ma, Zhaoxu. 2023. „Remarks by Vice Foreign Minister Ma Zhaoxu at the Launch of the Progress Report on the Global Development Initiative“. Rede. Launch of the Progress Report on the Global Development Initiative, Juni 20. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202306/t20230621_11101683.html.
- Masina, Pietro. 2022. „Challenging the Belt and Road Initiative: The American and European Alternatives“. *SSRN Electronic Journal*, Online-Vorab-Publikation. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4232222>.
- Mayring, Philipp. 2022. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. 13., Überarbeitete Auflage. Beltz.
- McGillivray, Mark. 2012. „What Is Development?“ In *International Development: Issues and Challenges*, 2. Aufl., herausgegeben von Damien Kingsbury, John McKay, Janet Hunt, Mark McGillivray, und Matthew Clarke. Palgrave Macmillan.
- Mearsheimer, John J. 1994. „The False Promise of International Institutions“. *International Security* 19 (3): 5. <https://doi.org/10.2307/2539078>.
- Mercator Institute for China Studies (MERICS). 2025. „MERICS China Essentials Spezial: US-China-Handelskrieg“. MERICS Briefs - MERICS China Essentials, April 10. <https://merics.org/de/merics-briefs/merics-china-essentials-spezial-us-china-handelskrieg>.
- Ministry Of Energy Of Mongolia. o. J. „Environmental and Social Impact Assessment Disclosure for Choir – Sainshand transmission line Project“. Ministry Of Energy Of Mongolia. <https://energy.gov.mn/topic/43>.

- Misalucha-Willoughby, Charmaine. 2024. *Mixed Messages and the EU's Indo-Pacific Strategy*. The Hague Centre for Strategic Studies.
- Mohan, Garima. 2018. *Europe's Response to the Belt and Road Initiative*. Policy Brief No. 14. The German Marshall Fund of the United States.
- Mühlhahn, Klaus. 2019. *Making China Modern: From the Great Qing to Xi Jinping*. The Belknap Press of Harvard University Press.
- Muthiani, Alex Mwendwa. 2024. „BRI In My Eyes | Belt and Road Initiative in Kenya“. Belt and Road Portal, März 25. <https://eng.yidaiyilu.gov.cn/p/0Q6ETRIH.html>.
- Nath, Ela, und Stephan Klingebiel. 2023. „Der geopolitische Wettbewerb im Indopazifik und dessen Einfluss auf die Entwicklungspolitik“. *IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH*, Nr. 9/2023 (September). <https://doi.org/10.23661/ipb9.2023>.
- National Development and Reform Commission (NDRC), Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (MFA), und Ministry of Commerce of the People's Republic of China (MOFCOM). 2015. *Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st-Century Maritime Silk Road*. First Edition. National Development and Reform Commission, Ministry of Foreign Affairs, and Ministry of Commerce of the People's Republic of China, with State Council authorization. https://www.fmprc.gov.cn/eng/topics_665678/2015zt/xjpcxbayzlt2015nnh/201503/t20150328_705553.html.
- National Development and Reform Commission (NDRC), Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (MFA), und Ministry of Commerce of the People's Republic of China (MOFCOM). 2017. *Vision for Maritime Cooperation under the Belt and Road Initiative*. National Development and Reform Commission, Ministry of Foreign Affairs, and Ministry of Commerce of the People's Republic of China, with State Council authorization. https://english.www.gov.cn/archive/publications/2017/06/20/content_281475691873460.htm.
- Nedopil, Christoph. 2025a. *China's Belt and Road Initiative (BRI) Investment Report 2024*. Griffith Asia Institute and Green Finance & Development Center, FISF. <https://doi.org/10.25904/1912/5784>.
- Nedopil, Christoph. 2025b. „Countries of the Belt and Road Initiative“. Green Finance & Development Center, FISF Fudan University. <https://greenfdc.org/countries-of-the-belt-and-road-initiative-bri/>.

- Neubert, Dieter. 2016. „Entwicklungspolitik: Programme, Institutionen und Instrumente“. In *Handbuch Entwicklungsforschung*, herausgegeben von Karin Fischer, Gerhard Hauck, und Manuela Boatcă. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-04790-0_26.
- Nickel, Carsten. 2024. „What Do We Talk about When We Talk about the ‘Return’ of Geopolitics?“ *International Affairs* 100 (1): 221–39. <https://doi.org/10.1093/ia/iia295>.
- Nitschke, Jonas, und Olaf Wientzek. 2024. *Between Aspiration and Reality: European Diplomacy towards the Indo-Pacific*. Country Report - KAS Multinational Development Policy Dialogue (MDPD). With Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Konrad Adenauer Stiftung.
- Nohlen, Dieter, Hrsg. 1998. *Lexikon der Politik. 7: Politische Begriffe / hrsg. von Dieter Nohlen*. Beck.
- Nohlen, Dieter, und Rainer-Olaf Schultze, Hrsg. 1995. *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien*. Herausgegeben von Dieter Nohlen. Bd. 1. Lexikon der Politik. Beck.
- Nuechterlein, Donald E. 1976. „National Interests and Foreign Policy: A Conceptual Framework for Analysis and Decision-Making“. *British Journal of International Studies* 2 (3): 246–66. <https://doi.org/10.1017/S0260210500116729>.
- Nye, Joseph S. 1999. „Redefining the National Interest“. *Foreign Affairs* 78 (4): 22–35.
- Nye, Joseph S. 2020. „Power and Interdependence with China“. *The Washington Quarterly* 43 (1): 7–21. <https://doi.org/10.1080/0163660X.2020.1734303>.
- Ó Tuathail, Gearóid. 1998. „Thinking Critically About Geopolitics“. In *The Geopolitics Reader*, herausgegeben von Gearóid Ó Tuathail, Simon Dalby, und Paul Routledge. Routledge.
- Office of the Prime Minister Fiji. 2024. „Prime Minister’s Ministerial Statement On The Vanua Levu Roads Upgrade Project-(22-05-2024)“. Office of the Prime Minister, Mai 22. <https://www.pmooffice.gov.fj/prime-ministers-ministerial-statement-on-the-vanua-levu-roads-upgrade-project-22-05-2024/>.
- Ooluun, B. 2025. „Construction of the Gashuunsukhait-Gantsmod Cross-Border Railway Commences“. Montsame - Mongolian National News Agency, Mai 14. <https://montsame.mn/en/read/369365>.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). o. J. „Net ODA“. OECD DATA Indicators. Net ODA. Zugegriffen 19. Juni 2025. <https://www.oecd.org/en/data/indicators/net-oda.html?oecdcontrol-03506f24e9-chartId=b9cc9bd503&oecdcontrol-f42fb73652-var3=2023>.

- Panda, Jagannath. 2022. *EU's Global Gateway Strategy and Building a Global Consensus Vis-a-Vis BRI*. Working Paper Nos. 2022–10. Ordnungspolitische Diskurse. Ordnungspolitisches Portal (OPO).
- Parliament of the Republic of Fiji. 2024. „Parliamentary Debates - Daily Hansard [Corrected Copy]“. Mai 22. <https://www.parliament.gov.fj/wp-content/uploads/2024/06/Daily-Hansard-Wednesday-22nd-May-2024.pdf>.
- Pepe, Jacopo Maria. 2020. „Die EU in Zentralasien“. In *Die politischen Systeme Zentralasiens*, herausgegeben von Jakob Lempp, Sebastian Mayer, und Alexander Brand. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31633-4_16.
- Pfeiffer, Christian. 2023. *Goeconomics in International Relations: Neorealist and Neoliberal Conceptualizations*. 1. Aufl. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003396680>.
- Pietzko, Manuel. 2023. „Same same but different? Potenziale kohärenter Prioritäten in EU Global Strategy und EU-Indopazifik-Strategie“. In *Jenseits der Krisen: Potenziale der europäischen Integration im 21. Jahrhundert*, herausgegeben von Philipp Gieg, Timo Lowinger, Manuel Pietzko, Carolin Rüger, Manuela Scheuermann, und Anja Zürn. Forschungen zur Europäischen Integration. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41608-9_2.
- Poon, Jessie P.H., Peng Peng, Xiaoying Qian, und Yu Yang. 2024. „End of the Asia-Pacific: Goeconomics, Belt and Road and the Indo-Pacific“. *Political Geography* 108 (2024) (103026). <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2023.103026>.
- Prebble, Katie. 2021. *Mongolia: Choir-Sainshand Transmission Line - Environmental and Social Impact Assessment (ESIA) Report*. ESIA Report. Atkins Limited. [https://energy.gov.mn/uploads/files/Choir-Sainshand%20TL_ESIA%20Rpt%20V6_0%20\(24062021\).pdf](https://energy.gov.mn/uploads/files/Choir-Sainshand%20TL_ESIA%20Rpt%20V6_0%20(24062021).pdf).
- Press and Information Team of the Delegation to Laos. 2021. „The European Union and Lao PDR“. Delegation of the European Union to the Lao PDR, Juli 23. https://www.eeas.europa.eu/laos/european-union-and-lao-pdr_en?s=183#3350.
- Rarieya, Celestine A., und Sophia E. de Vicente. 2024. „China's Belt and Road Initiative in Africa: Kenya's pivotal role“. Universidad de Navarra. <https://www.unav.edu/web/global-affairs/china-s-belt-and-road-initiative-in-africa-kenya-s-pivotal-role>.
- Rowedder, Simon. 2020. „Railroading Land-Linked Laos: China's Regional Profits, Laos' Domestic Costs?“. *Eurasian Geography and Economics* 61 (2): 152–61. <https://doi.org/10.1080/15387216.2019.1704813>.

- Sahakyan, Mher, und Anahit Parzyan. 2024. „Introduction of Chinese Eurasian Relations“. In *Routledge Handbook of Chinese and Eurasian International Relations*, 1. Aufl., von Mher Sahakyan. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003439110>.
- Scherle, Alexandra. 2010. „Chinesische Investitionen in Südosteuropa“. Deutsche Welle, November 3. <https://www.dw.com/de/chinesische-investitionen-in-europa/a-5490777>.
- Schicho, Walter, und Barbara Nöst. 2006. „Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche“. In *Entwicklungszusammenarbeit: Akteure, Handlungsmuster und Interessen*, 1. Aufl., herausgegeben von Bea de Abreu Fialho Gomes, Irmi Maral-Hanal, und Walter Schicho. Gesellschaft, Entwicklung, Politik, herausgegeben von Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Nr. 7. Mandelbaum.
- Scholvin, Sören, und Mikael Wigell. 2018. „Geo-Economic Power Politics: An Introduction“. In *Geo-Economics and Power Politics in the 21st Century: The Revival of Economic Statecraft*, 1. Aufl., herausgegeben von Mikael Wigell, Sören Scholvin, und Mika Aaltola. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781351172288>.
- Schreier, Margrit. 2014. „Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten“. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* Vol 15 (Januar): No 1 (2014). <https://doi.org/10.17169/FQS-15.1.2043>.
- Schwarz, Rolf, und Marina Rudyak. 2023. *China's Development Co-Operation*. OECD Development Co-Operation Working Papers No. 113. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/12/china-s-development-co-operation_ea34f6c2/2bbe45d2-en.pdf.
- Šefčovič, Maroš. 2023. „Speech by Executive Vice-President Šefčovič at the Global Gateway Forum Leaders' session on the green energy transition and green hydrogen“. Rede. Global Gateway Forum Leaders' session on the green energy transition and green hydrogen, Brüssel, Oktober 25. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_5319.
- Senadjki, Abdelhak, Iddrisu Mohammed Awal, Au Yong Hui Nee, und Samuel Ogbeibu. 2022. „The Belt and Road Initiative (BRI): A Mechanism to Achieve the Ninth Sustainable Development Goal (SDG)“. *Journal of Cleaner Production* 372 (Oktober): 133590. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2022.133590>.

- Shang, Huping. 2019. „What Is the Belt and Road Initiative?“ In *The Belt and Road Initiative: Key Concepts*, von Huping Shang. Springer Singapore. https://doi.org/10.1007/978-981-13-9201-6_1.
- Singh, Monika. 2025. „China reaffirms climate commitment to Fiji and the Pacific“. The University of the South Pacific, April 2. <https://www.usp.ac.fj/wansolwaranews/news/china-reaffirms-climate-commitment-to-fiji-and-the-pacific/>.
- Sisounonth, Oulayvanh. 2025. „Laos-China Railway Celebrates Two-Year Anniversary of Cross-Border Service with 480,000 Passengers“. The Laotian Times, April 18. <https://laotiantimes.com/2025/04/18/laos-china-railway-celebrates-two-year-anniversary-of-cross-border-service-with-480000-passengers/>.
- Smith, Jeff M. 2018. *China's Belt and Road Initiative: Strategic Implications and International Opposition*. No. 3331. Backgrounder. The Heritage Foundation. <http://report.heritage.org/bg3331>.
- Statista. 2025. „Anteile ausgewählter Energieträger an der Stromerzeugung in China im Jahr 2024“. Juni. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1495796/umfrage/struktur-der-stromerzeugung-in-china-nach-energetraeger/#:~:text=Im%20Jahr%202024%20war%20Kohle,somit%20den%20zweitgr%C3%B6%C3%9Ften%20Energietr%C3%A4ger%20dar>.
- Stockmann, Reinhard, Ulrich Menzel, und Franz Nuscheler. 2016. *Entwicklungspolitik: Theorien - Probleme - Strategien*. 2., Überarbeitete und Erweiterte Auflage. De Gruyter Oldenbourg.
- Studio Pietrangeli. o. J. „Fidschi - Qaliwana-Wasserkraftprojekt“. Studio Pietrangeli Consulting Engineers. Zugegriffen 22. August 2025. <https://www.pietrangeli.com/qaliwana-hydropower-project-fiji/>.
- Suhardiman, Diana, Jessica DiCarlo, Oulayvanh Keovilignavong, Jonathan Rigg, und Alan Nicol. 2021. „(Re)Constructing State Power and Livelihoods through the Laos-China Railway Project“. *Geoforum* 124 (August): 79–88. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2021.06.003>.
- Sun, Guangyong, und Yi Yang. 2024. „Three years on, China-Laos Railway keeps unleashing vitality“. People's Daily Online, Dezember 18. <https://en.people.cn/n3/2024/1218/c90000-20255555.html>.
- Tamin, Rémi. 2024. *From Landlocked to Landlinked: Transport Connectivity Development in Laos*. Policy Brief No. 19/2024. European Institute for Asian Studies - EIAS.

- <https://eias.org/policy-briefs/from-landlocked-to-landlinked-transport-connectivity-development-in-lao-pdr/>.
- Taylor, Ian. 2023. „Kenya’s New Lunatic Express“. In *Africa’s Railway Renaissance*, 1. Aufl., von Tim Zajontz, Anthony Leysens, Pádraig Carmody, und Mandira Bagwandeem. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003208594-9>.
- The State Council Information Office of the People’s Republic of China (SCIO). 2021. *China’s International Development Cooperation in the New Era*. Whitepaper. The State Council Information Office of the People’s Republic of China. https://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202101/10/content_WS5ffa6bbbc6d0f72576943922.html.
- The State Council Information Office of the People’s Republic of China (SCIO). 2023a. *A Global Community of Shared Future: China’s Proposals and Actions*. The State Council Information Office of the People’s Republic of China. https://english.www.gov.cn/news/202309/26/content_WS6512703dc6d0868f4e8dfc37.html.
- The State Council Information Office of the People’s Republic of China (SCIO). 2023b. *The Belt and Road Initiative: A Key Pillar of the Global Community of Shared Future*. The State Council Information Office of the People’s Republic of China. https://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202310/10/content_WS6524b55fc6d0868f4e8e014c.html.
- The World Bank. 2020. *From Landlocked To Land-Linked - Unlocking The Potential Of Lao-China Rail Connectivity*. The World Bank. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/648271591174002567/pdf/Main-Report.pdf>.
- Tong, Sarah Y. 2022. „Dual Circulation and Its Impact on China and the World“. In *CPC Futures: The New Era of Socialism with Chinese Characteristics*, herausgegeben von Frank N Pieke und Bert Hofman. East Asian Institute, NUS. <https://doi.org/10.56159/eai.52060>.
- Ulagpan, Yelif. 2021. „Belt and Road Initiative: Opportunities and Challenges for Mongolia“. *Asia-Pacific Journal* 19 (7). <https://doi.org/10.1017/S1557466021030795>.
- Ulatowski, Rafał. 2025. „From Geopolitics to Geoeconomics and Back. Why Age of Geoeconomics Is Over“. *Australian Journal of International Affairs*, August 26, 1–22. <https://doi.org/10.1080/10357718.2025.2548933>.

- UN ESCAP. 2021. „3rd Training Workshop China-Mongolia-Russia Economic Corridor Management“. United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (UN ESCAP). <https://www.unescap.org/events/2021/3rd-training-workshop-china-mongolia-russia-economic-corridor-management>.
- United Nations. 2025. „Trade Data“. UN Comtrade Database. <https://comtradeplus.un.org/TradeFlow>.
- Urio, Paolo. 2023. *China 1949–2019: Von der Armut zur Weltmacht*. Springer Nature Singapore. <https://doi.org/10.1007/978-981-99-5812-2>.
- Vucukula, Elena. 2025. „Feasibility study on road project completed“. The Fiji Times, Juli 31. <https://www.fbcnews.com.fj/news/vanua-levu-road-project-progressing-well/>.
- Wang, Jinbo. 2022. „China–Mongolia–Russia Economic Corridor“. In *The Routledge Handbook of the Belt and Road*, 2. Aufl., von Fang Cai, Peter Nolan, und Linggui Wang. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003286202-45>.
- Wang, Yi. 2021a. „Let Us Strengthen Confidence and Solidarity and Jointly Build a Closer Partnership for Belt and Road Cooperation“. Asia and Pacific High-level Conference on Belt and Road Cooperation, Beijing, China, Juni 23. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202106/t20210624_9170551.html.
- Wang, Yi. 2021b. „Remarks by State Councilor Wang Yi At the Meeting of the Advisory Council of The Belt and Road Forum for International Cooperation 2021“. Rede. Meeting of the Advisory Council of The Belt and Road Forum for International Cooperation 2021, Beijing, China, Dezember 18. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202112/t20211218_10471345.html.
- Wang, Yi. 2022. „Jointly Advancing the Global Development Initiative and Writing a New Chapter for Common Development“. Grundsatzrede. Ministerial Meeting of the Group of Friends of The Global Development Initiative, New York, September 21. https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202209/t20220922_10769721.html.
- Wang, Yi. 2023. „Remarks by H.E. Wang Yi at the Press Conference of the Third Belt and Road Forum for International Cooperation“. Rede. Press Conference of the Third Belt and Road Forum for International Cooperation, Beijing, China, Oktober 18. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202310/t20231020_11164742.html.

- Wang, Yuanchong. 2018. „Introduction“. In *Remaking the Chinese Empire: Manchu-Korean Relations, 1616–1911*. Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/9781501730511>.
- Wang, Zhen, und Feng Ye. 2019. „China–Sri Lanka Relations in the Context of the 21st-Century Maritime Silk Road: Motives, Challenges, and Prospects“. *Asian Perspective* 43 (3): 481–503. <https://doi.org/10.1353/apr.2019.0020>.
- Welfens, Paul J.J. 2017. „EU-Geschichte und Entwicklungsdynamik“. In *BREXIT aus Versehen*, von Paul J.J. Welfens. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-15875-0_9.
- Werber, Niels. 2022. *Geopolitik zur Einführung*. 2., Überarbeitete Auflage. Zur Einführung. Junius.
- Wigell, Mikael. 2016. „Conceptualizing Regional Powers’ Geoeconomic Strategies: Neo-Imperialism, Neo-Mercantilism, Hegemony, and Liberal Institutionalism“. *Asia Europe Journal* 14 (2): 135–51. <https://doi.org/10.1007/s10308-015-0442-x>.
- Wilms, Tom. 2021. *Right on Track or off the Rails? The Impact of the Laos-China Railway on Lao PDR*. Policy Brief No. 14. European Institute for Asian Studies - EIAS. <https://eias.org/policy-briefs/right-on-track-or-off-the-rails-the-impact-of-the-laos-china-railway-on-lao-pdr/>.
- World Bank Group. o. J. „GNI (constant 2015 US\$) - China“. GNI (constant 2015 US\$) - China. Zugegriffen 19. Juni 2025. <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.MKTP.KD?end=2020&locations=CN&start=2020&view=bar>.
- Wurzel, Steffen. 2021. „Ursprung der Corona-Pandemie: China lehnt weitere Recherchen ab“. tagesschau, August 18. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/coronavirus-china-who-ursprung-101.html>.
- Xi, Jinping. 2013a. „Speech by Chinese President Xi Jinping to Indonesian Parliament“. Rede. Jakarta, Oktober 2. http://www.asean-china-center.org/english/2013-10/03/c_133062675.htm.
- Xi, Jinping. 2013b. „Speech by H.E. Xi Jinping President of the People’s Republic of China At Nazarbayev University“. Rede. Astana, September 7. <https://china.usc.edu/xi-jinping-speech-astana-kazakhstan-building-silk-road-economic-belt-central-asian-nations-september>.
- Xi, Jinping. 2017. „Work Together to Build the Silk Road Economic Belt and The 21st Century Maritime Silk Road“. Rede. Belt and Road forum, Beijing, China, Mai 14.

- https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/201705/t20170527_678618.html.
- Xi, Jinping. 2019a. „Promoting High-Quality Development of Belt and Road Cooperation“. Leaders’ Roundtable of The Second Belt and Road Forum for International Cooperation, Beijing, China, April 27. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/201904/t20190429_678733.html.
- Xi, Jinping. 2019b. „Remarks by H.E. Xi Jinping President of the People’s Republic of China At the Press Conference of The Second Belt and Road Forum for International Cooperation“. Rede. Press Conference of The Second Belt and Road Forum for International Cooperation, Beijing, China, April 27. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/201904/t20190429_678731.html.
- Xi, Jinping. 2019c. „Working Together to Deliver a Brighter Future For Belt and Road Cooperation“. Rede. Opening Ceremony of the Second Belt and Road Forum for International Cooperation, Beijing, China, April 26. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/201904/t20190426_678729.html.
- Xi, Jinping. 2021. „Bolstering Confidence and Jointly Overcoming Difficulties to Build a Better World“. Rede. General Debate at the 76th Session of the United Nations General Assembly, New York City, September 21. https://gadebate.un.org/sites/default/files/gastatements/76/cn_en.pdf.
- Xi, Jinping. 2022. „Shouldering Responsibility and Working Together in Solidarity To Build an Asia-Pacific Community with a Shared Future“. Rede. 29th APEC Economic Leaders’ Meeting, Bangkok, November 18. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202211/t20221118_10977565.html.
- Xi, Jinping. 2023a. „Building an Open, Inclusive and Interconnected World For Common Development“. Rede. Opening Ceremony Of the Third Belt and Road Forum for International Cooperation, Beijing, China, Oktober 18. https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202310/t20231018_11162854.html.
- Xi, Jinping. 2023b. „Meeting Challenges with Unity of Purpose To Write a New Chapter for Asia-Pacific Cooperation“. Rede. APEC CEO Summit, San Francisco, November 16.

- https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt_665385/zyjh_665391/202311/t20231117_11182049.html.
- Xinhua. 2021. „Talent Development Cooperation Running along China-Thailand Railway“. National Development and Reform Commission (NDRC) People's Republic of China, November 30. https://en.ndrc.gov.cn/news/mediarusesources/202111/t20211130_1306467.html#:~:text=As%20the%20bilateral%20railway%20talent,Kantithat%20closer%20to%20their%20dream.
- Xinhua. 2024. „China-Laos Railway boosts growth of regional trade, tourism“. The State Council of The People's Republic of China, Dezember 4. https://english.www.gov.cn/news/202412/04/content_WS674fa5a9c6d0868f4e8eda75.html.
- Yu, Hong. 2024. *Understanding China's Belt and Road Initiative*. Springer.
- Zhang, Charles. 2018. „An Asia Super Grid Would Be a Boon for Clean Energy - If It Gets Built“. Council on Foreign Relations, September 5. <https://www.cfr.org/blog/asia-super-grid-would-be-boon-clean-energy-if-it-gets-built>.
- Zhang, Jun. 2021. *Global Development Initiative - Building on 2030 SDGs for Stronger, Greener and Healthier Global Development (Concept Paper)*. Concept Paper A/76/345. United Nations General Assembly. <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n21/267/47/pdf/n2126747.pdf?token=eEzyJtg0zkDLgaq2b&fe=true>.
- Zhang, Rui. 2024. „How ASEAN and Western Media Covers China's Belt and Road Initiative: A Case Study of Representation of the Laos-China Railway under International News Flows Framework“. *Media Asia* 51 (3): 398–419. <https://doi.org/10.1080/01296612.2023.2290785>.
- Ziai, Aram. 2007. „The Meaning of ‚Development‘: A Critical Poststructuralist Perspective“. *Journal Für Entwicklungspolitik* 23 (2): 64–79. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-23-2-64>.
- Zoï Environment Network. 2020. „Greening the China-Mongolia-Russia Economic Corridor“. Zoï Environment Network. <https://zoinet.org/wp-content/uploads/2020/07/BR-Mongolia-FINAL-WEB2-.pdf>.

Anhang A: Übersicht der Quellen der Inhaltsanalyse

Akteur	Art	Jahr	Autor:in	Titel
EU	Rede	2021	Borrell, Josep	Indo-Pacific: Remarks by the High Representative/Vice-President at the Press Conference on the Joint Communication
EU	Rede	2021	Borrell, Josep	The EU Approach to the Indo-Pacific: Speech by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the Centre for Strategic and International Studies (CSIS)
EU	Rede	2022	Borrell, Josep	Opening remarks by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the EU-Central Asia Connectivity Conference: Global Gateway
EU	Rede	2023	Borrell, Josep	Speech by the High Representative/Vice-President Josep Borrell at the Closing plenary session of the Global Gateway Forum
EU	Rede	2024	Borrell, Josep	Closing remarks by High Representative/VicePresident Josep Borrell at the EU Indo-Pacific Ministerial Forum
EU	Rede	2024	Borrell, Josep	Opening remarks by High Representative/VicePresident Josep Borrel at the EU Indo-Pacific Ministerial Forum
EU	Rede	2024	Borrell, Josep	Remarks by High Representative/Vice-President Josep Borrell at the press conference of the EU Indo-Pacific Ministerial Forum
EU	Strategie-papier	2018	Europäische Kommission	Connecting Europe and Asia - Building Blocks for an EU Strategy
EU	Strategie-papier	2021	Europäische Kommission	The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific

EU	Strategie- papier	2021	Europäische Kommission	The Global Gateway
EU	Bericht	2021	Europäischer Rat	A Globally Connected Europe - Council Conclusions
EU	Bericht	2021	Europäischer Rat	EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific - Council Conclusions
EU	Resolution	2021	Europäisches Parlament	Connectivity and EU-Asia Relations - European Parliament Resolution of 21 January 2021 on Connectivity and EU-Asia Relations (2020/2115(INI))
EU	Rede	2021	Leyen, Ursula von der	State of the Union 2021
EU	Statement	2021	Leyen, Ursula von der	Statement by President von Der Leyen on the Global Gateway
EU	Rede	2022	Leyen, Ursula von der	Opening speech by President von der Leyen at the European Development Days
EU	Rede	2023	Leyen, Ursula von der	Opening Speech by President von Der Leyen at the Global Gateway Forum
EU	Rede	2023	Leyen, Ursula von der	Speech by President von der Leyen at the European China Conference 2023 organised by the European Council on Foreign Relations and the Mercator Institute for China Studies
EU	Rede	2023	Leyen, Ursula von der	Speech by President von der Leyen at the Summit for a New Global Financing Pact

VRC	Rede	2023	Ma, Zhaoxu	Remarks by Vice Foreign Minister Ma Zhaoxu at the Launch of the Progress Report on the Global Development Initiative
VRC	Strategie-papier	2015	NDRC, MFA & MOFCOM	Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st-Century Maritime Silk Road
VRC	Strategie-papier	2017	NDRC, MFA & MOFCOM	Vision for Maritime Cooperation under the Belt and Road Initiative
EU	Rede	2023	Šefčovič, Maroš	Speech by Executive Vice-President Šefčovič at the Global Gateway Forum Leaders' session on the green energy transition and green hydrogen
VRC	Weißbuch	2021	SCIO	China's International Development Cooperation in the New Era
VRC	Bericht	2023	SCIO	A Global Community of Shared Future: China's Proposals and Actions
VRC	Bericht	2023	SCIO	The Belt and Road Initiative: A Key Pillar of the Global Community of Shared Future
VRC	Rede	2021	Wang, Yi	Let Us Strengthen Confidence and Solidarity and Jointly Build a Closer Partnership for Belt and Road Cooperation
VRC	Rede	2021	Wang, Yi	Remarks by State Councilor Wang Yi At the Meeting of the Advisory Council of The Belt and Road Forum for International Cooperation 2021
VRC	Rede	2022	Wang, Yi	Jointly Advancing the Global Development Initiative and Writing a New Chapter for Common Development

VRC	Rede	2023	Wang, Yi	Remarks by H.E. Wang Yi at the Press Conference of the Third Belt and Road Forum for International Cooperation
VRC	Rede	2013	Xi, Jinping	Speech by Chinese President Xi Jinping to Indonesian Parliament
VRC	Rede	2013	Xi, Jinping	Speech by H.E. Xi Jinping President of the People's Republic of China At Nazarbayev University
VRC	Rede	2017	Xi, Jinping	Work Together to Build the Silk Road Economic Belt and The 21st Century Maritime Silk Road
VRC	Rede	2019	Xi, Jinping	Promoting High-Quality Development of Belt and Road Cooperation
VRC	Rede	2019	Xi, Jinping	Remarks by H.E. Xi Jinping President of the People's Republic of China At the Press Conference of The Second Belt and Road Forum for International Cooperation
VRC	Rede	2019	Xi, Jinping	Working Together to Deliver a Brighter Future For Belt and Road Cooperation
VRC	Rede	2021	Xi, Jinping	Bolstering Confidence and Jointly Overcoming Difficulties to Build a Better World
VRC	Rede	2022	Xi, Jinping	Shouldering Responsibility and Working Together in Solidarity To Build an Asia-Pacific Community with a Shared Future
VRC	Rede	2023	Xi, Jinping	Building an Open, Inclusive and Interconnected World For Common Development
VRC	Rede	2023	Xi, Jinping	Meeting Challenges with Unity of Purpose To Write a New Chapter for Asia-Pacific Cooperation

VRC	Konzept- papier	2021	Zhang, Jun	Global Development Initiative — Building on 2030 SDGs for Stronger, Greener and Healthier Global Development (Concept Paper)
-----	--------------------	------	------------	--

Anhang B: Kodierleitfaden – VRC

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
VRC-1: Globalisierung & Offenheit der Weltwirtschaft	Alle Passagen zur Förderung der Globalisierung, des Freihandels etwa durch Freihandelszonen & -abkommen, den Abbau von Handels- & Investitionsbarrieren sowie der Vermeidung von Sanktionen, die Durchsetzung der marktgesteuerten Wirtschaftsregeln & des fairen Wettbewerbs	uphold the global free trade regime and the open world economy (NDRC, MFA & MOFCOM 2015)
VRC-2: Förderung der Verbindungen & des Marktzugangs	Alle Passagen über den Ausbau von Infrastruktur & derartigen Verbindungen, der Förderung & Erleichterung des Handels & Marktzugangs, dem Auf- & Ausbau von Wirtschaftskorridoren & Verkehrsinfrastruktur, wodurch die Kosten reduziert werden können	At sea, the Initiative will focus on jointly building smooth, secure and efficient transport routes connecting major sea ports along the Belt and Road (NDRC, MFA & MOFCOM 2015)
VRC-3: Wirtschaftliche Angleichung & Integration	Alle Passagen über die Harmonisierung & Angleichung der Märkte & Wirtschaftsregeln sowie der Standards & Regulierungen, die Angleichung der politischen Strategien & der Integration der Märkte	enhance the alignment between markets, regulations and standards (Xi 2019b)
VRC-4: Ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft	Alle Passagen über die ökologische Nachhaltigkeit in der Wirtschaft wie die Dekarbonisierung, den Ausbau erneuerbarer Energien, dem Umweltschutz sowie internationale Rahmenbedingungen für die ökologische Nachhaltigkeit & ökologisch nachhaltiges Wirtschaften	pursue the new vision of green development and a way of life and work that is green, low-carbon, circular and sustainable (Xi 2017)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
VRC-5: Sicherung der Konnektivität & der Stabilität Lieferketten	Alle Passagen über die Sicherheit, Widerstandsfähigkeit & Stabilität von Liefer- & Versorgungsketten sowie der Gesundheitsversorgung über staatliche Grenzen hinweg, über die Aufrechterhaltung der Energieversorgung & den reibungslosen Ablauf der Wirtschaft	keep global industrial and supply chains smooth and stable (Ma 2023)
VRC-6: Globale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit	Alle Passagen über die politische Stabilität sowie friedliche Bedingungen zur Förderung des Handels & der Investitionen sowie der Risikominimierung durch diverse Finanzierungen, Gleichbehandlung & Absicherungsmaßnahmen für die Projekte	share responsibilities, risks and benefits (Wang 2021b)
VRC-7: Stärkung des strategischen Einflusses der VRC	Alle Passagen über die Nutzung der bestehenden internationalen Institutionen & Plattformen, deren Anpassung an die Vorstellungen der VRC sowie den Aufbau neuer Institutionen & Plattformen, um die Zusammenarbeit zu erleichtern & gemeinsame Rahmenbedingungen zu schaffen	The BRI introduces universally accepted rules and standards to guide business practices in project tendering, procurement, development and operation (SCIO 2023b)
VRC-8: Die VRC als bevorzugte Partnerin	Alle Passagen über die positive Darstellung der VRC als Partnerin, indem auf gegenseitigen Nutzen gesetzt wird, politische Vorgaben & Zwang verneint werden, die nationalen Bedingungen & Bedürfnisse der Partner in den Vordergrund gerückt werden & der Respekt der nationalen Strategien & Ansichten gewahrt wird	China is committed to win-win cooperation and common development (SCIO 2023a)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
VRC-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung	Alle Passagen über den Ausbau & die Förderung der Digitalisierung, das Vorantreiben von Innovationen vor allem im technologischen Bereich sowie den Austausch in der Forschung & Technologiebranche etwa durch gemeinsame Forschungseinrichtungen, sowie die Zusammenarbeit in der Bildung & Ausbildung	spur the full integration of science and technology into industries and finance, improve the environment for innovation and pool resources for innovation (Xi 2017)
VRC-10: Globales Wirtschaftswachstum & Effizienzsteigerung	Alle Passagen über die Förderung des Wirtschaftswachstums & der Effizienzsteigerung etwa durch eine effiziente Ressourcenverteilung, die Nutzung komparativer Stärken, die Stärkung wirtschaftlicher Kapazitäten & die Bündelung in Industrieparks	The flow of goods, capital, technology and people will power economic growth and create broad space for it. (Xi 2019c)
VRC-11: Innovative Modernisierung der Weltwirtschaft	Alle Passagen über die Transformation der Wirtschaft anhand innovativer Neuerungen & Modernisierungen der Handelspraktiken, neuer Wirtschaftsmodelle oder die Unterstützung der Industrialisierung	explore new technologies and new forms and models of business, foster new growth drivers and explore new development pathways (Xi 2019c)
VRC-12: Strategische Öffnung & Wirtschaftswachstum Chinas	Alle Passagen über die Förderung der chinesischen Wirtschaft auch im Inland, welche das chinesische Wirtschaftswachstum stärken, sowie die weitere Öffnung der chinesischen Wirtschaft & der Stärkung bestimmter Regionen im Inland Chinas durch neue infrastrukturelle Verbindungen, Wirtschaftszonen oder die Öffnung für ausländische Investitionen & Unternehmen	opened up new horizon for China's development and opening-up (Xi 2019c)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
VRC-13: Multilaterale Kooperation	Alle Passagen über die Stärkung & den Ausbau der Kooperation mit einem Fokus auf multilaterale Zusammenarbeit, wobei Kooperation direkt angesprochen wird	China will take full advantage of the existing bilateral and multilateral cooperation mechanisms to push forward the building of the Belt and Road and to promote the development of regional cooperation. (NDRC, MFA & MOFCOM 2015)

Anhang C: Kodierleitfaden – EU

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
EU-1: Förderung des fairen & offenen Handelssystems	Alle Passagen über Grundsätze & Maßnahmen zur Förderung eines offenen & fairen Handels- & Investitionsumfelds, das auf regelbasierten Rahmenbedingungen, Transparenz & Gegenseitigkeit beruht & darauf abzielt, unfaire Praktiken zu verringern, den Wettbewerb zu gewährleisten, Chancengleichheit für alle Beteiligten zu schaffen & die internationale Zusammenarbeit zu fördern	Promote a level playing field and an open and fair environment for trade and investment (Europäische Kommission 2021b)
EU-2: Förderung des Marktzugangs & Verbindungen	Alle Passagen über die Verstärkung des globalen Engagements der EU durch Partnerschaften, Zusammenarbeit & Verbindungen durch die Förderung bilateraler, regionaler & multilateraler Beziehungen mit dem Schwerpunkt auf der Erweiterung des Marktzugangs & digitalen, Verkehrs- & Energienetzen, des gegenseitigen Nutzens, der Widerstandsfähigkeit & der Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen & der Unterstützung des Wirtschaftswachstums um dauerhafte Verbindungen aufzubauen, den Handel fördern & die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Prioritäten unterstützen	promote market access and the movement of goods, services, capital and people across borders (Europäische Kommission 2018)
EU-3: Marktangleichung & Partnerschaften	Alle Passagen über die Angleichung der Märkte & der rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen der EU & der indopazifischen Region, um Handel, Konnektivität & wirtschaftliche Integration zu vertiefen & nahtlose, transparente & interoperable Netzwerke aufzubauen, die die wirtschaftliche Integration & die Kohärenz der Rechtsvorschriften verbessern	help integrate the current fragmented markets (Europäische Kommission 2021c)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
EU-4: Grüner & nachhaltiger Wandel	Alle Passagen über die Förderung eines grünen & nachhaltigen Übergangs durch Partnerschaften zur Bekämpfung des Klimawandels, der Umweltzerstörung & des Verlusts der biologischen Vielfalt sowie die Förderung von erneuerbaren Energien, nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung, Kreislaufwirtschaft & kohlenstoffarmer Industrie	ensure responsible business conduct and support the fight against deforestation and biodiversity loss (Europäische Kommission 2021b)
EU-5: Widerstandsfähige Lieferketten & strategische Konnektivität	Alle Passagen über widerstandsfähige globale Lieferketten & strategische Konnektivität, mit Fokus auf die Stärkung & Diversifizierung von Handels-, Wertschöpfungs- & Lieferketten, für wirtschaftliche Stabilität, Reduktion von Abhängigkeiten & Verbesserung von globaler Zusammenarbeit, mit Fokus auf der Sicherung von See- & Verkehrssystemen, die Gewährleistung der Freiheit der Schifffahrt, die Stärkung des Gesundheitswesens & des ökologischen Wandels sowie der Aufbau strategischer Autonomie	build more resilient and sustainable global value chains by diversifying trade and economic relations (Europäische Kommission 2021b)
EU-6: Nachhaltige Investitionen & wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der EU	Alle Passagen über den Schutz der EU-Wirtschaft durch die Stärkung strategischer Handelspositionen, Aufhebung von Schwachstellen & Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs durch innovative Finanzinstrumente, die das Risiko von Investitionen verringern, Kapital aus dem Privatsektor mobilisieren & Unternehmen vor wettbewerbsverzerrenden ausländischen Subventionen schützen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, Versorgungsketten zu sichern & den Wohlstand zu fördern	engage the private sector to unlock its capital, expertise and experience (Europäische Kommission 2021c)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
EU-7: Stärkung des strategischen Einflusses der EU	Alle Passagen über die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung, der globalen Stabilität & die Einhaltung demokratischer Werte sowie die Rolle der EU als globaler Normgeber, Standards für digitale Infrastruktur, Handel & technologische Innovation, die mit den europäischen Werten & Grundsätzen übereinstimmen, durch strategische Partnerschaften mit gleichgesinnten Demokratien & die Konvergenz der Rechtsvorschriften	the EU will aim to create a critical mass of countries supporting environmental, human and labour rights, due diligence and best practices (Europäische Kommission 2021b)
EU-8: Die EU als bevorzugte Partnerin	Alle Passagen, wo sich die EU als zuverlässiger globaler Partner positioniert & in einem 'Team Europe'-Ansatz Investitionen unter Einhaltung hoher Umwelt-, Sozial- & Steuerstandards mobilisiert, wodurch die Schuldenabhängigkeit reduziert werden soll & die EU als wertebasierte Alternative gilt, die auf gemeinsame Vorteile, ethische Praktiken & langfristige globale Stabilität fokussiert	Global Gateway will offer a values-based option for partner countries to choose from when deciding how to meet their infrastructure development needs (Europäische Kommission 2021c)
EU-9: Digitalisierung, technologische Innovation & Bildung	Alle Passagen über die Führungsrolle bei der Digitalisierung & technologischen Innovation mit ethischen Standards für neue Technologien & Investitionen in modernste Infrastrukturen wie Glasfaserkabel & weltraumgestützte Systeme, sowie Zusammenarbeit für die bessere digitale Konnektivität, die Erleichterung von Innovationen & den Wissensaustausch, beispielsweise durch technische Hilfe, Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung & Bildung & den Aufbau von Kompetenzen der Arbeitskräfte	promote investments in digitalisation and better connect Europe to its partners in the Indo-Pacific (Europäische Kommission 2021b)

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel
EU-10: Integratives & nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum	Alle Passagen über ein integratives & nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch die Förderung von Konnektivität, Handel & Investitionen sowie die Stärkung globaler Wertschöpfungsketten & die Unterstützung lokaler Volkswirtschaften durch strategische Investitionen in Infrastruktur, Qualifikationen & Partnerschaften, um ungenutztes wirtschaftliches Potenzial freizusetzen, die Produktivität zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen & eine widerstandsfähige Erholung von globalen Herausforderungen zu gewährleisten	lay the foundations for a rapid, just and sustainable economic recovery that creates long-term prosperity (Europäische Kommission 2021b)